

FSF-217
1987
Chefredaktion vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus 3, Säge, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Säge, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Donnerstag, 1. Juni 1989

Blatt 1147

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Wienerwaldtag im Rathaus (1148/FS: 31.5.)
- Neue Beleuchtung für die Maxingstraße (1149)
- Stadterneuerungs-„Kummernummer“ geändert (1150)
- Tag der Wiener Volkshochschulen am 3. Juni (1151)
- Neuer Donauinsel-Folder in der Stadtinformation (1152)
- Biologische Erdbeeren vom Schafflerhof erhältlich (1153)
- Junge Stadt Wien-Mitarbeiter auf großer Fahrt (1155)
- Erneuerung des Schienenparks der Lokalbahnen abgeschlossen (1156)
- 350. Radabstellanlage zur Benützung frei (1157)
- Smejkal zum „Tag des Lebens“ (1158)
- Umwelt-Bericht der Jungen ÖVP Wien (1161)
- „13 A“ behindert (nur FS)

Kultur:

- Kindertheaterfestival im Künstlerhaus (1159/1160)

Sport:

- 41. Österreich-Radrundfahrt startet am Freitag in Wien (1154)

Wienerwaldtag im Rathaus (2)

Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) Nach einer Diskussion gaben Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Erwin PRÖLL und der Wiener Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL die zusammenfassende Schlußerklärung ab.

Landeshauptmann-Stellvertreter Pröll konzentrierte sich auf drei Hauptprobleme für den Wienerwald: Siedlungsentwicklung, Schadstoffbelastung und Bewirtschaftung. Er kritisierte, daß die Siedlungstätigkeit in den vergangenen Jahren eine rasante Entwicklung genommen habe, besonders bedingt durch den Zustrom der Wiener nach Niederösterreich. Pröll sprach sich für eine Verhinderung dieser Tendenz aus sowie für Rückwimmungen von Bauland in Grünland. Anschließend wandte er sich gegen eine „autogerechte Erholungslandschaft“ und begrüßte den Verkehrsverbund Ost-Region. Die steigenden Ozon-Werte seien ein Alarmsignal, bei den Hauptverursachern Individualverkehr und Hausbrand müßten entsprechende Maßnahmen gesetzt werden. Abschließend stellte Pröll fest, daß man bei der Bewirtschaftung von einem ökologischen Kreislauf noch weit entfernt sei.

Umweltstadtrat Dr. Michael Häupl erklärte, daß grundsätzlich festgestellt werden müßte, daß 94 Prozent des Wienerwaldes zu Niederösterreich gehörten, während der Wiener Anteil nur sechs Prozent betrage. Zweifelsohne seien in den vergangenen Jahrzehnten Fehler bei der Wohnraumplanung und -beschaffung gemacht worden. Der Stadtentwicklungsplan zeige aber, daß ein Umdenken eingesetzt habe. Als Umweltpolitiker habe er die Zielkonflikte in der Grünpolitik bezüglich Wohnraum, Arbeitsplatz und Grünraum zu bewältigen. Er sehe sich jedenfalls als Anwalt des Grünlandes. Häupl führte als positives Beispiel für den Schutz des Wienerwaldes das Landschaftsschutzgebiet Döbling an, das maßgebend für andere Bezirke sein müsse und werde. Hinsichtlich der Schadstoffbelastungen durch den Individualverkehr forderte Häupl Maßnahmen zur Emissionsverminderung, z. B. durch Verbesserungen der Verkehrsorganisation. Hier sei eine Zusammenarbeit mit Niederösterreich unbedingt erforderlich. Er befürworte den Nachrüst-Kat, sei aber gegen Förderungsaktionen, die sich bereits weitgehend als Flop erwiesen hätten. Er könne sich eine gesetzliche Vorschreibung mit einer Übergangsfrist vorstellen. Als weitere Maßnahmen erwähnte Häupl eine Senkung des Luxusmehrwertsteuersatzes für Neuwagen sowie Geschwindigkeitsbeschränkungen.

Die mögliche Schaffung eines Wienerwaldfonds bewertete Häupl als positiv, allerdings müßten die Fragen der Dotierung und der Verwendung des Geldes geklärt werden. Außerdem schlug er vor, daß die Gewinne bei Umwidmungen von Grünland in Bauland dem Fonds zufließen sollten. Abschließend stellte Häupl fest, daß beim heutigen Wienerwaldtag eine Art Rechenschaftsbericht abgegeben worden sei, wobei die Probleme des Wienerwaldes ins Licht der Öffentlichkeit gerückt wurden. Auf der Basis der gewonnenen Erkenntnisse müßten nun die Bundesländer Wien und Niederösterreich gemeinsam darangehen, die anstehenden Probleme in sicherlich langwieriger Arbeit zu bewältigen. (Schluß) du/bs

Bereits am 31. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet
Forts. von Blatt 1141

Neue Beleuchtung für die Maxingstraße

Wien, 1.6. (RK-KOMMUNAL) Im 13. Bezirk stellt die Maxingstraße eine vielbenützte Nord/Süd-Verbindung dar. Im Zusammenhang mit einer kompletten Neuherstellung der Fahrbahndecke nach umfangreichen Baumaßnahmen verschiedener Einbautendienststellen ist auch ein Neubau der öffentlichen Beleuchtung erforderlich. Der Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie genehmigte in seiner letzten Sitzung dieses mit einem Aufwand von 2 Millionen Schilling veranschlagte Projekt. (Schluß) pz/gg

Stadterneuerungs-„Kummernummer“ geändert

Wien, 1.6. (RK-KOMMUNAL) Die „Kummernummer gegen unredliche Absiedlungsmethoden“ beim Wiener Stadterneuerungsfonds hat sich geändert. Sie lautet nun 48 88 52/55 Durchwahl.

Die „Kummernummer“ hilft, wenn Mieter Probleme mit Hausverwaltern oder Hauseigentümern haben oder durch Schikanen aus ihren Häusern vertrieben werden sollen. (Schluß) ah/rr

Tag der Wiener Volkshochschulen am 3. Juni

Wien, 1.6. (RK-LOKAL) Ein Tag der Wiener Volkshochschulen findet im Rahmen der Wiener Bezirksfestwochen am Samstag, dem 3. Juni, statt. Im Park des Schlosses Schönbrunn präsentiert der Verband Wiener Volksbildung im Rahmen dieser Veranstaltung ein breit gefächertes Programm mit Sehens- und Hörenswertem aus den Volkshochschulen. Von 10 bis 18 Uhr gibt es neben Musik, Literatur und Theater auch Informationen über die Programme der Wiener Volkshochschulen.

Bei Schlechtwetter findet die Veranstaltung am 4. Juni statt. (Schluß) jel/rr

Neuer Donauinsel-Folder in der Stadtinformation

Wien, 1.6. (RK-LOKAL) In der Stadtinformation in der Schmidthalle des Wiener Rathauses liegt der neue Donauinsel-Folder zur kostenlosen Entnahme auf. Die Stadtinformation ist von Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr geöffnet. Sie ist auch unter der Telefonnummer 43 89 89 täglich von 8 bis 18 Uhr erreichbar.

Der neue Donauinsel-Folder enthält alles Wissenswerte über die Donauinsel, das beliebteste Freizeitzentrum der Bundeshauptstadt. Hier sind alle Informationen über Verkehrsmittel und Parkplätze ebenso enthalten wie die Adressen und Telefonnummern der gastronomischen Betriebe und der verschiedenen Freizeiteinrichtungen wie Boots- und Radverleihfirmen, Überfuhren, Tauchklub und Wasserski. Auf der Donauinsel kann z. B. auch jedermann, der will, seine eigene Grillparty auf einer der zahlreichen Grillplätze bei der Koordinationsstelle Donaubereich Wien, Tel. 42 800/3102 DW reservieren lassen. (Schluß) red/gg

Biologische Erdbeeren vom Schafflerhof erhältlich

Wien, 1.6. (RK-LOKAL) Ab sofort sind im Stadtgut Schafflerhof wieder biologisch gezogene Erdbeeren erhältlich. Für die Erdbeeren wurde ausschließlich Bio-Dünger verwendet. Verkaufszeit ist von Montag bis Samstag zwischen 7 und 19 Uhr. Es gibt die Möglichkeit zum Selbstpflücken ebenso wie Ab-Hof-Verkauf. Das Stadtgut Schafflerhof, 22. Bezirk, Schafflerhofstraße 200, ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln ab der U-Bahn-Station Zentrum Kagran mit den Autobuslinien „26 A“ und „99 B“ erreichbar. Die Telefonnummer des Schafflerhofes: 22 73 69. (Schluß)
ed/bs

41. Österreich-Radrundfahrt startet am Freitag in Wien

Wien, 1.6. (RK-SPORT) Mit einem Prolog am Freitag im Wiener Donaupark wird die 41. Österreich-Rundfahrt, die in neun Etappen über 1.243 Kilometer führt, gestartet. Insgesamt beteiligen sich am größten heimischen Radsportereignis 90 Fahrer aus 13 Nationen, wobei das Gastgeberland mit einem Nationalteam und zwei Regionalteams vertreten ist. Titelverteidiger der Tour d'Autriche ist Dietmar HAUER, der gemeinsam mit Peter LAMMER, Norbert KOSTEL, Johann LIENHART, Mario TRAXL und Albert HAINZ die Nationalmannschaft bildet.

Zu den größten Gegnern um den Gesamtsieg zählen die Fahrer aus der DDR, aus Frankreich, Jugoslawien und Schweden.

Beginn des Prologes ist am 2. Juni um 16 Uhr beim Donauturm, der offizielle Start der 41. Rundfahrt erfolgt dann am Samstag, dem 3. Juni, um 9 Uhr beim Rathaus. Endziel ist in diesem Jahr die steirische Hauptstadt Graz.
(Schluß) hof/rr

Junge Stadt Wien-Mitarbeiter auf großer Fahrt

Wien, 1.6. (RK-KOMMUNAL) Mehr als 400 junge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Wien nahmen gestern, Mittwoch, an einer vom Referat Jugendbetreuung durchgeführten Schiffsfahrt nach Dürnstein teil.

Das Referat Jugendbetreuung wurde vor nunmehr 24 Jahren ins Leben gerufen und betreut die jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Wien bis zum Ablauf des Jahres, in dem sie 20 Jahre alt werden.

Die jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen durch die Abhaltung von Fach- und Bildungsvorträgen sowie in Form von Exkursionen und Besichtigungen verschiedener Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung mit den vielfältigen Aufgaben einer modernen Stadtverwaltung und deren kulturellen Institutionen bekanntgemacht werden.

Betreut werden Lehrlinge aller drei Lehrjahre, Kanzlei-, Verwaltungs- und Büchereibedienstete, Bedienstete des technischen Dienstes, Sozialarbeiter und Erzieher, Krankenpflegeschülerinnen und -schüler sowie junge Kolleginnen und Kollegen in handwerklichen Berufen.

Das Betreuungsprogramm umfaßt Vorträge und Informationen über die Stadt Wien und deren Einrichtungen sowie Kulturveranstaltungen und die jährlich veranstaltete Donauschiffahrt nach Dürnstein.

An der gestrigen Fahrt mit dem DDSG-Motorschiff „Stadt Wien“, das heuer seinen „50iger“ feiert, nahm auch Personalstadtrat Dr. Hannes SWOBODA teil, der während der Fahrt die „Schiffstaufer“ durch Kapitän und Bootsmann der „Stadt Wien“ erhielt. (Schluß) lf/bs

Erneuerung des Schlenenparks der Lokalbahnen abgeschlossen

Wien - Baden nun im Viertel-Stunden-Intervall

Wien, 1.6. (RK-KOMMUNAL) Die komplette Erneuerung des Wagenparks der Wiener Lokalbahnen ist vorläufig abgeschlossen: Mit der Auslieferung des letzten modernen Doppelgelenktriebwagens „TW 118“ durch die Firma Simmering-Graz-Pauerk AG heute, Donnerstag, vormittag in Anwesenheit von Verkehrsstadtrat Johann HATZL können die letzten noch aus der Vorkriegszeit stammenden Altfahrzeuge aus dem Verkehr gezogen werden.

Die „Badner Bahn“ verfügt nunmehr über 18 dieser Doppelgelenktriebwagen der Reihe „100“ sowie über neun Trieb- und sechs Steuerwagen der Reihe „10/90“ („Kölner Garnituren“). Damit gehört der Bahnbetrieb der Wiener Lokalbahnen zu den modernsten Nahverkehrsunternehmen Österreichs, ja Europas.

Die laufende Steigerung des Fahrgastaufkommens — vor allem seit der Einführung des „Verkehrsverbundes Ost-Region“ — hatte eine starke Verbesserung des Zugsangebotes zur Folge, die Intervalle wurden verdichtet, vermehrt Langzüge auf der Strecke Wien — Baden geführt. Auch heuer wurde wieder ein extremer Zuwachs verzeichnet: Im ersten Quartal 1989 stieg die Beförderungsleistung um 13 Prozent! 1988 waren 5,7 Millionen Fahrgäste auf der Bahnstrecke der WLB befördert worden. Mit der Einführung des Viertel-Stunden-Taktes zwischen Wien und Baden im Sommerfahrplan mit 28. Mai 1989 wurde die vorläufig letzte bedeutende Verbesserung für die Fahrgäste gesetzt.

Stadtrat Hatzl dazu bei der Übergabe des letzten Triebwagens: „Die Badner Bahn mit ihrem modernen Wagenpark und den kurzen Intervallen ist aus der Versorgung des Südraumes Wiens mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht wegzudenken, weder im Berufs- noch im Ausflugsverkehr!“ (Schluß)
roh/bs

350. Radabstellanlage zur Benützung frei

Wien, 1.6. (RK-KOMMUNAL) Steigender Beliebtheit — und das nicht nur parallel zur Zunahme der Radfahrer — erfreuen sich im Wiener Straßennetz die an öffentlichen Plätzen, vor Amtshäusern, Schulen und Sportstätten, bei U-Bahn-Stationen und neuerdings auch bei Friedhöfen errichteten Radabstellanlagen. Wien ist auf diesem Gebiet europaweit führend, sowohl was die Zahl als auch die Finanzierung durch Sponsoren betrifft.

Heute, Mittwoch, gab im 11. Bezirk vor dem Simmeringer Friedhof (Unter der Kirche) Verkehrsstadtrat Johann HATZL zusammen mit Bezirksvorsteher Otto MRAZ die 350. Radabstellanlage zur Benützung frei. Damit stehen den Wiener Radfahrern nunmehr bereits genau 1.600 Abstellbügel zur Verfügung. Wie Stadtrat Hatzl in diesem Zusammenhang sagte, zähle in Österreich Wien zu den Städten mit dem längsten und dichtesten Radwegenetz; auch die Zahl der Örtlichkeiten für Abstellanlagen sei weiter im Steigen, man peile noch heuer die 400. an.

Eine wichtige Funktion kommt bei dieser flankierenden Maßnahme zum Radwegebau den Sponsoren zu — es sind derzeit rund 60 —, die größtenteils aus dem privaten Wirtschaftsbereich kommen. Die gegenständliche Radabstellanlage hat die Städtische Steinmetzwerkstätte zum Sponsor. (Schluß) pz/rr

Smejkal zum „Tag des Lebens“

Kinderschutzzentrum und Kinder- und Jugendanwalt

Wien, 1.6. (RK-KOMMUNAL) Die Einrichtung eines Kinderschutzzentrums im Julius-Tandler-Familienzentrum der Stadt Wien und die Installierung eines Kinder- und Jugendanwaltes als Ombudsman und Vertreter von Unmündigen kündigte Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL als Beitrag der Stadt Wien zum „Tag des Lebens“ Donnerstag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ an.

Der Schutz der Kinder und Jugendlichen und die Förderung der gewaltfreien Erziehung sind die Schwerpunkte der Arbeit des Wiener Jugendamtes, unterstrich Smejkal. Mit dem Notruf „31 66 66“ für mißhandelte Kinder und junge Menschen, der 1984 installiert wurde und auch österreichweit zur Verfügung steht, habe Wien einen besonders wichtigen Schritt zum Schutz der schwächsten Gesellschaftsmitglieder gesetzt. Neben vielen ambulanten Betreuungs- und Beratungseinrichtungen für Kinder und Familien soll nun auch ein Kinderschutzzentrum, das bereits Ende Juni präsentiert wird, das Angebot der Hilfsmaßnahmen bei Problemsituationen in Familien komplettieren, schloß Smejkal. (Schluß) jel/rr

Kindertheaterfestival im Künstlerhaus

Wien, 1.6. (RK-KULTUR) Vom 6. bis 18. Juni findet im Theater im Künstlerhaus im Rahmen der Wiener Festwochen das dritte internationale Kindertheaterfestival statt. Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK, die das Programm gemeinsam mit der Programmgestalterin Marlene SCHNEIDER vorstellte, verwies auf den Stellenwert des Kindertheaters als schwierige, aber besonders dankbare Theaterform. Das Kindertheaterfestival solle auch über internationale Tendenzen in diesem Bereich informieren und Impulse für die heimische Szene geben. Unter der neuen Leitung sei ja auch das Wiener „Theater der Jugend“ auf einem guten Weg, sagte Pasterk. Mit der Übernahme der Förderung des Kindertheaters durch die Kulturabteilung der Stadt Wien habe es auch hier einen wichtigen Schritt zur Verbesserung der Situation gegeben.

Im Rahmen des Kindertheaterfestivals gastieren elf Gruppen aus sieben Ländern, darunter erstmals Gruppierungen aus der UdSSR und aus Kanada, in Wien. Es werden 27 Produktionen gezeigt, die zum Teil durch stark formale Gestaltungen überraschen, andererseits zu Themen wie „Familie“ Stellung nehmen, oder auch Märchen und Fabeln — freilich anders als in herkömmlicher Form — erzählen.

Für fremdsprachige Produktionen, gibt es deutschsprachige Einführungen. Einige Gruppen lernten auch ihre Texte zweisprachig, manche kommen praktisch ohne Sprache aus.

Folgende Produktionen stehen auf dem Programm:

DIENSTAG, 6. JUNI, 18 UHR:

Tam — Teatro Musica (Padua/Italien)
„Children's Corner“ und „Piccoli Pezzi“
(60 Minuten inkl. Pause)
Für Kinder ab 4

MITTWOCH, 7. JUNI, 10 und 18 UHR:

Tam — Teatro Musica (Padua/Italien)
„Children's Corner“ und „Piccoli Pezzi“
(60 Minuten inkl. Pause)
Für Kinder ab 4

DONNERSTAG, 8. JUNI, 10, 15 und 18 UHR:

Puppentheater der Region Leningrad (Viborg/UdSSR)
„Der Marillenbaum“ (60 Minuten)
Für Kinder ab 5

FREITAG, 9. JUNI, 10 und 18 UHR:

Theatre de Galafronie (Brüssel/Belgien)
„Le Piano Sauvage“/„Das wilde Klavier“ (60 Minuten)
Für Kinder ab 8

SAMSTAG, 10. JUNI, 11 und 17 UHR:

Kinder- und Jugendtheater am Landestheater Württemberg-Hohenzollern
(Tübingen/BRD)
„Der überaus starke Willibald“ (90 Minuten inkl. Pause)
Für Kinder ab 6

SONNTAG, 11. JUNI, 10 und 18 UHR:

Theatergroep Wederzijds (Amsterdam/Niederlande)
„Schwäne sehen immer so neu aus“ (60 Minuten)
Für Kinder ab 4

Forts. auf Blatt 1160

MONTAG, 12. JUNI, 10, 14 und 19 Uhr:

Teatro delle Briciole (Parma/Italien)
„L'Accalappiatopi“/„Der Rattenfänger“ (55 Minuten)
Für Kinder ab 4

DIENSTAG, 13. JUNI, 10 und 18 UHR:

Schauburg — Theater der Jugend (München/BRD)
„Nasrettin Hoca“ (60 Minuten)
Für Kinder ab 6

MITTWOCH, 14. JUNI, 14 und 19 UHR:

Schauburg — Theater der Jugend (München/BRD)
„Spaß und Elend im dritten Zimmer“ (80 Minuten)
Für Kinder ab 10

MITTWOCH, 14. JUNI, 20.30 UHR:

Podiumsdiskussion
„Gewalt gegen Kinder“

DONNERSTAG, 15. JUNI, 18 UHR:

Teatro dell'Angolo (Turin/Italien) und
Le Theatre de la Marmaille (Montreal/Kanada)
„Terra Promessa“/„Das verheißene Land“ (60 Minuten)
Für Kinder ab 8

FREITAG, 16. JUNI, 10 und 14 UHR:

Teatro dell'Angolo (Turin/Italien) und
Le Theatre de la Marmaille (Montreal/Kanada)
„Terra Promesse“/„Das verheißene Land“ (60 Minuten)
Für Kinder ab 8

FREITAG, 16. JUNI, 19 UHR:

Theater Spilkischte (Basel/Schweiz)
„Schildkrötenträume“ (65 Minuten)
Für Kinder ab 6

SAMSTAG, 17. JUNI, 10 und 18 UHR:

Theater Spilkischte (Basel/Schweiz)
„Schildkrötenträume“ (65 Minuten)
Für Kinder ab 6

SONNTAG, 18. JUNI, 14 und 18 UHR:

Pantarei (Gent/Belgien)
„Beton“ (55 Minuten)
Für Kinder ab 6

Die Kartenpreise konnten — auch dank der Unterstützung durch die CA — mit 40 Schilling für Kinder und 80 Schilling für Erwachsene günstig gehalten werden. Karten im Vorverkauf gibt es im Theater an der Wien, im Ronacher, im Raimundtheater, in der Stadthalle und im Messepalast. Die Kasse im Theater im Künstlerhaus eröffnet jeweils eine Stunde vor Vorstellungsbeginn. (Schluß) gab/bs/rr

Umwelt-Bericht der Jungen ÖVP Wien

Wien, 1.6. (RK-KOMMUNAL) In den Monaten Februar bis Mai 1989 führten die 23 Bezirksgruppen der Jungen ÖVP Wien in allen Bezirken eine „Umwelterhebungsaktion“ zu den Bereichen Lärm, Luft, Müllentsorgung und Wasser durch. Aufgrund der Ergebnisse dieser Studie könne, so Gemeinderat Dr. Andreas SALCHER, Landesobmann der Jungen ÖVP Wien, in einer Pressekonferenz am Donnerstag nicht mehr von einer Umweltmusterstadt gesprochen werden.

Die Lärmbelastigung sei für Wohngebiete viel zu hoch. Die Dezibelwerte beim Start eines Drakens (116 dB) würden, so Dr. Salcher, auch in manchen Wohnbereichen erreicht, z.B. Brünner Straße/Angererstraße, Spitzenwert 120 dB.

Die Junge ÖVP Wien fordere Tempo 30 für alle starkfrequentierten Wohngebiete.

Die derzeitige Form der Luftmessungen der Stadt Wien gleiche laut Salcher einer Vogel-Strauß-Taktik. Das Smogalarmsystem der Stadt Wien sei veraltet, es orientiere sich an den SO_2 -Werten und nicht an den Angaben über Stickoxyde. Eine Luftmeßstelle in jedem Bezirk sei unbedingt notwendig.

Bei einem Lokalaugenschein im Wienerwald habe die Junge ÖVP eine Menge illegaler Mülldeponien entdeckt. Um der Jugend das Umweltproblem zu verdeutlichen, schlägt Dr. Salcher einen „Ökowandertag“ vor. Schulklassen sollen den Wienerwald säubern und illegale Deponien melden.

Die Wasserqualität des Liesingbaches werde u.a. durch die schwefelhaltigen Abwässer vom Thermalbad Oberlaa stark beeinträchtigt, sagte Salcher. (Schluß) rww/rr

ef vom Dienst:
800/2971 (Durchwahl)
ntag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
nstag 10 bis 17 Uhr,
nn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
rige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

ssum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus 3, Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus
age, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
zt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Freitag, 2. Juni 1989

Blatt 1162

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Verdienstzeichen des Landes Wien (1163)
- Technische Probleme für U-Bahn-Ausgang zum Donaukanal (1166)
- Terminvorschau vom 5. bis 16. Juni (1167/1168)
- Neubeginne beim Wiener Bundesstraßenbau 1989 (1169-1171)
- Häupl: Keine Ausgrenzung Wiens bei Nationalpark-Entscheidungen (1172)

Kultur:

- 100. Geburtstag von Helene Thimig (1163)
- Kunst in Währing (1164)
- Blumenaquarelle im Bezirksmuseum Mariahilf (1164)
- Vierteltour im Restaurant Sophienalpe (1165)

Sport:

- Zweiter Wiener Internationaler Kanu-Marathon (nur FS)

100. Geburtstag von Helene Thimig

Wien, 2.6. (RK-KULTUR) Helene THIMIG wurde am 5. Juni 1889 in Wien geboren. Ihr Vater war der berühmte Schauspieler und ehemalige Burgtheaterdirektor Hugo Thimig, dieser jedoch hielt seine Tochter für den Schauspielberuf für nicht genügend geeignet. Helene Thimig mußte daher einen zähen Kampf gegen ihren Vater ausfechten. 1907 gelang ihr ein Teilerfolg: Im Alter von 17 Jahren stand sie das erste Mal auf der Bühne und zwar im Badner Stadttheater.

1924, als Reinhardt das Theater in der Josefstadt neu eröffnete, kehrte Helene Thimig in ihre Heimatstadt zurück, in der sie bis dahin nur fallweise gastiert hatte. 1935 ging Helene Thimig mit Max Reinhardt in die amerikanische Emigration, wo dieser 1943 starb. Die Witwe kehrte nach dem Zweiten Weltkrieg nach Wien (Burgtheater und Theater in der Josefstadt) zurück.

Zu den Schülern der Schauspielerin Helene Thimig gehörten Heinrich Schweiger, Otto Schenk, Bruno Dallansky, Annemarie Düringer, Michael Heltau und viele andere. Sie erneuerte das Salzburger „Jedermann“-Konzept ihres Gatten und schrieb 1973 ihre persönlichen Erinnerungen unter dem Titel „Wie Max Reinhardt lebte“ nieder.

Einige Monate nach ihrem 85. Geburtstag ist Helene Thimig am 7. November 1974 in Wien gestorben. Von der Gemeinde Wien wurde ihr am Wiener Zentralfriedhof eine Ehrennische gewidmet. (Schluß) red/bs

Verdienstzeichen des Landes Wien

Wien, 2.6. (RK-KOMMUNAL) Das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien übergab Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL Freitag an Margarete STRAUSKY und Diakon Karl H. WEHNER.

Margarete Strausky war bis 1987 Inspektorin und Geschäftsführerin der 158 kirchlichen Kindergärten in Wien, in denen mehr als 11.000 Kinder betreut werden. Diakon Karl H. Wehner schuf im Rahmen seiner 13jährigen Tätigkeit als Direktor des Hauses der Barmherzigkeit in Wien 250 neue Pflegeplätze für bedürftige Wiener. (Schluß) jel/rr

Kunst In Währing

Wien, 2.6. (RK-KULTUR/LOKAL) Zum sechsten Mal findet heuer — vom 3. bis 19. Juni — die „Galerie Währinger Straße“ statt. 140 Geschäfte in der Währinger Straße und erstmals auch in der Gersthofer Straße beteiligen sich an dieser Aktion, die die Geschäftsstraßen für zwei Wochen zu Straßengalerien macht. 30 Währinger Künstler stellen ihre Bilder in den teilnehmenden Geschäften aus und bieten damit den Währingern die Gelegenheit, bei einem Spaziergang oder beim Einkaufen auch einen Galerie-Bummel zu machen. Die „Galerie Währinger Straße/ Gersthofer Straße“ wird heute, Freitag, um 16 Uhr, von Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK beim Kutschkermarkt eröffnet. (Schluß) gab/rr

Blumenaquarelle Im Bezirksmuseum Mariahilf

Wien, 2.6. (RK-KULTUR) Im Bezirksmuseum Mariahilf, Mollardgasse 8, sind bis Ende August Blumenaquarelle von Rosi REICHENVATER zu sehen. Die Ausstellung ist jeden Mittwoch von 16 bis 18 Uhr und jeden Sonntag von 9.30 bis 12 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet. (Schluß) gab/rr

Vierteltour im Restaurant Sophienalpe

Wien, 2.6. (RK-KULTUR/LOKAL) „Leben und Politik im Wiener Wald“ ist das Motto des zweiten Abends der 4. Wiener Vierteltour, einer sinnlich-kulinarisch-poetisch-musikalischen Reise in die Wiener Volkskultur. Die Veranstaltung findet am Montag, 5. Juni, 19.30 Uhr, im Restaurant Sophienalpe, 14. Bezirk, Sophienalpe 13, statt. Der frühere Landtagspräsident Hubert PFOCH spricht als Zeitzeuge über Wandern und politischen Widerstand. Jo BERGER liest eigene Texte: Ein Leben aus dem Wienerwald. Sigi MARON singt Lieder von „Mayerling bis Gablitz“. Die weiteren Veranstaltungen der Vierteltour:

**MITTWOCH, 7. JUNI, 19 UHR, „Jagdschloß Magdalenenhof“,
1210 Wien, Senderstraße am Bisamberg (erreichbar über
Stammersdorf oder Langenzersdorf)**

„GESCHICHTE UND GESCHICHTEN“

Waldanimation mit Fredl Schauer

Irenäus Eibl-Eibesfeldt: Waldbewohner

Roland Girtler: Magische Frauen und wildernde Männer

Alfred Rupprecht liest Texte von Altenberg, Kramer, Friedell und Polgar

Maria Walcher und das Schrammel-Trio singen und musizieren

**FREITAG, 9. JUNI, 19.30 UHR, „Grüaß di a Gott Wirt“,
1190 Wien, Sieveringerstraße 236 (Kreuzung Sieveringerstraße/
Höhenstraße)**

„AN BAM AUFSTELLN!“

Karl Glotter: Bäume, Wiesen und Felder in Wien

Kurt Zukrigl: Waldsterben und Walderhaltung

Jutta Schutting liest Naturlyrik

Reinhard Liebe und seine Leute: Naturbelassene Musik

**MONTAG, 12. JUNI, 19 UHR, „Rasthaus zur Schießstätte“,
1230 Wien, Im Mauerwald (verlängerte Maurer-Lange-Gasse)**

„WEM GEHÖRT DER WALD?“

Waldanimation mit Fredl Schauer

Manfried Welan: Der Wienerwald in Literatur und Alltag

Dieter Schrage: Im Wald da sind die Räuber

Rupert Trampisch bietet Kabarettistisches

Fritz Nußböck: Bissig-witzige Lieder

(Freier Eintritt bei allen Veranstaltungen)

(Schluß) gab/rr

Technische Probleme für U-Bahn-Ausgang zum Donaukanal

Wien, 2.6. (RK-KOMMUNAL) Ein direkter Ausgang von der U-Bahn-Station Schwedenplatz zum Donaukanal kann aus Kostengründen nicht errichtet werden. Andere Infrastrukturverbesserungen sind derzeit dringlicher. Dies geht aus der Beantwortung einer diesbezüglichen Anfrage im Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie hervor.

Die Schaffung eines eigenen Ausgangs zum Donaukanal würde auf große technische Schwierigkeiten stoßen. Der Vorkai des Donaukanals liegt beim Schwedenplatz fast sieben Meter höher als der Fußboden der Passage, bei einem Durchbruch der Wand käme man ins Grundwasser. Da das Hochwasser bis zu eineinhalb Meter über den Vorkai vordringen kann, müßte ein eigener Hochwasserschutz gebaut werden. Ein ebener Ausgang wäre an dieser Stelle überhaupt nicht möglich, für einen Aufzug, die Nachtsperren sowie Fahrscheinverkauf- und -entwertung gäbe es räumliche und städtebauliche Probleme.

All das würde die Kosten derart steigern — erste Schätzungen sprechen von mindestens 30 Millionen Schilling —, daß der Aufwand unverhältnismäßig hoch erscheint. Der Antrag der ÖVP mußte deshalb vom Gemeinderatsausschuß abgelehnt werden. (Schluß) roh/rr

Terminvorschau vom 5. bis 16. Juni

Wien, 2.6. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 5. bis 16. Juni hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 5. JUNI:

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Landtmann)

12.00 Uhr, Eintragung ins Goldene Buch: Aleksandar Bakocevic, Bürgermeister von Belgrad (Rathaus)

DIENSTAG, 6. JUNI:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

15.00 Uhr, Überreichung der Nestroy-Ringe 1988 an Helmut Lohner und Dolores Schmidinger (StR. Pasterk, Wappensaal, Rathaus)

MITTWOCH, 7. JUNI:

10.00 Uhr, Pressekonferenz Holding, Oberlaa, Stadthaus, 1., Neuer Markt 16

11.00 Uhr, Stadtrat Edlinger, Architekt Potyka: Präsentation des Buches „Bürgerbeteiligung und Planungsrealität“ (1., Schönlaterngasse 9)

14.00 Uhr, Ehrenmedaille an Walter Klien (StR. Pasterk, Roter Salon, Rathaus)

14.00 Uhr, Benennung der Parkanlage in Wien 2, Lilienbrunnungasse 6-12 in „Manes-Sperber-Park“ (Bgm. Zilk)

19.00 Uhr, Wiener Vorlesungen: Prof. Dr. Rudolf Halle über „Ludwig Wittgenstein und die Philosophie unserer Zeit“ (Stadtsenatssitzungssaal, Rathaus)

DONNERSTAG, 8. JUNI:

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Hatzl, Fernwärme (PID)

13.30 Uhr, Dekret „Regierungsrat“ für OAR. Helmut Schönhofer (StR. Swoboda, Büro)

MONTAG, 12. JUNI:

10.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Schirmer, 150 Jahre Marktamt (Rathaus, Volkshalle)

11.00 Uhr, Übergabe von zwei Müllfahrzeugen für Managua (Bgm. Zilk, Rathausplatz)

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Landtmann)

14.00 Uhr, Bürgerurkunde an BV a.D. Leo Mistingner (Vbgm. Mayr, Rathaus, Stadtsenatssitzungssaal)

DIENSTAG, 13. JUNI:

10.00 Uhr, Pressekonferenz Modeschule Hetzendorf

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

16.00 Uhr, Eröffnung des Jubiläumsmarktes am Rathausplatz und der Jubiläumsausstellung „150 Jahre Wiener Marktamt“ in der Volkshalle (Bgm. Zilk, StR. Schirmer)

MITTWOCH, 14. JUNI:

11.00 Uhr, Eröffnung des zentralen Eingangs- und Verwaltungsgebäudes des Neuen AKH (9., Währinger Gürtel 18-20) (StR. Stacher)

MITTWOCH, 14. JUNI (Forts.):

14.00 Uhr, Grundsteinlegung für Pensionistenheim in Wien 22.,
Tamariskengründe (Zschokkegasse), Bgm. Zilk, Vbgm. Smejkal

18.30 Uhr, Begrüßung neuer Österreichischer Staatsbürger (Rathaus,
Festsaal) Bgm. Zilk, StR. Schirmer

DONNERSTAG, 15. JUNI:

10.00 Uhr, Eröffnung des Kindertagesheimes in Wien 23, Breitenfurter
Straße 401-413/1 (Vbgm. Smejkal)

FREITAG, 16. JUNI:

9.30 Uhr, Pressekonferenz StR. Hatzl, neuer Lastverteiler der E-Werke
(9., Mariannengasse 4-6)

10.15 Uhr, Pressekonferenz Vbgm. Smejkal, Kinderschutzzentrum
(Julius-Tandler-Zentrum, 9, Sobieskigasse 31)

11.30 Uhr, Ehrung von Pflegeeltern, Vbgm. Smejkal (Charlotte-Bühler-
Heim, 18, Bastiengasse 36-38)

(Schluß) red/bs

Forts. von Blatt 1167

Neubeginne beim Wiener Bundesstraßenbau 1989

Wien, 2.6. (RK-KOMMUNAL) In einem Pressegespräch gab Verkehrsstadtrat Johann HATZL am Freitag einen Überblick über die Vorhaben beim Bundesstraßenbau im Wiener Bereich und kam einleitend auf Finanzierungsfragen zu sprechen: Eine Gegenüberstellung der Voranschläge auf dem Sektor des Baues von Bundesstraßen A und B in Wien weist für das Jahr 1988 einen Betrag von 741,9 Millionen Schilling und für das Jahr 1989 einen Betrag von 659,3 Millionen Schilling, also eine Abnahme der Mittel um 6,3 Prozent, aus. Wie Hatzl hervorhob, beinhalten die genannten Beträge Investitionen plus Instandhaltungsmaßnahmen: für Neubeginne im laufenden Jahr verblieben also nur 171 Millionen Schilling.

Nachstehend eine Übersicht der wichtigsten Neubeginne.

BUNDESSTRASSEN A (Autobahnen)

- **Südost-Tangente Wien Abschnitt 23, Fahrtrichtung Favoriten von A 2/Südbahn bis Verteilerkreis Favoriten**

Geplant ist die Sanierung der Betondecke des ersten Fahrstreifens und des Pannestreifens (Auswechseln der beschädigten Betonfelder). Außerdem sind Arbeiten an den Leitschienen und im Bankettbereich erforderlich. Ab 18. September 1989 werden der erste Fahrstreifen und der Pannestreifen im genannten Bereich für die Dauer von voraussichtlich sechs Wochen gesperrt. Der Einmündungsbereich des Altmannsdorfer Astes und der Auffahrt Sterngasse ist von den Behinderungen nicht betroffen. Die Gesamtkosten betragen 18 Millionen Schilling.

- **A 23 Südost-Tangente Wien Anschlußstelle Landstraßer Gürtel:**

Lärmschutteinrichtung Peter-Straßer-Hof

Entlang der Abfahrtsrampe von der A 23 in Richtung Landstraßer Gürtel ist im Bereich der Wohnhausanlage Peter-Straßer-Hof eine Erhöhung der bestehenden Lärmschutzwand auf einer Länge von 145 Meter um einen beziehungsweise 1,5 Meter vorgesehen. In Richtung Osten wird die Lärmschutzwand um rund 180 Meter mit einer Wandhöhe von fünf Meter über Gelände verlängert. Der Bauzeitraum umfaßt die Monate Juli und August, die Gesamtkosten liegen bei 2,5 Millionen Schilling.

- **A 23 Südost-Tangente Wien Anschlußstelle Landstraßer Gürtel:**

Lärmschutteinrichtung für die Kleingartenanlage Arsenal

Entlang der Auffahrtsrampe vom Landstraßer Gürtel in Richtung Favoriten wird im Bereich der Kleingartenanlage Arsenal eine Lärmschutzwand mit einer Länge von 290 Meter und einer Höhe von 1,5 Meter gebaut. Der Termin umfaßt die Monate Juni bis August, die Gesamtkosten betragen 1,3 Millionen Schilling.

- **A 23 Südost-Tangente Fortsetzung Hirschstetten**

Dieses Vorhaben umfaßt mehrere Brücken- und Tunnelobjekte sowie die Anschlüsse Knoten Kaisermühlen (A 22/Donauuferautobahn), Erzherzog-Karl-Straße und Hirschstettner Straße. Die Gesamtlänge des Bauprojektes beträgt knapp zwei Kilometer, die Baukosten werden mit mindestens 1,5 Milliarden Schilling veranschlagt, wobei noch im Sommer mit den Arbeiten begonnen werden soll.

BUNDESSTRASSEN B

- **B 1 - 3, Kreuzung Am Heumarkt/Große Ungarbrücke**

Zur Verbesserung der Verkehrssituation wird die B 1 im Bereich Große Ungarbrücke umgebaut. Im Abschnitt von Große Ungarbrücke Richtung Vordere Zollamtsstraße wird der Fahrbahnteiler bis zur Kreuzung B 1/ Große Ungarbrücke verlängert und darüber hinaus durch Verbreiterung eine vierte Spur in der Kreuzungszufahrt gewonnen. Im Abschnitt vor Große Ungarbrücke bis zum Eingang Hauptmünzamt erfolgt ein kompletter Straßenumbau mit zwei Fahrspuren je Fahrtrichtung und zusätz-

lichen zwei Abbiegespuren zur Großen Ungarbrücke. Die voraussichtlich drei Monate dauernden Arbeiten werden Anfang September beginnen und sind mit Kosten in der Höhe von 10,6 Millionen Schilling veranschlagt.

• **B 1 - 12, Schönbrunner Straße von Gierstergasse bis Aichhorngasse**

Nach dem U-Bahn-Bau erfolgt die Wiederherstellung der Straßenoberfläche und die teilweise Neuanlage von Parkspuren. Im Stauraum vor der Längenfeldgasse ist ein Straßenvollausbau mit Gußasphalt als Deckschicht vorgesehen. Der Baubeginn ist vom Abschluß der noch laufenden Kanalisationsarbeiten abhängig und wird entweder am 19. oder am 26. Juni erfolgen. Das Bauende wird voraussichtlich im September liegen. Die Kosten werden vier Millionen Schilling betragen.

• **B 3b - 22, Donaustadtstraße von Neuhaufenstraße bis Erzherzog-Karl-Straße**

Da bei der Donaustadtstraße in diesem Bereich vor allem auf den Kreuzungen starke Verdrückungen bestehen ist eine Erneuerung der Fahrbahnkonstruktion vorgesehen. Außerhalb der Kreuzungsbereiche soll nach dem Abfräsen des alten Belages ein neuer Asphaltbetonbelag aufgebracht werden. Die in den Monaten Juli und August ablaufenden Arbeiten sind mit Gesamtkosten von 14 Millionen Schilling veranschlagt.

• **B 16 - 10, Kreuzung Humberger Straße/Leopoldsdorfer Straße**

Aus Gründen der Verkehrssicherheit soll diese Kreuzung mit einer Ampelanlage versehen werden; dies bedingt den Zubau eines eigenen Abbiegestreifens in Fahrtrichtung Wien. Außerdem soll der gesamte Bereich eine neue Fahrbahndecke erhalten. Die etwa zweieinhalb Monate dauernden Arbeiten werden voraussichtlich Anfang September nach dem Abschluß von Kanalisationsarbeiten beginnen. Der finanzielle Aufwand beträgt 7,3 Millionen Schilling.

• **B 222 - 18, Gersthofer Straße, Wielemansgasse bis Scheidlstraße**

Dieses Bauvorhaben umfaßt einen Vollausbau sowie eine teilweise Verbreiterung der Fahrbahn. Auch ist eine Belagserneuerung in den anschließenden Fahrbahnflächen (bis Wielemansgasse beziehungsweise Scheidlstraße) vorgesehen. Die Arbeiten werden Mitte Juni beginnen und bis in den September dauern, die Gesamtkosten betragen 8,2 Millionen Schilling.

• **B 222 - 20, Lorenz-Müller-Gasse, Brigittenauer Lände bis Adalbert-Stifter-Straße**

Es erfolgt eine Sanierung des Belages durch Abfräsen der vorhandenen Fahrbahndecke und den Einbau eines fünf Zentimeter dicken Asphaltbetonbelages. Im Stauraum vor der Adalbert-Stifter-Straße soll auch die bituminöse Tragschicht erneuert werden. Weiters ist im Bereich ÖBB-Unterführung der Umbau der Straßenentwässerung vorgesehen. Die Anfang Juli beginnenden Arbeiten werden voraussichtlich Ende August, also noch vor Schulbeginn, beendet sein. Die Gesamtkosten liegen bei 8,5 Millionen Schilling.

• **B 223 - 14, Flötzersteig, Spiegelgrundstraße bis Donhartgasse**

Die derzeit bestehende unebene und „laute“ Kleinstendecke wird durch einen kompletten Straßenumbau erneuert, wobei die Fahrbahn in Asphaltbeton und die Parkspur in Großsteinpflaster ausgeführt werden. Die voraussichtlich im August 1989 beginnenden Arbeiten werden bis Juni 1990 laufen und einen finanziellen Aufwand von 26,2 Millionen Schilling erfordern.

• **B 223 - 14, 16, Flötzersteig, Maroltingergasse bis Flötzersteigbrücke**

Dieses Vorhaben umfaßt eine Belagserneuerung des Flötzersteiges, wobei zur Verstärkung der Fahrbahnkonstruktion auch der Einbau einer einlagigen bituminösen Tragschicht erfolgen wird. Die Arbeiten werden in den Monaten Juli und August durchgeführt und sind mit Kosten von 10,3 Millionen Schilling verbunden.

• **B 226 - 20, 21, Floridsdorfer Brücke**

Der schadhafte Fahrbahnbelag der Brücke, einschließlich des Bereiches

Forts. von Blatt 1169

Forts. auf Blatt 1171

der Kreuzung über der A 22/Donauuferautobahn, soll abgefräst und mit einer neuen Fahrbahndecke aus Gußasphalt versehen werden. Die Durchführung dieser Arbeiten wird am 3. Juli beginnen — es ist eine halbseitige Sperre der Brücke mit einer Gegenverkehrsregelung erforderlich — und voraussichtlich bis Mitte August dauern. Die Gesamtkosten betragen 10 Millionen Schilling.

• **B 227 - 19, Knoten Nußdorf**

Bei den Rand- und Mittelstreifen ist eine Instandsetzung des Betons auf sämtlichen Rampen und Verbindungstragwerken erforderlich. Die einzelnen Arbeitsbereiche werden jeweils 70 bis 100 Meter lang sein, wobei der Verkehr auf einem Fahrstreifen von etwa 3,5 Meter Breite aufrecht erhalten wird. Die Arbeiten werden noch im Juni beginnen und voraussichtlich bis Dezember dauern, wofür insgesamt 7,3 Millionen Schilling veranschlagt wurden.

• **B 229 - 21, Shuttleworthstraße/Ruthnergasse von Brünner Straße bis Siemensstraße**

Aufgrund des schlechten Straßenzustandes ist ein kompletter Umbau erforderlich. Der neue Straßenquerschnitt wird einen Fahrstreifen je Fahrtrichtung sowie zusätzliche Abbiegespuren vor der Brünner Straße und der Siemensstraße aufweisen. In der Shuttleworthstraße steht ein Parkstreifen zur Verfügung, in der Ruthnergasse teilweise beidseitig ein Parkstreifen. Die Fahrbahn erhält eine Asphaltbetondecke, die Parkstreifen werden mit Großsteinpflaster ausgelegt. Die etwa ein Jahr in Anspruch nehmenden Arbeiten werden voraussichtlich im September beginnen und insgesamt 54,3 Millionen Schilling erfordern.

• **B 302 - 21, Einzingergasse, Vohburggasse bis Autokaderstraße**

Im Zusammenhang mit Bauarbeiten am Marchfeldkanal ist es notwendig, die Einzingergasse in einem Bereich zwischen etwa 80 Meter vor der Prager Straße und der Autobahnauffahrt zur A 22/Donauuferautobahn bei der Vohburggasse neu- beziehungsweise umzubauen. Es werden eine Fahrspur je Richtung und eine häuserseitige Parkspur errichtet; für die Fahrbahndecke ist gewalzter Gußasphalt, für die Parkspur eine Pflasterung vorgesehen. Die im September beginnenden Arbeiten werden voraussichtlich neun Monate in Anspruch nehmen und insgesamt 33,9 Millionen Schilling kosten.

(Forts. mgl.) pz/bs/rr

Forts. von Blatt 1170

Häupl: Keine Ausgrenzung Wiens bei Nationalpark-Entscheidungen

Wien, 2.6. (RK-KOMMUNAL) „Wien wird die Lobau als Teil des Nationalparks Donau-March-Thaya-Auen einbringen und darf deshalb nicht bei Entscheidungen über den Nationalpark ausgegrenzt werden“, betonte der Wiener Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL am Freitag bei einem Pressegespräch über Donauraum und Nationalpark. Häupl brachte folgende Vorschläge für eine künftige Zusammenarbeit für den Nationalpark ein: Die Bundesländer Wien und Niederösterreich sollten gemeinsam mit dem Bund eine Nationalpark-Errichtungsgesellschaft gründen. Es sollten für beide Bundesländer gleiche Gesetze betreffend Nationalpark geschaffen werden, die auch zur gleichen Zeit im Wiener und NÖ. Landtag eingebracht werden sollten. Ein gemeinsames Beamtenkomitee sollte sich mit den anstehenden Problemen beschäftigen und gemeinsame Lösungen erarbeiten. In die Entscheidungen sollten auch die Bürgermeister einbezogen werden, um eine Planung mit den Bürgern zu ermöglichen. Weiters sprach sie Häupl für die Einbeziehung der bisherigen Nationalparkplanung unter Prof. Lötsch aus.

SR Mag. Johann SCHORSCH, der Leiter der MA 22 — Umweltschutz, erklärte, daß die Lobau, ein Juwel im Bereich der Donau, seit 1979 Naturschutzgebiet sei. Auch der Wiener Naturschutzbeirat habe sich bereits für die Lobau als Teil des Nationalparks ausgesprochen. Es seien bereits erste Vorarbeiten dazu gemacht worden. Beispielsweise wurden Feldflächen in Auwiesen umgewandelt. Es sei geplant, bestehende Ackerflächen in Wald, Wiesen und biologische Landbaugebiete umzuwandeln. Ein Problem sei der gesunkene Grundwasserspiegel, der in einem ersten Schritt im Zuge der Dotation Lobau angehoben würde.

SR Dipl.-Ing. Gerhard WEBER, der Leiter der MA 45 — Wasserbau, sprach über die Problematik der Sohleintiefung der Donau. Es seien Untersuchungen über die Eintiefung der Donau von Wien bis zur Staatsgrenze gemacht worden, und man habe nach Möglichkeiten zum Stop der Eintiefung ohne eine Folge von Kraftwerken gesucht. Dabei war ein neues System gefunden worden: die Grobmaterialzugabe zur Deckschichtbildung. Bei diesem System muß der Anteil des groben Schottermaterials vergrößert werden, es folgt eine Vermischung mit dem alten Material, und es bildet sich schließlich eine feste Deckschicht, die nicht wie bisher ausgebagert werden muß. Untersucht wurden auch die Schifffahrtstauglichkeit dieses Systems sowie die Auswirkungen eines Hochwassers. Die Einbringung des Materials müßte mit einem Spezialschiff durchgeführt werden, was ebenfalls getestet wurde. Das System wurde von ausländischen Experten überprüft und bekam exzellente Kritiken von Karlsruher und Zürcher Wasserbaufachleuten. Die Experten kamen einhellig zur Ansicht, daß mit diesem System die Donau so stabilisiert werden kann, daß die Au und somit ein Nationalpark erhalten bleiben können. Außerdem besteht durch diese Art der Sohlstabilisierung kein Zwang für ein Unterliegerkraftwerk nach einer etwaigen Staustufe Wien. (Schluß) du/bs

nef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
brige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

ressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
ssetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Montag, 5. Juni 1989

Blatt 1173

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

ÖVP lehnt Rechnungsabschluß 1988 ab (1181)

Kommunal/Lokal:

Neubau der Augustinerwaldbrücke (1175/FS: 3.6.)

Neuer Straßenbelag in der Längenfeldgasse (1175/FS: 4.6.)

Tramwaytag war ein Publikumsmagnet (1176/FS: 3.6.)

Schätze aus den Tresoren des Landesarchivs (1177)

Förderung für Musiker in Gaststätten (1178)

Bürgerdienst-Live-Sendung aus Ottakring (1179)

„Italiener in Wien“ (1179)

Swoboda: Grüne wollen Wiens Ruf im Ausland schädigen (1180)

Gasgebühren in der Triester Straße (nur FS/2.6.)

Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Kultur:

Goldenes Verdienstzeichen für Paul Patera (1174/FS: 2.6.)

Am Mittwoch Wiener Vorlesungen (1178)

Musical-Show für guten Zweck (1182)

Historisches Museum: Sperre des Studiensaales (nur FS)

Goldenes Verdienstzeichen für Paul Patera

Wien, 2.6. (RK-KULTUR) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK überreichte am Freitag Paul PATERA das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien.

Paul Patera, 1917 in Wien geboren, emigrierte 1938 nach Schweden. Sein jüdischer Vater kam im Konzentrationslager um. Patera, der in Schweden als Journalist und als Volksbildner arbeitet, hat zahlreiche Artikel über Wien veröffentlicht und die Aufführungen österreichischer Autoren und Komponisten in Schweden initiiert und teilweise auch künstlerisch betreut. Er veranstaltete auch Gruppenreisen nach Wien. (Schluß) gab/rr

Bereits am 2. Juni 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Neubau der Augustinerwaldbrücke

Wien, 3.6. (RK-KOMMUNAL) Der Augustinerwaldbrücke über den Mauerbach im 14. Bezirk kommt als einziger Zufahrtsmöglichkeit zur Augustinerwaldsiedlung entsprechende Bedeutung zu. Die bestehende Brückenkonstruktion ist nicht mehr ausreichend tragfähig; es ist eine Gewichtsbeschränkung auf 6,5 Tonnen vorgeschrieben, sodaß die Befahrbarkeit mit schweren Versorgungs-, Entsorgungs- oder Einsatzfahrzeugen problematisch ist. Da sie jedoch gegeben sein muß, und eine Sanierung des bestehenden Tragwerkes diesen Anforderungen gemäß nicht vertretbar erscheint, ist der Bau eines neuen Brückentragwerkes notwendig. Es wird unter halbseitiger Aufrechterhaltung des Verkehrs errichtet und ist mit Kosten von 2,1 Millionen Schilling veranschlagt, wofür der Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie in seiner letzten Sitzung die Zustimmung gab. (Schluß) pz/bs

Bereits am 3. Juni 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Neuer Straßenbelag in der Längenfeldgasse

Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Im 12. Bezirk soll in der Längenfeldgasse im Abschnitt zwischen der Schönbrunner Straße und der Arndtstraße die vorhandene Kleinsteinpflasterdecke durch eine moderne bituminöse Straßenkonstruktion einschließlich einer entsprechenden Frostschuttschicht ersetzt werden; auch die Gehsteige sollen in Gußasphalt beziehungsweise Asphaltbeton neu ausgeführt werden. Die Gesamtkosten für diese Maßnahmen in der Höhe von 3,7 Millionen Schilling wurden vom Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie in seiner letzten Sitzung genehmigt. (Schluß) pz/rr

Bereits am 4. Juni 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Tramwaytag war ein Publikumsmagnet

Wien, 3.6. (RK-LOKAL) Der „5. Tramwaytag“ hat sich am Samstag zu einem Publikumsschlager entwickelt. Rund 17.000 Besucher verzeichnete die Zentralwerkstätte der Wiener Verkehrsbetriebe. Unter den vielen Besuchern war auch Bürgermeister Dr. Helmut ZILK. Als Publikumsmagnet erwies sich wieder die Möglichkeit, selbst einen „Silberpfeil“, eine moderne Straßenbahngarnitur oder einen Autobus zu steuern. Auch die Rundfahrten mit der Pferdetrampway aus dem Jahr 1865 waren ausgebucht. Einen besonderen Anziehungspunkt für Fotografen stellten die Oldtimer dar, die ebenfalls ausgestellt waren. Für die Tramwayfans war es der „Flohmarkt“ mit alten Ausrüstungsgegenständen und Liniensignalen, der sie lockte. Der Tramwaytag hat sich mit der Veranstaltung am Samstag — heuer bereits zum fünften Mal — als die Chance für die Bevölkerung gezeigt, ihre öffentlichen Verkehrsmittel näher kennenzulernen. (Schluß)
red/gg

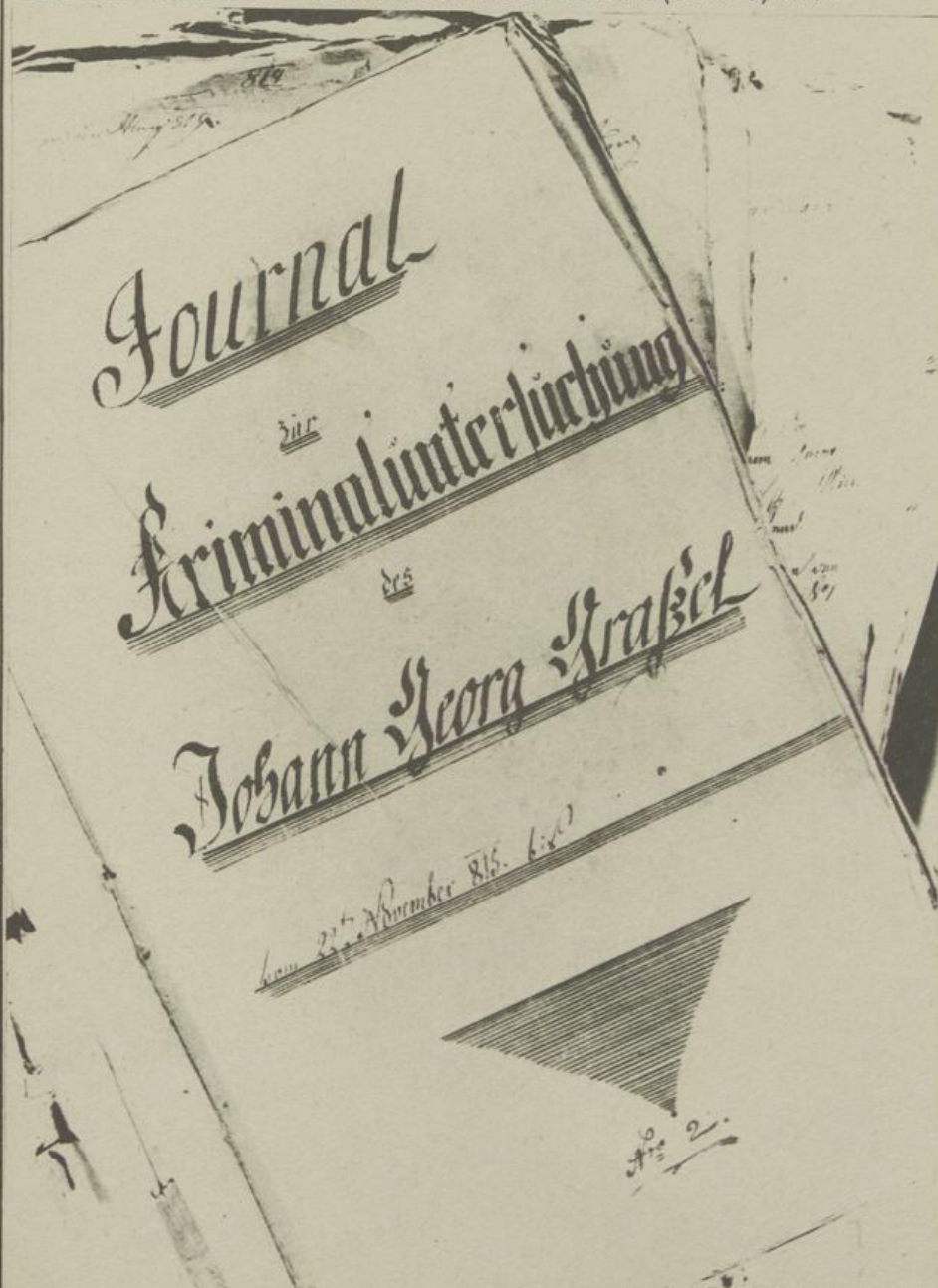
Bereits am 3. Juni 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Schätze aus den Tresoren des Landesarchivs

Der umfangreiche Gerichtsakt des Räubers Johann Georg Grasel

Wien, 5.6. (RK-LOKAL) Das Wiener Stadt- und Landesarchiv präsentiert anlässlich des Jubiläums seines 100jährigen Bestehens als eigene Abteilung seine kostbarsten Urkunden, die 800 Jahre Stadtgeschichte dokumentieren. In einer eigenen Vitrine in der Stadtinformation (Rathaus, Schmidthalle, Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr) ist alle 14 Tage ein anderes „historisches Schmankerl“ zu sehen.

Von 7. bis 20. Juni wird der umfangreiche Gerichtsakt zum Fall Johann Georg Grasel gezeigt, der Anfang des 19. Jahrhunderts die Öffentlichkeit aufwühlte. Grasel machte mit seinen Komplizen zur Zeit der Napoleonischen Kriege das nördliche Niederösterreich unsicher. Einbruchstouren und Raubzüge lösten einander ab. Grasel, der mit verschiedenen kleinen Gruppen operierte, konnte erst nach Jahren durch einen Polizeispitzel in eine Falle gelockt werden. Im Verhör meinte Grasel, daß ihn soziale Not zu den Taten getrieben habe. Das Verfahren gegen ihn dauerte von 1815 bis 1818. Grasel wurde am 31. Jänner 1818 wegen „räuberischen Totschlags“ verurteilt und gemeinsam mit zwei Komplizen gehängt. In Liedern und Legenden wurde der Räuber zu einer Art Robin Hood verklärt. (Schluß) am/rr



Gerichtsakt des Räubers Johann Georg Grasel

Foto Wiener Stadt- und Landesarchiv

Am Mittwoch Wiener Vorlesungen

Wien, 5.6. (RK-KULTUR) Am kommenden Mittwoch, dem 7. Juni, findet wieder eine Veranstaltung im Rahmen der Wiener Vorlesungen statt. Prof. Dr. Rudolf HALLER (Universität Graz) spricht über das Thema „Ludwig Wittgenstein und die Philosophie unserer Zeit“. Die Veranstaltung, die von Barbara RETT moderiert wird, beginnt um 19 Uhr im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses. (Schluß) ger/bs

Förderung für Musiker in Gaststätten

Wien, 5.6. (RK-LOKAL/KULTUR) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur bewilligte 1,31 Millionen Schilling zur Förderung von Gaststättenbetrieben, die Musiker beschäftigen. Die Einzelbeträge, die im allgemeinen zwischen 15.000 und 40.000 Schilling liegen, werden für die ständige Beschäftigung von Musikern in Restaurants, Heurigenbetrieben und Kaffeehäusern vergeben. (Schluß) gab/bs

„Italiener in Wien“

Wien, 5.6. (RK-LOKAL) Die interessante Ausstellung „Italiener in Wien“ ist noch bis 11. Juni im Wiener Südbahnhof (obere Halle) zu sehen. Die kleine Schau, die vom Wiener Städt- und Landesarchiv mit Unterstützung durch das Italienische Kulturinstitut gestaltet wurde, zeigt berühmte Italiener, die in Wien tätig waren.

Die Ausstellung „Spuren der Vergänglichkeit. Aufgelassene und verschwundene Friedhöfe in Wien“ wird noch bis 16. Juni, Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr, im Rathaus, Stiege 6, 1. Stock, gezeigt. (Schluß) am/bs

Bürgerdienst-Live-Sendung aus Ottakring

Wien, 5.6. (RK-LOKAL) Aus der Fußgängerzone vor der Pfarre Alt-Ottakring kommt die nächste Bürgerdienst-Live-Sendung des Wiener Stadtradios / UKW 90 und 95: Am Mittwoch, dem 7. Juni, wird das Mobile Büro des Bürgerdienstes von 14 bis 15.30 Uhr in Wien 16, Ottakringer Straße 202 stehen. Otto SCHMIDT vom Wiener Stadtradio, Bürgerdienst und Mobiler Bürgerdienst stehen bei der Live-Sendung für Wünsche, Anfragen und Beschwerden zur Verfügung. Das Stadtradio ist während der Sendung unter den Telefonnummern 502 22 05 und 505 22 73 zu erreichen. (Schluß) hrs/rr

Swoboda: Grüne wollen Wiens Ruf im Ausland schädigen

Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Als ungeheuren Affront gegen Wien als Stadt und damit gegen seine Bewohner bewertete am Montag Planungstadtrat Dr. Hannes SWOBDA jenen Brief, den „grüne“ Politiker an das B.I.E. in Paris schicken wollen.

Swoboda wörtlich: „Wenn jemand — wie die Grünen — im Inland, ja sogar im engsten Bereich der Stadt, mit der Durchsetzung von Verhinderungs-ideen scheitert, ist eine gewisse Frustration verständlich. Wenn man aber als politischer Trotzkopf seinen Ärger sozusagen vor der Haustür depointiert und noch dazu mit falschen Behauptungen agiert, muß man sich die Frage gefallen lassen, ob man jene demokratische Reife besitzt, die einen als Volksvertreter qualifiziert.

Mit Aktionen wie Briefeschreiben an das B.I.E. oder der unverhohlenen Drohung von Baustellenbesetzungen schädigen die Grünen jedenfalls eindeutig den Ruf Wiens im Ausland und tragen damit zu einer Imageverschlechterung unserer Stadt wie auch unseres Landes bei.“ Wie Stadtrat Dr. Swoboda zu den „grünen“ Behauptungen klarstellte, sei der einstimmige Gemeinderatsbeschuß vom 17. Oktober 1988 kein „Ettikettenschwindel“ zum Standort, sondern das Resultat langer und eindeutig demokratischer Diskussion und entsprechender Willensbildung.

Die radikalen Vertreter der „Grünen“ sind aufgefordert, bei aller Kritik wenigstens eine konstruktive Haltung zu zeigen, wie sie in der Montag-Pressekonferenz vom Vertreter der „Grünen-Alternative“ an den Tag gelegt wurde, der sich zu einem „Ja“ zu den zukunftsweisenden Zielen, wie etwa der Umweltmusterstadt, die im Zusammenhang mit der EXPO 95 beschleunigt erreicht werden sollen, bekannte, schloß Stadtrat Dr. Swoboda. (Schluß) lf/rr

ÖVP lehnt Rechnungsabschluß 1988 ab

Wien, 5.6. (RK-POLITIK) Die Wiener ÖVP wird den Rechnungsabschluß 1988 ablehnen, gab am Montag Landtagsabgeordneter Dr. Ferdinand MAIER in einem Pressegespräch bekannt. Als Gründe für die Ablehnung nannte Maier die sinkende Investitionsquote, die steigenden Rücklagen sowie den Rückgang des geförderten Wohnbaues. Dazu kämen noch fehlende Maßnahmen und Investitionen im Bereich der Umwelt, der Ver- und Entsorgung. Die Gebührenerhöhungen hätten zu einer weiteren Belastung geführt.

Bilanz der Dezentralisierung

Das Rechnungsjahr 1988 war das erste Jahr der Dezentralisierung. Die bisherigen Erfahrungen hätten gezeigt, so Maier, daß die finanziellen Mittel den Bezirken kaum echte Gestaltungsmöglichkeiten böten. Neben einer Aufstockung der Bezirksbudgets sprach sich Maier für mehr Kompetenzen für die einzelnen Bezirke sowie für ein Weisungsrecht der Bezirksorgane gegenüber den Magistratsdienststellen aus. (Schluß) fk/gg

Musical-Show für guten Zweck

**Musik aus „Cats“, „Les Miserables“ und „Phantom der Oper“
zugunsten der Österreichischen AIDS-Hilfe**

Wien, 5.6. (RK-KULTUR) Für einen wohltätigen Zweck, der gesamte Reinertrag geht an die Österreichische AIDS-Hilfe, findet am Dienstag, dem 27. Juni um 19.30 Uhr im Raimundtheater eine Benefiz-Gala statt, die ein ungewöhnlich attraktives Programm umfaßt: Es werden von den Ensembles der Wiener Aufführungen von „Cats“, „Les Miserables“ und „Phantom der Oper“ Kostproben geboten, außerdem treten als Gäste Michael HELTAU, Angelika MILSTER, Joachim KEMMER und Michael O'CONNOR auf — Stars, die in den vergangenen Jahren viel zum Ruf der Musicalstadt Wien beigetragen haben. Karten sind zum Preis von 1.200, 800 und 400 Schilling erhältlich. Alle Besucher des Galaabends können auch an einer Verlosung teilnehmen — Lospreis 150 Schilling — bei dem es schöne Preise, darunter einen Citoen AX 14 TRS zu gewinnen gibt.

Die Benefiz-Gala, für die Bürgermeister Dr. Helmut ZILK die Schirmherrschaft übernommen hat, beinhaltet „nicht nur“ musikalische GustostückerIn erfolgreicher Produktionen. Eigens für diesen Abend wurden von Sam COLE, einem Cats-Darsteller, neue Szenen einstudiert. Insgesamt rund 100 Darsteller werden auch Querschnitte aus modernen internationalen Musicals präsentieren, die nie nach Wien kommen werden.

Der Reinerlös dieser Veranstaltung fließt der Österreichischen AIDS-Hilfe zur Direkthilfe für an AIDS erkrankte Menschen zu. Ein Teil des Geldes wird dem Ausbau des Patientencafes an der AIDS-Station des Pulmologischen Zentrums Baumgartner Höhe zur Verfügung gestellt. (Schluß) ull/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133940, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Dienstag, 6. Juni 1989

Blatt 1183

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Bürgermeister von Belgrad trug sich ins Goldene Buch ein (1184/FS: 5.6.)
- Führung: Das Wiener Mechitaristenkloster (1185)
- Stacher begrüßt Klärung der endgültigen AKH-Struktur (1186)
- Wien: 32.506 Eintragungen für Volksbegehren (1187)
- Wien fördert weitere 25 Wohnhaussanierungen (1188)
- „Umweltbericht — Luft 1988“ (1189/1190)
- Rechnungsabschluß 1988 mit den Stimmen der SPÖ angenommen (1191)
- Studie über Umweltbelastungen der Wiener Verkehrsteilnehmer (1192/1193)
- Volksschüler bemalen U-Bahn-Passage (1195)
- Donnerstag Pressekonferenz Hatzl über HBW (nur FS)
- Mittwoch Buchpräsentation Edlinger — „Bürgerbeteiligung und Planungsrealität“ (nur FS)

Bezirke:

- Sitzungen von Bezirksvertretungen (1185)

Kultur:

- Qualtinger-Ausstellung noch bis 18. Juni (1194)

Bürgermeister von Belgrad trug sich ins Goldene Buch ein

Wien, 5.6. (RK-KOMMUNAL) Der Bürgermeister der Stadt Belgrad, Alexandar BAKOCEVIC, hält sich derzeit zu einem offiziellen Besuch in Wien auf. Bakocevic besuchte heute, Montag, das Rathaus, wo er von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK empfangen wurde und sich in das Goldene Buch der Stadt Wien eintrug. Zilk verwies in seiner Ansprache auf die zahlreichen aus dem heutigen Jugoslawien stammenden Persönlichkeiten des Geisteslebens, der Kunst und Politik, die in Wien gelebt und gewirkt haben — von Josip Broz Tito, der in Wien seine Lehre absolviert hatte, bis zu Vuk Stefanovic Karadzic.

Der Bürgermeister hob abschließend die gutnachbarlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten hervor: Gerade zwischen den Hauptstädten eines neutralen und eines blockfreien Landes gebe es besonders viele Berührungspunkte und Gemeinsamkeiten.

Der Feier wohnten u.a. Landtagspräsident Fritz HOFMANN, Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL, die Stadträte Dr. Ursula PASTERK, Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, Rudolf EDLINGER, Maria HAMPEL-FUCHS und Dr. Rainer PAWKOWICZ sowie die Klubobmänner Ing. Karl SVOBODA und Dr. Erwin HIRNSCHALL bei.

Gedenkbüste für Karadzic

Für Karadzic, der als Schöpfer der serbischen Schriftsprache und Literatur gilt, enthüllten Zilk und Bakocevic am Wochenende in Wien-Landstraße, Rasumofskygasse 22 eine Gedenkbüste. (Schluß) red/bs



Foto: PID/Hutterer

Bereits am 5. Juni 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Führung: Das Wiener Mechitaristenkloster

Wien, 6.6. (RK-LOKAL) Im Rahmen des Veranstaltungsprogramms 1989 des Vereins für Geschichte der Stadt Wien findet am Donnerstag, dem 8. Juni, um 16 Uhr eine Führung zum Thema „Das Wiener Mechitaristenkloster“ statt. Es führt Dr. Maria Kristin ARAT vom Institut für Religionswissenschaften. Treffpunkt ist um 15.45 Uhr im Hof des Klosters, Wien 7, Neustiftgasse 4. (Schluß) am/bs

Sitzungen von Bezirksvertretungen

Wien, 6.6. (RK-BEZIRKE) Die Bezirksvertretungen folgender Bezirke treten in nächster Zeit zu einer Sitzung zusammen:

- Neubau:** Mittwoch, 7. Juni, 16 Uhr, BV 7, Hermannsgasse 24-26;
 - Alsergrund:** Mittwoch, 7. Juni, 17 Uhr, BV 9, Währinger Straße 43;
 - Simmering:** Donnerstag, 8. Juni, 14 Uhr, BV 11, Enkplatz 2;
 - Wieden:** Donnerstag, 8. Juni, 18 Uhr, BV 4, Favoritenstraße 18;
 - Leopoldstadt:** Dienstag, 13. Juni, 16 Uhr, BV 2, Karmelitergasse 9;
 - Mariahilf:** Mittwoch, 14. Juni, 17 Uhr, BV 6, Amerlingstraße 11;
 - Rudolfsheim-Fünfhaus:** Donnerstag, 15. Juni, 16.30 Uhr, BV 15, Gasse 8-10;
 - Währing:** Donnerstag, 15. Juni, 17.30 Uhr, BV 18, Martinstraße 100;
 - Margareten:** Dienstag, 27. Juni, 15 Uhr, BV 5, Schönbrunner Straße 54;
 - Döbling:** Donnerstag, 29. Juni, 15 Uhr, BV 19, Gatterburggasse 14.
- (Schluß) end/gg

Stacher begrüßt Klärung der endgültigen AKH-Struktur

Wichtig für die Personalplanung

Wien, 6.6. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER begrüßte es Dienstag vormittag, daß endlich die Frage der neuen Struktur der Wiener Universitätskliniken im Neuen Wiener Allgemeinen Krankenhaus von Wissenschaftsminister Dr. Erhard BUSEK geklärt wurde. Wenn der Antrag des Ministeriums zur Strukturreform bei der Stadt Wien eingelangt sei, werde er, Stacher, alles unternehmen, um möglichst rasch einen Beschluß des Wiener Stadtsenats herbeizuführen. Die Festlegung der endgültigen Struktur der Universitätskliniken sei, so Stacher, deshalb besonders wichtig, weil sie die Basis für die Personalplanung sei, die nun forciert durchgeführt werden müsse. (Schluß) sc/gg

Wien: 32.506 Eintragungen für Volksbegehren

Wien, 6.6. (RK-KOMMUNAL) Für das Volksbegehren zur Senkung der Klassenschülerzahl wurden in Wien 32.506 gültige Eintragungen abgegeben. Dazu kommen die bereits im Einleitungsverfahren in Wien geleisteten 4.110 Unterstützungserklärungen.

In Summe wurde das Volksbegehren also in Wien von 36.616 Stimmberechtigten (das sind 3,24 Prozent) unterstützt.

Die endgültige Feststellung des Endergebnisses erfolgt durch die Hauptwahlbehörde beim Bundesministerium für Inneres. (Schluß) lf/rr

Wien fördert weitere 25 Wohnhaussanierungen

Wien, 6.6. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Landesregierung beschloß in ihrer Sitzung am Dienstag die Förderung von weiteren 25 Wohnhaussanierungen mit einem Bauvolumen von über 148 Millionen Schilling. Somit wurden heuer bereits 143 Wohnhaussanierungen gefördert und dadurch ein Investitionsvolumen von rund 1 Milliarde Schilling im Bau- und Baunebengewerbe ausgelöst.

Der Großteil der Sanierungskosten wird in Form von Annuitätenzuschüssen zu Hypothekendarlehen gefördert. Alle diesmal geförderten Wohnhaussanierungen werden von privaten Eigentümern durchgeführt, sechs davon von Miteigentümergeinschaften. 19 der 25 Projekte sind Sockelsanierungen, bei denen die bewohnten Häuser vom Keller bis zum Dach renoviert und zumindest auch ein Viertel der Wohnungen verbessert werden. Das größte Projekt ist die Sanierung eines Gebäudes am Max-Winter-Platz 10 im 2. Bezirk. Das Haus hat großteils Substandardwohnungen und wird nun mit einem Kostenaufwand von 23,4 Millionen Schilling hergerichtet. (Schluß) ah/bs

„Umweltbericht - Luft 1988“

Wien, 6.6. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL präsentierten am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters den „Umweltbericht — Luft 1988“, einen periodisch erscheinenden Bericht über die Wiener Luftsituation, der dem Wiener Gemeinderat vorgelegt wird. Generell kann festgestellt werden, daß sich die Luftqualität, abgesehen von Schadstoffbelastungen durch den KFZ-Verkehr, weiter gebessert hat. Die Belastungen durch Schwefeldioxid (SO₂) und Staub haben in den letzten Jahren so abgenommen, daß die Möglichkeit von Gesundheitsschäden nahezu auszuschließen ist. Großen Anteil daran haben die Luftreinhaltemaßnahmen im Bereich der Wiener Kraftwerke und Müllverbrennungsanlagen sowie der forcierte Ausbau der Fernwärme.

Eines der Hauptziele der Wiener Umweltpolitik muß sein, eine Luftqualität zu schaffen, die mit Sicherheit Gesundheitsschäden durch Luftverunreinigungen ausschließt.

Das erste Kapitel des Luftberichtes ist dem Wiener Luftmeßnetz gewidmet. Seit 1988 ist das Netz so ausgebaut, daß alle Meßstellen mit Meßgeräten für SO₂, Staub und Stickoxide (NO_x) ausgerüstet sind. An fünf verkehrsbelasteten Meßstellen wird Kohlenmonoxid gemessen. Drei Meßstellen in Waldgebieten sind mit Ozonmeßgeräten ausgestattet. Mittels eines Computerprogramms, das in Zusammenarbeit mit der TU-Wien erstellt wurde, kann eine Schadstoffverteilung über Wien berechnet werden.

Im Kapitel über den Smogalarmplan für Wien ist u.a. festgehalten, daß Wien als **ein** Belastungsgebiet anzusehen ist, da

1. im ungünstigen Fall die Vorbelastungen von weiter entfernten Emittenten das gesamte Stadtgebiet betreffen,
2. das Wiener Becken eine geographische und meteorologische Einheit bildet und
3. kleinräumige, regional begrenzte Maßnahmen im Falle eines Smogalarms praktisch nicht durchführbar sind.

Die Schadstoffbelastung Wiens durch Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid und Ozon

Die SO₂-Belastung hat im Laufe der letzten 10 Jahre stetig abgenommen. Als Hauptverursacher dieses Schadstoffs können Großemittenten wie Kraftwerke angesehen werden. Eingebaute Filter sowie Rauchgasreinigungsanlagen bei den Müllverbrennungsanlagen haben bereits zu beträchtlichen Emissionsreduktionen geführt. Die Tatsache, daß die SO₂-Belastung stark mit der Temperatur in der kalten Jahreszeit korreliert, beweist, daß der Hausbrand immer noch einen erheblichen Anteil daran hat. Aus diesem Grund ist es klar, daß Fernwärmeversorgung aus Müllverbrennungsanlagen mit guter Rauchgasreinigung oder durch Wärmeauskopplung aus umweltfreundlich ausgestatteten Kraftwerken von großer Bedeutung ist und unter allen Umständen forciert werden muß.

Der Verlauf der NO₂-Monatsmittelwerte, aber auch die Maxima und Minima, zeigen keinen signifikanten Unterschied zwischen Winter- und Sommerhalbjahr. Dies deutet auf Emittenten, die nicht von der Jahreszeit bzw. von der Temperatur abhängig sind, nämlich auf den KFZ-Verkehr, hin. An verkehrsmäßig belasteten Stellen kommt es bei NO_x zu häufigen Überschreitungen des 24 Stunden-Mittelwertes von 0,10 mg/m³. Maßnahmen zur Reduzierung von Schadstoffbelastungen durch Kraftfahrzeuge sind daher unerlässlich.

Ein Luftschadstoff, dem immer mehr Beachtung geschenkt wird, ist das Ozon. Photooxidantien wie Ozon werden zunehmend als aggressive Schadstoffe erkannt, die für Gesundheitsgefährdungen und vor allem für

Vegetationsschäden in Gebieten, die häufig weitab von den Emittenten liegen, verantwortlich gemacht werden können. Diese Schadstoffe entstehen vor allem aus den NO_x- und Kohlenwasserstoff-Emissionen durch einen komplizierten Reaktionsmechanismus, bei dem die Sonneneinstrahlung eine große Rolle spielt. Die Kommission für Luftreinhaltung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften ist zur Zeit dabei, Immissionsgrenzwerte für Ozon zu erarbeiten. Messungen belegen, daß Ozon im Sommerhalbjahr in weit höheren Konzentrationen als SO₂ und NO_x auftritt und oft großräumig und langfristig die Grenzwertvorstellungen der WHO zum Schutz des Menschen sowie den VDI-Grenzwert zum Schutz empfindlicher Vegetation überschreitet. Die OECD hat in einer Studie nachgewiesen, daß der Alpenraum von erhöhten Ozonwerten betroffen ist. Vergleicht man Meßergebnisse, ausgehend bereits vom vorigen Jahrhundert, so zeigt sich ein rapides Ansteigen der Ozon-Werte ab den 50er Jahren dieses Jahrhunderts, was auf das verstärkte Aufkommen des KFZ-Verkehrs zurückzuführen ist.

Der Hauptverursacher der Schadstoffbelastung - der KFZ-Verkehr

Wenn man nach den Ursachen der Schadstoffbelastungen forscht, kann man feststellen, daß nahezu ausschließlich Verkehrsemissionen der Grund für eine unbefriedigende Luftsituation in Wien sind. Davon verursachen die Kohlenmonoxid- und NO_x-Emissionen zunächst infolge ihrer geringen Emissionshöhe unmittelbar gesundheitsgefährdende Schadstoffbelastungen, die NO_x-Emissionen sind darüber hinaus zusammen mit den unverbrannten Kohlenwasserstoffen die wesentlichste Ursache für die Ozonbildung.

Wenn auch in Wien bereits einige Maßnahmen zur Linderung der negativen Verkehrsauswirkungen gesetzt wurden, z. B. ein Nachtfahrverbot für LKW oder verkehrsberuhigte Zonen, wird eine wirkliche Verbesserung der Luftsituation nur durch gezielte Maßnahmen zur Reduzierung der Schadstoffe aus dem KFZ-Verkehr, z. B. durch eine Forcierung des Katalysators, erreicht werden können. (Schluß) du/ke

Forts. von Blatt 1189

Rechnungsabschluß 1988 mit den Stimmen der SPÖ angenommen

Wien, 6.6. (RK-KOMMUNAL) Der Rechnungsabschluß 1988 der Stadt Wien und der Wiener Stadtwerke wurde Dienstag in einer gemeinsamen Sitzung des Stadtsenats und des Gemeinderatsausschusses für Finanzen und Wirtschaftspolitik mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Die General- und die Spezialdebatte über den Rechnungsabschluß erfolgt im Wiener Gemeinderat vom 28. bis zum 30. Juni.

Öffentliche Einsichtnahme

Die öffentliche Einsichtnahme in den Rechnungsabschluß 1988 der Stadt Wien ist ab sofort bis zum 20. Juni in der Magistratsabteilung 5, Wien 1, Ebendorferstraße 2, 2. Stock, Tür 207, möglich, und zwar Montag bis Freitag jeweils von 8 bis 15.30 Uhr. (Schluß) sei/bs

Studie über Umweltbelastungen der Wiener Verkehrsteilnehmer

Autofahrer am meisten betroffen

Wien, 6.6. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL berichteten Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters gemeinsam mit dem Verkehrsexperten Prof. Hermann KNOFLACHER über dessen Studie „Schadstoffbelastung bei verschiedenen Mobilitätsformen“, die im Auftrag der Magistratsabteilung 22 — Umweltschutz durchgeführt wurde.

Das Ziel der Studie war die Untersuchung der Schadstoffbelastungen für Verkehrsteilnehmer auf ihren täglichen Wegen von und zur Arbeit bzw. bei ihrer Teilnahme im Wiener Verkehrssystem.

Für folgende Verkehrsarten wurden Messungen durchgeführt:

- Autofahrten,
- Fahrten mit der Straßenbahn,
- Fahrten mit der U-Bahn,
- Fahrten mit dem Fahrrad,
- Messungen im Querschnitt zur Bestimmung der Belastungen für den Fußgänger.

Folgende Abgaskomponenten wurden als Indikatoren gemessen: Kohlenmonoxyd (CO), Stickoxyd als NO und NO₂.

Meßdurchführung: Mit eigenem Meßfahrzeug und Installation der Meßeinrichtungen in den Fahrzeugen der Wiener Verkehrsbetriebe.

Ergebnisse

BELASTUNG DURCH KOHLENMONOXYD:

Der Autoverkehr als Hauptproduzent von Luftschadstoffen ist gleichzeitig auch der Leidtragende. Es wird durch diese Schadstoffe die Daueraufmerksamkeitsspannung herabgesetzt, Hirn- und Zentralnervensystem, Herz und arbeitende Muskeln können dabei schon in Mitleidenschaft gezogen werden.

Bei längeren Fahrten, wie sie Arbeitspendler von der Peripherie bis nach Wien täglich auf sich nehmen, können Anreicherungen des Kohlenmonoxyds im Blut hohe Werte erreichen.

Die stärksten Belastungen erleiden die Lenker und Mitfahrer von Fahrzeugen auf Straßen mit starkem Verkehr, besonders in engen Straßensektoren, aber auch auf den Hauptverkehrsstraßen, wie Wiental, Gürtel. Rund um die Hälfte günstiger liegt bereits der Radfahrer, gefolgt vom Fußgänger (außerhalb von Kreuzungen). Der Benutzer von Straßenbahn liegt noch etwas günstiger, besonders wenig ist die Atemluft in den U-Bahnen mit Kohlenmonoxyd belastet. Hier liegt der Wert bei weniger als einem Viertel der Belastung der Atemluft, die Kraftfahrzeuglenker im Durchschnitt einatmen müssen. Die Spitzenbelastungen im Kraftfahrzeugverkehr sind allerdings mehr als zehnmal so hoch als jene bei Fahrten mit der U-Bahn und noch dreimal höher als jene der Fußgänger.

BELASTUNGEN DURCH STICKOXYDE (Stickstoffdioxid - NO₂)

Der Aufenthalt im Verkehrsraum in Wien als Autofahrer bedeutet in der Praxis, daß die zulässigen Halbstundengrenzwerte überschritten werden. Belastungen von 0,2 bis 0,4 Milligramm pro Kubikmeter bedeuten nach neuerer medizinischer Literatur bereits, daß Gesundheitsschäden nicht auszuschließen sind. Der Pkw-Fahrer bewegt sich zu 90 Prozent in diesem Bereich und erreicht bereits Werte, die über 0,4 Milligramm pro Kubikmeter liegen und eine Alarmstufe darstellen. Die Fahrt mit dem Auto im Straßenverkehr ist unter den derzeitigen Bedingungen in keinem der Be-

reiche als ungefährlich hinsichtlich der Schadstoffbelastungen mit Stickstoffdioxid zu beurteilen.

Günstiger ist der Radfahrer, der rund 15 Prozent im ungefährlichen Bereich hinsichtlich der Stickoxydbelastungen zubringt, rund 65 Prozent in einem Belastungsbereich von 0,1 bis 0,2 Milligramm pro Kubikmeter, der nach neuerlicher medizinischer Literatur eine Gefährdung nicht mehr ausschließt, und nur zu rund 20 Prozent Belastungen in Kauf nehmen muß, wo Gesundheitsschäden nicht mehr ausgeschlossen werden können — also der Bereich, in dem sich Fahrzeuginsassen im Straßenverkehr bewegen.

Der Fußgänger ist zu rund 10 Prozent Stickstoffdioxidbelastungen ausgesetzt, die Gesundheitsschäden nicht mehr ausschließen, zu 90 Prozent hält er sich in einer Atemluft auf, deren NO₂-Anteil Gefährdungen nicht ausschließt.

Günstiger ist bereits der Straßenbahnfahrer, der zu 20 Prozent im ungefährlichen Belastungsbereich seinen Weg zurücklegt, der Rest ist im niedrigsten Gefährdungsbereich. Die mit Abstand günstigste Fortbewegungsform in Wien ist die U-Bahn, die fast ausschließlich Schadstoffbelastungen im ungefährlichen Bereich aufweist.

Diese in Wien erstmals durchgeführten Messungen erlauben die Beurteilung der Schadstoffbelastung der am Verkehr teilnehmenden Bevölkerung in Wien und zeigen, daß der Arbeitspendler mit dem Auto große Teile seines Weges in Belastungsbereichen zubringt, die als unbefriedigend hinsichtlich der CO₂-Belastung zu beurteilen sind und hinsichtlich der Stickstoffdioxidbelastung zum Teil bereits als gesundheitsschädigend beurteilt werden müssen.

Wesentlich günstiger sind die Verhältnisse für einen Arbeitspendler mit dem öffentlichen Verkehr, der sich meist in ungefährlichen Belastungsbereichen bewegen kann und nur als Fußgänger im Straßenraum höhere Schadstoffbelastungen in Kauf nehmen muß.

Reihung der Fortbewegungsarten in Wien nach der Qualität der Luft:

1. Fahrt mit der U-Bahn
2. Fußwege in Parks, verkehrberuhigten Bereichen und Fußgängerzonen
3. Straßenbahnfahrten bzw. Autobusfahrten
4. Fußwege im Straßenraum oder mit dem Fahrrad
5. Fahrten mit dem Auto

Schlußfolgerung aus dieser Untersuchung

- Jeder Wiener Verkehrsteilnehmer kann durch richtige Wahl des Verkehrsmittels die gesündeste Fortbewegungsart wählen.
- Der Autofahrer hat keine Chance, diesen Umweltbelastungen zu entgehen, er kann diese nur reduzieren durch
 - a) defensive Fahrweise mit niedrigen Geschwindigkeiten,
 - b) Abstellen des Motors bei Halt an der Kreuzung,
 - c) weitgehende Vermeidung von Autofahrten.
- Schnellbefahrene Straßen wie Autobahnen oder Bundesstraßen weisen extrem hohe Stickoxydbelastungen auf, die die medizinisch zulässigen Halbstundengrenzwerte schon deutlich überschreiten.
- Das Schließen der Autofenster ist keine Möglichkeit, diesen Umweltbelastungen zu entgehen. In geschlossenen Fahrkabinen erhöht sich der Schadstoffanteil kontinuierlich auf einen Höchstwert und baut sich relativ langsam ab. (Forts. mgl.) du/rr/bs

Forts. von Blatt 1192

Qualtinger-Ausstellung noch bis 18. Juni

Treffen der Freunde Helmut Qualtingers in der Ausstellung

Wien, 6.6. (RK-KULTUR) Bis 18. Juni ist im Palais Palfy noch die Ausstellung „Helmut Qualtinger. Dokumente zu seinem Leben“ zu sehen, die die Wiener Stadt- und Landesbibliothek gemeinsam mit dem Österreichischen Kulturzentrum zeigt. Die Fotos, Originalmanuskripte, Plakate und Bücher geben einen Einblick in das Schaffen des genialen Kabarettisten, Schauspielers und Schriftstellers Helmut Qualtinger.

Bei einem Treffen der Freunde Helmut Qualtingers, das am Montag im Rahmen der Ausstellung stattfand, würdigte Hans WEIGEL Qualtinger als einen Unbequemen, der Wien aber doch in großer Liebe verbunden war. In Vertretung von Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK dankte Gemeinderat Dr. Adolf AIGNER Vera BOREK-QUALTINGER für die Schenkung des Nachlasses von Helmut Qualtinger an die Wiener Stadt- und Landesbibliothek.

Die Ausstellung ist täglich von 10 bis 18 Uhr zu sehen. (Schluß) gab/rr

Volksschüler bemalen U-Bahn-Passage

Wien, 6.6. (RK-KOMMUNAL) Graffiti in einer Wiener U-Bahn-Passage, und das ganz offiziell und legal: Auch das ist in Wien möglich. Als Graffiti-Künstler werden sich ab morgen Volksschüler der Schule St.-Elisabeth-Platz betätigen. Sie werden in den nächsten Tagen vormittags die Wände der Passage von der U-Bahn zur Schnellbahn am Südtiroler Platz bemalen, und zwar unter Anleitung von Manfred ZELLER, einem ehemaligen Lehrer, der sich nun ganz der Malerei widmet. Die Idee zu dieser Aktion stammt von der Wiedner Schule, die sich an die Bezirksvorstehung wandte und dort Unterstützung fand. Auch die Wiener Verkehrsbetriebe verschlossen sich diesem Verschönerungs-Unternehmen nicht. (Schluß) roh/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
Übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlagsgesellschaft: R. Thurnher, Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus 3, Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Mittwoch, 7. Juni 1989

Blatt 1196

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Straßenbauvorhaben im 12. Bezirk (1198)
- Müllfahrzeuge für Managua (1199)
- Stacher: Zusätzliche Anästhesistenstellen notwendig (1200)
- Buch über „Bürgerbeteiligung und Planungsrealität“ (1201)
- Wiener ÖVP urgiert Objektivierungsgesetz (1204)

Kultur:

- Nestroy-Ring für Helmut Lohner und Dolores Schmidinger (1197/FS: 6.6.)
- Wiederaufnahme von „Les Miserables“ im Raimund Theater (1202)

Wirtschaft:

- Süßes aus Oberlaa ein Hit in Japan (1203)

Nestroy-Ring für Helmut Lohner und Dolores Schmidinger

Bereits am 6. Juni 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Wien, 6.6. (RK-KULTUR) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK überreichte am Dienstag im Wiener Rathaus Helmut LOHNER und Dolores SCHMIDINGER die Johann-Nestroy-Ringe der Stadt Wien 1988. Der Johann-Nestroy-Ring wurde anlässlich der 175. Wiederkehr des Geburtstages von Johann Nestroy für außerordentliche Leistungen in der Pflege satirisch-kritischer Darstellungen des Wesens der Stadt Wien und ihrer Bevölkerung im Sinne Nestroys gestiftet und 1976 erstmals verliehen.

Kulturstadträtin Dr. Pasterk sagte, sowohl Lohner wie auch Schmidinger verkörperten Nestroy in heutiger, aktueller Gestalt. Es seien Momente des Theaterglücks, die beide dem Publikum gegeben hätten.

Franz STOSS wies in seiner Laudatio für Dolores Schmidinger — neben ihren großartigen Leistungen in Nestroy-Rollen wie der Salome Pockerl — auch auf ihr Talent als Kabarettistin und Autorin satirischer Texte hin.

Hans WEIGEL bezeichnete Helmut Lohner als vielfache Inkarnation von Nestroy, was aber auch für Autoren wie Ödön von Horvath oder Karl Kraus gelte. Lohner sollte wieder in Wien Theater spielen, forderte Weigel.

Auch Bürgermeister Dr. Helmut ZILK gratulierte den beiden Ausgezeichneten. Weiters nahmen neben zahlreicher kultureller Prominenz auch die Zweite Landtagspräsidentin Gertrude STIEHL und Stadtrat Walter NETTIG an der Feier teil. (Schluß) gab/rr

Straßenbauvorhaben im 12. Bezirk

Wien, 7.6. (RK-KOMMUNAL) Im 12. Bezirk ist nach Fertigstellung der Bauarbeiten für die U-Bahn-Linie U6 die Wiederherstellung mehrerer Straßenzüge erforderlich. Dabei handelt es sich um die Pottendorfer Straße zwischen der Wagenseilgasse und der Unter-Meidlinger-Straße, weiters die Eichenstraße von der Wilhelmstraße bis zum Bahnhof Meidling sowie die Umgestaltung des Schedifkaplatzes gemäß der neuen Planung. Die Gesamtkosten für dieses Vorhaben betragen 13,5 Millionen Schilling, die vom Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie in seiner letzten Sitzung genehmigt wurden. (Schluß) pz/bs

Müllfahrzeuge für Managua

Wien, 7.6. (RK-KOMMUNAL) Als ein Musterbeispiel für kommunale Entwicklungshilfe werden am Montag, dem 12. Juni, zwei Wiener Müllfahrzeuge auf die Reise nach Managua (Nicaragua) geschickt. Bürgermeister Dr. Helmut ZILK wird um 11 Uhr das Startsignal geben.

Managua, mit rund einer Million Einwohner die Hauptstadt des mittelamerikanischen Staates Nicaragua, verfügt über 36 Müllfahrzeuge. Nur ca. zwei Drittel dieses veralteten Fahrzeugparks sind ständig einsatzbereit. Die Müllentsorgungsprobleme von Managua werden dadurch natürlich noch beträchtlich verschärft.

Während eines Gesprächs mit dem Bürgermeister von Managua wurde Wiens Bürgermeister Helmut Zilk mit diesem Problem konfrontiert und erklärte sich spontan bereit, Hilfe zu leisten. Das Ergebnis ist dieses beispielhafte Entwicklungsprojekt auf städtischer Ebene. Eine Hauptstadt in der Dritten Welt wird durch die Wiener Spende in die Lage versetzt, ihr Müllproblem zu verringern. Möglich geworden ist dieses Projekt nur durch die Beiträge einiger Firmen und Organisationen:

So hat die Firma MUT zwei, von der Gemeinde ausgesonderte Müllfahrzeuge zurückgenommen und die Aufbauten auf ihre Kosten generalüberholt.

Die Fahrzeuge wurden in der Hauptwerkstätte der MA 48 überprüft und auf ihre Betriebssicherheit getestet. Die Firma Steyr Daimler Puch hat sich mit einem umfangreichen Ersatzteilkpaket an diesem Projekt beteiligt. Die Volkshilfe schließlich übernimmt den Transport dieser Fahrzeuge bis zum Hafen Antwerpen. Um den Hohlraum in den Fahrzeugen zu nützen, wird dieser von der Volkshilfe mit 800 Österreich-Paketen aufgefüllt. (Schluß)
red/rr

Stacher: Zusätzliche Anästhesistenstellen notwendig

**Dialog mit Wissenschaftsministerium,
Medizinischer Fakultät und Anästhesisten**

Wien, 7.6. (RK-KOMMUNAL) Für die Schaffung zusätzlicher Anästhesistenstellen im Allgemeinen Krankenhaus sprach sich Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER anlässlich eines über seine Initiative Dienstag stattgefundenen Gespräches mit Vertretern des Wissenschaftsministeriums, der Medizinischen Fakultät, der Anästhesisten und Kinderärzte sowie der ärztlichen Leitung des AKH aus. Im Rahmen des „Gipfels“ wurde von allen Teilnehmern übereinstimmend festgestellt, daß es bereits vor Jahren notwendig gewesen wäre, die Stellen für die Anästhesieärzte im AKH — die bekanntlich vom Bund bereitgestellt werden — zahlenmäßig aufzustocken. In den letzten Monaten hat sich die Situation weiter verschärft, konnte aber durch die eingesetzten Gastärzte einigermaßen aufrecht erhalten werden. In weiterer Folge kam es jedoch durch die Weigerung dieser Ärzte zum derzeitigen akuten Engpaß, der nur durch eine Aufstockung der Arztstellen oder Einschränkung der Operationen zu lösen ist.

Gemeinsame Gespräche notwendig

Nach Meinung Stachers sollten sich Bund und Stadt Wien bemühen, möglichst rasch eine befristete Lösung zu finden. Die unbedingt notwendigen zusätzlichen Stellen für Anästhesieärzte könnten durch entsprechende Initiativen des Wissenschaftsministeriums zur Verfügung gestellt werden. Von seiten der Stadt Wien könnte man sich als kurzfristige Notlösung höchstens vorstellen, daß die Kliniken aus den ihnen von der Stadt Wien zur Verfügung gestellten rund 250 Millionen Schilling Ambulanzgeldern begrenzt auf zwei bis drei Monate einige Ärzte interimistisch beschäftigen. Darüber hinaus wären, wie Stacher erklärte, aber auch gemeinsame Gespräche des Wissenschaftsministeriums mit dem Finanzministerium und Vertretern der Stadt Wien für dauerhafte Lösungen sinnvoll. Der Gesundheitsstadtrat vertrat ferner die Ansicht, daß durch Umschichtungen eine bessere Verteilung der Ärzte in den Kliniken möglich sein müßte. Wenn auch eine Verminderung der Zahl der Operationen und Verlängerung der Verweildauer für die Stadt Wien billiger käme, da die medizinischen Kosten ein vielfaches der Unterbringungskosten betragen, ist es untragbar, daß Patienten unnötig lange auf ihre Operation warten müssen. Deshalb richtete Stacher an den Bund die Forderung, rasch eine langfristige Lösung in die Wege zu leiten. (Schluß) zi/rr

Buch über „Bürgerbeteiligung und Planungsrealität“

Wien, 7.6. (RK-KOMMUNAL) Bürgerbeteiligung bei Planungsentscheidungen — ein politisches Schlagwort oder zunehmende Alternative zu gewohnter politischer und Verwaltungspraxis? Rudolf EDLINGER, Wiener Stadtrat für Wohnbau und Stadterneuerung, und Hugo POTYKA, Architekt und Stadtplaner, haben den Stellenwert der Bürgerbeteiligung untersucht und nun in einem gemeinsamen Buch veröffentlicht, das am Mittwoch der Öffentlichkeit präsentiert wurde.

Anhand zahlreicher in- und ausländischer Beispiele werden Erfahrungen, Methoden und Perspektiven der Bürgerbeteiligung kritisch analysiert. Zentrales Ergebnis: Die Planungsrealität entspricht nicht immer den Bürgerwünschen. Das Verlangen nach Mitbestimmung und Demokratisierung politischer und administrativer Entscheidungen wächst. Bürgerbeteiligung vergrößert in der Regel die Akzeptanz von Planungsentscheidungen bei der Bevölkerung.

Die gesammelten und ausführlich dargestellten Fallbeispiele zeigen die unterschiedlichen Aufgabenfelder für Bürgerbeteiligung (von der Stadtentwicklungs- über die lokale Verkehrsplanung bis zur Mitbestimmung im Wohnbereich), sie zeigen die unterschiedlichen Wege und Methoden und auch den unterschiedlichen Erfolg von Bürgerbeteiligungsverfahren. Die bereits bestehenden Instrumente der Bürgerbeteiligung werden ebenso behandelt wie das schwierige Verhältnis von direkter und repräsentativer Demokratie. Auch die Rolle der Politiker und der Fachleute im Planungs- und Entscheidungsprozeß wird selbstkritisch unter die Lupe genommen, wobei in manchen Punkten die Ansichten der Autoren auch auseinandergehen. Die Autoren wollen das Buch als Bestandsaufnahme zum Thema und als Beitrag zur Demokratie-Diskussion und Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung verstanden wissen.

„Bürgerbeteiligung und Planungsrealität“ erscheint im PICUS Verlag Wien, hat 335 Seiten und ist im Buchhandel um 350 Schilling erhältlich. (Schluß) ah/bs

Wiederaufnahme von „Les Miserables“ im Raimund Theater

Wien, 7.6. (RK-KULTUR) Nach der urlaubsbedingten Spielpause steht die Erfolgsproduktion „Les Miserables“ ab Donnerstag, dem 8. Juni, wieder auf dem Spielplan des Raimund Theater. Es ist bereits die 176. Vorstellung, die die neue Spielserie einleitet. Die Vorstellungen von „Les Miserables“ finden täglich, außer Dienstag und Mittwoch, um 19 Uhr statt. Nach der Doppel-LP im Dezember 1988 wird in Kürze auch ein Farbbildband über die Produktion erscheinen. (Schluß) gab/bs

SÜBes aus Oberlaa ein Hit in Japan

1988 ein Spitzenjahr für Kurbetrieb Heilquelle Wien-Oberlaa

Wien, 7.6. (RK-WIRTSCHAFT) Die neue Kurkonditorei Oberlaa in der japanischen 1,5-Millionen-Stadt Fukuoka übertrifft alle Umsatzprognosen. In einer gänzlich aus Wien stammenden Einrichtung genießen die Japaner die nach Original-Oberlaaer-Rezepten hergestellten und auf Augartenporzellan servierten Köstlichkeiten. Das Personal hat eine mehrmonatige Ausbildung in Wien hinter sich. Weitere Auslandsprojekte schloß Direktor Josef PUNTSCHART, in einer Pressekonferenz am Mittwoch nicht aus, betonte aber, daß dies nur unter der Voraussetzung denkbar sei, daß der hohe Qualitätsstandard gewährleistet wird.

Thermalbad Oberlaa: täglich 2.060 Badegäste

Für die Kurbetrieb Heilquelle Wien-Oberlaa GesmbH. gab es im Jahr 1988 ein Umsatzplus von 12 Prozent. Die Erweiterung des Thermalbades um ein Sportbecken, zwei Biosaunarien, einen Badegarten etc. führte zu einem Besucherplus von 22,1 Prozent, was einer durchschnittlichen Tagesfrequenz von 2.060 Badegästen entspricht. Seit der Eröffnung 1974 verzeichnete das Thermalbad somit 9,3 Millionen Gäste, im Herbst dieses Jahres wird der 10millionste Besucher erwartet.

Steigende Frequenzen verzeichneten auch das Kurmittelhaus und die Kurpension. Die Kurkonditorei mit ihren drei Filialen erzielte einen Umsatz von 61,7 Millionen Schilling, das ist gegenüber 1987 eine Steigerung um 3,7 Millionen Schilling. Direktor Josef Puntschart betonte, daß sich alle Bereiche des Unternehmens selber erhalten können und, daß das Jahr 1988 ein Spitzenjahr für die Kurbetriebe war. (Schluß) emw/bs

Wiener ÖVP urgirt Objektivierungsgesetz

Wien, 7.6. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener ÖVP urgirt die rasche Behandlung des von ihr im April eingebrachten Initiativantrages für ein Ausschreibungsgesetz. Stadtrat Ing. Günther ENGELMAYER betonte am Mittwoch in einem Pressegespräch, durch ein derartiges Ausschreibungsgesetz wäre allen Bewerbern um eine Stelle beim Magistrat und den Stadtwerken Chancengleichheit gegeben. LAbg. Johannes PROCHASKA sprach sich gegen die, wie er sagte, „Parteibuchwirtschaft“ aus. Die ÖVP zeige mit diesem Gesetzesantrag, daß ihr die Objektivierung der Postenvergabe im öffentlichen Dienst ernst sei. Die Personalaufnahme sowie die Übernahme einer Leitungsfunktion müssen ausschließlich nach objektiven und sachlichen Kriterien erfolgen. (Schluß) fk/gg

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr.
Übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: R. G. Müller, Postfach 11, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Druck: Druckhaus Theresienhof, Postfach 11, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Satz: Satzwerk Theresienhof, Postfach 11, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Setzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt.

Donnerstag, 8. Juni 1989

Blatt 1205

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Vranitzky und Zilk unterzeichneten Syndikatsvertrag für die EXPO (1213)

Kommunal/Lokal:

Swoboda: Objektive Richtlinien für Personalaufnahmen (1206/FS: 7.6.)

„Manes-Sperber-Park“ in der Leopoldstadt (1208/FS: 7.6.)

Fernwärmeanschluß für Krankenhaus Lainz (1209-1211)

Edlinger: FPÖ-„Wohnbauschek“ würde Wohnen verteuern (1214)

Kultur:

Ehrenmedaille in Gold für Walter Klien (1207/FS: 7.6.)

Pasterk: Kunsthalle Fixpunkt für Messepalast (1212)

Swoboda: Objektive Richtlinien für Personalaufnahmen

Bereits am 7. Juni 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Wien, 7.6. (RK-KOMMUNAL) Personalstadtrat Dr. Hannes SWOBODA bekundete Mittwoch gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ seine Gesprächsbereitschaft zum ÖVP-Entwurf eines Wiener Objektivierungsgesetzes. Demnächst werden dazu auf Klubebene Gespräche der im Wiener Landtag vertretenen Parteien stattfinden.

Im Gegensatz zur Behauptung, daß es sich beim ÖVP-Entwurf um ein komplett durchdachtes und ausformuliertes Gesetzeswerk handle, könne er den ÖVP-Vorschlag aber nur als unausgereift bezeichnen. Dieser würde zu einer unvollziehbaren Überbürokratisierung bei Personalaufnahmen führen. So wird z. B. vorgeschlagen, diplomierte Krankenschwestern oder Kindergärtnerinnen, die jahrelang in Schulen der Gemeinde Wien ausgebildet worden sind, vor der Aufnahme in ein Dienstverhältnis auf ihre Berufseignung zu testen. Auch sollen Bewerber/innen als Straßenkehrer, Hausarbeiter, Küchengehilfinnen, Hilfsarbeiter in Werkstätten, Gartenarbeiter oder als Bedienerinnen (insgesamt immerhin etwa ein Sechstel der Mitarbeiter der Stadt Wien) solchen Tests unterzogen werden. Wenn in diesem Zusammenhang auf das Ausschreibungsgesetz des Bundes verwiesen wird, muß festgestellt werden, daß dessen Vollziehbarkeit noch keineswegs bewiesen ist, sagte Swoboda.

Im übrigen ist bereits jetzt bei zahlreichen Bedienstetengruppen ein erfolgreich abgelegter Eignungstest Voraussetzung für die Aufnahme (Juristen, Fachbeamte des Verwaltungsdienstes, Bedienstete der Feuerwehr, Kanzleibedienstete, Lehrlinge, u. a.).

Die Praxis der letzten Jahre hat gezeigt, daß von einer politischen Postenbesetzung in Wien keine Rede sein kann, betonte Swoboda. (Schluß)
red/gg

Ehrenmedaille in Gold für Walter Klien

Wien, 7.6. (RK-KULTUR) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK überreichte am Mittwoch dem Pianisten Walter KLIEN im Wiener Rathaus die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold.

Klien ist nicht nur international ein renommierter Konzertpianist, sondern auch Kammermusiker und Liedbegleiter. Sein Repertoire reicht von der Klassik bis zur Musik des 20. Jahrhunderts, wobei er sich besonders um die Musik von Arnold Schönberg verdient gemacht hat. Klien konzertiert regelmäßig in Wien, aber auch in zahlreichen anderen Musikstädten in Europa, den USA und Japan. (Schluß) gab/rr

Bereits am 7. Juni 1989
über Fernschreiber ausgesendet

„Manes-Sperber-Park“ In der Leopoldstadt

Wien, 7.6. (RK-KOMMUNAL) Die Parkanlage in Wien 2, Lilienbrunnngasse 6-12 wurde Mittwoch nachmittag von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK in „Manes-Sperber-Park“ benannt. Der Philosoph und Schriftsteller war mit seinen Eltern 1916 nach Wien gekommen und hatte in der Lilienbrunnngasse gewohnt. In seinem berühmtesten Werk, der Romantrilogie „Wie eine Träne im Ozean“, beschreibt Sperber das Leben in dieser Wohnung und das umliegende Viertel.

Bei der Parkbenennung, an der auch Bezirksvorsteher Heinz WEISSMANN sowie Mitglieder des National- und Gemeinderates teilnahmen, erinnerte Zilk an den 1984 verstorbenen großen Österreicher, der in der Zeit des Nationalsozialismus Österreich verlassen mußte und von da an in Paris gelebt hatte. (Schluß) emw/bs



Foto: PID/Hutterer

Bereits am 7. Juni 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Fernwärmeanschluß für Krankenhaus Lainz

Kaum noch Emissionen und drastische Energieeinsparung

Wien, 8.6. (RK-KOMMUNAL) Mit dem Anschluß von Großobjekten an das Fernwärmenetz — die HBW versorgen neben fast 100.000 Wohnungen bereits mehr als 1.650 Großabnehmer mit Wärme — konnte bereits eine große Zahl von luftverschmutzenden, meist mit Schweröl betriebenen einzelnen Kesselanlagen stillgelegt werden.

Dies soll nun auch mit einem der größten Emittenten im Südwesten Wiens geschehen: Bereits im Herbst dieses Jahres kann voraussichtlich mit den Umbauarbeiten für den Anschluß des Krankenhauses und Pflegeheimes Lainz an das Fernwärmenetz begonnen werden. Damit wäre eine Teilinbetriebnahme mit der Heizperiode 1990 und eine volle Inbetriebnahme im Jahr 1991 möglich. Dies gab Donnerstag Energiestadtrat Johann HATZL in einer Pressekonferenz bekannt.

Derzeit 82.000 kg SO₂-Emissionen pro Jahr

Das Krankenhaus und das Pflegeheim Lainz verbrauchen derzeit jährlich rund 75.000 Megawattstunden und zählen mit Schadstoffemissionen von rund 82.000 Kilogramm Schwefeldioxid pro Jahr aus dem Pflegeheim, Staub in unbekannter Höhe vom Koksessel im Pflegeheim und Stickoxiden aus allen Kesselanlagen zu den größeren Emittenten von Hietzing. Der Fernwärmeanschluß wird nicht nur eine drastische Reduktion der Emissionen bringen, sondern auch eine deutliche Energieeinsparung: Der Verbrauch wird auf 40.000 bis 45.000 Megawattstunden pro Jahr reduziert werden können.

Die Verhandlungen hinsichtlich der Vorfinanzierung der Umbauarbeiten innerhalb des Pflegeheimes und des Krankenhauses Lainz sind nahezu abgeschlossen. Die technische Konzeption für den Umbau auf Fernwärmeversorgung liegt vor.

Kosten für Lainz: 180 Millionen

Im einzelnen umfassen die Umbauarbeiten die Errichtung einer Umformstation und eines Fernleitungssystems mit den notwendigen Übergabestationen, sämtliche Elektroarbeiten und Isolierungen, neu zu errichtende Dampfkessel für den Küchen- und Sterilisationsbetrieb, sowie die erforderlichen Demontagen und Baumeisterarbeiten. Die Kostenschätzung dafür ergab eine Gesamtsumme von 180 Millionen Schilling, wobei davon ausgegangen wird, daß die Bauzeit nicht länger als ein Jahr dauert.

Modernste Technologien

Wie Stadtrat Hatzl ankündigte, werden im Bereich Lainz modernste Technologien der Fernsteuerung angewendet werden. So können von einer zentralen Betriebswarte aus beispielsweise Vorlauf- und Rücklaufemperatur gemessen und kontrolliert werden. Der Betriebsdruck wie auch die Wärmeverbrauchswerte der einzelnen Anlagen können erfaßt und über ein EDV-gesteuertes Optimierungsprogramm auf die energiesparendste Betriebsweise reguliert werden.

Eine frei programmierbare Regelung zeigt am Bildschirm jeden Lieferausfall, sodaß zum Beispiel bei Störungen im Druckbereich das Betriebspersonal den Schaden umgehend beheben kann, und die Wärmeversorgung sofort wieder gewährleistet ist.

Weitere Spitäler und Pflegeheime vor Anschluß

Der von den Heizbetrieben mit der Magistratsabteilung 4 vereinbarte Finanzierungsplan soll nicht nur die Kosten für die Maßnahmen in Lainz decken,

sondern auch zusätzliche Mittel für den Umbau auf Fernwärmeversorgung in weiteren Spitälern und Pflegeheimen zur Verfügung stellen. Im einzelnen haben die Heizbetriebe Wien folgende Objekte vorgeschlagen, die derzeit vorwiegend mit Heizöl versorgt werden und durch einen Fernwärmeanschluß zur Entlastung der Luft in ihrer Umgebung beitragen könnten:

- Neurologisches Krankenhaus Rosenhügel
- Ignaz-Semmelweis-Klinik
- Orthopädisches Krankenhaus Gersthof
- Neurologisches Krankenhaus Maria-Theresien-Schlüssel
- Pflegeheim Baumgarten
- Pflegeheim Liesing

Bereits fix ist eine Reihe von Großobjekten, die ab Herbst 1989 mit Fernwärme versorgt werden

- Pensionistenheim in der Arbeitergasse
- Starhembergkaserne
- ehemalige Bundesanstalt für Erziehungsbedürftige in der Kaiser-Ebersdorfer-Straße
- Bundesamtsgebäude am Liechtenwerder Platz
- Bundesmittelschule in der Bergheidengasse
- Wohnpark Wilhelmsdorf
- Einkaufszentrum Moeringgasse/Gablenzgasse
- Sandoz in der Brunner Straße
- Penta-Hotel in der Ungargasse
- Palais Liechtenstein in der Alserbachstraße
- Diakonissen-Krankenhaus in der Hans-Sachs-Gasse
- Postdirektion in der Schumanngasse

Leitungsbau als Voraussetzung

Voraussetzung für den Anschluß zahlreicher Großobjekte und der damit verbundenen qualitativen Verbesserung der Wiener Luft ist der forcierte Leitungsbau bei den Heizbetrieben Wien. Bis Ende 1988 standen in Wien bereits 295 Kilometer Fernwärmeleitungen zur Verfügung. Derzeit werden zwei große Leitungen gebaut. Die Fernwärmeleitung Lainz als Voraussetzung für den Anschluß von Pflegeheim und Krankenhaus kostet bei einer Länge von rund 2,5 Kilometern 105 Millionen Schilling.

Im Februar dieses Jahres wurde schon mit dem Bau der Fernwärmeleitung Penzing begonnen, die bei einer Länge von rund drei Kilometern 125 Millionen Schilling kosten wird und bereits Ende November betriebsbereit sein soll.

„Diese wichtige Hauptleitung wird eine wesentliche Entlastung der Luft im Westen Wiens mit sich bringen. Sie bringt unter anderem die Voraussetzung mit sich, die Breitenseer Kaserne, die derzeit mit Heizöl schwer beheizt wird, mit umweltfreundlicher Fernwärme zu versorgen. Die Verhandlungen über dieses Projekt mit dem Bund sind allerdings noch im Gange. Weiters könnten über diese Leitung das Pflegeheim Baumgarten, die Pensionistenheime Dreyhausenstraße und Felbigergasse sowie das Hanusch-Krankenhaus und die umliegenden Altbauten der Stadt Wien mit Fernwärme versorgt werden“, sagte Stadtrat Hatzl.

Neben diesen beiden Großleitungen soll heuer noch mit dem Bau der Leitungen Niederhofstraße — Margaretengürtel, Spengergasse und Gerichtsgasse begonnen werden. In jedem Fall wird noch heuer der Meilenstein von 300 Kilometern Fernwärmenetz überschritten.

Fernwärmenachrüstung für Altbauten geht forciert weiter

Trotz der Einschränkung der Förderungsmittel wird das vorgesehene Fernwärmenachrüstungsprogramm 1989 für Wohnbauten der Stadt Wien mit insgesamt 9.650 neuen Anschlußmöglichkeiten in vollem Umfang er-

Forts. von Blatt 1209

Forts. auf Blatt 1211

füllt. Die Heizbetriebe Wien erfüllen die Voraussetzungen, der Anschluß selbst beruht natürlich auf Freiwilligkeit.

Deshalb ist damit zu rechnen, daß zusätzlich ab Herbst 1989 rund 2.100 Wohnungen, die bisher mit Öl oder festen Brennstoffen beheizt wurden, über die umweltfreundliche Fernwärme verfügen. Dazu kommen zirka 1.300 Wohnungen mit Zentralheizungsinstallationen aus den Vorjahresprogrammen, sodaß mit Ende 1989 rund 35.500 Wohnungen für den Fernwärmeanschluß vorbereitet sind, von denen 9.200 das Angebot angenommen haben und in denen bereits mit Fernwärme versorgte Zentralheizungen installiert sein werden.

Werbekampagne der HBW

Ab August 1989 wird das Fernwärmenachrüstungsprogramm weiter intensiviert. In Bauten, die bis 1987 für eine zentrale Fernwärmeversorgung nachgerüstet wurden und bei denen die Versorgungsleitungen praktisch vor der Wohnungstüre enden, wird eine Werbekampagne der Heizbetriebe anlaufen. Sie soll den Mietern die Vorteile dieser Heizungsart im Zusammenhang mit den günstigen Einbaukosten aufzeigen. Rund 1.000 Wohnungen sollen mit dieser Aktion noch heuer zusätzlich mit Zentralheizungen ausgestattet werden. Das Angebot der Fernwärmenachrüstung schließt selbstverständlich auch Anlagen von Genossenschaften oder private Wohnhäuser ein, sofern sich eine Fernwärme-Versorgungsleitung in unmittelbarer Nähe befindet.

Auch Warmwasserbereitung möglich

Seit 1988 ist auch der Einbau von Fernwärmespeichern zur Warmwasserbereitung gemeinsam mit der Installierung der Zentralheizung möglich. Ein von HBW-Technikern entwickeltes Gerät macht es möglich, ganzjährig Warmwasser mit einer Temperatur von 50 Grad an der Zapfstelle aufzubereiten. Dieser Fernwärmespeicher kommt bereits in den großen Wohnhausanlagen der Stadt Wien Rabenhof und Karl-Marx-Hof, die derzeit baulich saniert werden, zum Einsatz, ebenso in allen Nachrüstungsgebieten dieses Jahres.

Die rund 4.400 zusätzlich heuer an das Fernwärmenetz angeschlossenen Wohnungen, die bisher mit fossilen Brennstoffen beheizt wurden, bedeuten eine Reduktion der Schwefeldioxid-Emissionen um 45.000 Kilo jährlich.

1.650 Großobjekte bereits angeschlossen

Mehr als 1.650 Großobjekte in Wien sind bereits von den Heizbetrieben angeschlossen und damit von Öl oder festen Brennstoffen auf umweltfreundliche Fernwärme umgestiegen. Laut Berechnungen der HBW erspart die Versorgung dieser Objekte und der fast 100.000 Wohnungen der Wiener Luft jährlich fast vier Millionen Kilogramm Schwefeldioxid, das bei einer Versorgung mit Öl in die Luft geblasen würde. Unter den Großobjekten sind 74 öffentliche Gebäude, 250 Schulen und Kindergärten, 22 Theater und Museen, 38 Bäder, 36 Spitäler, 63 Hotels- und Restaurants, 154 Banken und Sparkassen sowie 417 Industrie-, Gewerbe- und Handelsbetriebe. (Schluß)

roh/bs/rr

Forts. von Blatt 1210

Pasterk: Kunsthalle Fixpunkt für Messepalast

Neues Messepalast-Konzept des Wissenschaftsministers trägt der Entwicklung der letzten Jahre Rechnung

Wien, 8.6. (RK-KULTUR) Als überaus begrüßenswert bezeichnete die Wiener Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK die Vorlage eines revidierten Messepalast-Konzeptes durch den Wissenschaftsminister, in dem die Errichtung einer Kunsthalle ein Fixpunkt ist. Damit trägt der Bund einer seit Jahren andauernden Entwicklung Rechnung, denn seit Jahren erobern die Wiener Festwochen sukzessive das Territorium des Messepalastes für Veranstaltungen der Kunst und Kultur. Die Kunst- und Kulturnutzung wurde seit 1985 durch die Veranstaltung von Konzerten, Theateraufführungen und Ausstellungen im Rahmen der Festwochen ausgeweitet.

Die Nutzung der Winterreithalle des Messepalastes für Ausstellungen oder andere Kulturveranstaltungen hat in den letzten Jahren bereits die Kunsthallen-Idee im Kleinen realisiert. Auch die Klimatisierung der Winterreithalle für die gegenwärtig mit großem Erfolg laufende „Wunderblock“-Ausstellung hat der Kunsthallen-Idee gedient.

Die Stadt Wien und die Wiener Festwochen haben durch viele Aktivitäten ihren Willen zur Beteiligung an der Errichtung einer Kunsthalle nachdrücklich dokumentiert. Ohne die seit Jahren zunehmende Nutzung der Winterreithalle wäre die nunmehrige Festlegung des Bundes auf die Errichtung einer modernen Kunsthalle im Messepalast noch eine bloße Idee.

Die Absicht des neuen Wissenschaftsministers, die zweite Phase des Architektenwettbewerbes zum Messepalast noch vor dem Sommer auf modifizierter Basis auszuschreiben, folge Pasterks Ansicht, daß es bis zum Weltausstellungsjahr 1995 in Wien nicht um die Errichtung utopischer Riesensprojekte gehe, sondern um realisierbare Konzepte.

Die Errichtung einer modernen und internationalen Maßstäben genügenden Kunsthalle ist ein Fixpunkt und zugleich die „logische“ Konsequenz der durch die Festwochen vorangetriebenen Nutzung des Messepalastes für Kunst und Kultur. Mit der begrüßenswerten Festlegung auf die Kunsthalle als ein vorrangig zu realisierendes „Muß“ übernehme der Wissenschaftsminister die Positionen der Wiener Kulturpolitik zum Messepalast, sagte Pasterk. (Schluß) red/gg

Vranitzky und Zilk unterzeichneten Syndikatsvertrag für die EXPO

Wien, 8.6. (RK-POLITIK/KOMMUNAL) Im Bundeskanzleramt in Wien wurde am Donnerstag vormittag der Syndikatsvertrag zwischen dem Bund und der Stadt Wien für die Weltausstellung 1995 von Bundeskanzler Dr. Franz VRANITZKY und Bürgermeister Dr. Helmut ZILK unterzeichnet. Mit diesem Vertrag wird der sogenannte Lenkungsausschuß verankert, und werden die Grundlagen für die Gründung der „EXPO Vienna Weltausstellungsgesellschaft“ gelegt.

Die wichtigsten Bestimmungen des Syndikatsvertrages

- EXPO-Lenkungsausschuß: Dieser besteht aus acht Mitgliedern, je vier Mitglieder werden vom Bund und vom Land Wien bestellt und abberufen.
- EXPO-Beirat: Dieser besteht aus acht Mitgliedern, je ein Mitglied des Beirates wird von je einem Mitglied des Lenkungsausschusses bestellt und abberufen. Der Beirat hat die Beratungen und Beschlußfassungen des Lenkungsausschusses vorzubereiten und diesen zu beraten.
- Die Beschlüsse des EXPO-Lenkungsausschusses sind einstimmig.
- Gemeinsame Regierungskommission: Österreich wird gemeinsam mit Ungarn eine gemeinsame Regierungskommission zu Koordinationszwecken in politischen, administrativen und rechtlichen Fragen einrichten. Die Regierungskommission soll jeweils gemeinsam von einer seiner österreichischen und einer seiner ungarischen Mitglieder geleitet werden.
- Generalkommissär: Der Lenkungsausschuß wird der Bundesregierung einen Generalkommissär zur Bestellung vorschlagen, der Österreich in allen die Weltausstellung betreffenden Angelegenheiten zu vertreten hat.
- Planungs-, Errichtungs- und Betriebsgesellschaft: Der Bund und das Land Wien werden unverzüglich eine Planungs-, Errichtungs- und Betriebsgesellschaft errichten. Am Kapital dieser Gesellschaft beteiligen sich Bund und Land Wien zu gleichen Teilen, wobei in weiterer Folge das gesamte stimmberechtigte Kapital durch Dritte übernommen werden soll. Zur Leitung dieser Gesellschaft wird ein zweiköpfiger Vorstand bestellt. Es wurde ausdrücklich vereinbart, daß die Syndikatspartner jeder Einflußnahme des Lenkungsausschusses, einzelner seiner Mitglieder, der politischen Parteien, sowie von Bundes- und Landesstellen auf die Bestellung leitender Angestellter oder sonstiger Mitglieder der Gesellschaft entgegenzutreten werden.
- Internationaler Projektwettbewerb: Auf der Grundlage eines Leitprogrammes, an dessen Erstellung die Gesellschaft mitzuwirken hat, ist von der Gesellschaft ein Projektwettbewerb mit internationaler Beteiligung auszuschreiben. Die von Bund und Land bereits bestellte Jury wird in eine Jury der Gesellschaft übergeleitet.
- Finanzierung: Bund und Land Wien sind übereingekommen, Planung und Durchführung der Weltausstellung sowie die erforderlichen Anlagen müssen den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit entsprechen. Eine optimale Einbindung der IAKW-AG und eine möglichst weitgehende Nutzung der Anlagen und Gebäude der IAKW-AG sind sicherzustellen.
- Privatwirtschaftliche Grundsätze: Bund und Land Wien haben vereinbart, daß der eigentliche Betrieb der Weltausstellung einschließlich Planung und Vorbereitung des Betriebes nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen selbsttragend organisiert werden soll. Hinsichtlich der Kosten der Planung und Errichtung von Gebäuden und Anlagen wurde vereinbart, daß die Gesellschaft unverzüglich Kostenschätzungen und Finanzierungskonzepte zu erstellen hat, sowie private Finanziere suchen soll. Unter Einbeziehung der Nachnutzerfrage sollen die Kosten soweit als möglich nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel finanziert werden können.
- Infrastrukturmaßnahmen: Die Syndikatspartner stimmen darüber überein, daß die Kosten der erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen außerhalb des Weltausstellungsgeländes von der öffentlichen Hand getragen werden. (Schluß) fk/bs

Edlinger: FPÖ-„Wohnbauscheck“ würde Wohnen verteuern

Wien, 8.6. (RK-KOMMUNAL) Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER gab Donnerstag in der Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Wohnbau und Stadterneuerung bekannt, daß die Stadt derzeit nicht eine Umstellung der Wohnbauförderung von Objekt- auf Subjektförderung (sogenannter „Wohnbauscheck“), wie das die Wiener FPÖ vorschlägt, überlegt. Aufgrund eines Beschlußantrages der FPÖ wurden erste Berechnungen durchgeführt. Danach würde es zu einer deutlichen Kostenerhöhung im Neubau kommen. Für eine 80-Quadratmeter-Wohnung ergeben sich beispielsweise nach dem neuen Wiener Wohnbauförderungsgesetz Mieten (ohne Betriebskosten) von 32 Schilling pro Quadratmeter und Monat, nach dem vorliegenden FPÖ-Vorschlag jedoch Wohnkosten zwischen 72 und 85 Schilling pro Quadratmeter und Monat, sagte Edlinger. Eine Umstellung der Wohnbauförderung auf dieses Modell sei daher wenig sinnvoll.

65 neue Aufzüge für alte Gemeindebauten

Der Gemeinderatsausschuß genehmigte ferner 133,14 Millionen Schilling für den nachträglichen Einbau von insgesamt 65 Aufzügen in alte Gemeindebauten. Insbesondere für ältere Menschen und Hausfrauen bedeutet dies eine große Erleichterung in den vielgeschossigen Wohnhäusern. Der Einbau wird aus dem Budget der Stadt Wien gezahlt, für den laufenden Betrieb und die Erhaltung müssen die Mieter aufkommen. (Schluß) ah/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlags- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Druck: Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 9. Juni 1989

Blatt 1215

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Konzessionsprüfung für Gas- und Wasserleitungsinstallation (1216)
- Terminvorschau vom 12. bis 23. Juni (1217/1218)
- Kommenden Mittwoch wieder Einbürgerungsfeier (1219)
- Berufstitel „Regierungsrat“ für verdienten Beamten (1220)
- Neubau und Sanierung von städtischen Wohnhäusern (1221)
- Autobahnauffahrt vorzeitig wieder benützbar (nur FS/8.6.)
- Montag Pressekonferenz Schirmer/150 Jahre Marktamt (nur FS)
- „57 A“ wird Samstag kurzgeführt (nur FS)
- Autosünder stoppten Straßenbahn (nur FS)

Konzessionsprüfung für Gas- und Wasserleitungsinstallation

Wien, 9.6. (RK-KOMMUNAL) Die Konzessionsprüfung für das Gewerbe der Gas- und Wasserleitungsinstallation beginnt am 29. September 1989 beim Amt der Wiener Landesregierung, Magistratsdirektion-Stadtbaudirektion, Dezernat 1.

Das Ansuchen um Zulassung zu dieser Konzessionsprüfung hat der Prüfungswerber bis spätestens 10. August 1989 beim Amt der Wiener Landesregierung, Magistratsdirektion-Stadtbaudirektion, Dezernat 1, in Wien 1, Rathaus, Stiege 4, Hochparterre, Zimmer 115 (Telefon 42 800-2944, 2935 und 3818) einzubringen.

Dem Ansuchen um Zulassung zu dieser Konzessionsprüfung sind anzuschließen:

1. Geburtsurkunde
2. Staatsbürgerschaftsnachweis
3. Meldezettel
4. der Nachweis der Erlernung des Gewerbes (Lehrabschlußprüfung)
5. Zeugnisse über die einschlägige fachliche Tätigkeit (welche von der Innung bestätigt sein müssen)
6. Zeugnis über die Ausbilderprüfung
7. Schweißzeugnis (nicht älter als 2 Jahre)
8. Krankenkassenauszug

Die zur Prüfung zugelassenen Kandidaten werden zeitgerecht schriftlich verständigt, wobei ihnen Beginn, Dauer und Umfang der Prüfung bekanntgegeben wird. (Schluß) red/rr

Terminvorschau vom 12. bis 23. Juni

Wien, 9.6. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 12. bis 23. Juni hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 12. JUNI:

10.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Schirmer, 150 Jahre Marktamt (Rathaus, Volkshalle)

11.00 Uhr, Übergabe von zwei Müllfahrzeugen für Managua (Bgm. Zilk, Rathausplatz)

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Landtmann)

11.00 Uhr, Eröffnung „Alfred-Dallinger-Haus“ für Behinderte (Min. Geppert, Vzbgm. Smejkal; 13., Hochheimgasse 1)

14.00 Uhr, Bürgerurkunde an BV a.D. Leo Mistingner (Vzbgm. Mayr, Rathaus, Stadtsenatssitzungssaal)

DIENSTAG, 13. JUNI:

10.00 Uhr, Pressekonferenz Modeschule Hetzendorf

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

16.00 Uhr, Eröffnung des Jubiläumsmarktes am Rathausplatz und der Jubiläumsausstellung „150 Jahre Wiener Marktamt“ in der Volkshalle (Bgm. Zilk, StR. Schirmer)

MITTWOCH, 14. JUNI:

10.00 Uhr, Enthüllung einer Gedenktafel für Oscar Straus (Bgm. Zilk; 2., Untere Donaustraße 27)

11.00 Uhr, Eröffnung des zentralen Eingangs- und Verwaltungsgebäudes des neuen AKH (9., Währinger Gürtel 18-20) (StR. Stacher)

14.00 Uhr, Grundsteinlegung für Pensionistenheim in Wien 22., Tamariskengründe (Zschokkegasse), Bgm. Zilk, Vzbgm. Smejkal

18.30 Uhr, Begrüßung neuer Österreichischer Staatsbürger (Rathaus, Festsaal) Bgm. Zilk, StR. Schirmer

DONNERSTAG, 15. JUNI:

10.00 Uhr, Eröffnung des Kindertagesheimes in Wien 23, Breitenfurter Straße 401-413/1 (Vzbgm. Smejkal)

10.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Swoboda, BV Neiger; Neugestaltung der Meidlinger Hauptstraße (Ramada Hotel, Salon Laxenburg, 15., Linke Wienzeile — Ullmannstraße 71)

10.00 Uhr, Pressekonferenz der Umweltberater (PID)

FREITAG, 16. JUNI:

9.30 Uhr, Pressekonferenz StR. Hatzl, neuer Lastverteiler der E-Werke (9., Mariannengasse 4-6)

10.15 Uhr, Pressekonferenz Vzbgm. Smejkal, Kinderschutzzentrum (Julius-Tandler-Zentrum, 9, Sobieskigasse 31)

11.30 Uhr, Ehrung von Pflegeeltern, Vzbgm. Smejkal (Charlotte-Bühler-Heim, 18, Bastiengasse 36-38)

MONTAG, 19. JUNI:

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Landtmann)

DIENSTAG, 20. JUNI:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Ehrenmedaille für Georges Pretre (Bgm. Zilk; Rathaus, Stadt-
senatssitzungssaal)

19.00 Uhr, Buchpräsentation „Medizin 2000“; StR. Stacher

MITTWOCH, 21. JUNI:

11.30 Uhr, Pressekonferenz Vzbgm. Smejkal; Ferienspiel (Johann
Strauß)

19.00 Uhr, Bilanz-Pressekonferenz der Wiener Holding

DONNERSTAG, 22. JUNI:

11.30 Uhr, Präsentation renovierte Feuerwache Kahlenbergedorf (Bgm.
Zilk, StR. Häupl) Uhr, Festveranstaltung „100 Jahre Wiener Stadt- und
Landesarchiv“, Rathaus, Wappensaal

9.00 Uhr, Pressegespräch StR. Häupl für Sportjournalisten

FREITAG, 23. JUNI:

10.00 Uhr, Pressekonferenz SPÖ-Klubobmann Svoboda

11.00 Uhr, Eröffnung der Ausstellung „Wien. Entwicklung und Erschei-
nung“ anlässlich des Jubiläums des Stadt- und Landesarchivs; StR.

Pasterk, Rathaus, Arkadenhof
(Schluß) red/bs

Forts. von Blatt 1217

Kommenden Mittwoch wieder Einbürgerungsfeier

Wien, 9.6. (RK-KOMMUNAL) In Wien werden jedes Jahr rund fünftausend Menschen neu eingebürgert und zu österreichischen StaatsbürgerInnen. Diese neuen ÖsterreicherInnen, die ihre Staatsbürgerschaftsurkunde dann schon erhalten haben, werden von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Stadträtin Christine SCHIRMER zu einer Feier ins Rathaus eingeladen. Eine solche Einbürgerungsfeier — für die Menschen, die seit Jahresbeginn in Wien eingebürgert wurden — findet am kommenden Mittwoch, dem 14. Juni, um 18.30 Uhr im Festsaal des Rathauses statt. (Schluß) hrs/gg

Berufstitel „Regierungsrat“ für verdienten Beamten

Wien, 9.6. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen einer kleinen Feier überreichte gestern, Donnerstag, der amtsführende Stadtrat für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Personal Dr. Hannes SWOBODA das Dekret zur Verleihung des Berufstitels „Regierungsrat“ an Oberamtsrat Helmut SCHÖNHOFER. Der geehrte Beamte hatte sich im Aufnahmedienservice der Stadt Wien über viele Jahrzehnte, unter anderem in der heute so bedeutsamen Frage der Ausländerbeschäftigung, verdient gemacht. (Schluß) lf/rr

Neubau und Sanierung von städtischen Wohnhäusern

Wien, 9.6. (RK-KOMMUNAL/LOKAL) Der Gemeinderatsausschuß für Wohnbau und Stadterneuerung beschloß den Neubau und die Sanierung mehrerer Gemeindebauten.

So soll in Meidling in der Schönbrunner Schloßstraße 36/Rechte Wienzeile 241-243 ein Gemeindebau mit 71 Wohnungen errichtet werden. Der Neubau wird 94,46 Millionen Schilling kosten.

In Floridsdorf wird die Nachkriegs-Wohnhausanlage Jedleseer Straße 79-85 mit fast 1.300 Wohnungen um 120 Millionen Schilling saniert. Es werden Dächer, Rauchfänge, Fassaden, Balkone, Fenster, Türen, Elektroleitungen, Kanäle und Anstriche erneuert. In zahlreichen Wohnungen werden Badezimmer eingebaut. Durch hohe Zuschüsse aus der Wohnbauförderung wird sich die monatliche Miete nur um 7,50 Schilling pro Quadratmeter und Monat erhöhen.

Schließlich werden im 3. Bezirk in der Kundmangasse 35-37 zwei denkmalgeschützte städtische Althäuser revitalisiert. Die Häuser wurden Ende des 18. Jahrhunderts gebaut. Zwei Wohnungen sind derzeit bewohnt, 12 Wohnungen werden neu geplant bzw. verbessert. Die Sanierung wird über 26 Millionen Schilling kosten und bis zum Frühjahr 1991 beendet sein. (Schluß) ah/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
Übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133940, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Montag, 12. Juni 1989

Blatt 1222

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Informatikunterricht für 3. und 4. Klassen der Hauptschulen (1223/FS: 9.6.)
- Belagsarbeiten in der Gersthofer Straße (1224/FS: 9.6.)
- Kreuzungsumbauten in Simmering (1224/FS: 11.6.)
- Tag der offenen Tür heuer am 16. September (1225/FS: 9.6.)
- Info-Bus der Gaswerke in der Siedlung Friedensstadt (1227/FS: 10.6.)
- „Umweltbewußt einkaufen“: kommenden Dienstag wieder Marktaktion (1227/FS: 11.6.)
- Sanierungsarbeiten im Bereich der Brünner Straße (1228)
- Neues Behindertenwohnheim eröffnet (1229)
- 18 Sonderkindergärtner/innen schlossen ihre Ausbildung ab (1229)
- 150 Jahre Marktamt (1230-1232)
- Verdienstzeichen für Pater Prior Markus Wittmann (1233)
- Müllfahrzeuge für Managua (1234)
- Wochenende und Sonnenschein – 55.000 Wienerinnen und Wiener in den Städtischen Sommerbädern (nur FS/11.6.)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Bezirke:

- Franz Haas neuer Bezirksvorsteher von Simmering (1226/FS: 9.6.)

Informatikunterricht für 3. und 4. Klassen der Hauptschulen

Einigung zwischen Bund und Gemeinden

Wien, 9.6. (RK-KOMMUNAL) Ab dem Schuljahr 1990/91 wird es an den 3. und 4. Klassen der Hauptschulen zu einer Einführung des Informatikunterrichtes kommen. Dies wurde Freitag zwischen Finanzminister und Unterrichtsminister sowie den Vertretern von Städtebund und Gemeindebund vereinbart. Die Vertreter der Gemeinden betonten ihre prinzipielle Zustimmung zur Einführung des Informatikunterrichtes aus bildungspolitischen Gründen, verwiesen jedoch auf die hohe Belastung der Gemeinden durch die Anschaffung der Computer sowie für notwendige bauliche Investitionen.

In den Verhandlungen hat sich der Bund jedoch bereit erklärt, dafür zu sorgen, daß die Softwarerechte den Gemeinden kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Weiters wird es den Gemeinden ermöglicht, beim Ankauf der Geräte in die Verträge des Bundes einzusteigen und dessen Sonderkonditionen zu nützen. Dadurch werden sich die Kosten für die Gemeinden erheblich verringern.

Die Kosten für die baulichen Investitionen trägt die jeweilige Gemeinde. Eine über dieses Verhandlungsergebnis hinaus gehende Unterstützung schloß der Bund den Gemeinden gegenüber aus und verwies diese mit ihren Forderungen an die Länder. (Schluß) roh/bs

Bereits am 9. Juni 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Belagsarbeiten in der Gersthofer Straße

Wien, 9.6. (RK-KOMMUNAL) Im 18. Bezirk sind in der Gersthofer Straße, und zwar im Abschnitt von der Wielemansgasse bis auf Höhe der Ordnungsnummer 35, ein Umbau der Fahrbahn und der Gehsteige beziehungsweise eine Belagserneuerung auf der Fahrbahn vorgesehen. Die Arbeiten, die voraussichtlich neun Wochen dauern werden, beginnen am kommenden Dienstag, 13. Juni, und machen auch eine Änderung der Verkehrsführung in Richtung Hernals über die Straßenzüge Schindlergasse und Schöffelgasse erforderlich; die entsprechende Umleitung wird in der Nacht von Montag, 12. Juni, auf Dienstag eingerichtet. (Schluß) pz/bs

Bereits am 9. Juni 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Kreuzungsumbauten in Simmering

Wien, 11.6. (RK-KOMMUNAL) Im 11. Bezirk sind in zwei stark befahrenen Kreuzungsbereichen zur Verbesserung der Verkehrsabläufe und zur Hebung der Verkehrssicherheit Umbaumaßnahmen erforderlich, die insgesamt 9,8 Millionen Schilling kosten werden. Es handelt sich um folgende Kreuzungsbereiche:

- Simmeringer Hauptstraße/Kaiser Ebersdorfer Straße, wo eine Verkehrslichtsignalanlage errichtet wird sowie die Umsteigewege zwischen der Straßenbahnlinie „71“ und den Autobuslinien „69 A“ und „73 A“ kurz und sicher anzulegen sind. Dazu ist auch ein Umbau von Haltestelleninseln notwendig.
- Simmeringer Hauptstraße/Litfaßstraße, wo das Kreuzungsplateau verkehrssicherer gestaltet beziehungsweise umgebaut werden soll. Darüber hinaus wird die Litfaßstraße zwischen Rinnböckstraße und Simmeringer Hauptstraße beidbahinig ausgebaut. (Schluß) pz/gg

Bereits am 11. Juni 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Tag der offenen Tür heuer am 16. September

Wien, 9.6. (RK-KOMMUNAL) Der Tag der offenen Tür findet heuer am Samstag, dem 16. September, im Wiener Rathaus statt. Der Gemeinderatsausschuß für Umwelt, Freizeit und Sport genehmigte dafür in seiner heutigen Sitzung einen Betrag von 3,4 Millionen Schilling. Der Tag der offenen Tür wird den großen Themenbereichen „Mensch — Umwelt — Gesundheit“ gewidmet sein. (Schluß) du/rr

Bereits am 9. Juni 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Franz Haas neuer Bezirksvorsteher von Simmering

Wien, 9.6. (RK-BEZIRKE) Simmering hat einen neuen Bezirksvorsteher. Franz HAAS, seit 1981 Mitglied des Wiener Landtages und Gemeinderates, wurde am Freitag von der Bezirksvertretung einstimmig gewählt und anschließend von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK angelobt. Er folgt damit Otto MRAZ, der seit 1980 Bezirksvorsteher war und nun in den Ruhestand tritt.

Zilk legte bei der Angelobung ein Bekenntnis zur Kommunalpolitik ab: „Wer in der Kommunalpolitik arbeitet, der macht wirkliche Politik, nicht Machtpolitik, und gestaltet die Lebensumstände der Menschen mit.“ Zilk bekannte sich zur Dezentralisierung im Sinne von Mitsprache, Mitentscheidung und Mitverantwortung. Dabei stehe man erst am Beginn einer Entwicklung. Die praktische Erprobung der Dezentralisierung bedeute einen Lernprozeß für alle Beteiligten.

Bezirksvorsteher Franz Haas, Jahrgang 1937, gehörte ab 1973 der Simmeringer Bezirksvertretung an; im Wiener Gemeinderat war er seit 1981 in mehreren Ausschüssen tätig.

Der neue Simmeringer Bezirksvorsteher überreichte dem Bürgermeister, der heute seinen Geburtstag feiert, einen Geschenkkorb mit 62 Stück Simmeringer Gemüseprodukte.

An der Angelobungsfeier nahmen auch Stadtrat Johann HATZL und SPÖ-Klubobmann Ing. Karl SVOBODA teil. (Schluß) red/bs



Amtsübergabe in Simmering: Franz Haas (links) folgt Otto Mraz als Bezirksvorsteher

Foto: PID/Hutterer

Bereits am 9. Juni 1989
über Fernschreiber ausgedruckt

Info-Bus der Gaswerke in der Siedlung Friedensstadt

Wien, 10.6. (RK-LOKAL) Der Info-Bus der Wiener Gaswerke fährt auch heuer wieder zu Wohn- oder Gartensiedlungen, die der Gasversorgung erschlossen werden sollen und deren Bewohner damit das Angebot einer umweltfreundlichen und bequemen Heizung erhalten. Diesmal ist die Siedlung Friedensstadt an der Reihe. Im Info-Bus gibt es die Möglichkeit, allgemeine Informationen über Gasheizungen zu erhalten beziehungsweise sich für eine gezielte Beratung anzumelden.

12. bis 23. Juni
Siedlung Friedensstadt
Standort: 13, Jenbachgasse 2 A
(Schluß) roh/rr

„Umweltbewußt einkaufen“: kommenden Dienstag wieder Marktaktion

Wien, 11.6. (RK-KOMMUNAL) Gemeinsam mit UmweltberaterInnen führt das Mobile Büro des Bürgerdienstes Marktaktionen zum Thema „Umweltbewußt einkaufen“ durch. Das Mobilbüro — ein weißes Zugfahrzeug mit Anhänger und roter Aufschrift — steht interessierten Konsumenten dabei für Informationen über umweltfreundliche Produkte zur Verfügung. Eine Auswahl solcher Erzeugnisse, von treibgasfreien Sprays bis zu Recyclingpapier, kann im Mobilbüro besichtigt werden. Die nächste Marktaktion findet kommenden Dienstag, den 13. Juni, von 8 bis 13 Uhr auf dem Floridsdorfer Markt statt. Wer sich also über umweltbewußtes Einkaufen informieren möchte, kann dies direkt am Markt tun. (Schluß) hrs/rr

Bereits am 10. Juni 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Bereits am 11. Juni 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Sanierungsarbeiten im Bereich der Brünner Straße

Wien, 12.6. (RK-KOMMUNAL) Im 21. Bezirk macht der schlechte Zustand der Fahrbahndecke im Bereich der B 3 / Donaustraße bei der Abfahrt von der B 227 / Donaukanalstraße vor der Kreuzung mit der Brünner Straße in Neu-Jedlersdorf eine Sanierung des Stauraumes vor dieser viel befahrenen Kreuzung wegen der Verdrückungen der Fahrbahnoberfläche erforderlich. Die Sanierungsarbeiten — es wird eine neue Gußasphaltdecke aufgebracht — auf zwei Linksabbiegespuren und einer Rechtsabbiegespur beginnen morgen, Dienstag, 13. Juni und werden voraussichtlich zwei Wochen dauern. (Schluß) pz/rr

Neues Behindertenwohnheim eröffnet

Wohnplätze und Werkstätten für Schwerstbehinderte im Alfred-Dallinger-Haus

Wien, 12.6. (RK-KOMMUNAL) Ein Wohnheim für schwerst Körperbehinderte wurde Montag von Sozialminister Dr. Walter GEPPERT in Anwesenheit von Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL und zahlreichen Ehrengästen eröffnet. Das neue Zuhause für 40 behinderte Jugendliche in Wien 13., Hochheimgasse 1, wurde Alfred-Dallinger-Haus benannt, und wird vom „Verein Balance-Chancengleiche Ausbildung und Integration Körperbehinderter“ betrieben.

Die Stadt Wien übernahm im Rahmen der „ARGE Wohnplätze für behinderte Menschen“ die Umbau- und Einrichtungskosten des ehemaligen Schülerheimes für Behinderte, die sich auf insgesamt 4,5 Millionen Schilling beliefen, und finanziert den Betrieb des Wohnheims und der Beschäftigungstherapie über die Erstattung von Tageskostensätzen. Sozialminister Alfred Dallinger hatte im Jahr 1987 das Gelände und den Gebäudekomplex der 1910 für Kriegsinvaliden erbauten Stiftung zur Nutzung als Behindertenwohnheim zugesagt.

Im Behindertenwohnheim Hochheimgasse werden nun 40 schwerst körperbehinderte Jugendliche von rund 20 Mitarbeitern des Vereins ständig betreut. Ziel der Betreuung und der Ausbildung in den Werkstätten, in denen Auftragsarbeiten handwerklicher Art ausgeführt werden, ist das stufenweise Hinführen zur völligen Verselbständigung von Behinderten, die bisher in Pflegeheimen betreut werden mußten. Damit soll auch eine spätere Übersiedlung in eine Wohngemeinschaft bzw. in eine eigene Wohnung möglich werden.

Der „Verein Balance“ wurde 1977 gegründet, errichtete in den letzten Jahren in Zusammenarbeit mit der „ARGE Wohnplätze für Behinderte“ zwei Wohngemeinschaften und führt seit langem Urlaubsaktionen für Schwerstbehinderte durch. (Schluß) jel/bs

18 Sonderkindergärtner/Innen schlossen ihre Ausbildung ab

Wien, 12.6. (RK-KOMMUNAL) 18 bereits im Beruf stehende Kindergärtner/innen der Stadt Wien schlossen Montag den viersemestrigen Lehrgang an der Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik, 21., Patrizigasse 2, zur Ausbildung als Sonderkindergärtner/innen erfolgreich ab. Nach dieser berufsbegleitenden und deshalb besonders schwierigen Ausbildung sind die Kindergärtner/innen nun befähigt, mit behinderten Kleinkindern in Sonderkindergärten und in Kindergärten mit Integrationsgruppen, in sonderpädagogischen Ambulanzen und Kliniken sowie im Bereich der Früh-erziehung zu arbeiten. Mit den 17 Sonderkindergärtnerinnen und einem Sonderkindergärtner, die nun den Lehrgang abgeschlossen haben, gewinnt das Jugendamt der Stadt Wien engagierte Fachleute zur Betreuung behinderter Kinder. (Schluß) jel/rr

150 Jahre Marktamt

Rathausmarkt und Ausstellung in der Volkshalle

Wien, 12.6. (RK-KOMMUNAL) Dem Wiener Bürgermeister Dr. Ignaz CZAPKA, ursprünglich selbst für das Wiener Marktwesen zuständig, gelang es 1839, die vorher auf zahlreiche verschiedene Aufsichtsorgane verteilte Tätigkeit der Marktaufsichten zusammenzufassen und das Marktamt im heutigen Sinn zu schaffen. Zum Jubiläum des 150jährigen Bestehens des Wiener Marktamtes, das für einwandfreie Lebensmittel und damit auch für unsere Gesundheit sorgt, gibt es von Dienstag, den 13. Juni, bis einschließlich Freitag, den 23. Juni, eine Ausstellung in der Volkshalle des Rathauses. Diese Ausstellung, die über Geschichte und Aufgaben des Marktamtes informiert und bei der auch Marktamtsbeamte für Fragen und Auskünfte zur Verfügung stehen, ist bei freiem Eintritt täglich von 10 bis 19 Uhr geöffnet.

Auf dem Rathausplatz wird ergänzend zur Ausstellung (aber zwei Tage länger) von 13. bis einschließlich Sonntag, den 25. Juni, täglich von 10 bis 20 Uhr der „Wiener Rathausmarkt“ stattfinden — ein Markt, der an alte Zeiten erinnern soll und der dazu auch noch ein Kulturprogramm, natürlich ebenfalls mit dem Schwerpunkt Märkte, bietet. Bürgermeister Dr. Helmut Zilk wird den Rathausmarkt am Rathausplatz sowie die Ausstellung morgen Dienstag, den 13. Juni, um 16 Uhr eröffnen. Über Ausstellung und Markt berichtete Stadträtin Christine SCHIRMER Montag in einem Pressegespräch.

Ausstellung „150 Jahre Marktamt“ in der Volkshalle des Rathauses

Information und Beratung bietet die Ausstellung „150 Jahre Marktamt“, die ab 13. Juni, 10 Uhr, bis einschließlich 23. Juni täglich von 10 bis 19 Uhr in der Volkshalle des Rathauses gezeigt wird. Die Exposition beschäftigt sich mit den Themen

- Geschichte — 150 Jahre Marktamt
- Gesundheit — Das Marktamt als Lebensmittelpolizei
- Gesetz — Das Marktamt als Gewerbepolizei
- Versorgung — Das Marktamt als Marktverwalter
- Geld — Das Marktamt als Preisüberwacher
- Sicherheit — Das Marktamt für alle WienerInnen

Dokumente und Exponate informieren über die Aufgaben der MA 59. Zusätzlich stehen an allen Tagen der Ausstellung Marktamtsbeamte für Fragen und Auskünfte zur Verfügung; ebenso gibt's die Möglichkeit, selbst gesammelte Pilze kostenlos begutachten zu lassen. Beratung in Lebensmittelfragen, Tips zum richtigen Umgang mit Lebensmitteln und Informationen über die Wiener Märkte werden ebenfalls geboten.

Sonderpostamt am 16. und 17. Juni

Für Briefmarkenfans richtet die Post am Freitag, dem 16. Juni, und am Samstag, dem 17. Juni, von 10 bis 17 Uhr in der Jubiläumsausstellung ein Sonderpostamt mit Sonderpoststempel und Schmuckkuverts ein.

Während der gesamten Ausstellungsdauer zeigt der Klub der Marktamtsbeamten auch eine Briefmarkenausstellung mit den Schwerpunkten „150 Jahre Briefmarke“, „150 Jahre Briefe aus und nach Wien“ sowie mit Briefmarken mit Motiven aus den Bereichen Markt und Lebensmittel, etwa „Märkte aus aller Welt“ und Obst- und Gemüsedarstellungen.

Alt-Wiener Rathausmarkt auf dem Rathausplatz

Eine besondere Attraktion wird der Alt-Wiener Rathausmarkt sein, der vom 13. bis 25. Juni täglich von 10 bis 20 Uhr auf dem Rathausplatz abgehalten wird. Er soll ein bißchen an die Märkte vor 150 Jahren erinnern. Rund 100 StandlerInnen bieten ihre Waren, von Obst und Gemüse über Fisch, Fleisch, Blumen, Spielzeug bis zu Kräutern usw. an.

Die Wiener Gärtner der LGV — Landwirtschaftliche Gemüseverwertungsgenossenschaft Frischgemüse Wien werden auf dem Wiener Rathausmarkt das mit einem eigenen Gütesiegel ausgezeichnete Wiener Gemüse anbieten.

Außerdem gibt es einen Gemüseparcours der Wiener Gärtner — erzeugt alle Gemüsesorten, die für die Gesundheit wichtig sind und informiert darüber, welches Gemüse speziell für welche Gesundheitsbereiche von Bedeutung ist.

Die Wiener Landfrauen werden zusätzlich von 13. bis 16. Juni frischgepreßte Gemüsesäfte auf dem Rathausmarkt anbieten und den Besuchern ebenfalls sagen, welche Säfte wofür besonders empfehlenswert sind.

An einigen Markttagen wird das „Kräuterkistl“ des Vereins Wiener Sozialdienste frische Kräuter verkaufen. Diese Küchenkräuter wurden von Behinderten biologisch gezogen. Selbstverständlich gibt es auch dabei Informationen, welche Kräuter welchen Speisen die richtige Würze verleihen.

Das Gremium des Markt-, Straßen- und Wanderhandels, das den Wiener Rathausmarkt gemeinsam mit der Stadt Wien und mehreren Sponsoren organisiert, wird mit Wiener Typen wie einer Lavendelfrau und einem Werkelmann für Alt-Wiener Flair sorgen.

Jubiläums-Buch „Von Marktfahrern und Standlern“

Zum 150jährigen Bestehen des Wiener Marktamtes ist im Compress-Verlag das Buch „Von Marktfahrern und Standlern“ erschienen. Dieses Jubiläums-Buch wird im Rahmen der Jubiläums-Veranstaltungen bei einem eigenen Stand zum Preis von 298 Schilling verkauft.

Sponsoren unterstützen Rathausmarkt

Unterstützt werden der Jubiläumsmarkt und das vom Kulturverein Innere Stadt organisierte Veranstaltungsprogramm — jeden Tag wartet ein anderes kulturelles Zuckerl auf die MarktbesucherInnen — außerdem von Konsum

Casinos Austria

Julius Meinl

Zentralsparkasse der Gemeinde Wien,

und das Kulturamt der Stadt Wien hilft ebenfalls — natürlich nicht als Sponsor — mit.

Mit Hilfe der Firmen konnte ein umfangreiches kulturelles Rahmenprogramm auf die Beine gestellt werden.

Schon zur Eröffnung des Marktes und der Ausstellung am Dienstag, dem 13. Juni, wird um 15 Uhr die Polizeimusik spielen, kurz vor 16 Uhr wird die Schauspielerin Brigitte Antonius Markttypisches vortragen. Um 16 Uhr eröffnet Bürgermeister Dr. Helmut Zilk den Rathausmarkt und die Ausstellung. Kasperlbus, Wiener Lieder und Geschichten, „Behinderte machen Programm“, eine Aktion der Behindertenzeitschrift „mobil“, am Behindertentag am 20. Juni, Magie am Markt, Folklore, das Schubert-Quartett und jeden Sonntag Frühschoppen werden geboten. Das genaue Programm erfährt man in der Stadtinformation, Tel. 43 89 89, und in den Bürgerdienst-Außenstellen.

Wiens größte Salatbar am 18. Juni

Am Sonntag, dem 18. Juni, gibt es ab 10 Uhr einen besonders gesunden Frühschoppen: Die Firma „Vita“ baut Wiens größte Salatbar auf. Das Rohmaterial für diese längste Salatbar der Bundeshauptstadt wird von den Wiener Gärtnern bereitgestellt.

Forts. von Blatt 1230

Forts. auf Blatt 1232

Veranstaltungsprogramm für den Rathausmarkt

Und das ist das genaue Veranstaltungsprogramm rund um den Rathausmarkt:

- Di., 13.6.,** ab 15 Uhr Polizeimusik * Kasperlbus * Theatergruppe Trittbrettl * Frau Sopherl vom Naschmarkt * „Lieder, Gedichte und Erinnerungen an vergangene Zeiten“
ab 16 Uhr Eröffnung durch Bürgermeister Dr. Helmut Zilk
- Mi., 14.6.,** ab 14 Uhr **Kindertag** * Spielbus * Theatergruppe Trittbrettl
- Do., 15.6.,** ab 16 Uhr Wiener Lieder * Wiener G'schicht'n mit „Wiener Note“
- Fr., 16.6.,** ab 10 Uhr **Sporttag** * Bläsergruppe des Wiener konzertanten Ensembles * Frau Sopherl
- Sa., 17.6.,** ab 13 Uhr Jugendblasorchester Oberlaa * Stadtpfeifer
- So., 18.6.,** ab 10 Uhr Frühschoppen mit Blasmusik * Nachmittag: Wiener Lieder * Wiener G'schicht'n
Firma VITA stellt Wiens größte Salatbar!
- Mo., 19.6.,** ab 14 Uhr Magie am Markt
- Di., 20.6.,** ab 10 Uhr **Behindertentag** * Behinderte machen Programm - eine Aktion der „mobil“-Behindertenzeitung
- Mi., 21.6.,** ab 10 Uhr Sommeranfangsfest mit Fred Schauer * Kinder zahlen die Hälfte für das Ringelspiel * Spielbus und viele Überraschungen
- Do., 22.6.,** ab 10 Uhr **Seniorentag** mit Kurt Votava * Blasmusikkapelle * Simmeringer Gärtnermusik * Frau Sopherl
- Fr., 23.6.,** ab 10 Uhr **Tag der Folklore**
- Sa., 24.6.,** ab 14 Uhr Wiener Bläserorchester * Wiener Lieder * Wiener G'schicht'n
- So., 25.6.,** ab 10 Uhr **Großer Familiensonntag** mit Frühschoppen * Kinderattraktionen (Blumen binden, Töpferwerkstätte, Basteln mit Leder, Feldschmied, Kasperlbus u. v. a.)

(Forts. mgl.) hrs/rr/bs

Forts. von Blatt 1231

Verdienstzeichen für Pater Prior Markus Wittmann

Wien, 12.9. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK überreichte am Wochenende bei einem Empfang anlässlich des 375jährigen Bestehens des Krankenhauses der Barmherzigen Brüder Pater Prior Markus WITTMANN das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien. Sowohl als Provinzial des Ordens der Barmherzigen Brüder in Wien als auch als Prior dieses Ordens und Leiter des Krankenhauses im 2. Bezirk galt das Bemühen von Pater Wittmann stets der bestmöglichen Betreuung vor allem auch von bedürftigen Patienten. Er betrieb auch mit großer Initiative die Modernisierung des Krankenhauses. (Schluß) ger/bs



Foto: PID/Hutterer

Müllfahrzeuge für Managua

Wien, 12.6. (RK-KOMMUNAL) Auf dem Rathausplatz übergab Bürgermeister Dr. Helmut ZILK Montag vormittag zwei Müllfahrzeuge, die — von der Firma MUT und der Hauptwerkstätte der MA 48 generalüberholt und durchgecheckt und mit einem Ersatzteilpaket der Firma Steyr-Daimler-Puch ausgestattet — nun mit Hilfe der Volkshilfe die Reise nach Managua, der Hauptstadt von Nicaragua, antreten werden. Die Fahrzeuge, auf denen die Inschrift „Viena saluda Managua“ (Wien grüßt Managua) angebracht worden ist, wurden zusätzlich von der Volkshilfe mit 800 Lebensmittelpaketen aufgefüllt.

Zilk dankte in einer kurzen Ansprache allen, die am Zustandekommen dieser für die Müllentsorgung in Managua wichtigen Spende mitgewirkt hatten, und bezeichnete die Übergabe von Müllfahrzeugen auch als ein Symbol dafür, daß man in Nicaragua den „Mist von gestern“ beseitige, um Frieden zu bringen.

Bei der Übergabe waren Landtagspräsident Ing. Fritz HOFMANN (in seiner Eigenschaft als Präsident der Volkshilfe), Stadtrat Dr. Michael HÄUPL und Mitarbeiter der MA 48 sowie der Firma MUT anwesend. Gemeinderat Gerhard OBLASSER wird im Auftrag des Bürgermeisters die Fahrzeuge in Managua übergeben. (Schluß) emw/rr

chef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Druck: Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Dienstag, 13. Juni 1989

Blatt 1235

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Leo Mistingger Bürger der Stadt Wien (1237/FS: 12.6.)
- „Die Uhr“ in der Piaristenkirche (1238)
- Leitschienenreparaturen auf Wiener Brücken (1239)
- Mode Route 89: Modeschule Hetzendorf präsentiert Kollektion (1241)
- Neuer Leiter der Baupolizei (1242)
- Hatzl: Keine Kostenexplosion beim U-Bahn-Bau (1243)
- Rathausmarkt: Veranstaltungsprogramm für diese Woche (1244)
- Jubiläumsbuch „Von Marktfahrern und Standlern“ (1244)
- Stadtatlas für Familien ab sofort erhältlich (1245)
- Zilk: Dioxinfilter für EBS und Flötzersteig (1247)
- Donnerstag Pressekonferenz Swoboda über Meidlinger Hauptstraße (nur FS)
- Donnerstag Pressekonferenz der Umweltberater (nur FS)

Bezirke:

- Neuer Flächenwidmungsplan für Donaufeld (1240)
- Sitzungen der Bezirksvertretungen (1185)

Kultur:

- Arbeitstagung Kinder- und Jugendtheater (1236/FS: 12.6.)
- EXPO-Interesse für „Wunderblock“-Ausstellung (1246)
- Zusatzvorstellungen für „Sarafina“ (1246)
- Am Freitag Überreichung der Plakatpreise (nur FS)

Arbeitstagung Kinder- und Jugendtheater

Wien, 12.6. (RK-KULTUR) Im Anschluß an das Kindertheaterfestival der Wiener Festwochen veranstaltet die Kulturabteilung der Stadt Wien gemeinsam mit dem Österreichischen Kulturservice am Montag, 19. Juni, 10 bis 17 Uhr, eine Arbeitstagung zum Thema Kinder- und Jugendtheater im Theater im Künstlerhaus.

Einleitend werden Fachreferate die Voraussetzungen für Produktion und Rezeption in diesem Bereich beleuchten und die jüngsten Entwicklungen auf der österreichischen und deutschen Szene aufzeigen. Eine anschließende offene Diskussion zwischen den Referenten, Theaterwissenschaftlern, Vertretern der einschlägigen österreichischen Institutionen, Lehrern, Journalisten und anderen Interessierten soll einerseits der Standortbestimmung des Kinder- und Jugendtheaters dienen und andererseits befruchtend auf die weitere Entwicklung der Kinder- und Jugendtheaterszene wirken. (Schluß) gab/bs

Bereits am 12. Juni 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Leo Mistingner Bürger der Stadt Wien

Wien, 12.6. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Hans MAYR überreichte Montag nachmittag im Wiener Rathaus die Bürgerurkunde an Leo MISTINGER, dem ehemaligen Bezirksvorsteher von Rudolfsheim-Fünfhaus und späteren Nationalratsabgeordneten. Mistingner, Jahrgang 1904, wurde 1945 in den Wiener Gemeinderat gewählt, war von 1963 bis 1968 Bezirksvorsteher und bis 1971 Nationalrat. Von Jugend auf der österreichischen Sozialdemokratie verbunden ging er wegen seiner Gesinnung mehrere Male ins Gefängnis: so zu Zeiten des Austrofaschismus und der Nazi Herrschaft, wo er zu acht Monaten Gestapo-Haft verurteilt und anschließend in das KZ für politische Häftlinge nach Flossenburg deportiert wurde.

An der Ehrung nahm eine Reihe hoher Persönlichkeiten teil, so z.B. Altbürgermeister Bruno MAREK, Landtagspräsident Ing. Fritz HOFMANN, Stadtrat Rudolf EDLINGER sowie die Klubobmänner der SPÖ und ÖVP, Ing. Karl SVOBODA und Dr. Günther GOLLER. (Schluß) sei/bs

Bereits am 12. Juni 1989
über Fernschreiber ausgesendet

„Die Uhr“ in der Piaristenkirche

Wien, 13.6. (RK-LOKAL) Für Kenner und Liebhaber der Musik von Ludwig van Beethoven und Joseph Haydn gibt es kommenden Samstag, den 17. Juni, um 20 Uhr, in der Basilika Maria-Treu, 8, Piaristengasse 43, ein spezielles Angebot. Der Kulturverein „Freunde der Josefstadt“, Mitglied des Wiener Volksbildungswerkes, veranstaltet mit Unterstützung des Kulturamtes der Stadt Wien eine Aufführung des Violinkonzertes D-Dur, op. 61 von Ludwig van Beethoven und der Sinfonie D-Dur „Die Uhr“ von Joseph Haydn.

Die Ausführenden sind das Wiener Kammerorchester und der Wiener Kammerchor sowie Ola RUDNER (Violine). Die Leitung hat Manfred HONECK. Der Eintritt zu dieser Veranstaltung ist frei. (Schluß) zi/gg

Leitschienenreparaturen auf Wiener Brücken

Wien, 13.6. (RK-KOMMUNAL) Um nach unfallbedingten Beschädigungen der Leitschienen an mehreren Stellen wieder die Verkehrssicherheit zu gewährleisten, werden am Mittwoch, 14. Juni, und am Donnerstag, 15. Juni, jeweils in der verkehrsschwächeren Zeit zwischen 9 und 15 Uhr in den Bereichen Nordknoten, Floridsdorfer Brücke und Reichsbrücke Reparaturarbeiten durchgeführt. Dazu sind in den betreffenden Abschnitten auch Einengungen der Fahrbahn erforderlich. (Schluß) pz/bs

Neuer Flächenwidmungsplan für Donauefeld

Wien, 13.6. (RK-BEZIRKE) Für den Bezirksteil Donauefeld in Floridsdorf ist ein neuer Flächenwidmungs- und Bebauungsplan vorgesehen. Das Areal liegt östlich der Schnellbahntrasse, wird im Norden von der Donauefelder Straße begrenzt, im Osten von der Sportanlage des SC Donauefeld, im Süden im wesentlichen von der Alten Donau. Das Gebiet entwickelte sich zu einem bevorzugten Wohngebiet mit zahlreichen Sozialbauten sowohl aus der Ersten Republik als auch aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. In einem Teilbereich sind wichtige öffentliche Einrichtungen konzentriert, wie Schulen, das Bezirksbad, das Floridsdorfer Krankenhaus etc. Im östlichen Randbereich überwiegen Betriebe und Sportanlagen, während im Süden, im Uferbereich der Alten Donau Wassersport- und Bademöglichkeiten vorherrschen.

Die Rechtslage geht im wesentlichen auf 1931 zurück, Detail-Änderungen gab es in den sechziger und siebziger Jahren. Der neue Flächenwidmungs- und Bebauungsplan hat das Ziel, die vorherrschende Wohnstruktur zu sichern, wobei die bestehenden Betriebs- und Geschäftseinrichtungen berücksichtigt werden. Die Baurechtlinien werden an die Nutzung angepaßt, öffentliche Parks und Sportanlagen werden speziell ausgewiesen, die Freihaltung der Uferzonen soll garantiert werden. Außerdem ist die Reduktion bzw. Auflassung nicht mehr benötigter Verkehrsflächen beabsichtigt.

Der Entwurf für den neuen Flächenwidmungsplan (Plan-Nr. 6130) liegt zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme vom 15. Juni bis 13. Juli in der Magistratsabteilung 21, 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, auf. (Montag bis Freitag von 8 bis 15.30 Uhr, Donnerstag bis 17.30 Uhr). (Schluß) smo/gg

Sitzungen der Bezirksvertretungen

Wien, 13.6. (RK-BEZIRKE) Die Bezirksvertretungen folgender Bezirke treten in nächster Zeit zu einer Sitzung zusammen:

Innere Stadt: Mittwoch, 14. Juni, 14.30 Uhr, BV 1, Wipplingerstraße 8

Mariahilf: Mittwoch, 14. Juni, 17 Uhr, BV 6, Amerlingstraße 11;

Favoriten: Mittwoch, 14. Juni, 16 Uhr, BV 10, Keplerplatz 5;

Landstraße: Donnerstag, 15. Juni, 16 Uhr, BV 3, Karl-Borromäus-Platz 3;

Rudolfsheim-Fünfhaus: Donnerstag, 15. Juni, 16.30 Uhr, BV 15, Gasegasse 8-10;

Währing: Donnerstag, 15. Juni, 17.30 Uhr, BV 18, Martinstraße 100;

Ottakring: Donnerstag, 22. Juni, 16 Uhr, BV 16, Richard-Wagner-Platz 19;

Margareten: Dienstag, 27. Juni, 15 Uhr, BV 5, Schönbrunner Straße 54;

Döbling: Donnerstag, 29. Juni, 15 Uhr, BV 19, Gatterburggasse 14.

(Schluß) end/rr

Mode Route 89: Modeschule Hetzendorf präsentiert Kollektionen

Wien, 13.6. (RK-KOMMUNAL) Einen Modeausblick auf den Herbst und Winter 89/90 und den nächsten Sommer präsentieren die Schüler der Modeschule der Stadt Wien im Schloß Hetzendorf vom 15. bis 26. Juni im Rahmen der traditionellen Modeschau. Die Hetzendorfer Modeschau unter dem Titel „Mode-Route 89“ beginnt jeweils um 19.30 Uhr und wird im Park des Schlosses Hetzendorf gezeigt.

Karten für diese Veranstaltung, bei der rund 200 Modelle der Modeschüler und -schülerinnen vorgeführt werden, und die ihren Abschluß in der Krepppapier-Revue unter dem Motto „Großstadtleben“ findet, kosten zwischen 60 und 100 Schilling. Sie sind ab sofort in der Modeschule Hetzendorf, 12., Hetzendorfer Straße 79, Telefon 84 27 95 erhältlich.

Im gleichen Zeitraum, jeweils von 10 bis 19 Uhr, werden ausgewählte Arbeiten aus dem künstlerischen und praktischen Ausbildungsbereich der Modeschüler im Rahmen der Hetzendorfer Jahresausstellung gezeigt, die in den historischen Räumen des Schlosses zu sehen ist. (Schluß) jel/bs

Neuer Leiter der Baupolizei

Wien, 13.6. (RK-KOMMUNAL) Die Baupolizei (Magistratsabteilung 37) hat einen neuen Leiter: Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION führte am Dienstag Senatsrat Dipl.-Ing. Kurt BRAZDOVICS in dieses Amt ein. Die Neubesetzung wurde notwendig, weil der frühere Chef der MA 37, Obersenatsrat Dipl.-Ing. Herbert EHRLICH, vor kurzem zum Gruppenleiter für die Baupolizei im Rahmen der Magistratsdirektion-Stadtbaudirektion bestellt wurde.

Senatsrat Brazdovics, Jahrgang 1934, ist seit mehr als 30 Jahren bei der Baupolizei tätig.

An der Amtseinführung nahmen auch Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, Nationalratspräsident Rudolf PÖDER (der die Glückwünsche der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten übermittelte), Stadtrat Dr. Hannes SWOBODA, der Vorsitzende des Gemeinderatsausschusses für Stadtentwicklung und Stadtplanung Ing. Horst Georg RIEDLER, Magistratsvize-direktor Dr. Alfred PEISCHL und Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Herbert BECHYNA teil.

Bürgermeister Zilk und Stadtrat Swoboda wiesen auf die besondere Bedeutung dieser Abteilung hin, die einerseits den Bauwilligen helfen, andererseits aber auch die Interessen der Nachbarn berücksichtigen soll. Sie habe eine beratende und beschützende Funktion, zu deren Erfüllung manchmal allerdings auch Härte notwendig sei. Sowohl Zilk als auch Swoboda merkten an, daß die Bezeichnung Bau„polizei“ nicht glücklich sei, da sie dem Servicecharakter der Abteilung nicht ganz gerecht werde.

Magistratsdirektor Bandion erinnerte daran, daß frühere Bauordnungen meist für mehrere Generationen Gültigkeit besaßen. Die heute maßgebenden Bestimmungen gehen im wesentlichen auf die große Novelle des Jahres 1976 zurück. Es sei ein Zeichen für die immer rascheren technischen und gesellschaftlichen Veränderungen unserer Zeit, daß bereits jetzt wieder eine breite Diskussion über eine mögliche Novellierung im Gange ist. Es gehe nicht nur darum, die Baugesetzgebung den jeweiligen technischen Rahmenbedingungen anzupassen, sondern vor allem um die an sie gestellten gesellschaftlichen Ansprüche: verstärkte Mitsprache der Bürger, Transparenz von Planungsvorgängen, veränderte Wertmaßstäbe hinsichtlich des Umweltschutzes oder hinsichtlich der Bedürfnisse bestimmter Bevölkerungsgruppen, wie etwa Behinderte, aber auch Kinder oder alte Menschen.

Die mit der Vollziehung der Baugesetzgebung betrauten Beamten stehen damit vor einer äußerst schwierigen Aufgabe. Einerseits gilt es, die verschiedensten Interessen zu berücksichtigen, unvermeidliche Konflikte zu lösen, nicht zuletzt aber, eine vernünftige Bautätigkeit nicht zu erschweren, sondern im Gegenteil so effizient wie möglich zu gewährleisten. Den „Baupolizisten“ kommt somit eine ganz besondere Verantwortung für das Baugeschehen, aber auch für das Verhältnis zwischen Verwaltung, Bürgern und Wirtschaft überhaupt zu. (Schluß) ger/rr

Hatzl: Keine Kostenexplosion beim U-Bahn-Bau

Wien, 13.6. (RK-KOMMUNAL) „Beim Wiener U-Bahn-Bau werden grundsätzlich Ausschreibungen vorgenommen. Wo man auf bestimmte Firmen angewiesen ist, gibt es harte Preisprüfungen und Verhandlungen“. Dies sagte Dienstag Verkehrsstadtrat Johann HATZL gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ zu einem Artikel in einer Wiener Tageszeitung über angebliche „Kostenexplosionen“ bei der Wiener U-Bahn. Gerade die für den U-Bahn-Bau zuständige Magistratsabteilung führte eine beispielhafte, intensive begleitende Kontrolle in technischer, wirtschaftlicher und terminlicher Hinsicht durch.

Man habe sich beim U-Bahn-Bau durch die harten Verhandlungen hunderte Millionen Schilling ERSPART. Bei diesem Großprojekt sei man noch immer in dem Kostenrahmen, der schon 1980 (!) festgelegt wurde, in vielen Bereichen habe man diesen sogar unterschritten, sagte der Verkehrsstadtrat.

Wenn den U-Bahn-Baufirmen Kartellbildung und Preisabsprachen vorgeworfen werden, sollte ihm die Tageszeitung die Unterlagen und Beweise dafür zur Verfügung stellen, forderte Hatzl. Dann wären eine Überprüfung und etwaige Konsequenzen möglich. Ihm selbst seien bisher keine Preisabsprachen bekannt. Abschließend stellte der Stadtrat fest, daß es keine Rechnungshofprüfung des Wiener U-Bahn-Baues gegeben habe und man daher dort auch nicht von den „teuersten U-Bahnen der Welt“ wissen könne. (Schluß) roh/bs

Rathausmarkt: Veranstaltungsprogramm für diese Woche

Wien, 13.6. (RK-KOMMUNAL) Beim Wiener Rathausmarkt auf dem Rathausplatz — der Markt wurde anlässlich des 150jährigen Bestehens des Marktamts der Stadt Wien gestaltet und bietet mit rund 100 Ständen bis 25. Juni täglich von 10 bis 20 Uhr buntes Markttreiben mit Alt-Wiener Flair — stehen diese Woche folgende Veranstaltungen auf dem Programm:

Mi., 14.6., ab 14 Uhr **Kindertag** * Spielbus * Theatergruppe Trittbrettl

Do., 15.6., ab 16 Uhr Wiener Lieder * Wiener G'schicht'n mit „Wiener Note“

Fr., 16.6., ab 10 Uhr **Sporttag** * Bläsergruppe des Wiener konzertanten Ensembles * Frau Sopherl

Sa., 17.6., ab 13 Uhr Jugendblasorchester Oberlaa * Stadtpfeifer

So., 18.6., ab 10 Uhr Frühschoppen mit Blasmusik * Nachmittag: Wiener Lieder * Wiener G'schicht'n

Firma VITA stellt Wiens größte Salatbar!

Gestaltet und unterstützt wird der Wiener Rathausmarkt von der Stadt Wien gemeinsam mit dem Wiener Handel (Gremium des Markt-, Straßen- und Wanderhandels), den Wiener Gärtnern, dem Kulturverein Innere Stadt, der Kulturabteilung und den Sponsorfirmen Konsum, Casinos Austria, Julius Meinl und Zentralsparkasse. (Schluß) hrs/bs

Jubiläumsbuch „Von Marktfahrern und Ständlern“

Wien, 13.6. (RK-KOMMUNAL) „Von Marktfahrern und Ständlern“ — Das Wiener Marktwesen einst und jetzt lautet der Titel eines Buches, das zum Jubiläum des 150jährigen Bestehens des Wiener Marktamtes nun im Compress-Verlag erschienen ist, und das von Konsumentenstadträtin Christine SCHIRMER Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters vorgestellt wurde. Das Buch der Autorin Susanne LAWSON beschäftigt sich auf 144 Seiten mit den Kapiteln

- Märkte — Zentren urbanen Lebens
- Die Geschichte der Wiener Märkte
- 150 Jahre Wiener Marktamt
- Einige typische Wiener Märkte
- Tätigkeiten des Marktamtes heute.

Das Buch bietet einen Überblick über die Geschichte des Marktwesens ebenso wie über die Entwicklung der Qualitäts- und Preiskontrolle. Historische Abbildungen und aktuelle Fotos ergänzen den Band. „Von Marktfahrern und Ständlern“ ist um 298 Schilling im Buchhandel erhältlich. (Schluß) hrs/rr

Stadtatlas für Familien ab sofort erhältlich

Wien, 13.6. (RK-KOMMUNAL) Einen weiteren Teil des Stadtatlas, der sich mit dem Thema „Familien“ beschäftigt, präsentierte Dienstag Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL in der Pressekonferenz des Bürgermeisters. Der neue „Familien-Atlas“ kann ab sofort über die Stadtinformation im Rathaus, Telefon 43 89 89, kostenlos angefordert werden.

Mehr als die Hälfte der rund eineinhalb Millionen Wienerinnen und Wiener ist zwischen 20 und 60 Jahre alt, rund 45 Prozent sind verheiratet, 11,6 Prozent verwitwet und sieben Prozent sind geschieden. Pro Jahr werden in Wien etwa 10.000 Ehen geschlossen und 15.000 Kinder geboren. Etwa vier Fünftel der Wiener Kinder wachsen in Familien mit beiden Elternteilen auf, 16 Prozent werden nur von einem Elternteil betreut und versorgt.

Der Stadtatlas „Familien“ widmet sich den vielen Bereichen des täglichen Familienlebens und Problemen, mit denen Familien fertig werden müssen. Informationen gibt es nicht nur über die Gründung einer Familie oder Lebensgemeinschaft, Familienplanung, Kindererziehung, Jugendschutzgesetz, Beratung und Hilfe in familiären und partnerschaftlichen Krisensituationen, sondern auch für Freizeitaktionen der Stadt Wien für Familien.
(Forts.mgl.) jel/bs

EXPO-Interesse für „Wunderblock“-Ausstellung

Wien, 13.6. (RK-KULTUR) Das international überwältigende Echo auf die Festwochen-Ausstellung „Wunderblock. Eine Geschichte der modernen Seele“ im Messepalast hat das Interesse der Verantwortlichen für die EXPO '92 in Sevilla geweckt. Sie wollen die Ausstellung im Rahmen des Generalthemas „Entdeckungen“ zeigen. Erste Schritte zu einer eventuellen Einladung der „Wunderblock“-Ausstellung nach Sevilla wurden von spanischer Seite gesetzt.

Auch andere Städte haben bereits ihr Interesse an der „Geschichte der modernen Seele“ bekundet.

In Wien ist die Ausstellung mit erstmals hier gezeigten Meisterwerken von Caspar David Friedrich, Wassily Kandinsky, Edvard Munch und vielen anderen noch bis 6. August, täglich von 10 bis 19.30 Uhr zu besichtigen. (Schluß) gab/gg

Zusatzvorstellungen für „Sarafina“

Wien, 13.6. (RK-KULTUR) Für das südafrikanische Musical „Sarafina!“, das seine Europa-Premiere bei den Wiener Festwochen hatte, herrscht derartiges Publikumsinteresse, daß sich die Wiener Festwochen entschlossen haben, die Kompanie zu bitten, am Sonntag, dem 18. Juni, um 15 und 20 Uhr zwei weitere Aufführungen zu spielen. Am Freitag, dem 16. Juni, gibt es eine Spielpause. Dafür findet am Samstag, dem 17. Juni, eine Vorstellung um 19.30 Uhr statt.

Karten für die eingeschobenen Vorstellungen am Sonntag gibt es ab sofort an allen Vorverkaufskassen der Wiener Festwochen: Theater an der Wien (Wien 6, Linke Wienzeile 6, Tel. 588 30/355 DW, täglich von 10 bis 18 Uhr), Messepalast (Wien 7, Messeplatz 1, Tel. 96 77 70, täglich von 10 bis 18 Uhr), Raimund Theater (Wien 6, Wallgasse 20, Tel. 599 77/27 DW, täglich von 10 bis 13 Uhr und von 14 bis 18 Uhr), Ronacher (Wien 1, Seilerstätte 9, Tel. 513 85 65, täglich von 10 bis 13 Uhr und von 14 bis 18 Uhr). (Schluß) red/gg

Zilk: Dioxinfilter für EBS und Flötzersteig

Wien, 13.6. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK teilte am Dienstag in seinem Pressegespräch mit, daß er mit heutigem Tag den Auftrag erteilt habe, in den EBS und beim Flötzersteig unverzüglich den Einbau neuer Aktivkohlefilter zur Ausscheidung von Dioxin in die Wege zu leiten. Die Tests in den EBS sowie schwedische Ergebnisse zeigen, daß eine solche Maßnahme zielführend ist.

Lebensqualität: Wien beispielhaft in Europa

Zilk zitierte in der Pressekonferenz eine in der französischen Zeitschrift „Le Point“ veröffentlichte Untersuchung der Lebensqualität in 50 europäischen Städten. Wien erreichte dabei hinter Stockholm den zweiten Platz. Insbesondere verweist die französische Untersuchung darauf, daß Wien im Bereich des Umweltschutzes beispielhaft in Europa sei.

Informatikunterricht in der Hauptschule

Weiters gab Zilk bekannt, daß ab dem Schuljahr 1990/91 in der 7. und 8. Schulstufe mit dem Informatikunterricht als Pflichtfach begonnen werde. Für die Anschaffung der Geräte werde mit Kosten von voraussichtlich etwa zehn Millionen Schilling gerechnet. Zilk kritisierte, daß dafür eigentlich der Bund zuständig wäre, „aber wir wollen diesen Konflikt nicht auf dem Rücken der Kinder austragen“. (Schluß) ger/bs

Chef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
Übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MIP 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Druck: Setzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Mittwoch, 14. Juni 1989

Blatt 1248

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- „Woche des Waldes“: Forstamt veranstaltet Waldführungen für Schüler (1249/FS: 13.6.)
- Neue Einbahn im 21. Bezirk (1250)
- Wieden, Margareten und Favoriten - einst und jetzt (1251)
- „Miteinander lernen“: Initiative für ausländische Frauen und Kinder (1252)
- Ausstellung „150 Jahre Marktamt“ und Rathausmarkt eröffnet (1253)
- Schulneubau in Meidling (1254)
- Mehr als 200 Millionen für städtische Spitäler (1255)
- Beim U-Bahn-Rohbau bisher eine Milliarde eingespart (1257)
- Stacher eröffnete das Eingangsgebäude des neuen AKH (1258)
- Neuer Leiter für die Magistratsabteilung 30 (1259)
- Freitag Pressekonferenz Smejkal über Kinderschutzzentrum (nur FS)
- Freitag Pressekonferenz Hatzl über neuen „Lastverteiler“ (nur FS)

Bezirke:

- Neue Flächenwidmungspläne in Ottakring (1251)
- Floridsdorf: Ausstellung über Bezirksentwicklungsplanung (1251)

Kultur:

- Fred Liewehr — ein Achziger (1256)
- Gedenktafel für Oscar Straus (1256)

**„Woche des Waldes“:
Forstamt veranstaltet Waldführungen für Schüler**

Wien, 13.6. (RK-KOMMUNAL) Anlässlich der „Woche des Waldes“, die heuer von 12. bis 18. Juni abgehalten wird und unter dem Motto „Wald ist Wirtschaft“ steht, veranstaltet das Wiener Forstamt gemeinsam mit Schulen Waldführungen. 20 Forstleute betreuen bei dieser Aktion rund 1.200 Schulkinder. Während der Führungen werden die Jugendlichen über das Verhältnis von Ökologie und Ökonomie im bewirtschafteten stadtnahen Wald, über aktuelle Probleme des Waldes sowie über richtiges Verhalten im Wald informiert. Die Schüler können bei diesen Führungen auch an einem Waldquiz teilnehmen. Die Preisverleihung findet am 26. Juni um 15 Uhr im Wiener Stadtschulrat statt. (Schluß) du/gg

Bereits am 13. Juni 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Neue Einbahn im 21. Bezirk

Wien, 14.6. (RK-KOMMUNAL) Ab Mittwoch, 15. Juni, 8 Uhr, gibt es in Floridsdorf eine neue Einbahn: Die Novigasse wird vom Leopoldauer Platz bis zur Oskar-Grissemann-Straße (in dieser Richtung) zur Einbahnstraße. Grund für diese neue Regelung ist eine Verbreiterung des Gehsteiges, die der Sicherheit der Fußgänger dienen soll. (Schluß) roh/rr

Neue Flächenwidmungspläne in Ottakring

Wien, 14.6. (RK-BEZIRKE) Für zwei Gebiete im Westen Ottakrings wurden neue Flächenwidmungs- und Bebauungspläne ausgearbeitet (Plan Nr. 5981 und Nr. 6037). Die Stadtviertel zwischen Liebknechtgasse, Sautergasse, Wattgasse, Seeböckgasse, Redtenbachergasse, Arnethgasse und Sandleitengasse haben eine Fläche von 65 Hektar und 11.900 Einwohner. Bei der Planung stehen folgende Ziele im Vordergrund: die Reduzierung der baulichen Ausnutzbarkeit der Grundflächen gegenüber den bisherigen Festsetzungen zur Verbesserung der Wohnqualität; die Sicherung von Flächen für Handelseinrichtungen und Gewerbebetriebe; die bestandsorientierte Festlegung der Fluchtlinien und der unterschiedlichen Gebäudehöhen zur Erhaltung des charakteristischen Erscheinungsbildes; die Sicherung von Grundflächen für öffentliche Einrichtungen und Grünflächen.

Die Entwürfe liegen vom 15. Juni bis 13. Juli, während der Amtsstunden (Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr, am Donnerstag bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. (Schluß) end/rr

Floridsdorf: Ausstellung über Bezirksentwicklungsplanung

Wien, 14.6. (RK-BEZIRKE) Im Amtshaus Floridsdorf, Am Spitz 1, wird am Freitag, dem 16. Juni um 9 Uhr eine Ausstellung zur Bezirksentwicklungsplanung von Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA und Bezirksvorsteher Kurt LANDSMANN eröffnet. In der Infoschau, die bis einschließlich 30. Juni zu sehen ist, werden die für den 21. Bezirk geplanten Projekte vorgestellt, von der Verlängerung der U 6 bis zu neuen Wohnhausanlagen. Öffnungszeiten: Montag, Dienstag, Mittwoch von 9 bis 12 Uhr, Donnerstag, Freitag von 14 bis 18 Uhr. (Schluß) red/rr

Wieden, Margareten und Favoriten – einst und jetzt

Wien, 14.6. (RK-LOKAL) Das Bezirksmuseum Margareten zeigt im Amtshaus in Wien 5, Schönbrunner Straße 54 (Sitzungssaal, 2. Stock), von 15. Juni bis 6. Juli, Dienstag und Donnerstag von 16 bis 18 Uhr und Samstag von 10 bis 12 Uhr, die Ausstellung „Wieden, Margareten und Favoriten in alten Ansichtskarten“. Die drei Bezirke werden durch jene Motive aus dem Zeitabschnitt 1880 bis 1930 dokumentiert, die Dr. Wolfgang MAYER (Wiener Stadt- und Landesarchiv) für den im Vorjahr im Verlag Europäische Bibliothek erschienenen Band „Wien in alten Ansichtskarten“ ausgewählt hat. Besonders reizvoll wird die kleine Schau durch aktuelle Fotos von Mitarbeitern des Bezirksmuseums, die durch Gegenüberstellung zu den alten Ansichten zeigen, wie rasch sich das Stadtbild in diesen Bezirken durch Neugestaltung geändert hat. (Schluß) am/rr

„Miteinander lernen“: Initiative für ausländische Frauen und Kinder

Wien, 14.6. (RK-KOMMUNAL) Ausländische Frauen und Kinder haben es, bedingt durch fehlende Sprachkenntnisse, in Österreich oft besonders schwer. Eine Gruppe engagierter Wiener Frauen kümmert sich mit ihrem Verein „Miteinander lernen“ seit einigen Jahren speziell um Bildungsaktivitäten mit ausländischen Frauen und Kindern, in erster Linie kümmern sie sich um Türkinnen. Sprachkurse für die Frauen und Kinder und Lernhilfegruppen für Schulkinder bzw. Vorschulgruppen sollen dazu beitragen, mangelnde Sprachkenntnisse zu beheben und die häufige Isolation speziell der Frauen zu durchbrechen. Seit kurzem hat der Verein „Miteinander lernen“ auch ein eigenes Vereinslokal in Wien 17, Veronikagasse 14/1-2, (Montag, Dienstag, Mittwoch von 12 bis 14 Uhr), Telefon 58 77 02.

Dieses Vereinslokal, in dem in Zukunft Sprachkurse, Alphabetisierungskurse und Lernhilfe durchgeführt werden, wird kommenden Freitag, den 16. Juni, um 11 Uhr von Frauenstadträtin Christine SCHIRMER eröffnet.

In Österreich leben derzeit rund 24.000 türkische bzw. kurdische und 56.000 jugoslawische Frauen. 60 Prozent der ausländischen Frauen sind in wenig qualifizierten Bereichen des Dienstleistungssektors beschäftigt und haben ein Durchschnittseinkommen von ca. 6.000 Schilling im Monat. Das geringe Bildungsniveau und die Sprachschwierigkeiten sind ein weiteres Handicap; für nicht berufstätige Ausländerinnen kommt dazu noch die Isolation. Sprachschwierigkeiten tragen aber auch zur Benachteiligung der Gastarbeiterkinder bei, da ihnen mangelnde Kenntnisse der deutschen Sprache den Zugang zu besserer Ausbildung blockieren können.

Der Verein „Miteinander lernen — Bildungsaktivitäten mit ausländischen Frauen und Kindern“ bemüht sich seit einigen Jahren, durch Sprachkurse, Lernhilfe, Sozialberatung usw. diesen Frauen und Kindern zu helfen. Bisher in der VHS Ottakring untergebracht, mußte der Verein wegen Platzmangels aber nun ein neues Lernlokal suchen, das sich in der Veronikagasse 14 beim Brunnenmarkt fand. Derzeit werden hier drei Deutschkurse, ein Alphabetisierungskurs, ein Nähkurs sowie Lernhilfegruppe für PflichtschülerInnen und eine Vorschulkindergruppe geboten, an drei Tagen auch Sozialberatung. Im Verein sind derzeit 12 Frauen tätig, die zum Teil über die Aktion 8000 beschäftigt sind. (Schluß) hrs/bs

Ausstellung „150 Jahre Marktamt“ und Rathausmarkt eröffnet

Wien, 14.6. (RK-KOMMUNAL) Auf dem Rathausplatz eröffnete Stadträtin Christine SCHIRMER gestern, Dienstag nachmittag, den vom Gremium der Markt-, Straßen- und Wanderhändler der Handelskammer gestalteten Rathausmarkt. Aus Anlaß des 150jährigen Bestehens des Wiener Marktamts ist außerdem in der Volkshalle des Rathauses eine Ausstellung zu sehen, die ebenfalls Dienstag eröffnet wurde. (Schluß) hrs/bs



Foto: PID/Hutterer

Schulneubau in Meidling

Wien, 14.6. (RK-KOMMUNAL) Einen Sachkredit in der Höhe von 88 Millionen Schilling für den Schulneubau 12., Rohrwassergasse, und die erste Baurate von vier Millionen Schilling für das Jahr 1989 genehmigte der Gemeinderatsausschuß für Bildung, Jugend, Familie und Soziales kürzlich mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP.

Die neue Volksschule in der Rohrwassergasse ist für 15 Klassen geplant und wird 1992 fertiggestellt sein. Sie ersetzt ein bestehendes Gebäude in der Hetzendorfer Straße 138, das den Klassenbedarf nicht decken kann, da es nur über neun Klassenräume verfügt. Die verbleibenden Volksschulklassen sind derzeit in der Hauptschule Hermann-Broch-Platz untergebracht.

Das alte Schulgebäude stammt aus dem Jahr 1867 und wurde 1966/67 zum letzten Mal renoviert. Eine Renovierung bzw. ein Ausbau der alten Volksschule sei aufgrund der räumlichen Gegebenheiten, der Verkehrssituation und der fehlenden Freiflächen nicht möglich gewesen, sagte Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL. Deshalb habe man sich entschlossen, den in den nächsten Jahren steigenden Schülerzahlen und den Anforderungen moderner Pädagogik mit einem neuen Schulgebäude Rechnung zu tragen. (Schluß) jel/bs

Mehr als 200 Millionen Schilling für städtische Spitäler

Gesundheitsausschuß genehmigte Verbesserungen

Wien, 14.6. (RK-KOMMUNAL) Mit einer Reihe von Projekten zur Modernisierung und Verbesserung der Wiener städtischen Krankenanstalten beschäftigte sich der Gemeinderatsausschuß für Gesundheits- und Spitalswesen in seiner Sitzung am Dienstag nachmittag. Dafür werden insgesamt mehr als 200 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt werden.

Im einzelnen handelt es sich um folgende Maßnahmen:

- Die 3. Medizinische Abteilung des Wilhelminenspitals erhält eine kardiologische Angiographie mit Herzkathederlabor (bauliche Herstellung und Einrichtung 32,6 Millionen Schilling).
- Im Zentralröntgeninstitut des Krankenhauses Lainz wird der 12 Jahre alte Computertomograph durch eine neue Anlage ersetzt (8,2 Millionen Schilling).
- Das Pathologisch-bakteriologische Institut im Krankenhaus Lainz wird generalsaniert (36,6 Millionen Schilling).
- Im Elisabeth-Spital wird das Internatsgebäude der Krankenpflegeschule in eine Interne Abteilung und ein zentrales Institut für Physiotherapie umgewandelt. Für die Einrichtung — 85 Krankenbetten, zwei EK-Geräte, Überwachungsgeräte, Lungenfunktionsgerät, Spezialwannen, Behandlungsliegen usw. — bewilligte der Ausschuß 9,3 Millionen Schilling.
- Die Entwicklung der Kinderinfektionskrankheiten erfordert eine Neustrukturierung der Abteilung für Kinderinfektionskrankheiten und interne Kinderkrankheiten im Wilhelminenspital. Derzeit stehen der Abteilung zwölf Pavillons zur Verfügung, in der neuen Struktur sollen es nur mehr sieben sein. Die Anzahl der Betten wird von 210 auf 67 reduziert. Der Umbau und die Erneuerung erfordern 57,3 Millionen Schilling für bauliche Maßnahmen — davon entfallen fünf Millionen Schilling Mehrkosten allein auf die Denkmalpflege — und sechs Millionen Schilling für die Einrichtung.
- In der Neurologischen Abteilung des Krankenhauses Lainz werden der Unterwassertherapiebereich und die angrenzende Heilgymnastik generalsaniert (6,2 Millionen Schilling).
- Das Pathologisch-bakteriologische Institut im Franz-Josef-Spital wird saniert und erweitert (1,6 Millionen Schilling).
- Im Pflegeheim Sanatoriumstraße wird ein Pavillon saniert und modernisiert (17,1 Millionen Schilling).
- Für den Bau des Schwerpunktkrankenhauses im Sozialmedizinischen Zentrum Ost genehmigte der Ausschuß Aufträge für die Schwarzdecker- und Spenglerarbeiten für den Ambulanztrakt der 2. Ausbaustufe und für Schlosserarbeiten für Außentüren und -tore sowie für Glaswandkonstruktionen (zusammen 25,6 Millionen Schilling).

Der Gesundheitsausschuß genehmigte auch die Errichtung und den Betrieb eines Ludwig-Boltzmann-Institutes für intraokulare Kunstlinsen an der Augenabteilung des Krankenhauses Lainz (gemeinsam mit der Boltzmann-Gesellschaft). Das neue Institut wird sich vor allem der wissenschaftlichen Forschung im Bereich der visuellen Rehabilitation nach der Operation des grauen Stars widmen. Die Leitung des Institutes wird der Vorstand der Augenabteilung im Krankenhaus Lainz, Primarius Univ.-Prof. Dr. Hans GNAD, übernehmen. (Schluß) sc/rr

Fred Liewehr – ein Achziger

Wien, 14.6. (RK-KULTUR) Am 17. Juni feiert Kammerschauspieler Prof. Fred LIEWEHR seinen 80. Geburtstag. Er wurde in Neutitschein in Mähren geboren. Nach der Matura und zwei Semestern Germanistikstudium besuchte er das eben gegründete Max-Reinhardt-Seminar und erhielt anschließend seinen Eleven-Vertrag an das Theater in der Josefstadt, wo er gleich in Max Reinhardts Inszenierung von „Was ihr wollt“ den Herzog Orsino spielte. Von der Josefstadt ging Fred Liewehr nach Graz. 1933 wurde er an das Burgtheater engagiert, dessen Ensemble er bis heute angehört.

Seine zweite Karriere brachte Liewehr an die Wiener Volksoper, wo er u.a. im „Bettelstudent“ und in „Kiss me Kate“ große Erfolge feierte. In den letzten Jahren spielte Liewehr in Raimunds „Diamant des Geisterkönigs“ (1984), Molières „Der eingebildete Kranke“ (1985) und Strindbergs „Gespenstersonate“ (1988).

Kammerschauspieler Prof. Fred Liewehr erhielt 1963 das Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst, 1969 die Wiener Ehrenmedaille in Gold, 1972 den Grillparzer-Ring und 1977 das Große Ehrenzeichen der Republik Österreich. Seit 1969 ist er Ehrenmitglied des Burgtheaters. (Schluß) emw/bs

Gedenktafel für Oscar Straus

Wien, 14.6. (RK-KULTUR) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK enthüllte am Mittwoch in Vertretung von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK eine am Haus Untere Donaustraße 27 angebrachte Gedenktafel für den Komponisten Oscar Straus.

Oscar Straus, der 1870 in der Unteren Donaustraße 27 in der Leopoldstadt geboren wurde, schrieb zahlreiche erfolgreiche Operetten, darunter „Ein Walzertraum“, seinen größten Erfolg. 1938 mußte Straus nach Amerika emigrieren, 1948 kehrte er nach Europa zurück. Er starb 1954 in Bad Ischl.

Die Gedenktafel wird in die Obhut der Stadt Wien übernommen. An der Feier nahmen auch der amerikanische Botschafter Henry Anatole GRUNWALD, dritter Landtagspräsident Univ.-Prof. Dr. Manfred WELAN und Bezirksvorsteher Heinz WEISZMANN teil. (Schluß) gab/bs

Beim U-Bahn-Rohbau bisher eine Milliarde eingespart

Wien, 14.6. (RK-KOMMUNAL) Der Rohbau von insgesamt 13 Bauabschnitten der zweiten Ausbauphase des Wiener U-Bahn-Netzes (neun Bauabschnitte der U 3 von Erdberg bis Herrengasse, vier Bauabschnitte der U 6 von Längenfeldgasse bis Philadelphiabrücke) ist abgeschlossen. Die Rohbaukosten konnten nun weitgehend abgerechnet werden. Ursprünglich waren für diese 13 Bauabschnitte Rohbaukosten in der Höhe von zehn Milliarden Schilling brutto vorgesehen, diese Summe wurde auch in Form einzelner Vergaben vom zuständigen Gemeinderatsausschuß akzeptiert und genehmigt. Die nunmehr von der Magistratsabteilung 38 (U-Bahn-Bau) vorgenommene Abrechnung hat die tatsächlichen Kosten ergeben: Ausgegeben wurden in den letzten fünf Jahren für den Rohbau neun Milliarden Schilling, zehn Prozent oder rund eine Milliarde Schilling konnten eingespart werden. Ausschlaggebend für diese deutliche Einsparung waren intensive Kontrollen durch die Bauaufsicht sowie optimale technische und wirtschaftliche Bauweise, wobei oft durch kurzfristige technische Neuerungen bei Einzelmaßnahmen wesentliche Einsparungen erzielt werden konnten. (Schluß) roh/rr

Stacher eröffnete das Eingangsgebäude des neuen AKH

Jetzt beginnt die Inbetriebnahmephase

Wien, 14.6. (RK-KOMMUNAL) In Vertretung von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK eröffnete Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Mittwoch vormittag das zentrale Eingangs- und Verwaltungsgebäude des neuen Allgemeinen Krankenhauses. Zwar sind schon einige Bereiche des 4. und letzten Bauabschnittes in Betrieb, so zum Beispiel die Telefonzentrale, die Universitätsklinik für Neurochirurgie, die Zentrale Speisenversorgung, das Technische Betriebsgebäude, die Kernspintomographieanlage, die Medizinisch-technischen Schulen und das Feuerwehrgebäude, doch beginnt jetzt die stufenweise Betriebsaufnahme im Hauptgebäude. Zugleich mit dem Eingangsbereich wurde von der Errichtungsgesellschaft VAMED auch eine Reihe von zentralen Einrichtungen, wie zum Beispiel der Bereich Reinigungsdienst, das Administrative Rechenzentrum, das Zentralarchiv und das Mensabeisl an die Magistratsabteilung 16 übergeben. Bis Ende des Jahres folgen unter anderem noch der Bereich Warenumschlag und Lager, das Institut für Medizinische Computerwissenschaften, die Fakultätsbibliothek, das Hörsaalzentrum usw. Bis Ende 1992 wird das neue Haus voll in Betrieb sein.

Wie Stadtrat Stacher in seiner Eröffnungsansprache hervorhob, wird das neue AKH allen Anforderungen entsprechen, die von der Stadt Wien und von der Republik Österreich gestellt werden. Es wird ein Zentrum medizinischer Lehre, ein Zentrum der medizinischen Forschung und ein Spital der medizinischen Spitzenversorgung sein — mit einer Ausstrahlung über ganz Österreich und sogar ins Ausland.

Der Eingangsbereich des neuen AKH ist von der U-Bahn-Station (bis Herbst noch Stadtbahn) Michelbeuern/Allgemeines Krankenhaus über Rolltreppen, von der Tiefgarage für 2.500 Personenkraftwagen mit Aufzügen zu erreichen. Hier ist auch die Taxizufahrt vom inneren Währinger Gürtel. Zu Spitzenzeiten werden sich bis zu 15.000 Menschen im neuen AKH befinden: stationäre und ambulante Patienten, Mitarbeiter des Krankenhauses, Besucher und Studenten.

Die zweigeschossige, 14 Meter hohe Eingangshalle ist der zentrale Ankunfts- und Informationsbereich für die Patienten und die Besucher. Hier findet auch die Aufnahme und die Entlassung der stationären Patienten statt. Außerdem gibt es Räume für die Kinderbetreuungsstelle für die Kinder von Patienten und Besuchern, für einen kleinen Supermarkt, für Post, Bank, Friseur, Tabak-Trafik, Blumenhandlung und andere Geschäfte. Für Besucher wurde auch ein Restaurant mit 170 Plätzen eingerichtet.

Rechts und links der Eingangshalle sind in zwei Geschossen die Bürobereiche mit je einem Atriumhof. Hier stehen der Krankenhausverwaltung rund 5.000 Quadratmeter Nutzfläche zur Verfügung. Für Veranstaltungen verschiedener Art gibt es einen Mehrzwecksaal mit 150 Sitzplätzen und vier Konferenzräume für insgesamt 83 Personen. Die Errichtung des Eingangs- und Verwaltungsgebäudes kostete rund 400 Millionen Schilling. Am Bauvorhaben waren etwa 30 Firmen beschäftigt.

An der Eröffnungsfeier nahmen auch Nationalratspräsident Rudolf PÖDER und Stadträtin Maria HAMPL-FUCHS teil. (Schluß) sc/bs

Neuer Leiter für die Magistratsabteilung 30

Wien, 14.6. (RK-KOMMUNAL) Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION führte am Mittwoch Senatsrat Dipl.-Ing. Gerhard ADAM in sein neues Amt als Leiter der Magistratsabteilung 30 (Kanalisation) ein. Der Wechsel an der Spitze dieser Abteilung wurde notwendig, weil der Vorgänger, Obersenatsrat Dipl.-Ing. Peter BORTENSCHLAGER, vor kurzem zum Gruppenleiter für Umwelttechnik und technische Betriebe in der Magistratsdirektion-Stadtbaudirektion bestellt worden ist.

SR. Adam, Jahrgang 1934, ist seit 1962 bei der MA 30 tätig und war zuletzt bereits Abteilungsleiter-Stellvertreter.

StR. Dr. Michael HÄUPL wies bei der Amtseinführung auf die große Bedeutung der Kanalisation für den Umweltschutz hin. Es ist eines der wichtigsten stadtökologischen Erfordernisse, eine den strengsten Maßstäben entsprechende Entsorgung der Abwässer zu gewährleisten. Dafür wurde bereits sehr viel getan, große Aufgaben stehen aber noch bevor.

Magistratsdirektor Dr. Bandion erklärte, daß im Bereich der Kanalisation ein Investitionsprogramm in Angriff genommen wurde, das in Größenordnung und Bedeutung mit den großen Kanalbauten des 19. Jahrhunderts vergleichbar ist. Ebenso wie von diesem werden auch von dem jetzt begonnenen Elf-Milliarden-Programm noch künftige Generationen profitieren. Bis zur Jahrtausendwende sollen 360 Kilometer Kanäle neu gebaut, und alle Wiener Haushalte an das Kanalnetz angeschlossen werden. 250 Kilometer sollen saniert sowie Entlastungskanäle für den Rechten Haupt-sammelkanal und die Wienfluß-Sammler errichtet werden.

Der Amtseinführung wohnten auch der Vorsitzende des Gemeinderatsausschusses Umwelt, Freizeit und Sport Otmar BRIX, Magistratsvizedirektor Dr. Alfred PEISCHL, Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Herbert BECHYNA sowie der Vorsitzende der Hauptgruppe I der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten Josef PULLING bei. (Schluß) ger/bs

Swoboda: Parkraumproblematik in der Großstadt muß menschenfreundlich angegangen werden

Bereits am 14. Juni 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Wien, 14.6. (RK-KOMMUNAL) Die Frage der Parkraumproblematik in der Großstadt muß sich am Menschen und nicht am Auto orientieren. Wien geht dabei einen Weg, der zuallererst die Parkraumversorgung der Wohnbevölkerung berücksichtigt, zweitens versucht, keine zusätzlichen Verkehrserreger im dichtverbauten Gebiet zuzulassen und drittens dort, wo im innerstädtischen Bereichen Parkgaragen neu gebaut werden, als Ausgleich dafür Oberflächen autofrei machen will. Dies erklärte am Mittwoch Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA anlässlich einer Podiumsdiskussion zum 25-Jahrjubiläum der Garage am Hof.

Swoboda stellte am Beispiel Heldenplatzgarage fest, daß diese ein Muster für die Freimachung der schönsten Plätze Wiens von Autos darstellt: Der Heldenplatz, der Innere Burghof, der Josefsplatz und die sogenannte „Böhmallee“ sollen von Autos, der gesamte Straßenraum in der Umgebung von Autobussen befreit werden. Im Bereich der Inneren Stadt sei seiner Ansicht nach nicht der Bau neuer Garagen vordringlich, sondern das Umsteigen der vielen Einpendler in die Ämter und Büros auf die öffentlichen Verkehrsmittel, wobei insbesondere von der U 3 eine starke Entlastung zu erwarten sei. Neue Garagen im 1. Bezirk stoßen darüberhinaus verständlicherweise auch auf den Widerstand der angrenzenden Bezirke, die unter dem Durchzugsverkehr zu leiden hätten.

Swoboda sprach sich deutlich gegen eine „Verteufelung“ des Autos aus, kündigte aber eine umfassende und stärkere Bewirtschaftung des Individualverkehrs für Wien an, wobei die Modelle Singapur, Mailand und Stockholm als Vorbilder dienen könnten.

ÖAMTC unterstützt Stadt Wien bei Verhandlungen mit dem Bund

Als dankenswerte Unterstützung der Verhandlungsposition Wiens gegenüber dem Bund bezeichnete der Planungsstadtrat die Initiative des ÖAMTC, der in einer Pressekonferenz die Umsetzung der Park & Ride-Konzepte gefordert hatte. Swoboda betonte, daß man sich seitens der Stadt schon seit 15 Jahren der Bedeutung der Park & Ride-Einrichtungen bewußt sei, daß die Umsetzung aber immer wieder einerseits an Anrainerbeschwerden, andererseits an der mangelnden Bereitschaft des Bundes zur Mitfinanzierung scheitert.

Swoboda wörtlich: „Gerade die EXPO 95 und das — übrigens über die genannten Zahlen vom ÖAMTC weit hinausgehende — Forderungsprogramm Wiens an den Bund läßt uns darauf hoffen, daß wir dieses Großstadtproblem, das uns als Bundeshauptstadt besonders betrifft, gemeinsam mit dem Bund lösen können. Denn man darf ja nicht annehmen, daß Park & Ride-Anlagen im Wiener Stadtgebiet allein eine Lösung bringen. Tatsächlich muß man mit dem Abfangen der Autos bereits weit außerhalb Wiens entlang der S-Bahn-Linien beginnen.“

Die Forderung des ÖAMTC, „das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln zu erhöhen“, geht deshalb zeitweise ins Leere. Weil die von diesem Club zitierten Straßenbahnlinien „25“ und „67“ keinesfalls ihre Kapazitätsgrenzen erreicht haben, und der Einsatz zusätzlicher Wagen grundsätzlich jederzeit möglich sei, schloß Planungsstadtrat Dr. Swoboda. (Schluß) lf/bs

Sonderpostamt bei „150 Jahre Marktamt“

Wien, 15.6. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen der Ausstellung „150 Jahre Marktamt“, die bis 23. Juni bei freiem Eintritt täglich von 10 bis 19 Uhr in der Volkshalle des Rathauses zu sehen ist, gibt es morgen, Freitag, den 16. Juni, und am Samstag, dem 17. Juni, jeweils bis 17 Uhr ein Sonderpostamt mit Sonderpoststempel und Schmuckkuverts.

Nicht nur morgen und übermorgen, sondern an allen Ausstellungstagen ist außerdem eine Briefmarkenausstellung mit den Schwerpunkten „150 Jahre Briefmarke“, „150 Jahre Briefe von und nach Wien“ und mit Marken mit Markt-, Obst- und Gemüsemotiven aus aller Welt zu sehen.

Eine besondere Attraktion zu „150 Jahre Marktamt“ ist der Rathausmarkt auf dem Rathausplatz, der bis 25. Juni täglich von 10 bis 20 Uhr offenhält. Ein kulturelles Rahmenprogramm, über das die Stadtinformation, Tel. 43 89 89, gerne Auskunft gibt, sorgt für zusätzliche Unterhaltung. (Schluß) hrs/bs

Maurer Kirtag behindert „60 A“

Wien, 15.6. (RK-LOKAL) Wegen des Maurer Kirtages muß die Autobuslinie „60 A“ ab Freitag, den 16. Juni, Betriebsbeginn, bis Montag, den 19. Juni, Betriebsschluß, von der Endresstraße/Speisinger Straße über die Speisinger Straße — Peterlinigasse — Schloßgartenstraße — Heudörfelgasse zur Kaserngasse und die gleiche Strecke zurück abgelenkt geführt werden.

Die Haltestellen Maurer Hauptplatz und Valentingasse werden in beiden Fahrrichtungen während der Ablenkung aufgelassen. In Fahrrichtung Maurer Berg werden in der Peterlinigasse 2 und Schloßgartenstraße 28, in Fahrrichtung Liesing — Schnellbahn, in der Endresstraße nach der Geißlgasse, Peterlinigasse 1 und Schloßgartenstraße 35 provisorische Haltestellen eingerichtet.

Die Fahrgäste werden durch Aushänge an den Haltestellen der Linie „60 A“ informiert.

Infostelle Stephansplatz telefonisch nicht erreichbar

Wegen unbedingt notwendiger Arbeiten am Fernmeldenetz ist die Informationsstelle der Wiener Verkehrsbetriebe in der U-Bahn-Station Stephansplatz am Samstag, dem 17. Juni, und am Sonntag, dem 18. Juni, telefonisch nicht erreichbar. Die Fahrgäste können Auskünfte bei der Informationsstelle Karlsplatz, Telefon 586 31 86, einholen. (Schluß) roh/rr

Großes Mach-mit-Fest im Hamerlingpark

Kinderolympiade, Wienerlieder, Countrymusik

Wien, 15.6. (RK-LOKAL) Eine Kinderolympiade, Wienerlieder, eine Boogie-Show, Zaubereien, Country- und Westernmusik sowie diverse Aktivitäten für Kinder und Erwachsene gibt es kommenden Sonntag, den 18. Juni von 14 bis 19 Uhr im Hamerlingpark. Veranstalter des Parkfestes ist der Kulturverein „Freunde der Josefstadt“, der dieses Fest mit Unterstützung des Wiener Volksbildungswerkes durchführt.

Das Fest beginnt um 14 Uhr mit Darbietungen des Wiener Studentenchors UNISONO sowie einer großen Kinderolympiade. Im Rahmen eines bunten Unterhaltungsprogrammes werden unter anderem das Ensemble „Wiener Charme“ und der Pantomime Jean-Jacques PASCAL auftreten. Ferner gibt es eine Wienerlieder-Boogie-Show mit Hannes JARIC, Zaubereien sowie Country- und Westernmusik, dargeboten von den HONKY TONK HEROES. Eine Gesundheitsstraße, Gesundheitsinformationen und ein Flohmarkt ergänzen unter anderem das vielfältige Programm. Der Eintritt zu sämtlichen Aktivitäten ist frei. (Schluß) zi/rr

Aktion „Frau und Sport“ auch in den Ferien

Wien, 15.6. (RK-LOKAL) Die im Frühjahr auf Initiative von Stadtrat Dr. Michael HÄUPL gestartete Aktion „Frau und Sport in Wien“ wird aufgrund des regen Interesses auch über die Sommermonate fortgesetzt. Dabei wird zu einem kulanten Unkostenbeitrag ein Programm in den Sparten Tennis, Gymnastik, Schwimmen und Gymnastik im Wasser sowie in der Selbstverteidigung angeboten. Um den Hausfrauen und Müttern die Möglichkeit zu geben, das Fitneßprogramm in Ruhe zu absolvieren, werden die Kinder während der Kursdauer zu einem einmaligen Unkostenbeitrag von 50 Schilling betreut.

Das angebotene Programm im Rahmen der Aktion „Frau und Sport in Wien“:

• TENNIS:

Unkostenbeitrag 400 Schilling.

Tennisbälle und Rackets werden zur Verfügung gestellt.

Anfängerkurs 1: Anlage Wien 10, Heuberggstättenstraße, jeden Montag von 9 bis 11 Uhr, 5 Doppelstunden, Kursbeginn ist am 17. Juli.

Anfängerkurs 2: Anlage Wien 16, Roterdstraße, jeden Mittwoch von 9 bis 11 Uhr, 5 Doppelstunden, Kursbeginn 19. Juli.

Anfängerkurs 3: Anlage Wien 20, Spielmanngasse, jeden Mittwoch von 9 bis 11 Uhr, 5 Doppelstunden, Kursbeginn 19. Juli.

Fortgeschrittenenkurs 1: Anlage Wien 10, Heuberggstättenstraße, jeden Mittwoch von 9 bis 11 Uhr, 5 Doppelstunden, Kursbeginn 20. Juli.

Fortgeschrittenenkurs 2: Anlagen Wien 16, Roterdstraße, jeden Donnerstag von 13 bis 15 Uhr, 5 Doppelstunden, Kursbeginn 20. Juli.

Fortgeschrittenenkurs 3: Anlage Wien 20, Spielmanngasse, jeden Montag von 9 bis 11 Uhr, 5 Doppelstunden, Kursbeginn 17. Juli.

• GYMNASTIK:

Unkostenbeitrag 200 Schilling

Kurs 1: Rundturnhalle Wien 10, Jura-Soyfer-Gasse, jeden Montag von 14 bis 15 Uhr, Kursdauer vom 3. Juli bis 28. August.

Kurs 2: Rundturnhalle Wien 11, Florian-Hedorfer-Straße, jeden Mittwoch von 15 bis 16 Uhr, Kursdauer vom 5. Juli bis 30. August.

Kurs 3: Dominik-Hofmann-Halle, Wien 21, jeden Dienstag von 15 bis 16 Uhr, Kursdauer vom 4. Juli bis 29. August.

• SCHWIMMEN und GYMNASTIK IM WASSER:

Unkostenbeitrag 200 Schilling

Kurs 1: Hallenbad Simmering, jeden Freitag von 10 bis 11 Uhr, Kursdauer vom 14. Juli bis 1. September.

Kurs 2: Hallenbad Brigittenau, jeden Freitag von 10 bis 11.30 Uhr, Kursdauer vom 7. Juli bis 1. September.

• SELBSTVERTEIDIGUNG:

(Unkostenbeitrag 200 Schilling)

Rundturnhalle Alt Erlaa, jeden Donnerstag von 15 bis 16.30 Uhr, Kursdauer vom 6. Juli bis 31. August.

Das Sportamt der Stadt Wien weist darauf hin, daß für alle angebotenen Kurse eine Voranmeldung unter Tel. 42 800/2733 unbedingt erforderlich ist. (Schluß) hof/gg

5.000 Zirkuskarten für Bedürftige

Wien, 15.6. (RK-LOKAL) Nach 15jähriger Pause gastiert der Zirkus Busch-Roland wieder in Wien — Aufführungen sind bis 9. Juli täglich um 16 Uhr und um 19.30 Uhr im Wiener Prater, auf dem Parkplatz beim Messegelände, zu sehen. Aus diesem Anlaß erhielt Bürgermeister Dr. Helmut ZILK von der Zirkusdirektion 5.000 Freikarten überreicht, mit der Bitte, diese an Kinder, Pensionisten oder sozial Schwächere weiterzugeben: ein Anliegen, dem der Bürgermeister gerne nachkam. Der Zirkus Busch-Roland hat 150 Mitwirkende aus 18 Nationen, die in einem abwechslungsreichen Zweieinhalb-Stunden-Programm 20 Darbietungen zeigen. Höhepunkte sind eine Eisbärengruppe sowie verblüffende Tierdressuren, unter anderem mit „Miss Monique“, einem Wildschwein, das für den Zirkus eine Art Talisman ist... (Schluß) ull/bs



Foto: PID/Hutterer

Fritz Hahn feiert 65. Geburtstag

Wien, 15.6. (RK-KOMMUNAL) Einer der bekanntesten ÖVP-Kommunalpolitiker der Nachkriegszeit, Fritz HAHN, feiert am 18. Juni seinen 65. Geburtstag. Fritz Hahn gehörte dem Wiener Gemeinderat mehr als ein Vierteljahrhundert an.

Hahn wurde am 18. Juni 1924 in Wien geboren. Nach der Matura an der Handelsakademie, nach Arbeits- und Wehrdienst, trat er 1945 in den Dienst der Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe, wo er bis 1959 als Buchhaltungsleiter der Betriebskrankenkasse tätig war.

1954 begann seine kommunalpolitische Arbeit. Hahn wurde Bezirksrat im 3. Bezirk. 1959 wurde er erstmals in den Gemeinderat gewählt, dem er mit einer Unterbrechung zwischen 1971-1973 als Nationalrat, bis 1987 angehörte. Zwischen 1973 und 1983 war Hahn Klubobmann der Wiener ÖVP-Fraktion, von 1973 bis 1978 3. Präsident des Wiener Landtages und von 1978 bis 1987 2. Präsident.

Hahn war Vorsitzender-Stellvertreter des Finanzausschusses und gehörte seit 1978 dem Kontrollausschuß an. Ende 1987 schied Hahn aus der aktiven Politik aus.

Für seine politische Arbeit erhielt Hahn zahlreiche Auszeichnungen:
1971: Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich,
1979: Päpstlicher Orden: „Komturkreuz des Silvesterordens mit dem Stern“,
1979: Großes Silbernes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien und
1986: Großes Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.
(Schluß) fk/bs

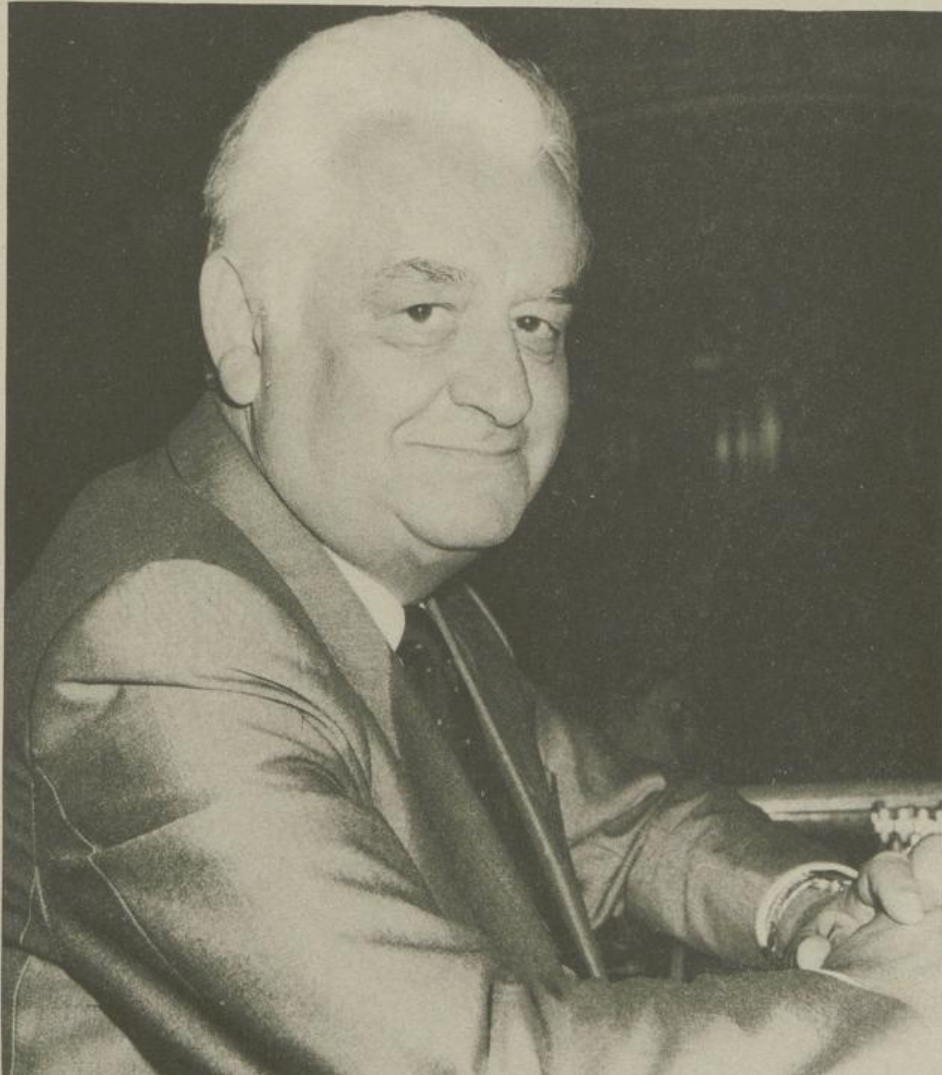


Foto: PID/Hutterer

Österreichs erfolgreichste Gastarbeiterfamilie...

Einbürgerungsfeier für neue ÖsterreicherInnen

Wien, 15.6. (RK-KOMMUNAL) Für die in Wien, von der MA 61, neu eingebürgerten ÖsterreicherInnen gab es Mittwoch abend im Rathaus eine Einbürgerungsfeier, bei der Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und die für Staatsbürgerschaftsangelegenheiten zuständige Stadträtin Christine SCHIRMER rund 600 neue Wienerinnen und Wiener begrüßen konnten. Insgesamt werden jedes Jahr an die fünftausend Menschen in Wien eingebürgert, die bisherigen Heimatländer der neuen Bürger unseres Landes sind in erster Linie Jugoslawien, dann die BRD, Polen, die Türkei, die CSSR, die Schweiz, USA und Ungarn.

In seiner Begrüßungsrede zur Einbürgerungsfeier, an der u. a. ÖVP-Stadtrat Ing. Günther ENGELMAYER und zahlreiche Mitglieder des Gemeinderates teilnahmen, unterstrich Zilk die Bedeutung der österreichischen Staatsbürgerschaft und sagte, daß in Zukunft für jene Menschen, die Österreicher werden wollen, viel mehr getan werden müsse. Der Wiener Bürgermeister wies auch auf die „erfolgreichste Gastarbeiterfamilie“ in Österreich hin — die Habsburger, die das Land Jahrhunderte hindurch regierten, waren schließlich ursprünglich in der Schweiz beheimatet gewesen... (Schluß) hrs/bs

Entwurf für „kleine“ Bauordnungsnovelle liegt auf

Kein Vorgriff auf größere Reform

Wien, 15.6. (RK-KOMMUNAL) In den Magistratischen Bezirksämtern liegt derzeit eine Novelle zur Wiener Bauordnung zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Diese Novelle beinhaltet Übergangsregelungen für die Sanierung von Gartensiedlungsgebieten, Regelungen über die Aufschließung von Gartenbaugebieten, Vorschriften für Badehütten, die Möglichkeit für Siedler in Gartensiedlungsgebieten, am Planungsverfahren teilzunehmen, und eine Vereinfachung bei der Verhängung von Bausperren. Diese mit der Novelle 89 geplanten Änderungen sind aber KEIN Vorgriff auf umfassendere Reformen der Bauordnung, wie sie z. B. gemeinsam mit Behindertenvertretern, in der Bauordnungs-Enquete und in der eigens eingesetzten Bauordnungskommission erarbeitet wurden bzw. werden. Bei den derzeit zur Einsichtnahme aufliegenden Änderungen handelt es sich um bereits seit längerem vorgesehene Neuregelungen.

Die Einsichtnahme in diese „kleine“ Bauordnungsnovelle ist bis 4. Juli in allen Magistratischen Bezirksämtern jeweils Montag bis Freitag von 8 bis 15.30 Uhr, am langen Donnerstag bis 17.30 Uhr möglich. Zu dem Gesetzesentwurf können auch Stellungnahmen abgegeben werden. (Schluß)
hrs/bs

Wienerisches Abschiedsfest für Tora-san-Filmteam

Großer „Auftritt“ Wiens in japanischen Kinos im August

Wien, 15.6. (RK-LOKAL) Den erfolgreichen Abschluß der Wiener Dreharbeiten für den neuesten Film der in Japan überaus beliebten Serie „Tora-san“ feierte das japanische Filmteam auf Einladung des Wiener Fremdenverkehrsverbandes im Piaristenkeller: Eine Torte in Form des Namens des Titelhelden wurde dabei von Regisseur Yamada Yoji und der weiblichen Hauptdarstellerin Takeshita Keiko feierlich angeschnitten. Die 41 Kerzen darauf entsprachen der Anzahl der mit dem zum Teil in Wien spielenden Werk nunmehr gedrehten Tora-san-Filme.

Filmgesellschaft und Regisseur waren einer Einladung von Bürgermeister Zilk gefolgt, den tollpatschigen, populären Titelhelden doch einmal „filmisch“ nach Wien reisen zu lassen. Die Realisierung dieser Idee wird für Wien in Japan von unschätzbare hoher Werbewirkung sein, denn Millionen Japaner sehen Tora-sans wienerische Filmabenteuer ab August im Kino, auf Video und später im Fernsehen. Der Wiener Fremdenverkehrsverband wird den Effekt dieses „Film-Auftrittes“ der Donaumetropole durch Begleitmaßnahmen in Japan, wie ein Gewinnspiel mit Plakatwerbung und einen Wien-Nachspann auf den Tora-san-Videos, noch verstärken. (Schluß) wfv/gg



Regisseur Yoji Yamada, Bgm. Dr. Helmut Zilk und Produzent Kiyo Kurosu

Foto: PID/Hutterer

Neugestaltung der Meidlinger Hauptstraße

Wien, 15.6. (RK-KOMMUNAL) Über die beabsichtigte Neugestaltung der Meidlinger Hauptstraße informierten am Donnerstag Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA und Bezirksvorsteher Ing. Kurt NEIGER in einem Pressegespräch.

Nach der Inbetriebnahme der U-6 (Verlängerung der Gürtelstrecke nach Süden vorerst bis zur Philadelphiabrücke) am 7. Oktober 1989, mit den Stationen Längenfeldgasse, Niederhofstraße und Philadelphiabrücke, wird die Straßenbahnlinie „8“ aufgelassen.

Gleichzeitig mit der Entfernung der Gleise soll der Hauptkanal von der Eichenstraße (B 12) bis zur Schönbrunner Straße (B 1) in der Meidlinger Hauptstraße neu gebaut werden.

Diese Bauvorhaben sowie der daran anknüpfende Wunsch der politischen Vertretungen und der Geschäftsleute, der Fußgängerzone Meidlinger Hauptstraße ein neues gestalterisches und funktionelles Image zu geben, führten zu einer Reihe von Beauftragungen durch die MA 18 und MA 19.

Auf Grundlage dieser Bearbeitungen wurden vor allem im Rahmen der Ausstellung „Bezirkentwicklungsplanung für den 12. Bezirk“ die Bevölkerung und die Geschäftsleute der Meidlinger Hauptstraße über ihre Vorstellungen und Meinungen befragt. Die wichtigsten Ergebnisse daraus sind:

- 60 Prozent der befragten Bevölkerung und 40 Prozent der Geschäftsleute wünschen, daß sich die Neugestaltung an der bestehenden Gestaltung der Meidlinger Hauptstraße orientiert
- 70 Prozent der Geschäftsleute wünschen vor ihrem eigenen Geschäft einen individuellen Spielraum
- 35 Prozent wünschen eine seitliche Überdachung, 45 Prozent wollen keine zusätzliche Überdachung
- 80 Prozent der befragten Bevölkerung und 60 Prozent der Geschäftsleute wünschen mehr Begrünung
- 75 Prozent der Geschäftsleute finden das derzeitige Stellplatzangebot nicht ausreichend, 30 Prozent von ihnen erklären die Bereitschaft zur Mitfinanzierung.

Auch diese Aussagen dienen als weitere Grundlage für alle Planungsschritte.

Über den Sommer 1989 sollen zwei Architekten im Rahmen eines Gutachterverfahrens gestalterische Lösungsmöglichkeiten und Ideenfindungen für die „neue Meidlinger Hauptstraße“ erbringen.

Die Ergebnisse dieser Bearbeitungen bzw. des Gutachterverfahrens werden anlässlich der U-Bahn-Eröffnung im Bezirk ausgestellt. (Schluß) lf/bs

Qualitätssicherung in Wiener städtischen Spitälern

Stacher: Derzeit werden 55 Themen bearbeitet

Wien, 15.6. (RK-KOMMUNAL) 28 Arbeitsgruppen mit insgesamt 186 Mitgliedern beschäftigen sich derzeit in den Wiener städtischen Krankenanstalten und Pflegeheimen mit 55 Themen der Qualitätssicherung. Die Arbeitsgruppen bestehen im allgemeinen aus mindestens je einem Vertreter der Chirurgie, der Inneren Medizin, der Diagnostik, des Pflegepersonals und der Verwaltung und haben bis zu 18 Mitglieder. Das gab Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Mittwoch abend in seiner gesundheitspolitischen Presserunde bekannt.

Wie Stadtrat Stacher erklärte, entspricht die Stadt Wien mit der Einführung der Qualitätssicherung in ihren Krankenanstalten und Pflegeheimen auch einer Forderung der Weltgesundheitsorganisation. Die WHO verlangt in ihrem Programm „Gesundheit 2000“, daß es im Gesundheitsversorgungssystem jedes Mitgliedsstaates bis zum Jahr 1990 wirkungsvolle Verfahren zur Qualitätssicherung in der Patientenversorgung geben soll. Konkret versteht man unter Qualitätssicherung alle Maßnahmen, die für den Patienten die höchstmögliche Qualität der medizinischen Obsorge sicherstellen.

Enquete 1987 als Auftakt der Qualitätssicherung

Stacher erinnerte daran, daß am 23. September 1987 in Wien eine Enquete über die „Qualitätssicherung im Krankenhaus“ stattfand. Als Ergebnis dieser Arbeitstagung wurden in den 30 städtischen Krankenanstalten und Pflegeheimen Arbeitsgruppen zur Qualitätssicherung geschaffen. Auf Grund der Vorarbeiten dieser Arbeitsgruppen wurde für die Wiener städtischen Krankenanstalten und Pflegeheime ein eigenes Qualitätssicherungsprogramm entworfen und den Arbeitsgruppen im Februar 1989 vorgestellt. In der Zwischenzeit haben die Gruppen bereits 55 Themen für die Qualitätssicherung bekanntgegeben, die nun in den Anstalten bearbeitet werden. Vom 17. bis 21. April 1989 fand in Wien der 1. Europäische Fortbildungskurs für Qualitätssicherung in deutscher Sprache statt.

Kein Zwangssystem, sondern eine liberale Qualitätssteigerung

Wie der Gesundheitsstadtrat feststellte, stoßen zwangsweise von „oben“ verordnete Qualitätskontrollsysteme häufig auf den Widerstand der Beschäftigten. In Wien versucht man deshalb, einen anderen Weg zu gehen, um das ärztliche, das Pflege- und das Verwaltungspersonal zu einer aktiven Mitarbeit zu motivieren. Die Qualitätssicherung soll ein gemeinsamer Weiterentwicklungs- und Verbesserungsprozeß sein. Die Auswahl und die Bearbeitung von Problemkreisen bleibt daher im wesentlichen den Anstalten selbst vorbehalten. Das Anstaltenamt will nur eingreifen, wenn es zu Vergleichszwecken oder bei groben Abweichungen erforderlich ist, und ansonsten vorwiegend die — allerdings sehr wichtige — Koordinationsfunktion wahrnehmen. Der Aufbau der Qualitätssicherung in den Anstalten durch die Mitarbeiter selbst könnte außerdem dazu führen, daß weit mehr qualitätssichernde Maßnahmen freiwillig eingeführt werden als verordnet werden könnten. Dadurch ist auch gewährleistet, daß Wissen und Erfahrungen der jeweiligen Anstalt in die Qualitätssicherung einfließen können.

Standardisierungsprogramm für die Laboratorien

In den medizinisch-diagnostischen Laboratorien der städtischen Spitäler werden die Befunde auf der Grundlage unterschiedlicher Einheiten und Normbereiche erstellt. Außerdem führt der Einsatz verschiedener Eichproben sowie unterschiedlicher Geräte und Methoden zu nicht vergleich-

baren Ergebnissen. In Zukunft sollen in allen städtischen Krankenanstalten gleiche Einheiten, gleiche Normbereiche, die genauesten Eichproben, die entsprechenden Geräte und die besten Methoden die Qualitätssicherung verbessern — eine Aufgabe, die sich der Standardisierungsausschuß der Laboratorien der Stadt Wien zum Ziel gesetzt hat.

Die Standardisierung der Cholesterinbestimmung ist fast abgeschlossen. Die Richtigkeit und Präzision der Cholesterinbefunde ist besonders wichtig, weil die Behandlung je nach dem Zahlenwert erfolgen soll. Die bisher gegebenen Unterschiede in den Befunden von bis zu 20 Prozent konnten bereits auf weniger als 4 Prozent gesenkt werden. Nach einem letzten Kontrollversuch soll bald eine Empfehlung für die beste Form der Cholesterinbestimmung an alle Gemeindespitäler ergehen.

Unter anderem arbeitet der Standardisierungsausschuß auch an einer Vereinheitlichung der Bestimmung der Triglyceride und von Serumprotein. Außerdem werden wöchentlich Rundversuche mit niedergelassenen Laboratorien durchgeführt, um die Vergleichbarkeit der Befunde zwischen Privatlabor und Spitallabor zu gewährleisten.

Qualitätsbeurteilung klinischer Enddiagnosen

Im Pathologisch-Bakteriologischen Institut des Psychiatrischen Krankenhauses der Stadt Wien Baumgartner Höhe werden die Obduktions- und Histologiebefunde mit Computerunterstützung und grafikfähigem Bildschirm registriert. Die Obduktionsergebnisse sollen mit den klinischen Enddiagnosen verglichen werden. So läßt sich die Qualität der Diagnosen beurteilen.

Patientendokumentation

Mit der Einführung der Patientendokumentation wurde in den Krankenanstalten und Pflegeheimen der Stadt Wien bereits 1981 begonnen. Ende 1989 wird das Programm abgeschlossen; dann gibt es in allen Anstalten solche Dokumentationssysteme. Die Patientendokumentation enthält alle Unterlagen vom Aufnahmegespräch über den medizinischen Bereich — Fieberkurve, Befunde, Behandlungsanordnungen usw. — bis zur Pflegeplanung und zum Pflegebericht. Die lückenlose Information über den jeweiligen Patienten wird in Mappen gesammelt, die bei den Visiten im „Dokumentationswagerl“ mitgeführt werden.

Die Patientendokumentation ist ein wesentliches Element der Qualitätssicherung im Spital. Alle Personen, die mit der Behandlung und der Pflege der Patienten befaßt sind, haben den gleichen Informationsgrad. Das steigert die Pflegequalität. Außerdem ist die genaue Dokumentation wichtig für statistische Zwecke, für die Qualitätskontrolle und für die Forschung.

Qualitätssicherung auf vielen Ebenen

Weitere Problemkreise, die nun in den städtischen Krankenanstalten und Pflegeheimen bearbeitet werden, sind zum Beispiel:

- Kommunikationswege und Kommunikation im Spital,
- Wundliegen im Zusammenhang mit der Verweildauer der Patienten,
- Qualitätssicherung in der Strumachirurgie,
- Verbesserung der interdisziplinären Zusammenarbeit mit dem Röntgeninstitut mit dem Ziel, eine unnötige Belastung der Patienten zu vermeiden,
- Beratung von Patienten mit Fettstoffwechselstörungen,
- Vergleich des Behinderungsgrades bei Aufnahme und Entlassung von neurologischen Patienten,
- Programm zur Infektionskontrolle an einer interdisziplinären Intensivstation,
- Mobilisierung von Patienten eines Pflegeheimes zur Rückkehr in die eigene Wohnung,

Forts. von Blatt 1270

Forts. auf Blatt 1272

- Verbesserung der Lebensqualität im fortgeschrittenen Alter durch entsprechende Ernährung,
- Psychische Betreuung der Patienten im Pflegeheim,
- Rehabilitation von geriatrischen Patienten nach Knochenbrüchen,
- Intensivierung der Kommunikation zwischen Ärzte- und Schwesternschaft,
- Qualitätssicherung bei der Untersuchung der Luftröhrenäste unter besonderer Berücksichtigung der Patientenbelastung usw.

Dieses breite Spektrum von Qualitätssicherungsprogrammen hätte man ohne aktive Mitarbeit der Mediziner, des Pflege- und Verwaltungspersonals gar nicht erfinden können, betonte Stacher. Die belegbaren Erfahrungen der Einzelprojekte werden dann natürlich auch den anderen Krankenhäusern und Pflegeheimen zugute kommen. So soll in der täglichen Spitalspraxis ein hoher und weitgehend einheitlicher Grad von Qualität gesichert werden. (Schluß) sc/gg/bs

Forts. von Blatt 1271

Neues Kindertagesheim in Liesing eröffnet

Wien, 15.6. (RK-KOMMUNAL) Ein neues Kindertagesheim eröffnete Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL Donnerstag in Liesing, Breitenfurter Straße 401-413/1. Das Kindertagesheim beherbergt eine Krippengruppe und zwei Kindergartengruppen, in denen rund 70 Kinder Platz finden.

Mit dem neuen Kindertagesheim verfügt die Stadt Wien nun über 310 derartige Einrichtungen, 21 davon im 23. Bezirk. (Schluß) jel/gg

Grundsteinlegung für Pensionistenheim Tamariskengründe

Wien, 15.6. (RK-KOMMUNAL) Den Grundstein für ein neues Haus des Kuratoriums Wiener Pensionistenheime in Wien 22., Tamariskengründe legte Mittwoch nachmittag Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL.

Dieses 30. Pensionistenheim wird 276 Pensionären in 252 Einzel- und zwölf Doppelappartements Platz bieten, die Abteilung für besondere Betreuung wird 32 Betten zur Verfügung haben. Darüberhinaus sind Gemeinschaftseinrichtungen wie Sauna, Bibliothek, Kegelbahn, Mehrzweckräume und Möglichkeiten für Gymnastik, Tischtennis und Billard geplant. Der Gartenbereich wird als Erholungsraum mit Pavillon, Terrasse und Sitzgruppen gestaltet.

Im 22. Bezirk war 1961 auch der Grundstein für das erste Haus des Kuratoriums Wiener Pensionistenheime gelegt worden, das 1963 fertiggestellt und Haus „Sonnenhof“ benannt wurde. (Schluß) jel/rr

Ein Jahr Umweltberatung in Wien

Wien, 15.6. (RK-KOMMUNAL) Ein Jahr Umweltberatung in Wien war Anlaß für eine Pressekonferenz am Donnerstag, an der auch Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL teilnahmen. Die 16 Umweltberater/innen arbeiten an vier Wiener Volkshochschulen, nämlich Favoriten, Hietzing, Penzing und Floridsdorf. Finanziert wird die Umweltberatung von der Gemeinde Wien. Starthilfe leistete das Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie steuerte die Ausbildungskosten bei. Aufgabe der Umweltberatung ist, durch Information umweltfreundliches Handeln im Alltag zu unterstützen und zu propagieren. Zielgruppen sind Haushalte, engagierte Gruppen und Vereine, Handel und Gewerbe.

Die Umweltberater veranstalteten bisher allein an den Wiener Volkshochschulen 95 Kurse, Vorträge und Exkursionen mit über 1.000 Teilnehmern. Darüber hinaus interessierten sich rund 10.000 Wienerinnen und Wiener für die Tips und Informationen der Umweltberatung. Bürgermeister Dr. Zilk begrüßte die erfolgreiche Arbeit der Umweltberater, bekundete allerdings auch sein Bestreben nach weiterer Verbesserung. Umweltstadtrat Dr. Häupl bezeichnete die Umweltberatung als wichtiges Instrument im Spannungsfeld von Umweltvorsorge, Umweltpolitik und Demokratie. Er erklärte, daß er mit der Tätigkeit der Umweltberater außerordentlich zufrieden sei und daß an eine Erweiterung der Umweltberatung im personellen Bereich gedacht werde.

Landtagsabgeordneter Ernst STEINBACH hob als Vertreter der Wiener Volksbildung besonders den Kontakt zur Bevölkerung hervor.

Anläßlich des 1-Jahres-Jubiläums veranstalten die Umweltberater am Freitag, dem 16. Juni von 14 bis 21 Uhr ein Fest im Hansson Ekazent, 1100 Wien, Ada-Christen-Gasse 2. (Schluß) du/rr

Internationale Wiener Sponsoring-Tage 1991

Pasterk: Sponsoring – sinnvolle Ergänzung öffentlicher Kulturförderung

Wien, 15.6. (RK-KULTUR) Im Jahr 1991 finden in Wien Internationale Wiener Sponsoring-Tage statt. Die Wiener Messen & Congress GesmbH., die die Tagung gemeinsam mit dem Beratungsunternehmen Conzelmann & Partner durchführt, will damit der weltweit steigenden Bedeutung des Sponsoring im Sport, vor allem aber im Kulturleben Rechnung tragen. Die Sponsoring-Tage sollen ab 91 in biennalem Rhythmus, also auch im Weltausstellungsjahr 1995 stattfinden. Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK wies im Rahmen eines Pressegesprächs auf die Bedeutung des Sponsoring für das Kulturleben hin.

Das Sponsoring — so Pasterk — sei eine wünschenswerte Ergänzung der staatlichen und kommunalen Kulturförderung. Das Kulturleben solle durch Sponsorschaften unterstützt werden, ohne daß dabei allerdings Einfluß darauf genommen werde, was sich im kulturellen Bereich durchsetze. Auch könne die öffentliche Hand nicht aus ihrer Verantwortung für die Kultur entlassen werden. Es sei jedoch wünschenswert, daß die öffentliche Förderung durch das Sponsoring für populärere Kultursparten entlastet werde, und dadurch mehr Mittel für die zeitgenössische Kunst bzw. für die Kunst der „Minderheiten und Grenzgänger“ aufwenden könne.

Wien ist vor allem durch seinen Status als Kulturmetropole für die Durchführung der Sponsoring-Tage prädestiniert. Zum ersten Kongreß, der vom 28. August bis 1. September 1991 stattfinden wird, werden rund 5.000 bis 8.000 Teilnehmer aus Europa, Amerika, Fernost und auch anderen Teilen der Welt erwartet. Themen der Tagung sind im Bereich der Kultur Musik, Theater, Ausstellungen/Messen, Literatur und Film im Bereich Soziales, Umweltschutz, Gesundheitswesen und Wissenschaft und Bildung sowie nahezu alle Sportarten. Ein dichtes Veranstaltungsprogramm wird den Kongreß begleiten. (Schluß) gab/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlags- und Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 16. Juni 1989

Blatt 1276

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Edlinger: Architekten sollen mithelfen, Kosten im Wohnbau zu sparen (1277/FS: 15.6.)
- Terminvorschau vom 19. bis 30. Juni (1278/1279)
- Ausstellung „Wohnen in Wien“ in Düsseldorf (1280)
- Sehr gutes Mai-Ergebnis im Wien-Tourismus (1282)
- Neue Leiterin der I. Medizinischen Abteilung im Pflegeheim Lainz (1283)
- Smejkal: Ein Zentrum zum Schutz bedrohter Kinder und Familien (1284)
- Umweltdiplome für engagierte Schüler (1285)
- Am Sonntag wieder Flohmarkt am Mistplatz Zehetnergasse (1285)
- „Miteinander lernen“ für türkische Frauen und Kinder (1286)
- Kontrollamt: Neuer Leiter der Gebarungskontrolle (1287)
- Neuer Lastverteiler um 300 Millionen (1288/1289)
- Julius-Tandler-Medaille für Pflegeeltern (1290)
- Floridsdorf: Ausstellung über Bezirksentwicklungsplanung (1291)
- Kreuzungsumbau im 3. Bezirk (1292)
- Verkehrsbeschränkung auf der Gürtelauffahrt zur A 23 (1292)
- Rathausmarkt: Behindertentag und Sommeranfangsfest (nur FS)

Kultur:

- 25. Todestag von Hans Moser (1281)
- Plakatpreise 1988 überreicht (1293)

**Edlinger: Architekten sollen mithelfen,
Kosten im Wohnbau zu sparen**

Wien, 15.6. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) Zu den Donnerstag in einer Pressekonzferenz erhobenen Forderungen der Architektenkammer bezüglich der Wohnbauförderung stellte Stadtrat Rudolf EDLINGER gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ fest, daß die Planung von öffentlich geförderten Wohnbauten ohnehin bereits durch nachweislich und ausreichend befähigte Personen und Gesellschaften erfolgt. Es muß daher klar sein, daß eine weitere spezielle Förderung von Architektenleistungen mit einer geforderten Verwaltungsvereinfachung nur schwer vereinbar ist. Überdies ist die öffentliche Hand zu einem sparsamen Mitteleinsatz verpflichtet, weshalb auch Architektenleistungen auf ihre Preisangemessenheit geprüft werden müssen. Edlinger betonte, daß das Land Wien ohnehin bereits Forderungen der Architektenkammer in das neue Wohnbauförderungsgesetz aufgenommen hat, wie zum Beispiel die Förderung von Ziviltechnikerleistungen beim Eigenheimbau. Edlinger sagte, daß er allerdings erstaunt sei, daß die Architektenkammer jetzt ihre Forderungen in der Öffentlichkeit vertritt, da für nächste Woche ein Gesprächstermin mit ihm vereinbart sei. Grundsätzlich aber teile er die Ansicht der Architektenkammer, daß noch weitere Qualitätsverbesserungen im Wohnbau angestrebt werden müssen. Weil dadurch aber nicht die Kosten für die Mieter steigen dürften, fordert Edlinger die Architektenschaft auf, nicht ausschließlich standespolitische Anliegen zu vertreten, sondern mitzuhelfen, daß preisbewußt in allen Bereichen gebaut wird. (Schluß) ah/rr

Bereits am 15. Juni 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Terminvorschau vom 19. bis 30. Juni

Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 19. bis 30. Juni hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 19. JUNI:

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Landtmann)

DIENSTAG, 20. JUNI:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Ehrenmedaille für Georges Pretre (Bgm. Zilk; Rathaus, Stadt-
senatssitzungssaal)

19.00 Uhr, Buchpräsentation „Medizin 2000“; StR. Stacher, Rathaus-
keller

MITTWOCH, 21. JUNI:

11.30 Uhr, Pressekonferenz Vzbgm. Smejkal; Ferienspiel (Johann
Strauß)

19.00 Uhr, Bilanz-Pressekonferenz der Wiener Holding (Rathauskeller)

DONNERSTAG, 22. JUNI:

11.30 Uhr, Präsentation der renovierten Feuerwache Kahlenbergerdorf
(Bgm. Zilk, StR. Häupl)

18.00 Uhr, Festveranstaltung „100 Jahre Wiener Stadt- und Landes-
archiv“ (Rathaus, Wappensaal)

19.00 Uhr, Pressegespräch StR. Häupl für Sportjournalisten (16,
Ottakringer Straße 224)

FREITAG, 23. JUNI:

11.00 Uhr, Eröffnung der Ausstellung „Wien. Entwicklung und Erschei-
nung“ anlässlich des Jubiläums des Stadt- und Landesarchivs (StR.
Pasterk, Rathaus, Arkadenhof)

SONNTAG, 25. JUNI:

Familiensonntag

MONTAG, 26. JUNI:

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Landtmann)

DIENSTAG, 27. JUNI:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Überreichung der Otto-Glöckel-Medaille an Hedwig Millian
(Bgm. Zilk, Arbeitszimmer)

19.00 Uhr, Buchpräsentation „Wiener Spitäler“, Neuauflage (StR.
Stacher, Kupferdachl)

MITTWOCH, 28. JUNI:

9.00 Uhr, Wiener Gemeinderat (Rechnungsabschlußdebatte), an-
schließend Wiener Landtag

15.00 Uhr, Preise der Stadt Wien: Dr. Hans Altenhuber (Volksbildung),
Univ.-Prof. Dr. Walther Kraus (Geistes- und Sozialwissenschaften),
Univ.-Prof. Dr. Karl Schlögl (Natur- und technische Wissenschaften),
Univ.-Prof. Dr. Helmuth Denck (Medizinische Wissenschaften) (StR.
Pasterk, Rathaus, Stadt-
senatssitzungssaal)

DONNERSTAG, 29. JUNI:

9.00 Uhr, Wiener Gemeinderat (Rechnungsabschlußdebatte)

FREITAG, 30. JUNI:

9.00 Uhr, Wiener Landtag, anschließend Wiener Gemeinderat (Rechnungsabschlußdebatte und restliche Tagesordnung)

10.30 Uhr, Pressekonferenz StR. Swoboda, Ergebnisse der Jury Meiselmarkt (Rathausstraße 9)
(Schluß) red/bs

Forts. von Blatt 1278

Ausstellung „Wohnen in Wien“ in Düsseldorf

Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) Die Ausstellung „Wohnen in Wien“ ist weiter mit großem Erfolg in Europa unterwegs. Seit Mittwoch ist sie in Düsseldorf, der Hauptstadt von Nordrhein-Westfalen, des mit fast 17 Millionen Einwohnern bevölkerungsreichsten Landes der Bundesrepublik Deutschland, zu sehen. Die Eröffnung nahmen Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER und der westfälische Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr, Dr. Christoph ZÖPEL, vor.

Die Ausstellung wurde erstmals während der EUROPALIA 87 in Antwerpen anlässlich des Welttages des Städtebaues gezeigt. In sehr anschaulicher Weise wird die Geschichte und die Entwicklung des Wohnungswesens in Wien während der letzten hundert Jahre dargestellt. Große Anerkennung fand bei den Fachleuten der Bundesrepublik aber auch die gegenwärtige Wohnungspolitik, etwa der soziale Wohnungsbau, die Wohnbauförderung und die Mietermitbestimmung in Österreich und insbesondere in Wien. Die Ausstellung in Düsseldorf ist bis Ende Juli zu sehen. (Schluß)
ah/bs

25. Todestag von Hans Moser

Wien, 16.6. (RK-KULTUR) Am 19. Juni jährt sich zum 25. Mal der Todestag des Schauspielers Hans MOSER.

Hans Moser wurde am 6. August 1880 als Jean Julier in Wien geboren. Den Sohn eines Bildhauers zog es bald zum Theater. Er nahm bei einem weit-schichtigen Verwandten, dem Burgschauspieler Joseph Moser, Unter-richt, nannte sich aus Verehrung für seinen Lehrer Hans Moser und begann 1897 harte Lehrjahre in der Provinz. Auf den kleinsten Wanderbühnen in Böhmen, Mähren und Ungarn spielte er winzige, meist stumme Rollen, jugendliche Liebhaber und schüchterne Naturburschen, übernahm auch Chorverpflichtungen und beschäftigte sich als Zettelausträger und Kulis-senschieber.

1902 engagierte ihn der legendäre Josef Jarno an das von ihm geleitete Theater in der Josefstadt nach Wien. Der Talententdecker versagte — er ließ Moser keine komischen Rollen spielen, und so ging dieser 1907 wieder in die Provinz. 1911 heiratete er Blanka Hirschler — es begann eine Partner-schaft, die ein Leben lang währen sollte. Ebenfalls 1911 kam Moser wieder nach Wien und spielte in Jargon-Possen im „Intimen Theater“ und bei den „Budapestern“, aber auch im Kabarett „Max und Moritz“ seine ersten komischen Episodenrollen. Im Ersten Weltkrieg wurde er zur Arbeits-kompanie der Hoch- und Deutschmeister eingezogen. Nach dem Krieg war Moser wieder gezwungen, „Kleinkunst“ zu machen. Doch mit den Szenen „Der Hausmeister vom Siebenerhaus“ und „Der Wiener Dienst-mann“ schaffte Moser den Durchbruch.

1925 sah Max Reinhardt Moser und engagierte ihn für die Josefstadt. Hier wurde Moser endgültig vom Komiker zum komischen Menschendarsteller und Volksschauspieler. Max Reinhardt holte Moser auch zu den Salzburger Festspielen und nahm ihn auf eine Amerika-Tournee mit. In den folgenden Jahren spielte Moser mit großem Erfolg den Frosch in der „Fledermaus“, den Zettel im „Sommernachtstraum“ und auch den Zauberkönig in der Uraufführung von Horvaths „Geschichten aus dem Wienerwald“ in Berlin. Nach Wien zurückgekehrt, wurde er zum großen Nestroy- und Raimund-Darsteller. Sein Melchior im „Jux“ ist ebenso unvergessen wie sein Fortunatus Wurzel oder später das „Hohe Alter“ im „Bauer als Millionär“.

Neben seiner Tätigkeit am Theater drehte Moser zahlreiche Filme. In Streifen wie „Das Ekel“ (1939), „Hofrat Geiger“ (1947), „Hallo Dienstmann“ (1952) oder „Herr Josefs letzte Liebe“ (1959) machte er das Nuscheln zur Attraktion und zum Markenzeichen. Kleine rechthaberische Beamte, gut-mütig grollende Haustyrannen, Zornigel und Ekel, aber auch der Herr Kanzleirat waren seine großen Rollen. Der kleine, rundliche Mann wurde ein großer Star, nachdem er das fünfzigste Lebensjahr schon überschrit-ten hatte.

Mit dem alten Weiring in Schnitzlers „Liebelei“ zeigte Moser in seinen letz-ten Lebensjahren, daß er die Menschen nicht nur zum Lachen, sondern auch zum Weinen bringen konnte. Seine letzte Rolle am Theater war der himmlische Kanzlist in Molnars „Liliom“ am Burgtheater. Am 19. Juni 1964 ist Hans Moser in Wien gestorben, er wurde in einem Ehrengrab auf dem Wiener Zentralfriedhof beigesetzt. (Schluß) red/gg

Sehr gutes Mai-Ergebnis im Wien-Tourismus

Hotelumsätze deutlich verbessert

Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) Die Übernachtungen von Wien-Besuchern sind im Mai 1989 gegenüber dem Mai des Vorjahres um 15,3 Prozent gestiegen, wie der Wiener Fremdenverkehrsverband mitteilt. Zu den insgesamt 665.000 Übernachtungen trugen Zuwächse aus Deutschland (plus 13,4 Prozent), USA (plus 21 Prozent), der Schweiz (plus 18,3 Prozent), Japan (plus 18,6 Prozent), Spanien (plus 61,6 Prozent) und Frankreich (plus 32,8 Prozent) besonders stark bei. Die durchschnittliche Auslastung der Hotellerie hat sich dadurch von 55 Prozent (5/88) auf 61,7 Prozent verbessert.

Fremdenverkehrsdirektor SR. Dr. Helmut KREBS wandte sich in diesem Zusammenhang dagegen, angeblich „atemberaubende Dumpingpreise“ zu dramatisieren. Die Nächtigungen in der Wiener Hotellerie sind im Winterhalbjahr 1988/89 (11/88 bis 4/89) um 10,4 Prozent gestiegen, die Nettoumsätze der Beherberger jedoch um 24,5 Prozent. „Damit ist die Talsohle bei den Hotelpreisen vorbei“, stellte Dr. Krebs fest, „denn angesichts deutlich steigender Nachfrage ist für Qualität auch wieder ein besserer Preis erzielbar.“

Auch die von einer Tageszeitung zitierte Behauptung, daß im März und April „von rund 40.000 Betten 15.000 bis 20.000 mit Schülern aus Italien belegt sind“, erweist sich laut Dr. Krebs beim Vergleich mit der offiziellen Statistik als stark übertrieben. In diesen beiden Monaten standen rund 33.000 Betten zur Verfügung, der Anteil der Italiener (von denen nur ein Teil Schüler sind) an den Übernachtungen betrug 24,6 bzw. 29,7 Prozent. Der Fremdenverkehrsdirektor warnt generell davor, „individuelle Eindrücke ohne Gesamtschau statt professioneller Analysen zur Basis von Urteilen über den Wien-Tourismus zu machen.“ (Schluß) wfv/bs

Neue Leiterin der I. Medizinischen Abteilung im Pflegeheim Lainz

Amtseinführung durch Stadtrat Stacher

Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER führte Freitag vormittag die neue Leiterin der I. Medizinischen Abteilung im Pflegeheim Lainz, Primaria DDr. Marina KOJER, in ihr Amt ein.

Primaria Kojer wurde 1968 zum Dr. phil. und 1975 zum Dr. med. promoviert. Von 1977 bis 1980 arbeitete sie im Krankenhaus Lainz. 1980 erhielt sie die Anerkennung als praktischer Arzt. Seit 1980 ist sie Anstaltsärztin, seit 1984 Anstaltsoberärztin im Pflegeheim Lainz der Stadt Wien.

Primaria Kojer tritt die Nachfolge von Primarius Dr. Ernst SIEBERT an, der seit 1971 ärztlicher Abteilungsvorstand der I. Medizinischen Abteilung im Pflegeheim Lainz war und nun in den Ruhestand getreten ist. Primarius Siebert ist Träger des Goldenen Ehrenzeichens für Verdienste um das Bundesland Wien. (Schluß) sc/rr

Smejkal: Ein Zentrum zum Schutz bedrohter Kinder und Familien

Kinderschutzzentrum der Stadt Wien ab nächster Woche in Betrieb

Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) Das Kinderschutzzentrum der Stadt Wien, das ab nächster Woche im Julius-Tandler-Familien-Zentrum seinen Betrieb aufnimmt, stellte Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL Freitag im Rahmen einer Pressekonferenz vor.

Das Kinderschutzzentrum in 9., Sobieskigasse 31, ist eine ergänzende Einrichtung zum als Notruf ausgestalteten Wiener Kindertelefon „31 66 66“ und steht wochentags von 10 bis 21 Uhr, an Samstagen, Sonn- und Feiertagen von 15.30 bis 21 Uhr zur Verfügung, kündigte Smejkal an. In der übrigen Zeit sind Mitarbeiter des Jugendamtes am Kindertelefon „31 66 66“ rund um die Uhr im Dienst.

Das Kinderschutzzentrum der Stadt Wien ist zum Schutz bedrohter Kinder und Familien eingerichtet worden. Seine Hauptaufgabe wird die Hilfe bei Kindesmißhandlungen sein, bei psychischer und physischer Vernachlässigung, bei sexuellem Mißbrauch und anderen Krisen, von denen Kinder betroffen sind. Für jedes Kind und jede Familie, die mit dem Kinderschutzzentrum in Kontakt tritt, ist Anonymität und Schutz gewährleistet, da das Zentrum in erster Linie hilfs- und nicht strafrechtsorientiert ist; denn ohne wirkliche Vertraulichkeit und die Freiwilligkeit der Klienten ist sinnvoller Kinderschutz nicht möglich, sagte Smejkal.

Die Mitarbeiter des Kinderschutzzentrums haben Beratungs- und Therapiekompetenz, besitzen alle Zusatzausbildungen und langjährige Erfahrung in ambulanten und stationären Sozialeinrichtungen.

Der Krisendienst im Kinderschutzzentrum der Stadt Wien umfaßt neben der ambulanten Betreuung auch die Betreuung der Klienten im Milieu und, wenn erforderlich, auch die Notunterbringung von Kindern. Eine intensive Zusammenarbeit mit schon bestehenden sozialpädagogischen und therapeutischen Einrichtungen ist ebenfalls wichtig.

Das Kinderschutzzentrum wird auch zur Erfüllung hoheitlicher Aufgaben der öffentlichen Jugendwohlfahrt herangezogen werden. So können erforderliche Maßnahmen der Pflege und Erziehung bei akuter Gefährdung von Kindern und Jugendlichen auch außerhalb der Dienststunden der Bezirksjugendämter rasch getroffen und damit wirksam geholfen werden, sagte Smejkal.

Kinder- und Jugendanwalt

Eine weitere Forderung des neuen Jugendwohlfahrtsgesetzes, das im März 1989 im Nationalrat beschlossen wurde und die Förderung der gewaltlosen Erziehung besonders betont, stellt auch der Kinder- und Jugendanwalt dar. Dieser Kinder- und Jugendanwalt — ein Ombudsmann für Kinder und Jugendliche — soll parteilicher Vertreter von Unmündigen sein.

Er vertritt die Interessen von Menschen, die in Familien, Heimen, Schulen und anderen Lebensbereichen in einer Notlage sind, an der Passivität, Unaufmerksamkeit, Überforderung durch ihre Umgebung verzweifeln und der Unterstützung, Ermutigung und Parteinahme bedürfen.

Das Jugendamt der Stadt Wien will den gesetzlichen Auftrag mit dem Kinder- und Jugendanwalt als Kommunikator, Anwalt und Interessensvertreter in absehbarer Zeit in einer Weise realisieren, die dem bisher eingeschlagenen und erfolgreichen Wiener Weg einer offensiven Jugend- und Familienpolitik entspricht, kündigte Smejkal an. (Forts. mgl.) jel/gg

Umweltdiplome für engagierte Schüler

Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) Zwei Umweltdiplome erhielten dieser Tage engagierte Schüler von Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL. Die dritten Klassen der Öko-Hauptschule 23, Anton-Baumgartner-Straße 119 bekamen das Umweltdiplom für Projektarbeiten in den unterschiedlichsten Umweltschutzbereichen. Die Schüler hatten sich z. B. in Arbeitsgruppen mit Abfallvermeidung, gesunder Ernährung und Energiesparen beschäftigt, selbst einen Öko-Teich bei der Schule angelegt und eine Schülerzeitung mit Berichten über ihre Umweltschutz-Aktivitäten herausgegeben.

Das zweite Umweltdiplom erhielt die Klasse 3c der Volksschule 22, Pirquetgasse 10. Die Schüler hatten ein verwahrlostes Grundstück im 22. Bezirk aufgestöbert, auf dem altes Gerümpel herumlag. Sie meldeten dies bei der Umweltpolizei. Gestern wurde das Grundstück geräumt und der Wald vom Unrat gesäubert. Die Schüler bekamen dort nicht nur ihr Umweltdiplom, sondern auch eine „Umwelttorte“ von der Umweltpolizei. (Schluß) du/gg

Am Sonntag wieder Flohmarkt am Mistplatz Zehetnergasse

Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) Am Sonntag, dem 18. Juni, von 9 bis 12 Uhr, wird wieder ein Flohmarkt auf dem Mistplatz Zehetnergasse im 14. Bezirk abgehalten. Bei diesem Flohmarkt kann man verwertbare Altwaren von den Wiener Mistplätzen erstehen. Das Projekt ist eine Gemeinschaftsaktion von Ökologie-Institut, Arge Nichtseßhaftenhilfe, Umweltarbeitern und Bewährungshilfe. (Schluß) hrs/rr

„Miteinander lernen“ für türkische Frauen und Kinder

Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) Bildungsaktivitäten von Sprachkursen für türkische Frauen bis zu Lerngruppen für ausländische Kinder setzt der Verein „Miteinander lernen“. Seit heute, Freitag, hat dieser Verein auch ein eigenes Vereinslokal in Wien 17, Veronikagasse 14/1-2, Telefon 4877 02 (in unserer Aussendung vom 14.6. haben wir versehentlich eine falsche Nummer angegeben). Das Vereinslokal steht den Frauen und Kindern Montag, Dienstag, Mittwoch von 12 bis 14 Uhr zur Verfügung und wurde von Stadträtin Christine SCHIRMER in Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste, unter anderen Bezirksvorsteher Robert PFLEGER, eröffnet. Schirmer wies in ihrer Ansprache darauf hin, daß die schwierige Situation für Gastarbeiter bei den Frauen und Kindern noch verschärft ist, da ausländische Frauen, wenn sie nicht arbeiten gehen, oft vollständig isoliert und sie ebenso wie ihre Kinder durch mangelnde Sprachkenntnisse benachteiligt sind. (Schluß) hrs/gg

Kontrollamt: Neuer Leiter der Gebarungskontrolle

Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) Dr. Harald DIENES wurde zum neuen Leiter der Gruppe Gebarungskontrolle im Kontrollamt der Stadt Wien bestellt. Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION überreichte am Freitag in Anwesenheit von Kontrollamtsdirektor Dr. Peter SATRAPA das entsprechende Dekret. Dr. Dienes ist auf diesem mit Dienstklasse IX bewerteten Posten Nachfolger von Obersenatsrat Dr. Wilhelm BAUER, der in den Ruhestand getreten ist.

Dr. Dienes, Jahrgang 1930, war zunächst Volksschullehrer, studierte Jus und trat 1962 in den Dienst der Stadt Wien. Seit 1965 ist Dr. Dienes im Kontrollamt tätig. (Schluß) ger/gg

Neuer Lastverteiler um 300 Millionen

Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) Der Lastverteiler der Wiener E-Werke ist seit fast 60 Jahren die zentrale Schaltstelle für die gesamte Stromversorgung Wiens und der Umlandgemeinden. Er wird laufend dem Stand der Technik und dem wachsenden Strombedarf angepaßt. 1980 erreichte er die Grenzen seiner Ausbaufähigkeit. Damals wurde der Grundsatzbeschluß zum Neubau eines Lastverteilers gefaßt. 1985 begannen die Arbeiten, im April 1988 wurde der Betrieb in den neuen Räumen, die sich ebenfalls in der Mariannengasse 4-6 befinden, vorerst ohne dem zentralen Prozeßrechnersystem aufgenommen. Nachdem am 13. Juni 1989 der Probebetrieb begonnen hatte, ist mit der offiziellen Inbetriebnahme am 16. Juni 1989 das Projekt „Neuer Lastverteiler“ praktisch abgeschlossen. Energiestadtrat Johann HATZL stellte den „Lastverteiler“ am Freitag in einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vor. Die Gesamtkosten betragen mehr als 300 Millionen Schilling. Ausführende Firmen waren Siemens als Generalauftragnehmer, BBC mit rund einem Drittel und Elin mit acht Prozent des Auftragsvolumens.

Aufgaben des Lastverteilers

Planung und Kontrolle der Energieaufbringung sowie Überwachung und Koordinierung der Netzbetriebsführung sind die beiden wesentlichen Aufgaben des Lastverteilers. Er hat dabei, um die Größenordnung dieser Leistung zu verdeutlichen, beispielsweise die Aufbringung und Verteilung einer Strommenge von etwa 7.666 (1988) Gigawattstunden, von denen rund die Hälfte in den eigenen Kraftwerken erzeugt wird, zu planen und zu verwalten. Im Rahmen des Wiener Verbundnetzes müssen unter anderem 1.327 Kilometer Freileitungen und 5.856 Kilometer Kabel im Hochspannungsnetz überwacht und koordiniert werden. Die Energieerzeugung (Strom und Fernwärme) und der Verbrauch werden vom Lastverteiler im Rahmen der Verträge und der technischen Möglichkeiten koordiniert, kostenoptimiert sowie kurz- und langfristige geplant. Große Bedeutung hat der Lastverteiler auch für den Umweltschutz: Der Brennstoffeinsatz wird unter Berücksichtigung geringstmöglicher Emissionen koordiniert.

Die zweite wichtige Aufgabe des Lastverteilers ist die Netzbetriebsführung: Alle Schaltheandlungen in den Umspannwerken und Schaltanlagen der E-Werke werden im Auftrag des Lastverteilers durchgeführt. Bei Störungen veranlaßt der Lastverteiler alle notwendigen Schaltungen und Maßnahmen zur Eingrenzung der Störung und Wiederherstellung der Versorgung.

14 Meter langes „Mosaikrückmeldebild“

Der neue Lastverteiler in der Mariannengasse erstreckt sich über zwei Stockwerke, wobei sich die Warte mit dem „Mosaikrückmeldebild“ und den zwei Arbeitsplätzen mit jeweils drei Grafikbildschirmgeräten und einer technologischen Tastatur im oberen Stockwerk befindet. Im Stockwerk darunter sind die Prozeßrechner, Fernwirkgeräte und andere technische Einrichtungen. Moderne Telefon- und Rundsprechanlagen, Objektschutz, Brandschutz, Klimaanlage und eine unterbrechungslose Stromversorgung ergänzen die technische Ausrüstung. Der zentrale Prozeßrechner hat eine Leistung von 32 bit.

Aus Gründen der Betriebssicherheit war es notwendig, zwei völlig unabhängige Informationssysteme vorzusehen: Das **Fernwirksystem** überträgt die wichtigsten Meldungen und Meßwerte in den Lastverteiler, wo sie auf dem 14 Meter langen und drei Meter hohen Mosaikrückmeldebild, das einen kompletten Überblick über den Zustand der Hochspannungsnetze gibt, angezeigt werden.

Das **Prozeßrechnersystem** erfaßt mit mehr als 20 Rechnern in Steuerstellen und Kraftwerken die Informationen, bereitet rund 36.000 Daten auf und

überträgt sie über Rechner-Rechner-Kopplungen in den Lastverteiler. Über Vorrechner gelangen die Daten in das Doppelrechnersystem, wo das Softwaresystem die Endverarbeitung übernimmt und die Informationen auf Farbgrafik-Bildsichtgeräte ausgibt.

Diese beiden unabhängigen Informationssysteme ergänzen einander und ermöglichen bei Ausfall eines Systems eine eingeschränkte Betriebsführung.

Neues Betriebsführungskonzept

Das Betriebsführungskonzept der Wiener E-Werke hat sich historisch entwickelt und bewährt. Es basiert auf der persönlichen Verantwortung und Einsatzbereitschaft des technischen Personals. Der Ausbau von Umspannwerken, Kraftwerken und Netzen stellt jedoch neue Anforderungen an die zentrale Betriebsführung durch den Lastverteiler, die mit neuen technischen Hilfsmitteln gelöst werden können.

Eine der wichtigsten neuen Aufgaben ist, daß die 380-Kilovolt-Höchstspannungsebene der E-Werke wegen ihrer Bedeutung für die Versorgungssicherheit direkt vom Lastverteiler aus gesteuert und kontrolliert werden muß. Auch die genauere Koordinierung von Verbundbetrieb und Kraftwerksführung sowie die bessere Überwachung der Hochspannungsnetze mit Prozeßrechnerunterstützung sind wichtige neue Aufgaben.

Der Mensch im Mittelpunkt

Besonderes Augenmerk wird dabei der Schnittstelle von Mensch und Maschine beigemessen. Die Information wird in den Prozeßrechnern vorverarbeitet, auf die wichtigsten Daten reduziert und dem technischen Personal unter Ausnutzung aller ergonomischen Möglichkeiten angeboten. Im Mittelpunkt muß schlußendlich der Mensch stehen, der in einer optimalen Umgebung unter bester Unterstützung durch Computer schnell und sicher die notwendigen Entscheidungen zu treffen hat. (Schluß) roh/ke

Forts. von Blatt 1288

Julius-Tandler-Medaille für Pflegeeltern

Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) Die Julius-Tandler-Medaille in Silber überreichte Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL Freitag im Rahmen einer Feier im Charlotte-Bühler-Heim in Währing an 21 Pflegeelternpaare, die seit über 25 Jahren Pflegekinder der Stadt Wien betreuen. 18 der mit der Medaille für ihre Verdienste um das Pflegekinderwesen ausgezeichneten Familien stammen aus der Steiermark, drei aus Wien. Derzeit leben bei diesen langjährigen Pflegeeltern noch 32 minderjährige Wiener Pflegekinder.

In ganz Österreich werden 1.917 Wiener Pflegekinder von 1.355 Pflegefamilien betreut. 968 Kinder leben bei 719 Familien in Wien, 949 bei 636 Familien in den Bundesländern. (Schluß) jel/rr

Floridsdorf: Ausstellung über Bezirksentwicklungsplanung

Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA eröffnete am Freitag gemeinsam mit Bezirksvorsteher Kurt LANDSMANN die Ausstellung zur Bezirksentwicklungsplanung im Amtshaus Floridsdorf, Am Spitz 1. In der Infoschau, die bis einschließlich 30. Juni zu sehen ist, werden unter anderem folgende Projekte vorgestellt: Die Verlängerung der U 6 nach Floridsdorf, die Verkehrsentlastung des Bezirkszentrums durch eine neue Bundesstraße, eine Wohnhausanlage in der Brünner Straße vom Typ „Vollwertwohnen“ der Marchfeldkanal als neues Freizeit- und Erholungsgebiet und die alten Ortskerne im Bezirk, die jetzt revitalisiert werden. Für Detailfragen stehen den Besuchern fachkundige Berater zur Verfügung. Öffnungszeiten: Montag, Dienstag, Mittwoch von 9 bis 12 Uhr, Donnerstag, Freitag von 14-18 Uhr. (Schluß) red/bs

Kreuzungsumbau im 3. Bezirk

Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) Im 3. Bezirk ist ein kompletter Umbau des stark befahrenen Kreuzungsbereiches Am Heumarkt beziehungsweise Am Stadtpark — Vordere Zollamtsstraße — Landstraßer Hauptstraße vorgesehen, der eine Reihe von Verkehrsmaßnahmen mit sich bringen wird, zu denen die Vorarbeiten bereits am kommenden Montag, 19. Juni, aufgenommen werden. Die eigentlichen Arbeiten werden am Mittwoch, 28. Juni, beginnen und voraussichtlich — einschließlich der Wiederherstellung der Gehsteige — bis 29. September 1989 laufen. Die verkehrswirksamen Behinderungen werden noch vor Schulbeginn, voraussichtlich mit 1. September, beendet sein.

Bei den festgelegten Verkehrsmaßnahmen handelt es sich im einzelnen um:

- Sperre der Landstraßer Hauptstraße in Höhe Gigergasse in Fahrtrichtung zum 1. Bezirk
- Umleitung der Autobuslinie „74 A“ und „1 A“ über Gigergasse (Einbahnführung von Landstraßer Hauptstraße zur Marxergasse) und Marxergasse
- Einengung der Bundesstraße B 1/Am Heumarkt auf jeweils eine Fahrspur
- Sperre der Richtungsfahrbahn der B 1/Am Stadtpark (vormals „Am Heumarkt“) auf der Seite des Hotels „Hilton“
- Sperre der Abbiegespuren von der Bundesstraße B 1 in die Landstraßer Hauptstraße
- Verlegung des Fußgängerüberganges.

(Schluß) pz/rr

Verkehrsbeschränkung auf der Gürtelauffahrt zur A 23

Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) Die Errichtung einer Lärmschutzwand im Bereich der Autobahnauffahrt vom Gürtel in Richtung Süden zur A 23/Süd-Ost-Tangente macht eine Verkehrsbeschränkung notwendig, die am kommenden Montag, 19. Juni, in Kraft treten und voraussichtlich bis 25. August aufrecht bleiben wird. Über diesen Zeitraum muß jeweils von Montag bis Freitag tagsüber eine Fahrspur auf einer Länge von 400 Metern verkehrsfrei bleiben. (Schluß) pz/bs

Plakatpreise 1988 überreicht

Wien, 16.6. (RK-KULTUR/LOKAL) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK überreichte am Freitag im Wiener Rathaus die Preise des von der Kulturabteilung der Stadt Wien gemeinsam mit der Gewista durchgeführten Plakatwettbewerbes 1988. Mit dem Preis der Gewista wurde das Plakat „LOTTO FREITAG, 6 UHR 45 ... SONNTAG, 6 AUS 45“ ausgezeichnet, der Preis der Kulturabteilung der Stadt Wien ging an das Festwochen-Plakat „QUE PASA? MEXICO? BILDER EINER AUSSTELLUNG“. Beide Preise sind mit 20.000 Schilling dotiert.

Pasterk wies auf die Bedeutung der Plakate als „Stadttapeete“ hin. Als solche seien die Plakate ein wichtiger Teil des Gesichts der Stadt, das in Wien von Jahr zu Jahr schöner werde. Aufgrund der großen Resonanz des Plakatwettbewerbs soll er 1990 unter internationaler Beteiligung durchgeführt werden.

Die preisgekrönten Plakate:

- „LOTTO FREITAG, 6 UHR 45 ... SONNTAG, 6 AUS 45“
Auftraggeber: Österreichische Lotto Toto Ges.m.b.H.
Gestaltung: Patrick Schierholz
Agentur: GGK Wien
Druck: Gistel Druck
- „QUE PASA, MEXICO? BILDER EINER AUSSTELLUNG.“
Auftraggeber: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien
Gestaltung: Jürgen Mick, Chrigel Ott, c/o Demner & Merlicek
Druck: Gistel Druck

Als vorbildlich gestaltet wurden folgende Plakate bezeichnet:

- „FE LT DIR WAS?“
„DER KAINDL HAT'S“
- „1988 INTERNATIONAL YEAR OF GRAPHIC DESIGN“
- „PALMERS FOR MEN“
- „DIE ZECKEN SIND DA.“
- „SCHILLERPLATZ 88“
- „PROFIL - WOHER WISSEN SIE, WIE MANSICH KALTE FÜSSE HOLT?“
„PROFIL - WOHER WISSEN SIE, WER DIE HOSEN ANHAT?“
- „HALBE INFORMATION
IST BALD NICHT MEHR
DER STANDARD“
- „KIKA WINTERSCHLUSS VERKAUF 16.1.-6.2.“
- „SERAPIONS THEATER IM ODEON“
- „UNITED CONTRASTS OF BENETTON“
- ENSEMBLE THEATER TREFFPUNKT PETERSPLATZ
„DIE FALSCHER ZOFER“

(Schluß) gab/gg

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlags- und Druckerei: R. G. Müller, Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Montag, 19. Juni 1989

Blatt 1294

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Subventionen und Projektförderungen (1296/FS: 17.6.)
- Nahversorgungserhebung Josefstadt und Alsergrund (1298)
- Bürgerdienst-Live-Sendung vom Gertrudplatz (1298)
- „Helmut Zilk — Beiträge zu einem österreichischen Porträt“ (1300)
- Waldschutz-Tagung in den Wiener Quellschutzforsten (1303)
- Wiener ÖVP fordert Überdenken der Gürtel-Untertunnelung (1304)
- Swoboda: ÖVP soll keine Neidgefühle bei Gürtelanrainern erwecken (1304)
- Straßenbahnerbad wird wiedereröffnet (nur FS/16.6.)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)
- Dienstag Buchpräsentation „Medizin der Zukunft“ (nur FS)
- Mittwoch Pressekonferenz Smejkal zum Ferienspiel (nur FS)

Bezirke:

- Sitzungen der Bezirksvertretungen (1298)
- Verkehrskonzept der ÖVP-Josefstadt (1305)

Kultur:

- 75. Todestag von Bertha von Suttner (1295/FS: 17.6.)
- 100.000 Schilling für Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (1297/FS: 18.6.)
- Wiener Festwochen-Bilanz 1989 (1301/1302)

Sport:

- Ab 3. Juli: „Sportplatz der offenen Tür“ (1299)

75. Todestag von Bertha von Suttner

Wien, 17.6. (RK-KULTUR) Auf den 21. Juni fällt der 75. Todestag von Bertha von SUTTNER. Sie wurde am 20. Juni 1843 in Prag als Tochter des pensionierten Feldmarschalleutnants Franz Josef Graf Kinsky von Chinic und Tettau geboren. Ihr Vater starb kurz vor ihrer Geburt. Bis zu ihrem dreißigsten Lebensjahr führte Bertha ein müßiges, wenn auch von manchen Enttäuschungen gekennzeichnetes Leben, an der Seite ihrer Mutter von Ort zu Ort reisend. Als das väterliche Vermögen aufgezehrt war, nahm sie eine Stelle als Gouvernante im Hause des Barons Suttner an und verliebte sich in den Sohn des Hauses, Arthur Gundaccar. Da eine Verbindung mit ihm vorerst am Widerstand der Mutter Gundaccars scheiterte, ging Bertha als Sekretärin zu Alfred Nobel nach Paris, doch 1876 heiratete sie heimlich Gundaccar. Die folgenden neun Jahre verbrachte das Ehepaar auf Einladung der Fürstin von Mingrelien im kaukasischen Rußland. In diesen Jahren beginnt auch die schriftstellerische Tätigkeit Bertha von Suttners. Sie schrieb einige Gesellschaftsromane: „High Life“, „Daniela Dormes“, „Das Maschinenzeitalter“, eine zeitkritische Auseinandersetzung. 1885 aus Georgien zurückgekehrt, sah sie Alfred Nobel 1887 in Paris wieder. Hier erfuhr sie von der Existenz einer Friedensgesellschaft in London, die ein internationales Schiedsgericht an Stelle von Waffengewalt in zwischenstaatlichen Streitfällen entscheiden lassen wollte. Von dieser Idee begeistert, wollte sie die öffentliche Meinung gegen den Waffenkult und die Verherrlichung des Krieges mobilisieren und glaubte dies nach dem Vorbild von H. Beecher-Stowes „Onkel Toms Hütte“ am wirksamsten mit einem Roman erreichen zu können. 1889 erschien unter großen Schwierigkeiten — zahlreiche Verleger hatten abgelehnt — „Die Waffen nieder!“. Das Buch wurde in 16 Sprachen übersetzt und machte die Autorin schlagartig berühmt. Vielfach angefeindete und lächerlich gemacht („Friedensbertha“), wurde sie nun zur unermüdlichen Propagandistin des Friedens. 1891 gründete sie in Österreich unter Mitwirkung prominenter Persönlichkeiten, unter anderen auch Peter Rosegger, die Gesellschaft der Friedensfreunde, 1892 in Berlin eine Friedensgesellschaft. Beim ersten größeren Friedenskongreß in Rom 1891 vertrat sie Österreich, und auf der großen Friedenskonferenz in Haag 1899, an der auch die offiziellen Vertreter der Regierungen teilnahmen, war sie die einzige Frau und ihr Salon der Mittelpunkt für alle Teilnehmer. Drei Jahre später starb ihr Mann, 1905 erhielt sie den Friedenspreis, den Henri Dunant als das Werk Bertha von Suttners bezeichnete, da sie Alfred Nobel in die Friedensbewegung eingeführt hätte. Fast siebzigjährig reiste sie 1912 noch in die USA und hielt über hundert Vorträge.

Am 21. Juni 1914 — wenige Wochen vor dem Beginn des Weltkriegs — starb sie in Wien. (Schluß) red/bs

Bereits am 17. Juni 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Subventionen und Projektförderungen

Wien, 17.6. (RK-KOMMUNAL) Eine Reihe von Subventionen und Projektförderungen beschloß der Gemeinderatsausschuß für Bildung, Jugend, Familie und Soziales in seiner letzten Sitzung. Im Rahmen der Projektförderung 1989 für Wiener Jugendorganisationen genehmigte der Ausschuß je 10.000 Schilling für die Katholische Jungschar-Erzdiözese Wien und die Katholische Jugend-Wien Stadt.

Subventioniert werden das Wiener Volksliedwerk mit 70.000 Schilling, der Kultur- und Sportverein der Berufsschulen mit 124.000 Schilling, die Hörbücherei des Österreichischen Blindenverbandes mit 45.000 Schilling, das Evangelische Bildungswerk H.B. Wien mit 10.000 Schilling, das Bildungswerk der Lutherischen Diözese Wien mit 20.000 Schilling und der Verein „Jugendclub Stubentor“ mit 35.000 Schilling. (Schluß) jel/rr

Bereits am 17. Juni 1989
über Fernschreiber ausgesendet

100.000 Schilling für Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes

Wien, 18.6. (RK-KULTUR) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur beschloß die Förderung des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes mit 100.000 Schilling.

Neben der Dokumentation und der wissenschaftlichen Aufarbeitung historischen Materials zeigt das Dokumentationsarchiv die ständige zeitgeschichtliche Ausstellung „Der Österreichische Freiheitskampf“, die unter anderem von zahlreichen Schulklassen und auch von ausländischen Gästen besucht wird, und betreut den Gedenkraum für die Opfer des Nationalsozialismus im Leopold-Figl-Hof. (Schluß) gab/rr

Bereits am 18. Juni 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Nahversorgungserhebung Josefstadt und Alsergrund

Veröffentlicht in den Statistischen Mitteilungen

Wien 19.6. (RK-KOMMUNAL) Die Ergebnisse der Nahversorgungserhebungen in den Bezirken Josefstadt und Alsergrund sind in den neuesten „Statistischen Mitteilungen 4/88“ des Statistischen Amtes der Stadt Wien veröffentlicht.

Die Befragung wurde im Herbst des Vorjahres durchgeführt. In der Josefstadt haben sich 22,8 Prozent der Bevölkerung und am Alsergrund 21,6 Prozent an der Befragung beteiligt. Die Quintessenz: Die Nahversorgung kann in diesen beiden Innenstadtbezirken als sehr gut bezeichnet werden.

Das Heft 4/88 der Statistischen Mitteilungen ist zum Preis von 50 Schilling im Statistischen Amt der Stadt Wien, Volksgartenstraße 3, Telefon 42 800/3208 DW erhältlich. (Schluß) fk/bs

Sitzungen der Bezirksvertretungen

Wien, 19.6. (RK-BEZIRKE) Die Bezirksvertretungen folgender Bezirke treten in nächster Zeit zu einer Sitzung zusammen:

Floridsdorf: Dienstag, 20. Juni, 15 Uhr, Haus der Begegnung 21, Angerer Straße 14;

Hernals: Mittwoch, 21. Juni, 16 Uhr, BV 17, Elterleinplatz 14;

Ottakring: Donnerstag, 22. Juni, 16 Uhr, BV 16, Richard-Wagner-Platz 19;

Liesing: Donnerstag, 22. Juni, 16 Uhr, BV 23, Perchtoldsdorfer Straße 2;

Meidling: Freitag, 23. Juni, 14 Uhr, BV 12, Schönbrunner Straße 259;

Margareten: Dienstag, 27. Juni, 15 Uhr, BV 5, Schönbrunner Straße 54;

Döbling: Donnerstag, 29. Juni, 15 Uhr, BV 19, Gatterburggasse 14;

Donaustadt: Donnerstag, 29. Juni, 15 Uhr, HdB 22, Schrödingerplatz 1;

(Schluß) end/bs

Bürgerdienst-Live-Sendung vom Gertrudplatz

Wien, 19.6. (RK-KOMMUNAL) Vom Gertrudplatz im 18. Bezirk kommt am Mittwoch, dem 21. Juni, die nächste Bürgerdienst-Live-Sendung: von 14 bis 15.30 Uhr werden Bürgerdienst und Mobiler Bürgerdienst an Ort und Stelle für Wünsche, Fragen oder Beschwerden zur Verfügung stehen. Das Wiener Stadtradio auf UKW 90 und 95 überträgt live vom Bürgerdienst-Einsatz. Während der Sendung können HörerInnen das Stadtradio auch unter den Telefonnummern 505 22 05 und 505 22 73 anrufen. (Schluß) hrs/gg

Ab 3. Juli: „Sportplatz der offenen Tür“

Wien, 19.6. (RK-SPORT) Mit Beginn am 3. Juli wird das Sportamt der Stadt Wien über die Sommerferien bis einschließlich 1. September auch heuer wieder die Jugendaktion „Sportplatz der offenen Tür“ durchführen, bei der neben einem Schwerpunktprogramm in den verschiedensten Sparten auch ein Programm für die ganze Familie angeboten wird.

Folgende Anlagen sind jeweils von Montag bis Freitag in der Zeit von 14 bis 17 Uhr frei zugänglich:

- 2, Augarten-Sportwiese (auch von 9 bis 12 Uhr)
- 10, Eising Süd, Windtenstraße
- 12, Haydn-Park, Flurschützstraße (auch von 9 bis 12 Uhr)
- 15, Stadthalle, Vogelweidplatz (erst ab 31. Juli, auch von 9 bis 12 Uhr)
- 17, Marswiese, Neuwaldegger Straße 57a
- 18, Währinger Park, Gymnasiumstraße
- 21, Jochbergengasse, Union-Landhaus

An jedem Montag, Mittwoch und Donnerstag steht die Anlage Marswiese von 17 bis 20 Uhr den Erwachsenen und Eltern mit Kindern sowie Jugendlichen ab 13 Jahre zur Verfügung. Zu bestimmten Zeiten sind auch der Eising Süd, die Marswiese und der Währinger Park für Eltern oder Begleitpersonen zur sportlichen Betätigung vorgesehen.

Schwerpunktprogramme werden in den Sparten Leichtathletik, Volleyball, Fußball-Grundschule, Hallenfußball und Fußball für Knaben und Mädchen sowie im Tischtennis, im Eislaufen, Judo, Rollschuhlaufen, Fischen und Tennis angeboten. Nähere Auskünfte und Informationen über die Schwerpunktprogramme erhält man im Sportamt unter der Telefonnummer 42 800 DW 4188, 4189, 2733, 3739 und 2799. (Schluß) hof/rr

„Helmut Zilk – Beiträge zu einem österreichischen Porträt“

Wien, 19.6. (RK-KOMMUNAL) Der Autor, Camillo SCHAEFER, überreichte am Wochenende an Bürgermeister Dr. Helmut ZILK eines der ersten Exemplare seines neuesten Buches „Helmut ZILK – Beiträge zu einem österreichischen Porträt“. Das Buch ist zum Preis von 195 Schilling im Buchhandel erhältlich. (Schluß) red/rr

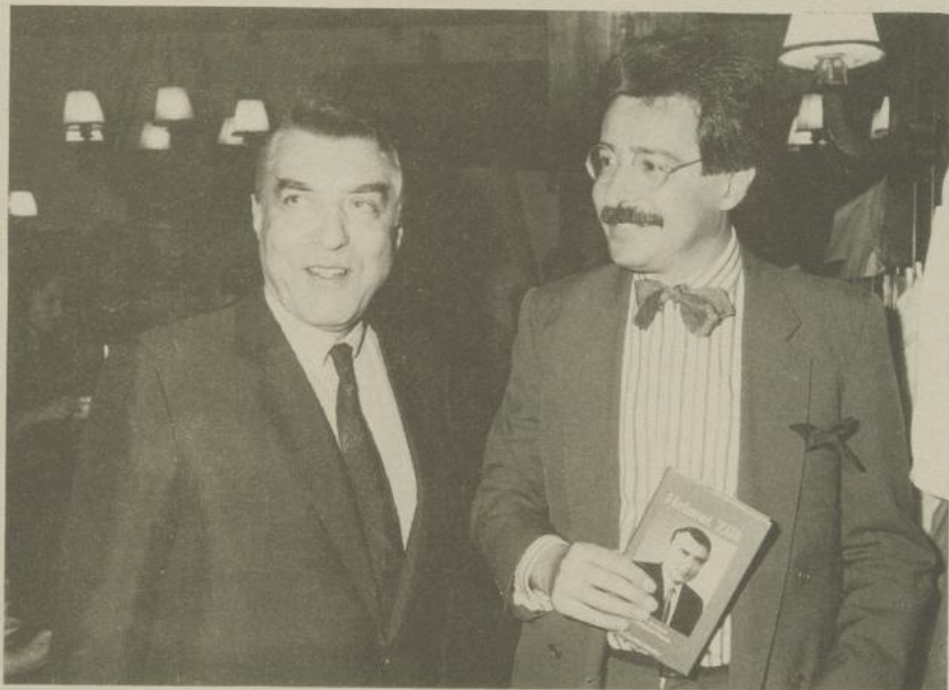


Foto: PID/Hutterer

Wiener Festwochen-Bilanz 1989

Wien, 19.6. (RK-KULTUR) Die Sonntag zu Ende gegangenen Wiener Festwochen schlossen in bemerkenswerter Weise an die Erfolge der letzten Jahre an:

- Weiter verbesserte Auslastungszahlen (Theater an der Wien plus 10,9 Prozent)
- Gesteigertes Medieninteresse im Inland, im besonderen Maße auch im Ausland
- Es gelang offensichtlich, einen so komplexen Schwerpunkt (Die moderne Seele und ihre Gesichter in Kunst und Wissenschaft) in denkbar verschiedenen Ausdrucksformen zu aktualisieren und zu diskutieren.

Der große Impulsgeber dieser Festwochen war die im Laufe von vier Jahren vorbereitete „Wunderblock“-Ausstellung im Messepalast (Sie ist noch bis 6. August geöffnet). Ihr Thema, „Eine Geschichte der modernen Seele“, dominierte diverse Reihen von Theater- und Opernproduktionen, war Inhalt einer Film-Retrospektive („Verbotene Leidenschaften. Die bedrohte Psyche als Filmsujet“), sorgte für ungewohnte Programmierungen beim Musikfest der Konzerthausgesellschaft und war Anstoß für zwei Symposien über „Philosophie und Psychoanalyse“ sowie „Psychoanalyse und Musik“. Die Vortragsreihe in der Wiener Universität, die gemeinsam mit der Freud-Gesellschaft organisiert wurde, stieß auf großes Interesse und war von Anfang bis zum Ende von den Hörern belagert. Das Symposium „Psychoanalyse und Musik“ findet am 23. und 24. Juni statt.

Der „Wunderblock“ selbst erstaunte Fachwelt wie Öffentlichkeit durch die Vielfalt des gezeigten Materials und die oft dramatisch inszenierten Gegenüberstellungen von Wissenschaft und Kunst.

Kaum eine europäische Zeitung und Zeitschrift von Bedeutung hat sich nicht intensiv mit dieser Ausstellung auseinandergesetzt.

Auch beim Publikum wurde und ist diese Ausstellung in Anbetracht ihres hohen Anspruches ein erfreulich großer Erfolg. In diesen Tagen wird bereits der 50.000ste Besucher erwartet.

Die Festwochen-Großausstellung hat auch das Interesse der Verantwortlichen für die EXPO '92 in Sevilla geweckt. Erste Schritte zu einer eventuellen Einladung der „Wunderblock“-Ausstellung nach Sevilla wurden von spanischer Seite gesetzt. Auch andere Städte wie Amsterdam und Paris haben bereits ihr Interesse an dieser Geschichte der modernen Seele bekundet.

Als Antithese zum historisch orientierten „Wunderblock“ wird der Besucher der Ausstellung „Wiener Diwan: Sigmund Freud heute“ im Museum des 20. Jahrhunderts mit Werken zeitgenössischer Künstler konfrontiert, die sich höchst aufschlußreich mit Sigmund Freud und seinen Erkenntnissen auseinandersetzen. An dieser Ausstellung nehmen eine Vielzahl prominentester Künstler aus aller Welt, insbesondere aus den USA teil, die bei dieser Gelegenheit in Wien zum ersten Mal ausstellen.

Thema Menschenrechte

Auftakt der Wiener Festwochen 1989 war eine Revue, die vor 25.000 Zuschauern (trotz unsichere Wetterlage) daran erinnerte, daß vor 200 Jahren in Frankreich die Revolution ausbrach und die Menschenrechte verkündet wurden. Eine Auswahl von Produktionen aus Frankreichs freier Theaterszene im Theater im Künstlerhaus („Frankreich Off“) und eine weitere, gemeinsam mit dem Wiener Institut Francais geplante Theater-Serie im Französischen Kulturinstitut ermöglichten detailreiche Ausblicke auf das postrevolutionäre Frankreich, 200 Jahre „danach“. Daß die Gelegenheit dann doch nicht so genützt wurde, wie es sich der Veranstalter gewünscht hätte, liegt nicht zuletzt an dem Problem, daß Nebenschauplätzen nicht immer eine erforderliche Aufmerksamkeit in den Medien zuteil wird.

In Volker Brauns „Übergangsgesellschaft“ wurde auf ungeschminkte Weise deutlich, daß das Recht des Individuums auf Selbstverwirklichung im Schraubstock gesellschaftlicher Konventionen nicht umhin kann, sich Gehör zu verschaffen. Die Botschaft aus der DDR wurde vom Wiener Publikum sehr aufmerksam gehört und genau verstanden. Bei den meisten Festwochen-Besuchern wird aber das Anti-Apartheid-Musical „Sarafina!“ einen tiefen Eindruck hinterlassen haben. Das Engagement der jungen Darsteller berührte alle, insbesondere den jüngeren Teil im Publikum. Hier wurde nie in Zweifel gelassen, wer die historisch gerechte Sache vertritt.

Musiktheater und Schauspiel

Nach der Schubert-Wiederentdeckung „Fierrabras“ konnten die Wiener Festwochen heuer erneut mit einer außergewöhnlichen Musikproduktion aufwarten, die auch prompt heftige Diskussionen zwischen Anhängern und Spöttern eines modernen, antikonformistischen Regietheaters in der Oper auslöste. Jedenfalls kann gesagt werden, daß die Wiener „Entführung“ ein wichtiger und bleibender Beitrag zum Thema „Mozart heute“ auf allerhöchstem Niveau geworden ist. Ermöglicht wurde diese Produktion durch die Zusammenarbeit zwischen den Wiener Festwochen, der Wiener Staatsoper und dem Theatre Royal de la Monnaie in Brüssel. Nur durch diese Form der Koproduktion kann ein solches Projekt finanziell tragbar werden.

Die Gastspiele von Schrekers „Die Gezeichneten“ und Hölszkys „Bremer Freiheit“, die mit großem Jubel aufgenommen wurden (wenn auch das letztere vergleichsweise schlechter besucht war als das erstere), setzten eine mittlerweile zur Tradition gewordene Praxis der Wiener Festwochen fort: Dem Publikum gelungene Beispiele zu Unrecht vernachlässigter oder neuester Opernproduktionen vorzustellen.

Der erwartete große Erfolg des Gastspieles des Hamburger Schauspielhauses mit Wedekinds „Lulu“ in der Regie von Peter Zadek wurde auch wirklich zum unvergeßlichen Triumph (insbesondere für Susanne Lothar als Lulu), der zweifellos bereits jetzt in die Theatergeschichte eingegangen ist.

Da offen war, wie eine Präsentation des in Süd- und Nordamerika vielgepriesenen Theaterwunders Gerald Thomas auf ein europäisches, auf ein Wiener Publikum wirken würde, ist die Reaktion auf seine beiden Stücke für die Organisatoren so aufschlußreich wie zukunftssträchtig. Neben viel Lob, vor allem aus Wiener Theaterkreisen, hat die ausländische Presse trotz kritischer Anmerkungen dem Phänomen Gerald Thomas ungewöhnlich viel Platz eingeräumt. Einladungen aus Stuttgart und München bestätigen dieses Interesse.

Ungewöhnlich war auch die neu konzipierte Reihe „Big Motion“, die die Serie von Highlights aus aller Welt mit einem geradezu apokalyptischen Spektakel aus Barcelona im Messegelände beendete. (Schluß) red/gg

Forts. von Blatt 1301

Waldschutz-Tagung in den Wiener Quellschutzforsten

Wien, 19.6. (RK-KOMMUNAL) Die Jahrestagung 1989 der „ARGE für Hochlagenaufforstung und Schutzwalderhaltung“ findet am 20. und 21. Juni in den Quellschutzforsten der Stadt Wien, Forstverwaltung Hirschwang-Stixenstein und Naßwald, statt. Namhafte Experten aus ganz Österreich beschäftigen sich im Rahmen der Tagung mit weiteren Vorgangsweisen zur Sanierung der Schutzwälder sowie der Sicherung der Wiederaufforstungsflächen, wobei auch eine Umstellung des traditionellen Jagdbetriebes auf eine neue ökologisch ausgerichtete Jagdbewirtschaftung diskutiert wird. Generell wird eine Unterstützung der diversen Maßnahmen durch den Bund angestrebt. (Schluß) du/bs

Wiener ÖVP fordert überdenken der Gürtel-Untertunnelung

Wien, 19.6. (RK-KOMMUNAL) In einem gemeinsamen Pressegespräch mit Vertretern einer Bürgerinitiative forderten am Montag Landtagsabgeordneter Dr. Ferdinand MAIER, Bezirksvorsteher Mag. Kurt PINT und Bezirksvorsteher-Stellvertreterin Martha REICHEL ein Überdenken des geplanten Umwelttunnels Margaretengürtel sowie die Untertunnelung des Europaplatzes. Die ÖVP unterstütze, so Dr. Maier, die Bürgerinitiative in ihren Forderungen, und ihre Mandatare würden auch an der geplanten Demonstration am Europaplatz am kommenden Mittwoch teilnehmen.

Die Wiener ÖVP forderte in dem Pressegespräch auch die Aufnahme von Gesprächen über eine „effizientere Verwendung“ jener rund 2,5 Milliarden Schilling, die für den Umwelttunnel Margaretengürtel veranschlagt werden. (Schluß) lf/gg

Swoboda: ÖVP soll keine Neidgefühle bei Gürtelanrainern erwecken

Wien, 19.6. (RK-KOMMUNAL) Wie Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA in einer ersten Reaktion auf die Forderungen einer Bürgerinitiative und der Wiener ÖVP zur Errichtung eines Längstunnels am Europaplatz sagte, sei ein solcher Tunnel aus verschiedenen Gründen weniger zielführend für die Verbesserung der Lebensqualität der Gürtelanrainer als das Projekt Umwelttunnel Gaudenzdorfer Knoten/ Margaretengürtel.

Der Planungsstadtrat nannte drei Hauptgründe für die Entscheidung gegen den Tunnel am Europaplatz:

- Während es am Europaplatz nur eine sehr geringe Zahl von Anrainern gibt, leiden entlang des Margaretengürtels tausende Menschen unter den Verkehrsbelästigungen.
- Nach der Fertigstellung der U3 und des Umsteigeknotens U3/U6 wird es zu einer drastischen Absenkung der Fußgängerzahlen im Oberflächenbereich des Europaplatzes kommen, da diese U-Bahn-Linien wie auch der Westbahnhof direkte Zugänge zur Mariahilfer Straße haben werden.
- Eine Errichtung des Längstunnels am Europaplatz würde jede zukünftige Einbindung einer neuen Westeinfahrt im Bereich des Europaplatzes unmöglich machen. Wie Swoboda betonte, würde die Untertunnelung des Gaudenzdorfer Knotens überdies gerade für die Bewohner des 6., aber auch die Anrainer des 12. und 15. Bezirkes eine hervorragende Freizeit- und Erholungslandschaft ermöglichen.

„Ich würde die ÖVP-Politiker daher dringend ersuchen, nicht weiter in die Polemik gegen das menschenfreundliche Projekt des Umwelttunnels einzustimmen und gemeinsam mit den Verkehrsplanern und im Zusammenhang mit der Stadterneuerung im Gürtelbereich wirkliche Verbesserungen der Lebensqualität für viele tausende Menschen anzustreben“, schloß der Planungsstadtrat. (Schluß) lf/gg

Verkehrskonzept der ÖVP-Josefstadt

Wien, 19.6. (RK-BEZIRKE) Bezirksvorsteher Walter KASPAREK präsentierte am Montag in einem Pressegespräch das neue Verkehrskonzept der ÖVP-Josefstadt. Die wichtigsten Vorhaben sind die Unterbindung des Durchzugsverkehrs, hier vor allem in der Albertgasse und in der Florianigasse, die erleichterte Zufahrt für Bewohner und Gewerbetreibende, die Schaffung zusätzlicher Parkmöglichkeiten und die Errichtung von Wohnstraßen. Außerdem, so Kasperek, solle der öffentliche Verkehr forciert werden. So möchte die ÖVP-Josefstadt nach dem U-Bahn-Bau wieder die Verlängerung des „J“ bis in den dritten Bezirk. (Schluß) fk/bs

chef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
Übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Pressum, Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Dienstag, 20. Juni 1989

Blatt 1306

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Moden- und Leistungsschau körperbehinderter Kinder (1307)
- Neuer Leiter für die Magistratsabteilung 69 (1308)
- Fensterberatung macht bald Sommerpause (1309)
- 900 Millionen Schilling für „Fremdpatienten“ (1311/1312)
- Umweltschutz im Bundesstraßenbau in Wien (1313/1314)
- „Grüner Spartarif“ für Haushalte und Landwirtschaft (1317-1319)
- Der Gürteltunnel ist zielführend (1320)
- Donnerstag Präsentation der renovierten Feuerwache Kahlenbergedorf (nur FS)
- Donnerstag Seniorentag auf dem Rathausmarkt (nur FS)

Bezirke:

- Sitzungen der Bezirksvertretungen (1307)

Kultur:

- „Neue Perspektiven der Kulturarbeit“ (1310)
- Vorbereitungen zum Kulturprogramm der Weltausstellung 1995 (1315/1316)

Moden- und Leistungsschau körperbehinderter Kinder

Wien, 20.6. (RK-LOKAL) Unter dem Motto „Werkerziehung — Vorbereitung für das Leben“, findet am Donnerstag, dem 22. Juni, um 19 Uhr, in der Aula der Sonderschule für körperbehinderte Kinder in Währing, Währinger Straße 173-181, eine Moden- und Leistungsschau statt. An der Ausstellung sind die Volksschule und Hauptschule der Sonderschule in der Währinger Straße 181, sowie die Allgemeine Sonderschule in Ottakring, Schinaglgasse 3-5, beteiligt. Besucher können auch eine Ausstellung von Werkstücken besichtigen, die im Rahmen des Unterrichts für Werkerziehung angefertigt wurden. (Schluß) ull/bs

Sitzungen der Bezirksvertretungen

Wien, 20.6. (RK-BEZIRKE) Die Bezirksvertretungen folgender Bezirke treten in nächster Zeit zu einer Sitzung zusammen:

Penzing: Mittwoch, 21. Juni, 16 Uhr, Amtshaus 13, Hietzinger Kai 1;

Brigittenau: Mittwoch, 21. Juni, 18 Uhr, BV 20, Brigittaplatz 10;

Hietzing: Mittwoch, 28. Juni, 18 Uhr, Amtshaus 13, Hietzinger Kai 1;

(Schluß) end/bs

Neuer Leiter für die Magistratsabteilung 69

Wien, 20.6. (RK-KOMMUNAL) Die Magistratsabteilung 69 (Rechtliche und administrative Grundstücksangelegenheiten) hat einen neuen Leiter. Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION führte am Dienstag Obermagistratsrat Dr. Gerhard PAUKNER in dieses Amt ein. Der Wechsel an der Spitze der MA 69 wurde notwendig, weil der bisherige Chef, Senatsrat Dr. Ernst THEIMER, zum Geschäftsführer des Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds bestellt worden ist.

Dr. Paukner, Jahrgang 1943, ist seit 1964 bei der Stadt Wien beschäftigt, seit fast zwei Jahrzehnten im Bereich des Liegenschaftswesens.

Bürgermeister Dr. Helmut ZILK betonte bei der Amtseinführung, daß der Magistrat ein Dienstleistungsbetrieb für die Bürger sei. Im Zweifelsfall sei stets für den Bürger zu entscheiden, der Magistrat habe aber auch mit Konsequenz die Anliegen der Gemeinschaft zu vertreten.

Die Stadträte Dr. Hañnes SWOBODA und Rudolf EDLINGER wiesen auf die große Bedeutung der Grundstücksabteilung für die Stadtplanung und Stadtentwicklung insgesamt sowie insbesondere auch für die Stadterneuerung und den Wohnbau hin.

Magistratsdirektor Dr. Josef Bandion unterstrich, daß Grund und Boden nicht unbeschränkt und beliebig zur Verfügung stehen. Die vorhandenen rechtlichen Instrumentarien, um die Interessen der Allgemeinheit bei der Realisierung demokratisch beschlossener Projekte optimal durchzusetzen, sind nicht immer ausreichend. Effizientere Enteignungsmöglichkeiten wären wünschenswert — und zwar nicht im Sinne einer „Eigentumsfeindlichkeit“, sondern aus rein pragmatischen Gründen im Interesse der Steuerzahler und der öffentlichen Sparsamkeit.

Der Amtseinführung wohnten auch der Vorsitzende des Gemeinderatsausschusses für Wohnbau und Stadterneuerung Hans BROSCHE, Magistratsvizelektor Dr. Alfred PEISCHL sowie der Vorsitzende der Hauptgruppe I der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten Josef PULLING bei. (Schluß) ger/rr

Fensterberatung macht bald Sommerpause

Wien, 20.6. (RK-KOMMUNAL) Die „Fensterberatungsstelle“ der Stadt Wien macht im Juli und August Sommerpause. Bis dahin ist sie noch jeden Donnerstag (also am 22. und 29. Juni) von 15 bis 18 Uhr in der Magistratsabteilung 39 (Versuchs- und Forschungsanstalt, 11, Rinnböckstraße 15) geöffnet. In der „Fensterberatungsstelle“ beraten hochqualifizierte Fachleute der Stadt Wien kostenlos über die Vor- und Nachteile sämtlicher im Handel erhältlicher Fenster anhand zahlreicher Schaumodelle. Wer sich also neue Fenster einbauen will, sollte auf jeden Fall bei der Fensterberatung der Stadt Wien vorbeischauen. Die Fensterberatung besteht seit fast drei Jahren. Jährlich nutzen etwa 1.000 Ratsuchende dieses Service der Stadt Wien. (Schluß) ah/rr

„Neue Perspektiven der Kulturarbeit“

Vortrag in der Stadt- und Landesbibliothek

Wien, 20.6. (RK-KULTUR) Dr. Karl RICHTER hält am Donnerstag, dem 22. Juni, 11 Uhr, im Lesesaal der Wiener Stadt- und Landesbibliothek einen Vortrag zum Thema „Neue Perspektiven der Kulturarbeit“. Dr. Karl Richter ist derzeit Gastprofessor am Institut für Kulturelles Management an der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst. Als Geschäftsführer des Sekretariats für Gemeinsame Kulturarbeit in Nordrhein-Westfalen, „Kultur 90“, untersucht Dr. Richter vor allem die Möglichkeiten neuer kultureller Strukturen und Zielsetzungen. (Schluß) gab/rr

900 Millionen Schilling für „Fremdpatienten“

In Österreich nehmen pro Jahr rund 144.000 Inländer und rund 27.000 Ausländer ein Spital außerhalb des Wohnsitzbundeslandes beziehungsweise ihres Staates in Anspruch. Trotz Kostenersätzen durch die Sozialversicherungen und trotz Beiträgen des Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds (KRAZAF) verbleiben dem jeweiligen Spitalerhalter hohe Kosten, die die Fremdpatienten verursachen. Am Beispiel Wiens sind es rund 900 Millionen Schilling im Jahr, die für Patienten aus anderen Bundesländern aus allgemeinen Steuermitteln dazugeschossen werden müssen, teilte Vizebürgermeister Hans MAYR Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters mit.

Die amtlichen Pflegegebühren in einem Wiener Spital betragen derzeit pro Tag 2.580 Schilling, im AKH sind es 4.140 Schilling pro Tag. Die Kostenersätze durch die Gebietskrankenkasse machen jedoch nur 989 Schilling pro Tag aus, weitere rund 500 Schilling kommen aus dem KRAZAF. Aus dem Wiener Budget müssen daher in einem Wiener Spital pro Tag mehr als 1.000 Schilling dazugeschossen werden, im AKH sind es rund 2.600 Schilling pro Tag. Daraus ergeben sich jährliche Kosten für die sogenannten Fremdpatienten von 900 Millionen Schilling, wobei nur der laufende Aufwand berücksichtigt ist, nicht jedoch die Investitionskosten oder die Tragung der Pensionslasten für die Bediensteten.

Die Kosten für die Fremdpatienten treffen jedoch nicht nur Wien, sondern praktisch jedes Bundesland. Wien hat zwar mit einem Anteil an den Aufnahmen von 20,2 Prozent die höchste Fremdpatientenquote, doch kommen z.B. 18,5 Prozent der Patienten in den Salzburger Spitälern aus einem Land außerhalb Salzburgs, 16,5 Prozent der Patienten in Tirol und Burgenland aus einem anderen Gebiet. Die restlichen Bundesländer weisen einen Fremdpatientenanteil zwischen 8,8 Prozent (Niederösterreich) und 4,6 Prozent (Vorarlberg) auf.

Der Verfassungsgerichtshof hat in einem Erkenntnis vom Herbst 1988 nun eindeutig und erstmals zum Ausdruck gebracht, daß den Bundesländern die Spitalsversorgung für die eigenen Bürgerinnen und Bürger zukommt — woraus folgt, daß die Bundesländer dafür den entsprechenden Aufwand zu tragen haben. Da es jedoch nicht sinnvoll wäre, in jedem Bundesland alle Einrichtungen der medizinischen Versorgung aufzubauen, sollten, so der Verfassungsgerichtshof, die Länder Verträge über die gegenseitige Kostentragung für die Fremdpatienten schließen.

Die Länder haben in den vergangenen Jahrzehnten immer die Möglichkeit gehabt, genug Spitalsbetten für ihre Bürger zu errichten. Bloß für die Jahre 1986 — 1989 gibt es eine Beschränkung, ab dem 1. Jänner 1990 fällt eine zahlenmäßige Beschränkung wieder weg. Somit stand dem Bestreben Niederösterreichs — außer zwischen 1986 und 1989 — nie etwas im Wege, auch die medizinische Spitzenversorgung im eigenen Land aufzubauen. Für die Zukunft gibt es zwei Wege, um dem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes Rechnung zu tragen:

- Jedes Bundesland versucht, in der medizinischen Versorgung autark zu werden;
- Die Bundesländer versuchen, über gegenseitige Verträge das Problem zu lösen;

Allerdings ergeben sich beim ersten Weg — dem autarken — Probleme:

- er steht der Praxis, daß der Patient freie Arzt- und Spitalwahl hat, entgegen;
- er bietet keine Lösung für die immer wiederkehrenden medizinischen Akutfälle außerhalb des Wohnortes;
- er ist volkswirtschaftlich der teuerste Weg, weil in jedem Bundesland die besonders teuren Einrichtungen der Spitzenmedizin aufgebaut werden

müssen.

Es bleibt jedem Bundesland unbelassen, welchen Weg es beschreiten möchte, sagte Mayr. Wien spricht sich jedenfalls für eine patientenfreundliche Lösung aus — die freie Arzt- und Spitalswahl sollte es auch in Zukunft geben. Ebenso tritt Wien angesichts der bereits jetzt schon hohen Kosten im Gesundheitswesen für eine wirtschaftliche Lösung ein — und die kann nur so ausschauen, daß in einem so kleinen Land wie Österreich Gesundheitspolitik österreichweit und regional abgestimmt betrieben wird, schloß Mayr. (Schluß) sei/sk

Forts. von Blatt 1311

Umweltschutz im Bundesstraßenbau in Wien

Wien, 20.6. (RK-KOMMUNAL) Bis weit in die 70er Jahre galt der Straßenbau — einhergehend mit dem rasch steigenden Motorisierungsgrad — als wichtigstes Element zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur. Die gesellschaftliche Akzeptanz war demnach unvergleichlich höher als heute. Durch das ständig steigende Verkehrsaufkommen, insbesondere des Schwerverkehrs, wurde der Autoverkehr in zunehmendem Maße als Belastung empfunden, wodurch sich in steigender Zahl Initiativen vor allem gegen die Errichtung neuer Hochleistungsstraßen bildeten.

Nahmen frühere Hochleistungsstraßen kaum Rücksicht auf Flächenverbrauch, Lärmentwicklung etc., so fließen diese Aspekte nunmehr in stärkerem Maße in die Entscheidungen über Trassenführung und Trassengestaltung ein. **Die Aspekte des Umweltschutzes und die Einbeziehung der Bedürfnisse der Anrainer sind insbesondere in Wien integrierender Bestandteil der Straßenplanung geworden**, betonten Dienstag Planungsratsrat Dr. Hannes SWOBODA und Verkehrsstadtrat Johann HATZL im Pressegespräch des Bürgermeisters.

Diese neuen Planungsgrundsätze kommen bei folgenden Projekten in besonderem Maße zum Tragen:

1. Planung Gürtel, Süd- und Westeinfahrt:

Die von der Gürtelkommission vorgeschlagenen straßenbaulichen Maßnahmen in den ca. 40 km langen Bundesstraßenzügen Gürtel, Süd- und Westeinfahrt bringen in erster Linie Verbesserungen für die dort lebenden Anrainer. Straßenbauliche Investitionen werden nur dort vorgeschlagen, wo erhebliche Reduktionen von Lärm und Abgasen und damit neue Stadtentwicklungsmöglichkeiten erreicht werden. Die für den Individualverkehr zur Verfügung stehenden Verkehrsflächen sollen auf keinen Fall erhöht werden.

Erklärtes Ziel der Stadtplanung in Wien ist es, die soziale Erosion in vielen einstmals attraktiven Wohngebieten, insbesondere im Bereich des Gürtels und der Westeinfahrt, zu stoppen.

In die stufenweise vorgesehene Realisierung der detaillierten Planungen fließen neben den reinen Verkehrsbauten (z. B. Margaretentunnel, Umgestaltung des Gaudenzdorfer Knotens, der Eichenstraße, Fahrbahnverlegungen am Westgürtel, etc.) im unmittelbaren Straßenraum bereits Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung von Parallel- und Radialstraßen, der Oberflächen- und Stadtgestaltung und der Stadterneuerung ein. Auch die Aspekte des öffentlichen Verkehrs werden bei derartigen Projekten z. B. in Form von Planungen für Park & Ride-Anlagen mitberücksichtigt.

Für die Umgestaltung des Margaretengürtels werden derzeit, nach eingehender Information der Öffentlichkeit, die detaillierten Planungen unter Berücksichtigung dieser neuen Gesichtspunkte erstellt. Der Baubeginn könnte, falls vom Bund die Finanzierung sichergestellt wird, bereits im Jahre 1990 erfolgen; die Gesamtbaukosten betragen 2,1 Mrd. S.

2. A 23 Südosttangente/Abschnitt Knoten Kaisermühlen – Anschlussstelle Hirschstetten:

Mit diesem 3,6 km langen Autobahnprojekt sollen vor allem die vom Verkehr äußerst stark betroffenen Wohngebiete im 22. Bezirk entlastet werden. Wohngebiete insbesondere in der Stadlauer Straße, Polgarstraße, Siebenbürgerstraße und am Biberhaufenweg können nach Fertigstellung der Autobahn Ende 1993 verkehrsberuhigt werden. Erhebliche Verkehrsreduktionen treten außerdem in der Donaustadtstraße und der Wagramer Straße ein.

Bei entsprechenden verkehrsorganisatorischen Maßnahmen bzw. bei Realisierung von Rückbaumaßnahmen kann der Verkehr in der/am

- Stadlauer Straße von derzeit 17.000 Kfz auf 4.000 Kfz
- Siebenbürgerstraße von derzeit 8.000 Kfz auf 2.000 Kfz
- Biberhaufenweg von derzeit 10.000 Kfz auf 4.000 Kfz
- Wagramer Straße im Bereich Zentrum Kagran von derzeit 50.000 Kfz auf 30.000 Kfz-Einheiten und in der
- Donaustadtstraße von derzeit 45.000 auf 25.000 Kfz-Einheiten reduziert werden.

In den Wohngebieten sind dadurch neben der Lärm- und Abgasreduktion auch in gestalterischer Hinsicht (Rückbau) erhebliche Verbesserungen möglich.

Bei der Trassenwahl für diesen Autobahnabschnitt wurden die Inanspruchnahme von wertvollen Grundflächen und die Belastung von Wohngebieten weitgehend verhindert. In den sensiblen Bereichen Wohnhausanlage Smolagasse, Vernholzgasse und Schulzentrum Polgarstraße wird die Autobahn im Tunnel geführt. Von dem insgesamt 3,6 km langen Abschnitt werden inklusive Auf- und Abfahrtsrampen ca. 1,4 km im Tunnel geführt. Hinzu kommen noch insgesamt ca. 400 m lange Abschnitte in Tieflage. In allen nichtuntertunnelten Bereichen sind großzügige Lärmschutzanlagen vorgesehen, wodurch der derzeit bestehende Lärmpegel im unmittelbaren Autobahnbereich auch außerhalb von Wohngebieten kaum überschritten wird.

Durch die Einbindung eines Landschaftsplaners bereits bei der Detailprojektierung können die landschafts- und stadtgestalterischen Aspekte schon vor Baubeginn im Einvernehmen mit dem Bezirk und der betroffenen Bevölkerung festgelegt werden.

Durch die umfassende Information der Bezirksvertretung und der Bevölkerung konnten alle wesentlichen Detailfragen und Wünsche in die Planung einfließen. Dadurch ist es gelungen, für dieses Großprojekt (Kosten ca. 1,8 Mrd. S) eine breite Zustimmung von Seiten der Bevölkerung und der Bezirksvertretung des 22. Bezirkes zu erlangen.

Der Baubeginn ist für Mitte Juli 1989 vorgesehen, die Fertigstellung ist für Herbst 1993 geplant.

3. B 302 Wiener Nordrandstraße:

Zwischen Anschlußstelle Hirschstetten und Wagramer Straße ist die Neuerrichtung einer ca. 4,8 km langen Bundesstraße vorgesehen. Dieser Straßenabschnitt soll gleichzeitig mit der Verlängerung der Südosttangente im Herbst 1993 fertiggestellt sein. Damit kann der von Norden nach Wien einfließende Verkehr großräumig von Wohngebieten abgeleitet und an das hochrangige Wiener Straßennetz geführt werden. Dadurch werden vor allem die Wagramer Straße, die Raffineriestraße sowie die Süßenbrunner Straße erheblich vom Verkehr entlastet.

Die Trassenführung für die B 302 wurde so gewählt, daß keine Wohngebiete zusätzlich belastet werden.

Baubeginn: Anfang 1991, Fertigstellung Herbst 1993.
Kosten: ca. 300 Millionen Schilling.

4. Lärmschutz im Knoten Kaisermühlen:

Zur Reduktion des Lärmpegels für die unmittelbar neben dem Knoten Kaisermühlen liegenden Erholungs- und Siedlungsgebiete werden ab etwa August 1989 die bestehenden Brücken- und Rampenbauwerke mit Lärmschutzwänden versehen.

Kosten: ca. 10 Millionen Schilling, Fertigstellung Ende 1989.

(Forts. mgl.) lf/gg

Vorbereitungen zum Kulturprogramm der Weltausstellung 1995

Kultur als integrierender Bestandteil der Weltausstellung

Wien, 20.6. (RK-KULTUR) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK berichtete am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters über den Stand der Vorbereitungen zum Kulturprogramm der Weltausstellung 1995. Pasterk betonte, daß die Kultur die Weltausstellung konzeptionell mitbestimmen müsse, nicht nur Aufputz sein dürfe. Die vorhandene kulturelle Infrastruktur in Wien — auch die des Bundes — müsse verbessert werden, ein siebenköpfiges Gremium, das im Laufe des Herbstes bekanntgegeben werde, solle Konzepte für das Kulturprogramm der Weltausstellung 1995 entwickeln. Dem bis dahin hoffentlich 50jährigen Frieden in Europa solle eine Großausstellung gewidmet werden.

Das Kulturprogramm der Weltausstellung 1995 wird sich nicht darauf beschränken, ein bloßes Zusatzprogramm zu einem riesigen Unterhaltungs- und Medienspektakel zu sein, sagte Pasterk. Es wird nicht nur das mancherorts zitierte „Pantheon“ parallellaufend zum „Disneyland“ abgeben. Vielmehr soll es sich wesentlich an der Konzipierung des politischen und kulturellen Ideengehalts der Veranstaltung sowie an deren stadtplanerischen und architektonischen Gestaltung beteiligen. Kulturpolitisch entscheidend ist für die Wiener Kulturstadträtin die Frage: Was bleibt in den letzten Jahren unseres Jahrhunderts an qualitativvoller Architektur, an Strukturverbesserung für die Stadt und an Botschaften für die Weltöffentlichkeit übrig.

Der Blick wird nicht ausschließlich auf die sechs Monate des Jahres 1995, sondern auch auf die Jahre davor und die Jahre danach gerichtet sein müssen. Konzepte, die neben den Besucherzahlen, neben dem internationalen Medienecho, auch die Verbesserung der Ausstrahlung und Lebensqualität unserer Stadt berücksichtigen, sollten nicht als „akademisch“, sondern als gesamtkulturell angesehen werden. Das Kulturprogramm wird sich an dem Begriff eines „Europa der Differenzen“ orientieren, entsprechend der Analyse des Historikers Jacob Burckhardt: „Jede nivellierende Tendenz, sei sie politisch, religiös oder sozial, ist für unseren Kontinent lebensgefährlich. Was uns rettet, ist unsere Vielfalt.“

Das Fehlen von Ansprüchen auf europäische Großmachträume wird uns hoffentlich einen bis dahin 50jährigen Frieden beschert haben.

Diesem Frieden als Grundlage jeglicher Kultur wird eine Großausstellung gewidmet sein. Damit soll der Jugend der Welt ein Problem vor Augen geführt werden, das sie aus eigenem Erleben nicht mehr kennt. Die unschätzbare Qualität des europäischen Friedens im Kontrast zu anderen Kontinenten soll in dieser Großausstellung erfahrbar werden.

Die weiteren Programmpunkte sind in Ausarbeitung. Wien Kultur wird diesbezüglich durch einen aus internationalen Fachleuten für Theater, Oper, Musik, Bildende Kunst, Architektur, Multimedia bestehenden Beirat, der von einem Geschäftsführer/einer Geschäftsführerin koordiniert wird, beraten. Die Zusammensetzung dieses Konzeptions-Gremiums wird in nächster Zeit bekanntgegeben werden. Jede vorzeitige Namensnennung würde begreiflicherweise die laufenden Verhandlungen von der Kostenseite her nur belasten.

Kulturstadträtin Ursula Pasterk wird sich neben selbst konzipierten Veranstaltungen und Ausstellungen auch darum bemühen, für den Zeitraum der Weltausstellung die Zeitraster der großen kulturellen Institutionen wie Bundesmuseen, städtische Museen, Bundestheater und private Theater insofern zu verändern, daß für den Besucher der Weltausstellung z.B. Oper und Burgtheater auch im Sommer spielen, die großen Museen auch — wie

international üblich — abends geöffnet halten. Ein wesentlicher Schritt zur Verbesserung der Infrastruktur im Kunstbereich muß bis 1995 gemacht sein: die Errichtung einer großen Kunsthalle im Messepalast.

Forts. von Blatt 1315

KONKRETE PLANUNGSSCHRITTE

Drei Ansatzpunkte:

1. Veränderung der vorhandenen Kultur-Struktur

Alle Museen müssen im Zeitraum der Weltausstellung für längere Öffnungszeiten am Abend sorgen. Sämtliche Bundestheater müßten im Sommer geöffnet sein.

Da diese Veränderung nicht nur Wiener, sondern auch Bundeskultur-Einrichtungen betrifft:

Erstellung eines Forderungskataloges an die Bundes-Kulturinstitutionen.

- Die Bundesmuseen und deren Direktoren werden jetzt schon ersucht, Konzepte zu erarbeiten, wie sie sich für den Besucheransturm von Mai bis Oktober 1995 rüsten wollen: Manche Sammlungen werden umgruppiert, womöglich auch geschlossen werden müssen, besonders heikle Objekte zumindest besonders geschützt.
- Die Staatsoper ist jetzt schon gebeten, dafür Vorsorge zu treffen, daß das Haus im Sommer 1995 bespielt werden kann. Mit den Wiener Philharmonikern sind jetzt schon die dementsprechenden Verträge abzuschließen, um dies zu gewährleisten. Für den Fall dispositioneller Engpässe sollten in der Staatsoper auch internationale Gastspiele für den Sommer 1995 geplant werden.

2. Maßnahmenpaket der Stadt Wien

Für die Programmgestaltung und die Erstellung von Einzelprojekten wird ein aus internationalen Fachleuten für Oper, Theater, Musik, Bildende Kunst, Architektur und Multimedia bestehender Beirat ernannt.

Die Aufgaben dieses Beirates: siehe vorne

Erst durch die jetzt schon in Angriff zu nehmende Veränderung der vorhandenen Kulturstruktur und durch die zeitgerechte Erstellung von Einzelprojekten (also, erst wenn 1 und 2 erfüllt sind) kann folgendes Ziel erreicht werden:

3. Kultur soll innerhalb der Weltausstellung weder bloßes Rahmenprogramm noch bloße „Damenspende“ sein.

Anzustreben ist eine durchgehende „Kulturisierung“ der Weltausstellung. Wer Wien „verkaufen“ will, wird die Kultur verkaufen müssen.

Kultur wird die „Software“ sein innerhalb der „Hardware“ Weltausstellung.

(Schluß) gab/bs

„Grüner Spartarif“ für Haushalte und Landwirtschaft

Bis zu 97 Prozent der Haushalte zahlen weniger

Wien, 20.6. (RK-KOMMUNAL) Die Bemühungen der Wiener Stadtwerke, einen „grünen“ Stromtarif einzuführen, sind nach fast einjährigen Verhandlungen mit den Sozialpartnern nunmehr von Erfolg gekrönt: Wien wird damit voraussichtlich ab Oktober 1989 über den modernsten Stromtarif Österreichs verfügen, der nicht einen hohen Energieverbrauch, sondern im Gegensatz zu den meisten anderen Tarifen das Energiesparen durch niedrigere Kosten belohnt. Dies gaben Dienstag Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Energiestadtrat Johann HATZL bekannt. Zilk bezeichnete das neue Tarifmodell wörtlich als „äußerst wichtig und geradezu sensationell“ für Österreich. Dies sei ein großer und bedeutender Schritt zur „Umweltmusterstadt 2000“. Es diene der Sache und bringe auch den Bürgern materiell etwas.

Nach geringfügigen Änderungen erhalten nun Haushalte und Landwirtschaftsbetriebe den von den Wiener Stadtwerken vorgeschlagenen „progressiven“ Tarif, bei dem ab einer bestimmten Strommenge der Grundpreis höher wird. Für Gewerbebetriebe kommt es zu einem „linearen“ Tarif, bei dem der Grundpreis unabhängig vom Verbrauch fix ist, nachdem die Bundeswirtschaftskammer dem Grundgedanken des neuen Systems, Stromsparer zu belohnen, für ihre Mitglieder nicht zustimmte.

ENDGÜLTIG GESTORBEN — UND DAS IST EIN ERFOLG DES ENERGIESPARGEDANKENS UND DER WIENER STADTWERKE — IST IN WIEN JEDENFALLS DER „DEGRESSIVE“ TARIF, BEI DEM EIN HÖHERER VERBRAUCH ZU GERINGEREN DURCHSCHNITTSKOSTEN PRO KILOWATTSTUNDE FÜHRT. Nach der Einigung mit den Sozialpartnern ist nun noch die Zustimmung der Preisbehörde im Wirtschaftsministerium erforderlich. Dies soll bei einer Sitzung Anfang Juli erfolgen, sagte Stadtrat Hatzl.

Wesentliche Vereinfachung des Tarifsystems

Der Grundgedanke des neuen Tarifsystems — ein einheitlicher Tarif für Haushalt, Gewerbe und Landwirtschaft — konnte wegen des Widerstandes der Bundeswirtschaftskammer nicht ganz verwirklicht werden, trotzdem kommt es zu einer wesentlichen Verwaltungsvereinfachung für die Stadtwerke und damit auch für die Kunden zu einer wesentlichen Vereinfachung. Viele Spezialtarife wie zum Beispiel der Kleinstabnehmerarif sowie das für die Kunden lästige „Tarifaufnehmen“ und das Besuchen von Anlagen fallen weg. Für die Grundpreisberechnung werden statt Tarifräumen, Hektar oder Anschlußwert der Maschinen nur mehr elektrische Bezugsgrößen gelten. Dadurch kann der Kunde jederzeit seinen gesamten Strompreis —, Arbeits- plus Grundpreis — durch eine einfache Zählerablesung feststellen. Der neue Tarif ist damit viel durchschaubarer für die Kunden, stellte Hatzl fest. Bisher war jeder verpflichtet, bei Änderungen des Anschlußwertes das E-Werk zu informieren, was nun auch wegfällt.

Die Tarife im einzelnen

Die neuen Tarife im einzelnen: Der Arbeitspreis beträgt für Haushalte, Landwirtschaft und Gewerbe einheitlich 114 Groschen pro Kilowattstunde. Der Grundpreis ist bei Haushalten und Landwirtschaftsbetrieben gestaffelt, er beträgt bis zu einem Verbrauch von 5.840 Kilowattstunden 20 Groschen und darüber 82 Groschen. 65,70 Schilling ist der Mindestbetrag, den auch jemand pro Jahr zahlen muß, der keinen Verbrauch hat. Stadtrat Hatzl garantierte diesen Tarif in seiner Höhe bis Juni 1991, sofern die Einstandspreise bzw. die Rohenergie nicht um mehr als fünf Prozent steigen. Beim Gewerbe beträgt der Grundpreis unabhängig vom Verbrauch

82 Groschen je Kilowattstunde. Der „Schwachlasttarif“ für Nachtstromheizungen wird um 4,7 Groschen pro Kilowattstunde verbilligt, die Staffe- lung fällt hier wie auch bei den Industriebetrieben, mit denen es Sonderver- träge gibt, weg. Die Warmwasseraufbereitung wird durch eine „Rund- steuerung“ von acht auf 16 Stunden ausgeweitet. Durch diese Maßnahmen sollen Belastungstäler gefüllt und durch den dabei erzielten Lastausgleich die Stromaufbringung für die E-Werke günstiger werden.

Für 97 Prozent der Haushalte wird Strom billiger

Von den 974.000 Haushalten, die von den Wiener E-Werken mit Strom ver- sorgt werden, liegen 97 Prozent in ihrem Verbrauch unter dem Grenzwert. Für sie wird ab Oktober der Strom billiger werden. Nur für jene drei Prozent der Haushalte, die echte „Stromfresser“ in Verwendung haben wie Hei- zungen für Swimmingpools, Garagenauffahrten und dergleichen wird es zu einer Verteuerung kommen. Rund 17.000 Haushalte werden im Jahr um bis zu 300 Schilling, 9.000 um bis zu 1.000 sowie rund 15.000 mehr als 1.000 Schilling mehr zahlen müssen.

Von den etwa 3.300 Kunden der Wiener E-Werke im Bereich der Landwirt- schaft werden mehr als die Hälfte mit dem neuen Tarif weniger für den Strom zahlen.

Von den etwa 100.000 im Gewerbetarif verrechneten Anlagen wird der neue Stromtarif für etwa 77 Prozent zu Einsparungen führen. Mit dem von den Stadtwerken vorgeschlagenen progressiven Tarif, den die Bundes- wirtschaftskammer abgelehnt hat, wären es sogar fast 86 Prozent ge- wesen. Für Gewerbebetriebe gibt es auch die Möglichkeit, auf den soge- nannten „M-Tarif“ umzusteigen. Die E-Werke beraten in ihrem Kunden- dienstzentrum ausführlich darüber, welcher Tarif günstiger ist.

Mindereinnahmen fast eine halbe Milliarde

Insgesamt kostet der neue, „grüne“ Tarif den E-Werken im Jahr fast eine halbe Milliarde Schilling, um die sie weniger einnehmen werden.

Diese Mindereinnahmen werden durch die Verwaltungsvereinfachungen kompensiert sowie durch den Umstand, daß bei einem Erfolg des neuen Tarifsystems, das ja zum Stromsparen führen soll, auch für die E-Werke die Stromaufbringung billiger wird — so könnte etwa der Bau eines zusätz- lichen Kraftwerksblockes entfallen.

Niederösterreicher zahlen bei Wiener E-Werk weniger

Für die Kunden der Wiener E-Werke in den niederösterreichischen Um- landgemeinden wirkt sich das neue Tarifsysteem so aus, daß die über- wiegende Mehrheit in Zukunft weniger für den Strom zu zahlen haben wird, als die Kunden der EVN. Darauf wies Stadtrat Hatzl ausdrücklich hin. So werden 88 Prozent der Haushalte bei den Wiener E-Werken einen günsti- geren Tarif als bei den EVN vorfinden sowie 80 Prozent der Landwirt- schaftsbetriebe und 60 Prozent der Gewerbebetriebe.

Informationskampagne der E-Werke

Sobald der endgültige Bescheid der Preisbehörde im Wirtschaftsministe- rium über das neue Tarifsysteem vorliegt, wird eine große Informations- kampagne der Wiener E-Werke beginnen. Im Kundendienstzentrum der E-Werke in der Spitalgasse 5-9 wird eine Servicestelle mit einer eigenen Telefonnummer für Anfragen zur Verfügung gestellt. Auch die Kunden- dienstzeitung der Wiener Stadtwerke, „24 Stunden für Wien“, wird ausführ- lich über den „grünen Spartarif“ informieren. Weiters wird derzeit überlegt, jedem Kunden der Wiener E-Werke ein Informationsblatt zuzusenden, in dem auf der Basis seiner letzten Jahresabrechnung die Auswirkungen der Tarifreform ausgerechnet werden.

Forts. von Blatt 1317

Forts. auf Blatt 1319

Derzeit können die Wiener E-Werke noch keine endgültigen Auskünfte bei Anfragen von Kunden über das neue Tarifsysteem geben, weil der Bescheid der Preisbehörde noch nicht vorliegt, und geringfügige Änderungen noch möglich sind. Trotzdem kann sich jeder Strombezieher schon jetzt ungefähr ausrechnen, was er sich mit dem neuen Spartarif ersparen wird, wenn sein jährlicher Verbrauch unter 5.840 Kilowattstunden liegt: Er muß nur die Verbrauchszahl seiner letzten Jahresabrechnung in Kilowattstunden mit der Zahl von 134 Groschen multiplizieren den sogenannten „Meßpreis“ hinzurechnen und mit seinen letzten Jahreskosten vergleichen. Natürlich wird es für die meisten Kunden bei der nächsten Jahresabrechnung zu einer „Mischabrechnung“ kommen, weil die Jahresabrechnungen in Wien ja über das ganze Jahr verteilt vorgenommen werden, und dadurch zum Teil noch der alte Tarif zum Tragen kommt. Achtung! Wenn der Verbrauch von 5.840 Kilowattstunden überschritten wird, werden nur die über dieser Grenze liegenden Kilowattstunden zum höheren Tarif verrechnet und nicht der gesamte Verbrauch. (Schluß) roh/bs

Forts. von Blatt 1318

Der Gürteltunnel ist zielführend

Wien, 20.6. (RK-KOMMUNAL) Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA hob am Dienstag im Bürgermeisterpressegespräch nochmals die Vorteile für das Projekt Umwelttunnel Gaudenzdorfer Knoten und Margaretengürtel hervor. Das von der Volkspartei geforderte Projekt der Untertunnelung des Europaplatzes sei für den Umweltschutz weniger zielführend. Im Detail, so Swoboda, wohnen im unmittelbaren Einzugsbereich des Europaplatzes etwa 600 Bürger, auf dem Margaretengürtel hingegen mehr als 2.000. „Wir müssen die beschränkten Mittel dort einsetzen, wo sie für den Umweltschutz mehr bringen“, meinte der Stadtrat. Nach der Fertigstellung der U 3 und des Umsteigeknotens U 3/U 6 wird es außerdem zu einem drastischen Absinken der Fußgängerzahlen auf dem Europaplatz selbst kommen. Die Fachleute rechnen damit, daß 80 bis 90 Prozent der Fußgänger die unterirdischen Bauwerke dieses Knotens und nicht die Straßenoberfläche benutzen werden. Außerdem würde ein Längstunnel am Europaplatz jede künftige Einbindung der Westeinfahrt in diesem Bereich unmöglich machen. (Schluß) fk/bs.

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlagsdruckerei: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus 3, S tiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus
3, S tiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 21. Juni 1989

Blatt 1321

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Samstag wieder Blumenkorso im Prater (1323)
- Hallenbad Brigittenau vorübergehend gesperrt (1323)
- Folklore und Familiensonntag am Rathausmarkt (1324)
- Sonntag Kinderfestival der Jugendzentren (1324)
- Swoboda: Bericht über den Planungsstand für die U 6/Nord (1327)
- Wiener Krankenanstaltengesetz wird geändert (1328/1329)
- Die Wiener Medizin im Jahr 2000 (1330/1331)
- „Schnupperfest“ eröffnet Ferienspielsaison (1332)
- FPÖ fordert Privatisierung der Wiener Messe (1334)
- Alle Parteien stimmten Wohnbauvereinigungen zu (1334)
- Branchenkonferenz der vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (1335)

Kultur:

- Ehrenmedaille in Gold für Georges Prêtre (1322/FS: 20.6.)
- 30 Kilometer Landesarchiv (1325/1326)
- Tag der offenen Tür in Schloßhof und Niederweiden (1333)
- Jubiläumsausstellung des Wiener Stadt- und Landesarchivs (nur FS)

Ehrenmedaille in Gold für Georges Prêtre

Wien, 20.6. (RK-KULTUR) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK überreichte am Dienstag im Wiener Rathaus Georges PRÊTRE die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold. Pasterk verwies auf die langjährige künstlerische Beziehung Prêtres zur Wiener Oper und zu den Wiener Philharmonikern, vor allem aber auf die beispielgebende Art und Weise, in der Prêtre als Erster Gastdirigent der Wiener Symphoniker das Konzertleben der Stadt mitgestaltet hat.

Auch Bürgermeister Dr. Helmut ZILK stellte sich als Gratulant bei Georges Prêtre ein. Weiters nahmen an der Feier unter anderem der französische Botschafter, Jean-Francois NOIVILLE, Stadträtin Maria HAMPEL-FUCHS und Nationalratsabgeordneter Franz MRKVICKA teil. (Schluß) gab/rr



Foto: PID/Hutterer

Bereits am 20. Juni 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Samstag wieder Blumenkorso im Prater

Wien, 21.6. (RK-LOKAL) Der 10. Blumenkorso (seit 1945) findet am kommenden Samstag, dem 24. Juni, wieder im Prater statt. Start ist um 15 Uhr. Die Aufstellung erfolgt beim Messegelände in der Südportalstraße. Die Route: Südportalstraße - Kaiserallee - Hauptallee - Praterstern - Ausstellungsstraße - Straße des 1. Mai - Jantschweg - Ehrentribüne (2. Rondeau) - Jantschweg - Zufahrtsstraße - Restaurant „Walfisch“ - „Schweizerhaus“ - Waldsteingartenstraße - Hauptallee - Kaiserallee - Südportalstraße.

Unter den Attraktionen des diesjährigen Korso: historische Fabeltiere, ein „fahrender Streichelzoo“, die Faschingsgilde Mödling, Oldtimer, dekorierte Schneeräumfahrzeuge und viel Musik.

Zehn der schönsten Fahrzeuge werden prämiert. Die Jury leitet Franz ANTEL, moderiert wird der Blumenkorso von Brigitte XANDER.

Den Ehrenschutz der Veranstaltung haben Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und der Wiener Handelskammerpräsident KR Ing. Karl DITTRICH übernommen. Die Veranstaltung findet bei jedem Wetter statt. (Schluß) emw/rr

Hallenbad Brigittenau vorübergehend gesperrt

Wien, 21.6. (RK-KOMMUNAL) Das Hallenbad Brigittenau, 20, Klosterneuburger Straße 93-97, ist vorübergehend ab heute, Mittwoch bis 5. Juli gesperrt. Es werden Arbeiten an der Saunakammereinrichtung sowie am Verteiler der Heizungsanlage durchgeführt. Das Brausebad ist nur am 22. und 23. Juni geschlossen. (Schluß) du/bs

Folklore und Familiensonntag am Rathausmarkt

Wien, 21.6. (RK-KOMMUNAL) Am Freitag der „Tag der Folklore“ (ab 10 Uhr), am Samstag ab 14 Uhr „Wiener Blasorchester – Wiener Lieder – Wiener G'schicht'n“ und am Sonntag ab 10 Uhr großer Familiensonntag – das sind die letzten drei Tage auf dem Wiener Rathausmarkt am Rathausplatz. Der Markt ist noch bis einschließlich Sonntag, den 25. Juni, täglich von 10 bis 20 Uhr geöffnet (die Ausstellung in der Volkshalle schließt am 23. Juni um 19 Uhr ihre Tore).

Am Schlußtag, Sonntag, 25. Juni, gibt es auf dem Rathausmarkt auch den großen Familiensonntag mit Kinderattraktionen (Blumenbinden, Töpferwerkstätte, Basteln mit Leder, usw.) und Frühschoppen. (Schluß) hrs/rr

Sonntag Kinderfestival der Jugendzentren

Wien, 21.6. (RK-KOMMUNAL) Zum 1. Wiener Kinderfestival laden die Jugendzentren der Stadt Wien im Rahmen der Mitspielaktion zum zehnjährigen Bestehen des Vereins Wiener Jugendzentren am Sonntag, dem 25. Juni, in die Prager Straße 20 (Mautnervilla) ein. Neben der größten Luftburg Österreichs gibt es bei diesem Riesen-Sommerspektakel von 14 bis 17 Uhr auch einen Kreativcorner, den Kinderwurli, Rollenrodeln, einen Fahrrad-Geschicklichkeitswettbewerb und vieles andere.

Bei Schlechtwetter findet die Veranstaltung im Zentrum „Fritz“, 20, Adalbert-Stifter-Straße 73, statt. (Schluß) jel/gg

30 Kilometer Landesarchiv

Das Wiener Stadt- und Landesarchiv ein „Hunderter“

Wien, 21.6. (RK-KULTUR/LOKAL) Am 25. Juni feiert das Wiener Stadt- und Landesarchiv seinen 100. Geburtstag als selbständige Abteilung. Aus diesem Anlaß findet am Donnerstag, dem 22. Juni, um 18 Uhr im Wappensaal des Wiener Rathauses eine Festveranstaltung statt, und im Arkadenhof wird von 23. Juni bis 31. August unter dem Titel „Wien. Entwicklung und Erscheinung“ die Jubiläumsausstellung des Archivs gezeigt.

Die ersten Nachweise über das Bestehen eines städtischen Archivs in Wien finden sich im 14. Jahrhundert, doch ging dies über das Aufbewahren einzelner wichtiger Schriftstücke in der Stadtkanzlei oder später bei den einzelnen städtischen Ämtern nicht hinaus. Erst seit dem 18. Jahrhundert las-



Landesarchiv auf Regalen von 30 Kilometer Länge

Foto: Wiener Stadt- und Landesarchiv

sen sich Bemühungen um eine regelmäßige Betreuung des Archivs erkennen. Die historischen Bestände wurden allerdings gemeinsam mit der

Forts. auf Blatt 1326

Forts. von Blatt 1325

Registratur geführt, und es blieb dem 19. Jahrhundert vorbehalten, die entscheidende Trennung vorzunehmen (1863). Personell blieb das Archiv zunächst aber noch mit der städtischen Bibliothek und dem Waffensmuseum verbunden. Erst mit dem Gemeinderatsbeschluss vom 25. Juni 1889 wurde das Archiv zu einem selbständigen Amt. Die Fülle der Aufgaben machte diesen Schritt notwendig.

Das Archiv war damals noch nicht allzu umfangreich; die älteren Bestände, vielfach die Reste unvollständig erhaltener Amtsregistraturen, wurden in einem großen Sammlungsbestand „Hauptarchiv“ – gegliedert in Urkunden und Akten – zusammengefaßt, dazu kam das Archiv des Wiener Bürgerspitals. Um die Jahrhundertwende kamen die alten Registraturen zahlreicher Gewerbegeossenschaften und eine große Zahl historischer Grundbücher hinzu.

Das 20. Jahrhunderts brachte eine wesentliche Veränderung in der Aufgabenstellung. Die Bundesverfassung von 1920 sah die Erhebung Wiens zum Bundesland vor. Damit rückte das Archiv der Stadt Wien in den Rang eines Landesarchivs auf und übernahm somit auch die Zuständigkeit für Registraturbestände von Bundesbehörden unterer und mittlerer Instanz; dazu gehören die umfangreichen und bedeutsamen Gerichtsarchivalien (Zivil- und Strafgerichtsbarkeit) oder die historischen Meldebestände mit ihrer Relevanz für den Sozialbereich. Auch die Stadt Wien ließ ihre Zentralregistratur auf und übergab die Materialien dem Archiv.

Zu diesen Bestandsgruppen, die aus der unmittelbaren Funktion erwachsen, kamen in steigendem Maß Sammlungen hinzu (Nachlässe, Kartographische Sammlung usw.), die im Lauf der Zeit ihre Schwerpunkte änderten – so zählt zu den jüngsten, aber sehr umfangreichen, die Fotosammlung. Seit 1977 wird auch eine zeitgeschichtliche, kommunalpolitisch orientierte Dokumentation geführt, in deren Rahmen auch ein Sachregister für die Sitzungen des Wiener Landtags und Gemeinderats erstellt wird. Heute haben die im Wiener Stadt- und Landesarchiv (so der seit 1973 offizielle Name) verwahrten Materialien bereits einen Umfang von mehr als 30 Kilometer Stellänge erreicht. Die wissenschaftliche Archivbibliothek, die den Mitarbeitern ebenso wie anderen Benützern zur Verfügung steht, umfaßt rund 75.000 Bände, darunter insbesondere zahlreiche ausländische landeskundliche Zeitschriften.

Zur Erschließung der Bestände, die jährlich von rund 5.000 Besuchern eingesehen werden und aus denen pro Jahr bis zu 7.000 schriftliche Auskünfte zu erteilen sind, gehören die Herausgabe eines gedruckten Inventars, das in abgeschlossenen Heften erscheint, und die Auswertung in Form von Ausstellungen und wissenschaftlichen Publikationen. Dazu zählt in hervorragender Weise die Erarbeitung des Historischen Atlas von Wien, die in Kooperation mit dem Ludwig-Boltzmann-Institut für Stadtgeschichtsforschung erfolgt. In dieser Zusammenarbeit entsteht im Wiener Stadt- und Landesarchiv auch der Österreichische Städte-Atlas. (Schluß)
am/bs

Swoboda: Bericht über den Planungsstand für die U 6/Nord

Wien, 21.6. (RK-KOMMUNAL) Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA gab Dienstag nachmittag in einer öffentlichen Sitzung der Floridsdorfer Bezirksvertretung im Haus der Begegnung einen Bericht über den aktuellen Stand der Planungen für die Verlängerung der U 6 nach Floridsdorf.

Anlaß für die öffentliche Bezirksvertretungssitzung war eine Reihe von offenkundig falschen Informationen, die insbesondere die Bewohner des „Bruckhafens“ verunsichert hatten.

Wie Swoboda in seinem Bericht klarstellte, sei die Verlängerung der U 6 nach Floridsdorf nicht nur ein langgehegter Wunsch der Floridsdorfer, sondern auch im Zusammenhang mit der geplanten EXPO 95 eine unbedingt notwendige Infrastrukturmaßnahme.

Zusammen mit der bestehenden U 1 und den S-Bahn-Verbindungen soll die U 6 ca. 80 bis 90 Prozent der erwarteten EXPO-Besucher befördern.

Derzeit sind die Verhandlungen zwischen Wien und dem Bund über die U 6-Verlängerung noch im Gange; er hoffe aber, so Swoboda, daß trotz der Einsprüche mancher ÖBB-Kreise gegen eine Parallelführung von U 6 und S-Bahn eine rechtzeitige Einigung zustande kommen wird.

Aus der Sicht der Stadt Wien ist nach wie vor geplant, die U 6 bereits 1995 bis zum Franz-Jonas-Platz zu führen, man muß aber damit rechnen, daß der Fahrgastbetrieb bis zur EXPO nur bis zur Haltestelle Strandbäder möglich sein wird.

Bruckhausen bleibt verkehrsfrei

In jedem Fall wird aber dafür Sorge getragen, daß durch entsprechende Verkehrsregelungsmaßnahmen das Siedlungsgebiet Bruckhausen vom EXPO-Individualverkehr freigehalten wird.

Stadtrat Dr. Swoboda bekräftigte, daß entgegen anderslautenden Meldungen lediglich maximal fünf Kleingärten der U 6-Trasse werden weichen müssen, für die selbstverständlich entsprechender Ersatz geschaffen wird. Der Stadtrat unterstrich in diesem Zusammenhang, daß es sich dabei nicht um eine Floridsdorfer Ausnahmesituation handelt, sondern daß in ganz Wien seitens der Stadt notwendige Absiedlungen nur mit Ersatzleistungen durchgeführt werden. Swoboda wies in diesem Zusammenhang jeden oppositionellen Verunsicherungsversuch aufs heftigste zurück. Wie Swoboda abschließend betonte, wird die Verlängerung der U 6, über deren weiteren Planungsverlauf die betroffene Bevölkerung selbstverständlich laufend informiert wird, eine bedeutende Verbesserung für zehntausende Floridsdorfer bringen und dem Bezirk, der einwohnermäßig einer österreichischen Großstadt entspricht, eine leistungsfähige öffentliche Verkehrsverbindung bieten. (Schluß) lf/rr

Wiener Krankenanstaltengesetz wird geändert

Bundesländer müssen für die Behandlung ihrer Patienten in Wiener Spitälern bezahlen

Wien, 21.6. (RK-KOMMUNAL) Wie der Verfassungsgerichtshof festgestellt hat, ist das Land Wien nur verpflichtet, die Pflege in öffentlichen Krankenanstalten für die Wiener Bevölkerung sicherzustellen. Diese neue Situation bedingt nun eine Änderung des Wiener Krankenanstaltengesetzes 1987. Bei dieser Gelegenheit werden auch andere Bestimmungen des Gesetzes geändert. Der Gemeinderatsausschuß für Gesundheits- und Spitalswesen hat in seiner Sitzung Dienstag nachmittag den Entwurf für das neue Wiener Krankenanstaltengesetz genehmigt. Das Gesetz soll nächste Woche vom Wiener Landtag beschlossen werden.

Das neue Gesetz sieht vor, daß die Aufnahme von Patienten in Wiener öffentlichen Krankenanstalten auf Personen beschränkt ist, die Wiener Landesbürger sind oder als Fremde ihren ordentlichen Wohnsitz in Wien haben. Unabweisbare Kranke (Lebensgefahr, Gefahr von sonst nicht vermeidbarer schwerer Gesundheitsschädigung, Frauen unmittelbar vor der Entbindung, Einweisung durch Behörden) müssen aber jedenfalls in Anstaltspflege genommen werden, auch wenn sie ihren ordentlichen Wohnsitz nicht in Wien haben. Ebenso darf unbedingt notwendige ärztliche Hilfe in öffentlichen Spitälern niemandem verweigert werden.

Patienten aus anderen österreichischen Bundesländern, die anstaltsbedürftig sind oder sich einem operativen Eingriff unterziehen, sind in der allgemeinen Gebührenklasse aufzunehmen,

- wenn sie eine Kostenübernahmeerklärung über den Behandlungsbeitrag des Bundeslandes vorweisen, in dem sie ihren ordentlichen Wohnsitz haben, oder
- wenn dieses Bundesland eine entsprechende Vereinbarung mit dem Rechtsträger der öffentlichen Krankenanstalt abgeschlossen hat.

Die Verpflichtung zur Leistung des Behandlungsbeitrages trifft also nicht den Patienten, sondern jenes Bundesland, in dem er seinen ordentlichen Wohnsitz hat.

Liegen diese Voraussetzungen nicht vor, können Patienten dann aufgenommen werden, wenn dadurch die Versorgung von Patienten, die Wiener Landesbürger sind oder als Fremde ihren ordentlichen Wohnsitz in Wien haben, nicht gefährdet wird. Da in Wien eine entsprechende Kapazität vorhanden ist, wird sich an den bisherigen Aufnahmemodalitäten praktisch nichts ändern.

Der Gesetzesentwurf sieht die Möglichkeit vor, daß fremden Staatsangehörigen, die nur zur Behandlung nach Wien kommen, die durch Untersuchungen und Behandlungen tatsächlich erwachsenden Kosten in Rechnung gestellt werden können. Ausgenommen davon sind unter anderem unabweisbare Patienten (Lebensgefahr, Gefahr schwerer Gesundheitsschädigung usw.) und Flüchtlinge.

Weitere wichtige Änderungen im Wiener Krankenanstaltengesetz

- Die Sonderklasse öffentlicher Krankenanstalten soll an die höheren Ansprüche der Sanatorien bei der Verpflegung und der Unterbringung angeglichen werden. Damit soll die Wettbewerbsfähigkeit öffentlicher Krankenanstalten auf diesem Gebiet erhöht werden.
- Die Höchstgrenze der in öffentlichen allgemeinen Krankenanstalten, in öffentlichen Sonderanstalten und in privaten gemeinnützigen, allgemeinen Krankenanstalten systemisierten Betten darf (ohne Neurologie und Psychiatrie) die Zahl von 13.811 nicht übersteigen. Zur Deckung eines dringenden Bedarfs darf diese Zahl um höchstens zwei Prozent überschritten werden.

- In einer Krankenanstalt, an der klinische Prüfungen von Arzneimitteln durchgeführt werden, ist mindestens eine Kommission einzurichten, die die Durchführung der Prüfungen aus ethischer Sicht beurteilt (Ethikkommissionen). Auch die Zusammensetzung der Kommissionen wird durch das Gesetz geregelt.
- Bei der Entlassung eines Patienten ist neben dem Entlassungsschein unverzüglich ein Arztbrief anzufertigen, der die für eine allfällige weitere medizinische Betreuung maßgebenden Angaben und Empfehlungen zu enthalten hat. Dieser Arztbrief ist — je nach der Entscheidung des Patienten — diesem, dem einweisenden oder dem weiterbehandelnden Arzt zu übermitteln.
- Nach Stellenausschreibungen für ärztliche Führungspositionen in öffentlichen Krankenanstalten wird der Landessanitätsrat in Hinkunft nicht nur die fachliche Befähigung, sondern auch die Befähigung zur Leitung begutachten.

(Schluß) sc/rr

Forts. von Blatt 1328

Die Wiener Medizin Im Jahr 2000

Neues Buch über die Medizin der Zukunft

Wien, 21.6. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER präsentierte Dienstag abend in einem Pressegespräch in Wien den zweiten Band der Buchreihe „Medizin 2000 — Medizin der Zukunft“. In der Publikation werden drei Hauptthemen behandelt:

- Prävention (Vorbeugung und Verhütung von Krankheiten)
- Krankenpflege im Jahr 2000
- Medizinisch-technischer Dienst.

Das Buch wurde von der Wiener Arbeitsgemeinschaft für Volksgesundheit mit Unterstützung der Chemie Linz Pharma AG im Dr. Peter Müller-Verlag herausgegeben. Es ist um 420 Schilling in Fachbuchhandlungen erhältlich.

Projekt „Medizin und Gesundheit 2000“

Ende 1986 hatte Stadtrat Stacher Ärzte, Schwestern und Pfleger, medizinisch-technisches Personal, Psychologen und andere an der Medizin interessierte Gruppen eingeladen, sich im Rahmen eines Projekts „Medizin und Gesundheit 2000“ mit der Zukunft der Medizin auseinanderzusetzen. Es sollten die zu erwartenden medizinischen Entwicklungen und wünschenswerten Änderungen im Gesundheitswesen diskutiert und die Ergebnisse schriftlich festgehalten werden. Das Echo war enorm. Es meldeten sich mehr als 1.200 Ärzte und mehr als 600 Angehörige anderer Berufsgruppen, die an der Medizin der Zukunft interessiert waren. Die Diskussionen fanden in 120 Arbeitsgruppen innerhalb von acht Arbeitskreisen statt.

Dokumentation des Projektes

Allen Teilnehmern der Arbeitskreise wurden zehn Fragen zur Zukunft der Medizin gestellt. Fragen und Antworten wurden in einer ersten Publikation, „Medizin und Gesundheit 2000“, Anfang 1988 festgehalten. Im September 1988 wurde die Dokumentation der Diskussionsergebnisse mit dem ersten Band der Buchreihe „Medizin 2000 — Medizin der Zukunft“ fortgesetzt. Diese Publikation hatte die zu erwartenden Entwicklungen in den verschiedenen medizinischen Bereichen zum Inhalt. In fast allen Fächern wird eine explosionsartige Vermehrung der diagnostischen und therapeutischen Möglichkeiten erwartet.

Prävention heute und im Jahr 2000

Im nun vorliegenden zweiten Band der Buchreihe beschäftigen sich fünf Beiträge mit Themen der Gesundheitsvorsorge. Sie dokumentieren die Diskussionsergebnisse von 203 Mitarbeitern des Arbeitskreises Prävention. Interessant sind die Ergebnisse einer Fragebogen-Erhebung unter den Mitarbeitern: Der Prävention in der Gesamtmedizin heute billigten nur 20,4 Prozent einen sehr hohen, 19,4 Prozent einen hohen und 59,2 Prozent einen geringen Stellenwert zu. Für das Jahr 2000 hingegen wird der Prävention in der Gesamtmedizin von 55,3 Prozent ein sehr hoher, von 39,8 Prozent ein hoher und nur von 2,9 Prozent ein geringer Stellenwert diagnostiziert.

Bemerkenswert ist die Beurteilung des Stellenwertes von Präventivmaßnahmen in der Gegenwart und die Prognose des Stellenwertes für das Jahr 2000.

Welche Präventivmaßnahmen haben heute beziehungsweise im Jahr 2000 einen sehr hohen Stellenwert?

- Reduzierung der Umweltbelastung: derzeit 19 Prozent, im Jahr 2000 66 Prozent,
- Gesundheitserziehung und Gesundheitsberatung: derzeit 14 Prozent, im Jahr 2000 39 Prozent,

- Ausbau der Arbeitsmedizin: derzeit 10 Prozent, im Jahr 2000 19 Prozent,
- gesundheitsfördernde Freizeitgestaltung: derzeit 12 Prozent, im Jahr 2000 24 Prozent,
- medizinische Vorsorgemaßnahmen: derzeit 12 Prozent, im Jahr 2000 42 Prozent,
- soziale Vorsorgemaßnahmen: derzeit 8 Prozent, im Jahr 2000 25 Prozent.

Andere Beiträge zum Thema Gesundheitsvorsorge beschäftigen sich mit Umweltmedizin und Arbeitsmedizin sowie mit der Wohnmedizin.

Krankenpflege im Jahr 2000

Der Arbeitskreis Krankenpflege hatte 162 Mitarbeiter. Neun Berichte sind das Ergebnis der Beratungen zum Thema „Krankenpflege 2000“. So beschäftigt sich ein Beitrag mit der Änderung der Krankenpflegeausbildung und der Anhebung des Ausbildungsniveaus. Der Vorschlag sieht eine Ausbildung in Form einer Berufsbildenden Höheren Schule vor — mit einem Eintrittsalter von 14 Jahren, einer sechsjährigen Dauer und einem Abschluß mit Diplom und Matura. Nach einem positiven Abschluß des dritten Ausbildungsjahres bestünde die Möglichkeit der Tätigkeit im Sanitätshilfsdienst. Die praktische Arbeit am Krankenbett sollte erst ab dem 17. Lebensjahr beginnen. Die Ausbildung sollte für alle Pflegebereiche gemeinsam erfolgen. Nach der Matura wäre die Möglichkeit einer kurzen fachspezifischen Ausbildung mit Prüfungsabschluß als Voraussetzung für leitende Funktionen vorzusehen.

Andere Beiträge befassen sich mit den Rationalisierungsmöglichkeiten des Arbeitsablaufes im Krankenhaus, mit einer Verbesserung der Strukturen, mit der Rehabilitation, mit der Organisation des Pflegedienstes, mit der Pflegeforschung, der Pflege in der Wohnung, der Zusammenarbeit des Pflegepersonals mit anderen Berufsgruppen, mit dem Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung im Pflegebereich sowie mit der Geburt im Krankenhaus und zu Hause.

Medizinisch-technische Dienste

Fünf Beiträge im zweiten Band der „Medizin der Zukunft“ präsentieren Ergebnisse der Beratungen im Arbeitskreis Medizinisch-technischer Dienst, in dem 47 Fachleute dieses Bereichs vertreten waren. Auch hier beschäftigt sich ein Beitrag mit der interdisziplinären Zusammenarbeit im Krankenhaus. Zwei Berichte befassen sich mit der Entwicklung im Radiologisch-technischen Bereich bei den bildgebenden Verfahren, in der Strahlentherapie und in der Nuklearmedizin sowie mit den Zukunftsaspekten für den Medizinisch-technischen Laboratoriumsdienst auf Grund der Automatisierung im Labor und neuer Wege in der Labordiagnostik. Ein Beitrag behandelt den Einsatz der Medizinisch-technischen Dienste in der Rehabilitation innerhalb und außerhalb des Krankenhauses, eine weitere Forderung für eine Neuordnung der Ausbildung in allen Medizinisch-technischen Diensten.

Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

Zwei Beiträge beschäftigen sich mit der „Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit im Gesundheitswesen“ und der „Öffentlichkeitsarbeit in der pharmazeutischen Industrie“. Schließlich enthält das Buch auch noch den Wortlaut der Deklaration zur Gesundheitsförderung in Wien „Wien — Gesunde Stadt“. Diese Deklaration wurde vom Wiener Gemeinderat am 27. Jänner 1989 einstimmig beschlossen. (Schluß) sc/rr

Forts. von Blatt 1330

„Schnupperfest“ eröffnet Ferienspielsaison

Wien, 21.6. (RK-KOMMUNAL) Mit einem „Schnupperfest“ auf dem Rathausplatz wird am Sonntag, dem 2. Juli, von 14 bis 17 Uhr das Ferienspiel 1989 eröffnet. Über das Programm und die interessanten Angebote des „Wiener Ferienspiels“, das bis 3. September dauert, und der Aktion „Jugend in Wien“ informierte Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL Mittwoch in einem Pressegespräch.

Beim „Ferienspiel-Schnupperfest“ wird auch der absolute Höhepunkt des diesjährigen Programmes präsentiert: die „Kinderspielstadt“ am Rathausplatz. Auf 120.000 Quadratmeter steht den Ferienspielern ab 2. Juli drei Wochen lang eine eigene Stadt der Kinder mit Stadttoren, 35 Häusern, Werkstätten, einem Kinder-Krankenhaus, Kreativ- und Spielbereichen, Beisl und Uhrturm zur Verfügung. Jeden Samstag wird es in der „Kinderspielstadt“ einen Schanigarten, jeden Sonntag ein Strandfest am Sandstrand eines Swimmingpools geben.

Neben vielen Möglichkeiten zum Spielen, Sporteln, Werken und Zusammensein mit anderen Kindern gibt es während des Ferienspiels aber auch eine Reihe von kulturellen Höhepunkten für alle, die die Ferien zu Hause verbringen, wie „Vivaldi für Kinder“, „Tänze aus aller Herren Länder“ im Märzpark und die Aktion „Pantomime und Musik“. Im Raimund Theater können die Ferienspiel-Teilnehmer bei Probenarbeiten zusehen, und im Theater an der Wien heißt es „Das Phantom zeigt euch die Oper“.

Besonders viele Teilnehmer erwarten die Mitarbeiter des Wiener Landesjugendreferates, die das Ferienspiel heuer zum 17. Mal organisiert haben, auch bei den Aktionen „Wiener-Stadt-Expedition“, „Zoo aktiv“ und den Besuchen im Stadtgartenamt.

Auch 1989 gibt es im Rahmen des Ferienspiels eine Aktion „Ferien in Wien“ mit einem Spezialprogramm für 11- bis 15jährige Ferienspielteilnehmer.

Die Ferienspielpässe werden in den Wiener Pflichtschulen verteilt. Informationen über das Programm des Wiener Ferienspiels gibt es beim Ferienspielstand in der Stadtinformation und beim Ferienspieltelefon unter 42 800/4100 DW, vom 26. Juni bis 1. September 1989 werktags von 10 bis 18 Uhr.

Sommer-Arena und Kino-Festival bei „Jugend in Wien“

Eine Unzahl an Angebote beinhaltet auch das Aktionsprogramm „Jugend in Wien“ des Wiener Landesjugendreferates für den Sommer 1989: Von Konzert-Vergnügen über viel Theater, Sport- und Freizeitaktivitäten bis hin zu „Rock-Workshops“, „Radioprogramm zum Selbermachen“ oder Moped- und Motorradtraining mit den „Weißen Mäusen“ der Wiener Polizei.

Die „Sommer-Arena“ bietet ein breit gefächertes Konzertangebot, und vom 7. Juli bis 31. August werden im „Elite“- und im „Artis“-Kino nicht weniger als 340 Filme zu im Rahmen der Aktion „Jugend in Wien“ einheitlichen Eintrittspreisen von 50 Schilling pro Karte gezeigt.

Das kostenlose „Jugend in Wien“-Programm wird vor den Ferien in allen Wiener Schulen verteilt und kann darüberhinaus jederzeit bei „Jugend in Wien“, Telefon 42 800/2755 oder 3958 angefordert werden. (Schluß) jel/rr

Tag der offenen Tür in Schloßhof und Niederweiden

Modeausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien

Wien, 21.6. (RK-KULTUR) In den Marchfeldschlössern Schloßhof und Niederweiden findet am Samstag, dem 24. Juni, 10 bis 17 Uhr, ein Tag der offenen Tür statt. Bei freiem Eintritt und kostenlosen Führungen können die Ausstellungen „Glas und Keramik des Jugendstils — Österreich“ (Schloßhof) und — vom Historischen Museum der Stadt Wien zur Verfügung gestellt — „Es war einmal so Sitte... Mode um die Jahrhundertwende“ (Niederweiden) besichtigt werden. Ein buntes Rahmenprogramm mit festlichem Blumenstecken und der Herstellung venezianischer Masken zum Mitmachen und dem Bemalen von Porzellan und dem Gravieren von Gläsern zum Zuschauen ergänzen das Programm. Kinder können Ponyreiten und Kutschenfahren, ein Bauernmarkt und eine Weinkost sorgen für das leibliche Wohl. Ein Bus-Service zu den Schlössern steht ab der Schnellbahnstation Deutsch Altenburg für die um 9.36 und um 10.36 Uhr ankommenden Züge zur Verfügung. Rückfahrtmöglichkeiten gibt es um 13.45 und um 16.45 Uhr. (Schluß) gab/bs

FPÖ fordert Privatisierung der Wiener Messe

Wien, 21.6. (RK-KOMMUNAL) Die völlige Privatisierung der Wiener Messe sei schon wegen ihrer wahrscheinlichen Rolle als Nachnutzer der Weltausstellung eine unbedingte Notwendigkeit, sagte Mittwoch FPÖ-Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rainer PAWKOWICZ in einem Pressegespräch. Nach dem Verkauf von 49 Prozent der Wiener Holding sollte auch die Kammer ihren 43prozentigen Anteil an der Wiener Messe privatisieren.

Zum Projekt Weltausstellung kritisierte Pawkowicz, daß die EXPO nach dem rot-schwarzen „Einheitsstrickmuster“ vorbereitet werde und sie sich damit jeder Kontrolle zu entziehen drohe. Er erwarte sich eine Ausschreibung für die Posten der beiden Geschäftsführer der EXPO-Gesellschaft, wenn diese definitiv bestellt werden sollten.

GR. Walter PRINZ meinte, die Wiener Wohnbauverordnungen zum 1. und 2. Hauptstück des neuen Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes seien privatisierungsfeindlich. Antragsteller würden weiterhin Bittsteller sein, da jeglicher Rechtsanspruch auf Förderung fehle, und dem Stadterneuerungsfonds eine rechtsstaatlich bedenkliche Position eingeräumt werde.

Im Zusammenhang mit der geplanten Verlängerung der U 6 sprach sich Prinz für die Endstation Franz-Jonas-Platz aus. Auch solle schon bei der Planung der Ausbau bis Groß-Jedlersdorf berücksichtigt werden. (Schluß) ull/bs

Alle Parteien stimmten Wohnbauverordnungen zu

Wien, 21.6. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) „Die Argumentation von FPÖ-Gemeinderat PRINZ zu den Wohnbauverordnungen ist sehr merkwürdig, denn bei den Verhandlungen im zuständigen Unterausschuß hat es von keiner Partei nennenswerte Veränderungen oder Einwände gegen die Vorlage der Magistratsabteilung 50 gegeben. Und alle Parteien, auch der FPÖ-Vertreter, haben der Weiterleitung der Vorlage an die Landesregierung zum Zwecke der Beschlußfassung zugestimmt“, sagte Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER zur Kritik von FPÖ-Gemeinderat Prinz an den Wohnbauverordnungen. „Im übrigen kann ich auch die behauptete 'privatisierungsfeindliche Linie von SPÖ und ÖVP' nicht erkennen, denn diese Verordnungen werden gerade von der ÖVP ebenso mitgetragen wie das Wohnbauförderungsgesetz selbst“, ergänzte Edlinger. (Schluß) ah/bs

Branchenkonferenz der vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes

Wien, 21.6. (RK-KOMMUNAL) Zu einer „Branchenkonferenz-Öffentlicher Dienst“ sind Mittwoch Vertreter der vier Gewerkschaften (Öffentlicher Dienst, Gemeindebedienstete, Post und Bahn) im Kongreßhaus Margareten zusammengetreten. Das Thema der Tagung lautet „Öffentliche Dienstleistungen garantieren Lebensqualität“. Die vier Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes vertreten rund 600.000 Bedienstete, das heißt, ein Fünftel aller Beschäftigten in Österreich.

Auf einer Pressekonferenz erklärte der Vorsitzende der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Nationalratspräsident Rudolf PÖDER, die öffentliche Hand habe im Laufe der Zeit immer mehr Funktionen übernommen, die der Absicherung und Verbesserung des Lebensstandards dienen. Da der Trend zu immer mehr Dienstleistungen gehe, müsse auch der Stand der Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes steigen — denn mehr Aufgaben bedeuten auch, daß mehr Mitarbeiter benötigt werden.

Zur Frage der Privatisierung meinte Pöder, es sei ein ständiger Prozeß, zu überprüfen, ob bestimmte Aufgaben von der öffentlichen Hand wahrgenommen werden oder von Privaten. Zur Frage der von Finanzminister Lacina angeschnittenen Beschränkung der Pragmatisierung auf der Hoheitsverwaltung, erklärte der Gewerkschaftsvorsitzende, die Pragmatisierung sei notwendig, weil sie eine Reihe von Schutzfunktionen gewähre, die die Dienstnehmer brauchen. Eine Harmonisierung der Pensionsysteme, wie sie Sozialminister Geppert angeregt habe, könne für die Öffentlichen Bediensteten nicht eine Demontage und Nivellierung nach unten sein. (Schluß) end/rr

nef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und feiertag 12 bis 17 Uhr,
brige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

ressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck, Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
setzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Donnerstag, 22. Juni 1989

Blatt 1336

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Fünf Jahre Kundendienstzentrum der Wiener Stadtwerke (1337)
- Supervision in den städtischen Spitalern (1338)
- Familiensonntag am 25. Juni (1339)
- Petrik neuer Vizepräsident des Stadterneuerungsfonds (1340)
- Neuer Leiter für die MA 28 (1341)
- Lkw-Nachtfahrverbot auf Transitrouten auch für Wien (1343)
- Feuerwache Kahlenbergerdorf generalsaniert (1345/1346)
- Hauptprüfung der Nordbrücke beendet (1347)
- Freitag Verkehrsbeschränkung in der Wollzeile (nur FS)

Kultur:

- „Wunderblock“-Symposium „Psychoanalyse und Musik“ (1344)

Wirtschaft:

- Bilanz der Wiener Holding für 1988 positiv (1342)

Fünf Jahre Kundendienstzentrum der Wiener Stadtwerke

790.000 Besucher wurden bisher beraten

Wien, 22.6. (RK-KOMMUNAL) Das Kundendienstzentrum der Wiener Stadtwerke in der Spitalgasse 5-9 steht den Strom- und Gasbeziehern seit dem 18. Juni 1984 zur Verfügung. In diesem Zeitraum wurden 790.000 Besucher registriert. Stadtwerke-Generaldirektor Dr. Heinrich HORNY überreichte anlässlich des fünfjährigen Jubiläums der ersten Besucherin am Jubiläumstag einen Blumenstrauß.

Mit dem Kundendienstzentrum der Wiener Stadtwerke steht dem Energieverbrauchern in Wien und den Umlandgemeinden die modernste Einrichtung dieser Art in Österreich zur Verfügung. Kernstück des fünfstöckigen Gebäudes sind die beiden Kundendiensträume, in deren Mitte sich der Informationsschalter befindet. Von dort wird der Kunde zum Betreuer gewiesen, der ihn ungeachtet der Wohnadresse bedienen kann. Die Kundenberatung setzt sich aus einem kaufmännischen Bereich (16 Beratungsplätze), einem technischen Bereich (acht Plätze) und einer Energieberatung (vier Plätze) zusammen.

Wartezeiten für die Kunden gehören nunmehr im Normalfall der Vergangenheit an. Die Betreuer können an ihren Arbeitsplätzen sämtliche kundenbezogenen Daten für das gesamte Versorgungsgebiet über Bildschirmterminals abrufen. Die Rohrpostanlage ermöglicht eine rasche Übermittlung von Schriftstücken.

Trotz der hohen Kundenfrequenz von 600 bis 800 Personen pro Tag bedeutet das: keine Wartezeiten mehr. Das mühsame Aufsuchen der für den jeweiligen Bezirk zuständigen Kundendienststelle bleibt erspart. Nur mehr schwierige Einzelfälle müssen zu den jeweiligen Bezirksreferenten in den oberen Stockwerken weitergeleitet werden.

In den fünf Jahren seit Bestehen dieser Einrichtung registrierte der kaufmännische Kundendienst rund 650.000, der technische Kundendienst 110.000 und das Energierferat 30.000 Besucher. (Schluß) roh/rr



Foto: Fotodienst der Stadtwerke - E-Werke

Supervision in den städtischen Spitälern

Psychologische Hilfe für stark belastete Mitarbeiter

Wien, 22.6. (RK-KOMMUNAL) Die Mitarbeiter der städtischen Krankenanstalten und Pflegeheime sind auf Grund ihrer besonderen Tätigkeit zum Teil starken psychischen Belastungen ausgesetzt. Zur Bewältigung dieser Belastungen werden ihnen nun Aussprachemöglichkeiten mit eigens dafür ausgebildeten Personen angeboten. Diese Supervisoren haben eine Schweigepflicht gegenüber jedermann, daher natürlich auch gegenüber dem Dienstgeber der Mitarbeiter.

Die Supervision wird in Form regelmäßiger, vertraulicher und freiwilliger Gespräche in kleinen Gruppen, in dringenden Fällen auch in Einzelgesprächen, durchgeführt. Die Organisation der psychologischen Maßnahmen erfolgt durch das Kuratorium für Psychosoziale Dienste. Der Gemeinderatsausschuß für Gesundheits- und Spitalswesen bewilligte in seiner letzten Sitzung für die Supervision jährlich 2,8 Millionen Schilling, das entspricht den Kosten der psychologischen Betreuung von 100 Gruppen zu je acht bis 12 Personen zweimal im Monat.

Aufnahmestation im Wilhelminenspital

Im Wilhelminenspital wird eine Aufnahmestation eingerichtet. Auf dieser Station sollen Patienten für kurze Zeit zur Beobachtung aufgenommen werden, um über die Spitalsbedürftigkeit zu entscheiden. Die Patienten werden dann entweder in die entsprechende Krankenabteilung des Spitals gebracht oder nach Hause entlassen. Durch die Einrichtung dieser Station soll das medizinische Leistungsangebot gezielter eingesetzt und die Wirtschaftlichkeit erhöht werden. Die Kosten für die baulichen Maßnahmen und die Einrichtung betragen rund 5,6 Millionen Schilling.

Fernwärme für Spitäler und Pflegeheime

Eine Reihe von Wiener Krankenanstalten und Pflegeheimen wird in den nächsten Jahren an die umweltfreundliche Fernwärmeversorgung angeschlossen. Der Gesundheitsausschuß genehmigte einen entsprechenden Vertrag mit der Heizbetriebe Wien Gesellschaft m.b.H., die die erforderlichen Investitionen vorfinanzieren wird. Das Vorfinanzierungsvolumen für das Krankenhaus und das Pflegeheim Lainz wird 180 bis 200 Millionen Schilling ausmachen. Weitere Anstalten, die an die Fernwärme angeschlossen werden, sind unter anderem das Neurologische Krankenhaus Rosenhügel, das Neurologische Krankenhaus Maria-Theresien-Schlössel, die Ignaz-Semmelweis-Frauenklinik, das Orthopädische Krankenhaus Gersthof, das Pflegeheim Baumgarten und das Pflegeheim Liesing. (Schluß) sc/bs

Famillensonntag am 25. Juni

Wien, 22.6. (RK-LOKAL) Zu einem „Kunterbunten Parkfest“ am ehemaligen Rapid-Platz, einem „Wasserspaß“ im neuen Margaretenbad, einem „Spiel- und Sportnachmittag“ auf der ASKÖ-Sportanlage in der Brigittenau und zu vielen anderen Aktionen und Veranstaltungen ladet das Wiener Landesjugendreferat am 6. Familiensonntag, dem 25. Juni, ein.

Im Haus der Begegnung, 20, Raffaelgasse 11-13, wird am Familiensonntag eine „Party für die ganze Familie“ gefeiert, während im Draschepark „Familienspiele“ und in Meidling, Am Schöpfwerk ein „Tanzfest“ stattfinden. Schnupperpaddeln, eine Giraffen-Safari und eine Puddingküche gibt es beim Strandfest an der Alten Donau im Naturfreunde-Freizeitzentrum. Die Kuffner-Sternwarte zeigt im Rahmen des Familiensonntags die Sternzeichen des Monats, und Wissenswertes über den Sternenhimmel und dessen Erforschung erfährt man auch im Planetarium der Stadt Wien und in der Urania. (Schluß) jel/gg

Petrik neuer Vizepräsident des Stadterneuerungsfonds

Wien, 22.6. (RK-KOMMUNAL) Gemeinderat Dr. Wolfgang PETRIK wurde am Mittwoch vom Kuratorium des Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds einstimmig zu dessen neuem Vizepräsidenten gewählt. Er folgt Bundesminister Dr. Erhard BUSEK in dieser Funktion nach.

Dem Kuratorium des Fonds wurde Mittwoch auch der Rechenschaftsbericht 1988 der Geschäftsführung vorgelegt. Dieser weist aus, daß im Vorjahr der Arbeitsaufwand durch den Sanierungsboom und den massiven Zuwachs an Baustellen gleich um 50 Prozent gestiegen ist. Ein Mitarbeiter hat durchschnittlich 20 Sanierungsbaustellen mit einem Gesamtbauvolumen von etwa 200 Millionen zu betreuen und zu überwachen. Damit erhöhten sich für den Fonds gleichzeitig auch die Erlöse aus Prüfberichten und Bauaufsichten, die für zahlreiche Wohnhaussanierungen geleistet werden, sodaß der Fonds 1988 einen Jahresgewinn von 17,68 Millionen Schilling erwirtschaften konnte, der wiederum der Stadterneuerung zugute kommt.

Erfolgreich war der Fonds auch in der Grundstückspolitik: die 68 Grundstücke, die gekauft und diversen Wohnbauträgern zum Erwerb anheimgestellt wurden, weisen einen Durchschnittspreis von 1.179 Schilling je Quadratmeter künftiger Wohnnutzfläche auf. Das bedeutet, daß die Bodenpreise im geförderten Wohnbau seit rund fünf Jahren praktisch eingefroren sind.

Beim Stadterneuerungsfonds liegt nun auch die „Punktliste“ zur Einsicht auf, in der fast 1.400 Sanierungsaufträge erfaßt und nach Qualitätskriterien bewertet und entsprechend gereiht sind. Bei der Vergabe von Fördermitteln werden Projekte mit den höchsten Punktezahlen bevorzugt behandelt. Bis Ende 1990 sollen nach dem Wunsch des Kuratoriums rund 600 Wohnhaussanierungen mit einem Investitionsvolumen von etwa fünf Milliarden Schilling vom Land Wien gefördert werden.

In den vergangenen vier Jahren hat das Land Wien bereits 1.254 Wohnhaussanierungen mit einem Gesamtbauvolumen von 7,5 Milliarden Schilling gefördert. Fast 70.000 Wohnungen, also fast ein Zehntel des Wiener Wohnungsbestandes, sind von diesen Sanierungsmaßnahmen betroffen.

Stadtrat Rudolf EDLINGER und Vizepräsident Dr. Wolfgang Petrik dankten am Ende der Sitzung dem in Ruhestand tretenden Direktor des Fonds, Ing. Walter HOFSTETTER, für seine fünf Jahre dauernde erfolgreiche Arbeit im Fonds. Hofstetter ist 62 Jahre alt, sein Nachfolger ist Dr. Ernst THEIMER. (Schluß) ah/rr

Neuer Leiter für die MA 28

Wien, 22.6. (RK-KOMMUNAL) Die für die Straßenverwaltung und den Straßenbau in Wien zuständige Magistratsabteilung 28 hat einen neuen Leiter. Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION führte Mittwoch nachmittag Senatsrat Dipl.-Ing. Heinz KÖRBER in dieses Amt ein. Der Wechsel an der Spitze der Abteilung wurde notwendig, weil der bisherige Chef, Ober-senatsrat Dipl.-Ing. Gerhard MAGER, zum Gruppenleiter für Tiefbau und Verkehr im Rahmen der Magistratsdirektion-Stadtbaudirektion bestellt worden ist.

SR Körber, Jahrgang 1938, ist seit 1962 in der Magistratsabteilung 28 tätig und war seit 1986 Stellvertreter des Abteilungsleiters.

Stadtrat Johann HATZL verwies auf den Servicecharakter der Abteilung, die eine schwierige Aufgabe zu bewältigen hat. Niemand hat Freude mit Aufgrabungen, sie sind aber notwendig; gute Straßen sind ein außerordentlich bedeutender Faktor der Infrastruktur. Der Stadtrat nannte die Erzielung angemessener Preise, die genaue Einhaltung von Terminen sowie die Information der Bevölkerung über Bauarbeiten als wichtige Forderungen, die von der MA 28 zu erfüllen sind.

Magistratsdirektor Dr. Josef Bandion bezeichnete das Vorhandensein leistungsfähiger Verkehrsnetze als eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Prosperität eines Gemeinwesens. Bei aller Kritik am Auto ist dieses doch aus unserer Gesellschaft nicht mehr wegzudenken. Die Aufgaben der für die Erhaltung und den Bau von Straßen zuständigen Abteilung nehmen sogar weiter zu, weil die Anforderungen an Umweltschutz, Sicherheit und stadtgestalterische Qualität steigen. Die MA 28 hat ein Straßennetz von mehr als 2.700 Kilometern Länge zu betreuen (das ist länger als die Strecke Wien — Madrid).

Bürgermeister Dr. Helmut Zilk betonte, daß Wien, was den Zustand seines Straßennetzes betrifft, den Vergleich mit anderen Städten nicht zu scheuen braucht. Die MA 28 erfüllt ihre nicht zuletzt durch die klimatischen Bedingungen erschwerte Aufgabe sehr gut. Der Bürgermeister forderte die Mitarbeiter der Abteilung auf, bei allen Baumaßnahmen im Straßennetz ganz besonders auch auf eine behindertengerechte Ausgestaltung zu achten.

Der Amtseinführung wohnten auch die Vorsitzende des Gemeinderatsausschusses für Verkehr und Energie Eleonora HOSTASCH, Magistratsvize-direktor Dr. Alfred PEISCHL, Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Herbert BECHYNA sowie der Vorsitzende der Hauptgruppe I der Gewerkschaft der Gemeinbediensteten Josef PULLING bei. (Schluß) ger/bs

Bilanz der Wiener Holding für 1988 positiv

Wien, 22.6. (RK-WIRTSCHAFT) Eine positive Bilanz über die Wiener Holding Ges.m.b.H. für das Jahr 1988 zog Mittwoch abend Generaldirektor Dkfm. Dr. Ernst KRAUS in einer Pressekonferenz. Der Konzernumsatz stieg im Berichtsjahr um 431 Millionen auf insgesamt 6,97 Milliarden Schilling. Das entspricht einer Steigerung von 6,6 Prozent. Insgesamt wurden rund zwei Milliarden, um 8,9 Prozent mehr als im Vorjahr, investiert. Die Zahl der Mitarbeiter stieg um 5 Prozent auf 6.474. Der Cash-flow des Konzerns wird mit rund 850 Millionen beziffert. Der Reingewinn für 1988 betrug 19,9 Millionen Schilling.

Holding-Chef Kraus geht in Pension

Generaldirektor Dr. Kraus wird heuer 65 Jahre alt und scheidet mit 30. Juni aus dem Unternehmen aus. Kraus betonte, daß sein „Rücktritt“ ausschließlich aus gesundheitlichen Gründen erfolge und wies Spekulationen über seine Person entschieden zurück.

Vorstandsdirektor Dkfm. Klaus STADLER, bisher Stellvertreter des Generaldirektors, übernimmt mit 1. Juli interimistisch die Leitung des Unternehmens. Stadler ist 50 Jahre alt und seit der Gründung der Holding vor 15 Jahren in diesem Unternehmen tätig. Der Posten des Generaldirektors wird öffentlich ausgeschrieben werden.

28 der 39 Unternehmungen bilanzieren positiv

Der Vorstand der Holding verwies darauf, daß 28 der 39 Unternehmungen der Holding positiv bilanzieren. Bei drei Betrieben gibt es vorprogrammierte Anlaufverluste und die Verluste bei den Theaterbetrieben, der Stadthalle und der Schloß Laxenburg Betriebsgesellschaft werden von der Stadt Wien abgedeckt.

Nach der Beteiligung von Banken und Versicherungen an der Holding im Zuge der Teilprivatisierung werde sich die Bilanzpolitik des Unternehmens ändern, sagte Kraus. Prognosen über die Gewinnhöhe für das laufende Jahr könnten derzeit jedoch noch nicht gegeben werden. (Schluß) fk/gg

Lkw-Nachtfahrverbot auf Transitrouten auch für Wien

Landesregierung diskutiert Forderungen an den Bund

Wien, 22.6. (RK-KOMMUNAL) Der Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr, Dipl.-Ing. Dr. Rudolf STREICHER, hat mit Wirkung von 1.12.1989 die Verhängung eines generellen Nachtfahrverbotes von 22 bis 5 Uhr früh für nicht lärmarme Lastkraftwagen mit einem Gewicht von mehr als 7,5 Tonnen auf österreichischen Transitautobahnen angekündigt. Im Zusammenhang mit dieser Ankündigung hat die Wiener Landesregierung heute, Donnerstag, die sich daraus ergebenden Fragen und Forderungen diskutiert. Dazu Landeshauptmann Dr. Helmut ZILK: „Wenn auch aus dieser Maßnahme keine zwingende Verlagerung des Transitverkehrs bis in den Bereich Wien zu erwarten ist, ist die Belastung der Wiener Bevölkerung durch die Führung der Bundesstraßen A und B im Stadtgebiet doch so groß, daß für diese Bereiche ebenfalls Maßnahmen erforderlich sind. Das Land ersucht deshalb den Bund, in Verhandlungen über entsprechende Maßnahmen einzutreten.“ Es handelt sich dabei um folgende Wünsche des Landes Wien:

1. Ausdehnung der vorgesehenen Einführung des Nachtfahrverbotes auf den Transitrouten auch auf Wien.
2. Ab 1.1.1990 nur mehr Neuzulassung von lärmarmen Lastkraftwagen.
3. Maßnahmen zur Schadstoffverminderung durch gesetzliche Regelung bei Neuzulassungen.
4. Förderung der Umrüstung des bestehenden Fuhrparks hinsichtlich Lärm- und Schadstoffen.
5. Sicherstellung einer laufenden Kontrolle zur Einhaltung der kraftfahrrechtlichen Bestimmungen insbesondere in Ballungszentren.
6. Bereitstellung der Mittel für zusätzliche Schallschutzmaßnahmen unter anderem auch im Wege von Sonderfinanzierungen.
7. Im Zuge der Fertigstellung der A 4 Inangriffnahme einer Südumfahrung außerhalb Wiens zur A 21. Diese Forderung ist besonders dringlich, da die A 23, die bereits jetzt als eine der meist befahrenen Straßen Österreichs anzusehen ist, sicher keinen weiteren Verkehr aufnehmen kann, und es daher erforderlich ist, den Transitverkehr von Wien fernzuhalten.

(Schluß) red/rr

„Wunderblock“-Symposium „Psychoanalyse und Musik“

Wien, 22.6. (RK-KULTUR) Am Freitag, dem 23. Juni, beginnt im Wiener Messepalast das zweitägige Symposium „Psychoanalyse und Musik“. Das Symposium ist eingebunden in die „Wunderblock“-Ausstellung. Die Idee dazu ist aus einem Beitrag zur Ausstellung entstanden und entspricht in seiner Thematik jenem kultursoziologischen Wesenszug, den man als die Durchdringung von Ästhetik und Therapeutik bezeichnet hat.

Zweifache Hommage an den Genius loci

Die Musik für die Begegnung mit der Psychoanalyse auszuwählen, ist eine zweifache Hommage an den Genius loci: Mozart und Freud werden am häufigsten genannt, wenn im Ausland die Frage nach berühmten Österreichern gestellt wird.

August RUHS und Brigitte GROSSMANN-GARGER sind in Zusammenarbeit mit dem Wiener Arbeitskreis für Psychoanalyse und dem Institut Francais de Vienne für Konzept und Organisation des Symposiums verantwortlich, das auch daran erinnern wird, daß Psychoanalyse neben ihrer medizinischen Anwendung auch einen Beitrag zur Kultur- und Gesellschaftskritik leistet.

Die prominenten Vortragenden sind Peter WIDMER aus Zürich, Jacqueline ROUSSEAU-DUJARDIN und Michel SCHNEIDER aus Paris, Ludwig HAESLER (Hofheim/Taunus), Felix DE MENDELSSOHN, Alfred PRITZ und Elena OSTLEITNER (Wien). Das Symposium beginnt am Freitag, um 17 Uhr, und wird am Samstag, um 9.30 Uhr, fortgesetzt. Samstag, um 17 Uhr, ist eine Podiumsdiskussion mit den Referenten sowie mit Jacques TRILLING und Claus ZEHELEIN geplant. (Schluß) wfw/gg

Feuerwache Kahlenbergdorf generalsaniert

Neue Feuerwehrhelme vorgestellt

Wien, 22.6. (RK-KOMMUNAL) In einem Pressegespräch berichtete am Donnerstag Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL über die Generalsanierung der Feuerwache Kahlenbergdorf in Wien 19, Wigandgasse 25, und über das Sanierungsprogramm für die Feuerwehren. Die Feuerwache Kahlenbergdorf wurde 1929 errichtet und ist ein wichtiger Stützpunkt der Berufsfeuerwehr der Stadt Wien für die Abdeckung des Brandschutzes im westlichen Stadtrandgebiet sowie für Einsätze auf der Donau in diesem Bereich. Es sind sechs Mann stationiert, die mit einem Bergelöschfahrzeug oder einem Geländelöschfahrzeug ausrücken können. Für Einsätze auf der Donau sind die entsprechenden Wasserfahrzeuge im Hafen Kuchelau verheftet.

Da seit der Errichtung starke Abnutzungserscheinungen sowie schwere Bauschäden entstanden sind, wurde eine Generalsanierung der Feuerwache notwendig. Diese wurde nach einer Bauzeit von ca. acht Monaten im Juli 1988 mit einem Kostenaufwand von ca. acht Millionen Schilling abgeschlossen und umfaßte u.a. die Trockenlegung des gesamten Hauses mit Schaffung einer Horizontalisolierung, die Erneuerung und den Ausbau des Daches, die Instandsetzung sämtlicher Sanitär-, Elektro- und Heizungsinstallationen sowie die Renovierung der Fassaden und Fenster. Gleichzeitig wurde eine Anpassung an den heute gegebenen Bedarf durch Umbauten und Erneuerung der Inneneinrichtung vorgenommen. Den Erfordernissen des Umweltschutzes wurde durch Installation einer modernen Heizungsanlage sowie durch den Bau von einem ca. 100 m langen Straßenkanal mit Anschluß an das öffentliche Netz Rechnung getragen. Bei der Sanierung wurde selbstverständlich auch auf den Ensembleschutz und die Eingliederung des Gebäudes in das Ortsbild des Kahlenbergdorfes Rücksicht genommen. Das mit der Feuerwache Kahlenbergdorf begonnene Generalsanierungskonzept wurde mit den Feuerwachen Steinhof, Penzing und Speising fortgesetzt. Diese Arbeiten werden voraussichtlich 1990 abgeschlossen sein.

Im Herbst 1989 wird mit der Sanierung der Feuerwache Neustift begonnen. Das Sanierungsprogramm soll 1990 mit der Hauptfeuerwache Mariahilf und der Feuerwache Strebersdorf fortgesetzt werden.

Die neuen Feuerwehrhelme

Der Magistrat der Stadt Wien erließ am 7. August 1786 eine Verordnung, mit der „denen bey dem Unterkammeramte dienenden vier Feuerknechten eine Stadtlivre anzuschaffen“ verfügt worden war.

Damit setzte — 100 Jahre nach ihrer Gründung — die Uniformierung der Wiener Berufsfeuerwehr, die damals „Wiener Löschanstalt“ hieß, ein. Als Kopfschutz trugen die Feuerknechte einen schwarzen Filzhut in Zylinderform mit Stadtwappen und schwarzem Ledersturmband.

Mittlerweile sind zwei Jahrhunderte vergangen, und heutzutage treten Probleme dann auf, wenn die einzelnen Ausrüstungsteile — Helm, Atemschutz und manchmal Funkgerät — gleichzeitig benützt werden müssen.

Ausgehend von diesen Grundüberlegungen sollte das Ziel der weiteren Entwicklung ein Schutzhelm — System für die Brandbekämpfung und technische Hilfeleistung sein, bei dem die Komponenten:

- Schutzhelm,
 - Atemschutzmaske,
 - Kommunikationseinrichtung
- optimal aufeinander abgestimmt sind.

Das letztlich zur Einführung gelangte System, das seine Wurzeln in Frankreich hat, ist von der DRÄGERWERK AG, Lübeck, perfektioniert und in

Österreich von der Fa. DRÄGER AUSTRIA Ges.m.b.H. vorgestellt worden und heißt „Panorama Supra“.

Der Helm schützt durch die spezielle Formgebung der Helmschale in Kombination mit einem auswechselbaren Nackenschutz auch die Ohren und die Nackenpartie.

Eine individuell einstellbare Innenausstattung garantiert einen druckfreien Sitz und einen erhöhten Tragekomfort.

Weiters ist der Helm mit einem Augenschutz (klappbares Augensvisier) und einem goldfarbenen verspiegelten Hitzeschutzvisier ausgestattet.

Beide können bei Bedarf vor das Gesicht geschwenkt werden, um so einen Schutz gegenüber mechanischen Einwirkungen, Wärmestrahlung und offenen Flammen zu erzielen.

Der Kopfschutz steht derzeit in einer Standardversion grün nachleuchtend — für Offiziere — und als Supra W in Weiß für Chargen und Mannschaften bereits in Verwendung.

Der Helm verfügt über eine äußerst widerstandsfähige Kunststoff-Schale mit einer Dicke von durchschnittlich zwei bis drei, an den Rändern fünf Millimetern.

Die Helmschale, die in ihrer Form an den Jethelm angelehnt ist, weist an den Seiten Vertiefungen auf, in die sich Teile der Atemschutzmaskenbefestigung sicher und geschützt einhängen lassen. Senkrechte Schlitze dienen zum Einhängen der Spanngriffe. Die Rasterung zur Visierverstellung ist in die äußere Helmschalenform eingearbeitet.

Die Innenausstattung ist so gestaltet, daß das Kopfband rund 40 mm höher liegt als bei herkömmlichen Helmen; so wurde der notwendige Raum für einen unbehinderten Sitz einer Atemschutzmaske frei.

Die Art der Innenausstattung erlaubt ein stufenloses Anpassen des Helmes an verschiedene Kopfgrößen. Der mit einem Klettverschluß zu fixierende Nackenschutz reicht bis zur Schutzbekleidung und minimiert die Gefährdungen für den Nacken- und Schulterbereich.

Die Atemschutzmaske kann bei dem neuen System „Panorama Supra“ problemlos seitlich am Helm befestigt werden und verfügt über einen hervorragenden Sitz.

Von der hohen Qualität des Helmes sind nicht nur die Feuerwehrdirektion und jene Mitarbeiter in allen Brandschutzsektionen Wiens überzeugt, denen ein solcher schon zur Verfügung gestellt worden ist, sondern auch unabhängige Prüfer.

Bis Ende 1990 wird die Wiener Berufsfeuerwehr komplett mit den neuen Helmen ausgestattet sein. (Schluß) du/bs

Forts. von Blatt 1345

Hauptprüfung der Nordbrücke beendet

Wien, 22.6. (RK-KOMMUNAL) Bei der Nordbrücke im Zuge der B 227 über die Donau und den Handelskai, die eine Gesamtlänge von 441 Metern und eine Breite von 21 Metern aufweist, wurde mit der Prüfung des Stahltragwerkes das letzte Prüfvorhaben der Zweiten Hauptprüfungsperiode bei den Wiener Brücken, die von 1983 bis heuer gelaufen ist, beendet. Die Prüfung dauerte insgesamt acht Wochen, wobei den Verbindungsmitteln, also Schweißnähten, Nieten, hochfesten Verbindungen sowie der Verdübelung der Stahlbetonfahrbahnplatte besondere Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Die Kosten einer solchen Prüfung „auf Herz und Nieren“ betragen eine Million Schilling. (Schluß) pz/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Pressesum, Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Druck: Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Freitag, 23. Juni 1989

Blatt 1348

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Vier neue Gemeindebauten im 15. Bezirk (1349)
- Ein-Jahres-Bilanz von Stadtrat Swoboda (1352-1354)
- Terminvorschau vom 26. Juni bis 6. Juli (1355)
- Bericht der Internationalen Expertenkommission Lainz (1356/1357)
- Ausstellung „150 Jahre Marktamt“ bis Sonntag verlängert (nur FS)
- Montag Pressekonferenz mit der Expertenkommission (nur FS)

Kultur:

- Wiener Musiksommer: Eröffnungskonzert mit den Symphonikern (1358)
- „Wien. Entwicklung und Erscheinung“ (1359/1360)

Sport:

- Jugendsportförderung im Rahmen der Aktion „Komm zum Sport“ (1350/1351)

Vier neue Gemeindebauten im 15. Bezirk

Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL/LOKAL) Ende Mai hat der Wiener Gemeinderat den Bau von vier neuen Gemeindewohnhäusern im 15. Bezirk beschlossen. Morgen, Samstag, um 10 Uhr erfolgt in der Rauchfangkehrergasse 15-27 der feierliche, offizielle Baubeginn im Beisein von Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER und Bezirksvorsteher Kurt MENGER. Die vier Neubauten mit zusammen 130 Wohnungen werden in etwa zwei Jahren fertiggestellt sein.

Die vier Neubauten werden

- in der Sturzgasse 31-33 (22 Wohnungen)
- in der Tossgasse 5 (10 Wohnungen)
- in der Diefenbachgasse 30 (16 Wohnungen)
- und in der Rauchfangkehrergasse 15-27 (82 Wohnungen)

entstehen. Die Baukosten werden insgesamt 156 Millionen Schilling betragen.

Der Plan, diese Gemeindebauten zu errichten, ist bereits alt. Aber erst jetzt ermöglicht die neue Wiener Wohnbauförderung leistbare Mieten. Die Miete wird etwa 30 Schilling pro Quadratmeter und Monat betragen. Vielen wohnungssuchenden Familien wird damit geholfen. (Schluß) ah/rr

Jugendsportförderung Im Rahmen der Aktion „Komm zum Sport“

Wien, 23.6. (RK-SPORT) Die in den vergangenen Jahren erfolgreich verlaufene Aktion „Komm zum Sport“ soll in diesem Jahr zur besonders intensiven Pflege des Nachwuchses in den Wiener Vereinen dienen. Nach einem von den Dachverbänden vorgelegtem konkreten Jugendsportförderungsprogramm erhalten Union, ASKÖ und ASVÖ je 500.000 Schilling aus Sonderförderungsmitteln sowie der Wiener Fußball-Verband und der WAT je 300.000 Schilling. „Dies ist eine Möglichkeit, das Wiener Sportgeschehen im Vergleich zu den anderen Bundesländern und im internationalen Sport, wieder an vorderste Stelle zu bringen“, erklärte dazu Sportstadtrat Dr. Michael HÄUPL Donnerstag abend in einer Pressekonferenz.

Verstärkte Trainerförderung

Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß der Spitzensport, soweit er Athleten betrifft, die in der Bundeshauptstadt ansässig sind, eher stagniert. Die Stadt Wien hat deshalb im Vorjahr Sportpreise für Europa- und Weltmeisterschaftserfolge ausgesetzt. Sie geht jetzt noch einen Schritt weiter: Das Sportamt will jene Athleten fördern, denen nur das berühmte Quentchen Glück auf einen Medaillenrang fehlt und wird daher jene, die zwischen dem 4. und 10. Platz der Weltrangliste liegen, im Wege einer verstärkten Trainerförderung die Möglichkeit geben, bei kommenden in Wien stattfindenden Europa- und Weltmeisterschaften, Europacups oder ähnlichen internationalen Großveranstaltungen als Lokalmatador aufzutreten.

Die Förderung bezieht sich auf eine Sparte und wird maximal für zwei Jahre bis zur Weltmeisterschaft oder zum Bewerb im Ausmaß von 100.000 Schilling je Trainer und Jahr als Zuschuß neben den sonstigen Leistungen für diese internationalen Veranstaltungen gewährt. Der entsprechende Fachverband hat unter Angabe des Trainers, der Erfolge der Sportler und des Trainingsprogrammes, aber auch der Bekanntgabe, welche Fortschritte bzw. Ziele bis zum Medaillenrang voraussichtlich erreicht werden, einen entsprechenden Antrag an das Sportamt zu stellen. Welche Europa- bzw. Weltmeisterschaft in Wien ausgetragen wird, wird jährlich über die BSO bekanntgegeben.

Internationale Sportwoche in Wien

In der Zeit von 9. bis 16. September wird eine internationale Sportwoche in Wien durchgeführt, die ihren Höhepunkt am 16. September im Wiener Stadion hat. Neben einem großen Spektakel wird unter anderem ein Meilenlauf abgehalten, der als Weltrekordversuch für jedermann betrachtet wird und Aufnahme in das Guinnessbuch der Rekorde finden soll. Die Bevölkerung wird schon heute aufgerufen, daran teilzunehmen.

Darüber hinaus werden auch noch die international zehnten besten Meilenläufer zu einem Weltrekordversuch in Wien an den Start gehen. Zum Auftakt dieser internationalen Sportwoche ist vom 7. bis 9. September ein Touristik- bzw. ein Amateur-Radrennen von Budapest nach Wien terminisiert. Weitere Sportereignisse sind in Vorbereitung.

„Frau und Sport in Wien“ auch über die Sommerferien

Die überaus erfolgreiche Aktion „Frau und Sport in Wien“ — von April bis Juni wurden vier Sparten angeboten und insgesamt fast 2.000 Teilnehmer gezählt — wird nunmehr auch in den Sommermonaten fortgeführt werden.

Angeboten werden Kurse in Gymnastik, Schwimmen und Gymnastik im Wasser, in Tennis für Anfänger und Fortgeschrittene sowie in der Selbstverteidigung. In allen Bereichen wird ein einmaliger kulanter Unkostenbeitrag eingehoben. Während des Fitnessprogrammes sorgen spezielle Be-

treuer für die Kinder . Eine Voranmeldung im Sportamt unter Tel.: 42 800/2733 DW. ist allerdings erforderlich.

Buch für Hobbysportler

Gemeinsam mit dem Verlag Orac wird die Stadt Wien ein Buch unter dem Titel „Sporttalent“ herausbringen, das nicht für Spitzensportler gedacht ist, sondern für Hobbysportler.

In Schikursen oder in Fitnesscenters wird zwar die reine Sporttechnik kursorisch gelehrt und geübt, es wird jedoch nicht auf die individuellen körperlichen Eigenschaften der Menschen Bedacht genommen.

Mit Hilfe dieses Buches kann jeder Hobbysportler erkennen, wie er seine Stärken verbessern und auf welche Weise er seine Nachteile kompensieren kann. Darüber hinaus werden seitens der Stadt Wien für die einzelnen Sportarten Hinweise auf Vereine, Verbände und Ausübungsmöglichkeiten gegeben. (Schluß) hof/gal

Forts. von Blatt 1350

Ein-Jahres-Bilanz von Stadtrat Swoboda

Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) Vor genau einem Jahr, am 22. Juni 1988, wurde Dr. Hannes SWOBODA vom Wiener Gemeinderat zum amtsführenden Stadtrat für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Personal gewählt.

Aus diesem Anlaß zog er Donnerstag abend bei einem Pressegespräch Bilanz und gab einen Ausblick auf Arbeitsschwerpunkte der nächsten Zeit.

Bei seinem Amtsantritt vor einem Jahr hatte Swoboda als Schwerpunkte aus dem Planungsbereich

- die Bewältigung der großstädtischen Verkehrsprobleme durch ein sinnvolles Miteinander von verbesserten öffentlichen Verkehrsmitteln und umweltfreundlichem Individualverkehr,
- eine Neuordnung der Parkraumpolitik insbesondere über die dichtverbauten Gebiete,
- eine umfassende Betrachtungsweise aller Stadtgestaltungsfragen,
- transparente und damit bürgerfreundliche Planung in allen Bereichen,
- Grünpolitik zum möglichst behutsamen Umgang mit den wertvollen Grünflächen der Stadt,
- eine in engster Abstimmung mit der Bevölkerung erfolgende Planung des Gaudenzdorfer Knotens sowie
- die EXPO '95 als großes und zukunftsweisendes Projekt genannt.

Verkehr

Bei seinem Bilanz-Pressegespräch wies er zum Bereich Verkehr auf einige Zwischenerfolge hin:

Die Vorhaben der BUNDESSTRASSENPLANUNG in Wien orientieren sich in verstärktem Maße an Prinzipien wie Umwelt- und damit Menschenfreundlichkeit. Bundesstraßen sollen nicht als zusätzliche Verkehrsmagneten, sondern als Entlastung dicht bewohnter Gebiete geplant werden.

In der Frage der PARKRAUMPOLITIK wies Swoboda auf die mit 1. Juli dieses Jahres in Kraft tretende Überwachung der Kurzparkzonen durch Organe der Stadt Wien hin.

Das Beispiel HELDENPLATZGARAGE zeigt jenen Weg auf, der bei der Planung und Errichtung von Tiefgaragen in dicht bebautem Gebiet, besonders in der Inneren Stadt, in Zukunft gegangen werden soll: Tiefgaragen dürfen keine zusätzlichen Verkehrserreger sein, sozusagen im Gegenzug zur Schaffung von Stellplätzen müssen an der Oberfläche die Fahrzeuge verschwinden. Zur Frage eines „Grünen Pickerls“ stellte Swoboda fest, daß dies seiner Ansicht nach kein zielführender Weg sei, da einerseits das bestehende Meldegesetz keine eindeutige Zuordnung tatsächlicher Bewohner z.B. des 1. Bezirks möglich macht (und die Verknüpfung von verschiedenen vorhandenen Daten zu dieser Feststellung weder möglich noch aus Gründen des Datenschutzes erlaubt ist) und andererseits ein „billigeres“ Parkpickerl zu einer geringeren Annahme der Garagenstellplätze führen würde.

Der ÖFFENTLICHE VERKEHR soll, so Swoboda, einen deutlichen Schub durch die EXPO '95 bekommen. So soll neben der Frequenzsteigerung der U 1 die Verlängerung der U 6 bis Floridsdorf betrieben werden, und in Verhandlungen mit den ÖBB die Führung der S 45 über die jetzige Donauuferbahn erreicht werden. In diesem Zusammenhang kündigte der Planungsstadtrat auch den Wunsch der Stadt Wien nach zwei weiteren Stationen im S-Bahn-Stammnetz an: Für die Aufschließung der Aspanggründe, wo neben den geplanten TU-Bauten forschungsorientierte Betriebe entstehen sollen, sowie im Bereich Handelskai (zum Anschluß an die U 6 bzw. eventuell die S 45).

Grundsatz der Wiener Verkehrspolitik ist es, in Verhandlungen mit dem Bund und dem Land Niederösterreich zu einem regionalen PARK & RIDE-

SYSTEM zu kommen, das den Autoverkehr aus dem Umland bereits weitestgehend außerhalb der Wiener Stadtgrenzen „auffängt“. Die Stadt Wien wird selbstverständlich in ihrem Bereich, wo immer möglich, derartige P&R-Einrichtungen schaffen.

Stadtgestaltung

Zu den Fragen der Stadtgestaltung sagte der Planungsstadtrat, daß derzeit und in nächster Zukunft eine ganze Reihe von Wettbewerben bzw. Gutachterverfahren für eine möglichst umfassende Betrachtungsweise und Bearbeitung von Gestaltungsfragen sorgt bzw. sorgen wird. Er nannte unter anderem den geladenen Wettbewerb zur Neugestaltung des Meiselmarktes und des alten Wasserbehälters (Juryergebnis liegt am 30. Juni vor), das Gutachterverfahren zur Neugestaltung der Meidlinger Hauptstraße, zur städtebaulichen Gestaltung der Uferzone am Handelskai in zwei Abschnitten, einen offenen nationalen Wettbewerb mit internationalen Planern für die neue Eishalle in der Nähe des Donauzentrums, einen offenen nationalen Wettbewerb zur Stadtmöblierung sowie ein Gutachterverfahren über die von verschiedenen Bauträgern zu entwickelnden städtebaulichen Projekte für den Bereich Eichenstraße/Wilhelmstraße.

Aus Anlaß der Neuzusammensetzung des Fachbeirates kündigte Swoboda eine in Absprache mit den Fachbeiratsmitgliedern durchzuführende Öffnung sowie öffentliche Diskussionen zu Gestaltungsfragen an.

Als Beitrag zur transparenten und bürgerfreundlichen Planung stellte der Stadtrat die STADTWERKSTATT vor, die nach einem Probelauf im heurigen Frühjahr am 30. Juni eröffnet wird. Die STADTWERKSTATT befindet sich in der Rathausstraße 9 (Ecke Friedrich-Schmidt-Platz) und dient als Ausstellungs- und Diskussionsort für Planungsvorhaben im weitesten Sinn.

Raumverträglichkeitsprüfung

Zu einem möglichst behutsamen Umgang mit den Grünreserven der Stadt gehört auch eine besonders kritische Auseinandersetzung mit den verschiedensten Großbauvorhaben, die aus Anlaß der Diskussionen um die geplanten Einkaufszentren am Rande der Stadt notwendig geworden ist. Der Planungsstadtrat kündigte dazu die Einrichtung einer RAUMVERTRÄGLICHKEITSPRÜFUNG an.

Umwelttunnel Margaretengürtel

Als unmittelbar umsetzbares Resultat der Gürtelplanungen nannte Swoboda den UMWELTTUNNEL MARGARETENGÜRTEL/GAUDENZDORFER KNOTEN, der in den letzten Tagen im Zusammenhang mit Demonstrationen am Europaplatz wieder in die öffentliche Diskussion gerückt ist. Swoboda betonte, daß er zu dem Beschluß stehe, den in enger Zusammenarbeit mit den Bezirken und vor allem mit der betroffenen Bevölkerung geplanten Umwelttunnel zu errichten. Weitere Maßnahmen im Bereich des Gürtels könnten sicherlich nicht mehr in Form derartiger Großvorhaben gesetzt werden, sondern müßten insbesondere in enger Zusammenarbeit mit der Stadterneuerung kleinräumig angegangen werden.

EXPO '95

Das Beispiel der EXPO '95 als zukunftsweisendes Projekt für die Stadt zeige, so Swoboda, wie man so konfliktbeladene Fragen wie etwa die Standortfindung in demokratischen Diskussionsprozessen lösen kann. Swoboda präsentierte bei dem Pressegespräch auch die erste umfassende Dokumentation über den Stand der Vorbereitungen für die EXPO '95.

Forts. von Blatt 1352

Forts. auf Blatt 1354

Das Sonderheft der Zeitschrift PERSPEKTIVEN zum Thema EXPO '95 Wien-Budapest ist ab kommender Woche erhältlich. Als weitere Planungsschritte für die EXPO-Vorbereitungen nannte der Stadtrat die Erstellung des Leitprogrammes für den Donauraum (Entwicklungssachse Lassallestraße/Wagramer Straße) für die derzeit vier Teams (Hollein, Peichl, Potyka, Wimmer) Vorschläge erarbeiten. Dieses Leitprogramm wird Basis für den internationalen Projektwettbewerb zur Gestaltung des EXPO-Geländes sein, der Anfang 1990 ausgeschrieben wird.

Dreipunkteprogramm zur Integration von Ausländern

Stadtrat Dr. Hannes Swoboda ging bei seinem Pressegespräch auch auf zwei Bereiche ein, die ihn in seiner Funktion als Personalstadtrat betreffen:

- Er verwies nochmals auf das Dreipunkteprogramm zur Integration der Ausländer, insbesondere auf die Fragen des kommunalen Wahlrechtes für Ausländer sowie Fragen der Doppelstaatsbürgerschaft.

Folgende konkrete Maßnahmen sollten verwirklicht werden:

1. Anwartschaftszeiten für Einbürgerung sollten verkürzt werden.
 2. Doppelstaatsbürgerschaft soll diskutiert werden.
 3. Wenn in absehbarer Zeit keine bundeseinheitliche Regelung erteilt werden kann, sollte durch eine Änderung der Bundesverfassung den Ländern und Gemeinden selbst die Möglichkeit eingeräumt werden, eine Entscheidung zu treffen.
- Zur Diskussion um eine Einschränkung der Pragmatisierung stellte Swoboda unter anderem fest, daß eine solche Einschränkung zum Beispiel auf die Hoheitsverwaltung für die Stadt Wien vorerst Mehrkosten von fast 30 Prozent der Bezüge zur Folge hätte. Auf lange Sicht gesehen ergäbe sich für die Stadt Wien — auch unter Berücksichtigung der Abfertigungszahlungen — durch den Entfall der Ausgaben für Pensionen ein finanzieller Vorteil. Mittelfristig kann sich Swoboda aber eine solche Lösung nicht vorstellen.

(Schluß) lf/rr/gg

Forts. von Blatt 1353

Terminvorschau vom 26. Juni bis 6. Juli

Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 26. Juni bis 6. Juli hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 26. JUNI:

- 11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Landtmann)
- 11.30 Uhr, Unterzeichnung der Gründungsurkunde für die ARGE „Wohnplätze für Bürger in Not“ (Bgm. Zilk, Vzbgm. Smejkal; Rathaus, Roter Salon)
- 13.00 Uhr, Pressekonferenz der Expertenkommission Lainz (Rathaus, Stadtsenatssitzungssaal)

DIENSTAG, 27. JUNI:

- 11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)
- 14.00 Uhr, Überreichung der Otto-Glöckel-Medaille an Hedwig Millian (Bgm. Zilk, Arbeitszimmer)
- 19.00 Uhr, Buchpräsentation „Wiener Spitäler“, Neuauflage (StR. Stacher, Kupferdachl)

MITTWOCH, 28. JUNI:

- 9.00 Uhr, Wiener Gemeinderat (Rechnungsabschlußdebatte), anschließend Wiener Landtag
- 15.00 Uhr, Preise der Stadt Wien: Dr. Hans Altenhuber (Volksbildung), Univ.-Prof. Dr. Walther Kraus (Geistes- und Sozialwissenschaften), Univ.-Prof. Dr. Karl Schlögl (Natur- und technische Wissenschaften), Univ.-Prof. Dr. Helmuth Denck (Medizinische Wissenschaften) (StR. Pasterk, Rathaus, Stadtsenatssitzungssaal)
- 16.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Pasterk, Kunst- und Kulturbericht 1988 (Cafe Stein, 9, Währinger Straße 6)
- 19.30 Uhr, Eröffnung des „Wiener Musiksommers 1989“ (StR. Pasterk, Konzerthaus)

DONNERSTAG, 29. JUNI:

- 9.00 Uhr, Wiener Gemeinderat (Rechnungsabschlußdebatte)

FREITAG, 30. JUNI:

- 9.00 Uhr, Wiener Landtag, anschließend Wiener Gemeinderat (Rechnungsabschlußdebatte und restliche Tagesordnung)
- 10.30 Uhr, Pressekonferenz StR. Swoboda, Ergebnisse der Jury Meiselmarkt (Rathausstraße 9)

MONTAG, 3. JULI:

- 10.00 Uhr, Pressekonferenz Historisches Museum, Kaiserpavillon Hietzing
- 11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)
- 13.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung an Dr. Kurt Gustav Bayer (Vzbgm. Smejkal, Arbeitszimmer)
- 14.00 Uhr, Überreichung des Dekretes „Regierungsrat“ an OAR Richard Grohmann-Karri (StR. Edlinger, Arbeitszimmer)

DIENSTAG, 4. JULI:

- 11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)
- 19.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener Holding, ÖCAD (Rathauskeller)

DONNERSTAG, 6. JULI:

- 10.30 Uhr, Bilanz-Pressekonferenz der WIBEBA
 - 11.00 Uhr, Pressekonferenz Vzbgm. Smejkal (PID)
- (Schluß) red/bs

Bericht der Internationalen Expertenkommission Lainz

Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK übergab am Freitag im Rahmen einer Pressekonferenz den erst vor wenigen Stunden fertiggestellten „Bericht der Internationalen Expertenkommission zur Beurteilung der Vorfälle im Krankenhaus Lainz und ihrer strafrechtlich nicht relevanten Hintergründe, sowie der Erstellung von Vorschlägen für die Verbesserung des Spitalswesens im Bereich der Stadt Wien“.

Dieser Bericht wird am Montag in einem nichtöffentlichen Hearing diskutiert werden, sagte Zilk, wobei im Anschluß daran die Mitglieder der Kommission in einer Pressekonferenz auch zum Inhalt des Berichtes Stellung nehmen und für Fragen zur Verfügung stehen werden.

„Ich trete für absolute Transparenz ein“, betonte Zilk und dankte den Mitgliedern der Kommission für ihre Tätigkeit.

Reformkommission für Gesundheitswesen im Herbst

Zilk kündigte eine Reformkommission für das Gesundheitswesen an, die bereits im Herbst zusammentreten soll. In dieser Kommission sollen auch externe Fachleute mitarbeiten.

Der Bericht selbst gliedert sich in vier Abschnitte:

- Strukturprobleme
- Ärztlicher Dienst
- Krankenpflagedienst
- Die Betreuungssituation alter Menschen

Anhänge befassen sich mit folgenden Themen:

- Die Betreuungssituation alter Menschen
- Extramurale geriatrische Betreuung zur Entlastung der Anstalten
- Supervision in der geriatrischen Pflege und Betreuung.

Die Zusammenfassung des Berichtes im Wortlaut:

Expertenkommission fordert höhere politische Priorität für das Gesundheitswesen

Höhere Priorität für das Wiener Spitalswesen als bisher verlangt die Expertenkommission als Konsequenz aus den Lainzer Vorfällen.

Anstelle der zur Zeit kameralistisch und administrativ ausgelegten Führung der Wiener Krankenanstalten sollte im Rahmen einer Holding eine gemeinwirtschaftliche Organisationsform treten. Damit sollte eine betriebswirtschaftliche Führung der Krankenanstalten und die Delegation der Verantwortung auf jene Ebenen gewährleistet sein, auf denen Entscheidungen wirksam werden.

Die Krankenhäuser sollten künftig eigenständige Einrichtungen außerhalb der Gemeindeverwaltung werden, in denen sich organisatorische Fragen dann besser, überschaubarer und funktionsgerechter lösen lassen und auch eine positive Motivation der Mitarbeiter erwartet werden kann.

Die Leistungen in den Krankenanstalten sind ohne zusätzliche extramurale Einrichtungen in Zukunft nicht mehr denkbar. Diese müssen entsprechend ausgebaut und weiterentwickelt werden.

Innerhalb der Krankenhäuser müssen die Dienstleistungen am Patienten, also die Bedürfnisse erkrankter Menschen, Vorrang vor anderen Funktionen wie Ausbildung und Forschung haben. Anstelle der unzureichenden Dienstzeitregelung für Ärzte (bis 13 Uhr) muß sichergestellt werden, daß Stationsärzte, Oberärzte und Primärärzte den Patienten auch nachmittags zur Verfügung stehen. Nachtdienste, Urlaube und Kongreßbesuche sind so zu organisieren, daß sie dem Primat der Patientenversorgung Rechnung tragen. Dazu bedarf es einer entsprechenden Stellenvermehrung.

Die Bestellung des ärztlichen Personals sollte auf allen Ebenen auf Zeit erfolgen, um eine ausreichende Motivierung der Mitarbeiter zu sichern.

Beim Pflegepersonal ist vor allen Dingen für eine ausreichende Personalausstattung und eine leistungsgerechte Entlohnung zu sorgen. Hinreichende Weiterbildungsmöglichkeiten sind zur Verfügung zu stellen. Durch Einstellung von Schreibkräften und Reinigungspersonal müssen berufsfremde Tätigkeiten eingeschränkt werden. Geeignete Arbeitszeitregelungen sollen die Attraktivität der Pflegeberufe so steigern, daß die kurze Verweildauer im Beruf vermieden wird.

Die kollegiale Führung auf Krankenhausebene muß effizienter werden. Anstelle des bisherigen Nebeneinander muß die Zusammenarbeit zwischen den Berufsgruppen auf allen Ebenen durch regelmäßige Besprechungen und ähnliche Maßnahmen gesichert werden.

Gewerkschaften und sonstige Interessensvertretungen sollen, im Rahmen der ihnen anvertrauten Wahrung von Dienstnehmerinteressen, keinen sachfremden Einfluß auf innerbetriebliche Entscheidungen im Spital nehmen. Mißverständene Gruppeninteressen dürfen keinesfalls zu einer Beeinträchtigung des Patientenwohls oder von Interessen einzelner Dienstnehmer führen.

Das Problem kranker und alter Menschen kann nicht allein auf der Spitals-ebene gesehen und gelöst werden. Bestehende und zu schaffende Versorgungseinrichtungen müssen über ihre eigentliche Aufgabe hinaus zu einer Bewußtseinsbildung und damit zu einer Betreuung und Versorgung alter Menschen außerhalb des Krankenhauses beitragen. Familienangehörige sollen durch eine derartige Hilfestellung in die Lage versetzt werden, an der Betreuung ihrer pflegebedürftigen Angehörigen mitzuwirken.

Die Kommission hat sich einer Bewertung der Vorkommnisse in Lainz bewußt enthalten, weil diese Gegenstand verschiedener anderer Verfahren sind. (Schluß) red/gg

Forts. von Blatt 1356

Wiener Musiksommer: Eröffnungskonzert mit den Symphonikern

Wien, 23.6. (RK-KULTUR) Mit dem Eröffnungskonzert der Wiener Symphoniker unter Georges PRETRE am 28. Juni im Großen Saal des Wiener Konzerthauses beginnt der Wiener Musiksommer 1989. Das Programm des Musiksommers steht unter dem Motto „Virtuosität und Substanz“ — der Gegenüberstellung, vor allem aber der harmonischen Ergänzung dieser beiden musikalischen Kriterien. Die traditionell breite Programmpalette des Musiksommers wurde beibehalten, eine Reihe prominenter Orchester und Solisten steht für die musikalische Qualität des Festivals. Mit der Heranziehung junger — besonders österreichischer — Künstler, und der neuen Reihe „Ensembles in Wien“ werden zusätzliche Akzente im Programm des Musiksommers gesetzt.

Neben den bereits traditionellen Programmreihen im Arkadenhof, in Schönbrunn, in den Wiener Palais und Gedenkstätten, dem „Festival Orgelkunst“ in der Augustinerkirche und der „Musik des 20. Jahrhunderts“ in der Secession, steht mit „Ensembles in Wien“ eine neue Reihe auf dem Programm, die speziell den Künstlern aus unserer Stadt gewidmet ist. Die insgesamt vier Konzerte werden von der „Wiener Kammerphilharmonie“, dem „Jess-Trio“, der „Wiener Akademie“ und dem „Concilium Musicum Wien“ bestritten.

Für die Attraktivität des Musiksommers sprechen eine Reihe von Orchestern, Ensembles und Solisten der Spitzenklasse wie das Königliche Philharmonische Orchester Flandern und die Slowakische Philharmonie, das Trio di Trieste und das Panocha Quartett sowie Salvatore Accardo, Mischa Maisky, Luigi Alberto Bianchi, David Geringas, Natalia Gutmann, Tzimon Barto und Jean-Pierre Rampal, um nur einige zu nennen. Besonders bemerkenswert sind das Wien-Debüt des russischen Violoncello-Virtuosen Alexander Rudin und das erstmalige Auftreten der jungen Wiener Pianistin Ingeborg Baldaszi im Rahmen des Musiksommers. Gedenkstättenkonzerte, Schrammelabende, Open-Air-Konzerte auf dem Rathausplatz und der „Blue Danube Jazz Summit“ mit drei Veranstaltungen im Arkadenhof ergänzen das Musiksommer-Programm.

Die Wiener Volksoper zeigt in der Wiener Staatsoper acht Vorstellungen der „Zauberflöte“ in der Inszenierung von Jerome Savary.

Karten für den Musiksommer — und auch die heuer neu gestalteten Programmhefte — sind Montag bis Freitag, 10 bis 18 Uhr, in der Stadtinformation im Wiener Rathaus, Friedrich-Schmidt-Platz, Telefonnummer 42 800/2085 oder 2095, erhältlich. Weiters gibt es auch Karten an den Verkaufsstellen des Wiener Veranstaltungsservice, also im Theater an der Wien, im Raimundtheater, im Ronacher, in der Stadthalle und in einer Reihe von Bankfilialen in den meisten Wiener Bezirken, in Niederösterreich und im Burgenland. Karten für die „Zauberflöte“ gibt es ab 1. Juli, Montag bis Freitag, 9 bis 12 und 13 bis 17 Uhr in der Staatsoper (Information: Telefon 588 30/313) (Schluß) gab/rr

„Wien. Entwicklung und Erscheinung“

Jubiläumsausstellung des Wiener Stadt- und Landesarchivs

Wien, 23.6. (RK-KULTUR/LOKAL) Aus Anlaß des 100jährigen Bestandes als selbständige Abteilung innerhalb der Wiener Stadtverwaltung zeigt das Wiener Stadt- und Landesarchiv im Arkadenhof des Wiener Rathauses die Ausstellung „Wien. Entwicklung und Erscheinung“. Die Ausstellung dokumentiert in mehreren Abschnitten die Geschichte der Stadt vom römischen Militärlager (Vindobona) bis zur Gegenwart. Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK wies bei der Eröffnung der Schau auf die Bedeutung des



WIEN · ENTWICKLUNG
UND ERSCHEINUNG

Archivs als „wissenschaftliches Gedächtnis unserer Stadt“, aber auch als bürgernaher Bestandteil der Verwaltung hin. Die Ausstellung unterstreiche die Legitimation des Stadt- und Landesarchivs zur Stadtgeschichtsschreibung. Pasterk dankte schließlich dem scheidenden Leiter des Archivs,

ao. Univ.-Prof. Hofrat Dr. Felix CZEIKE für seine vorbildliche Arbeit im Dienste des Archivs. Hofrat Czeike gehörte dem Stadt- und Landesarchiv 35 Jahre an und leitete es 13 Jahre.

Die Ausstellung im Arkadenhof, die bis 31. August zu sehen ist, illustriert auf anschauliche Weise die Entwicklung Wiens bis zur Gegenwart. Großflächiges Bildmaterial und kurze Texte bilden den Bogen der Schau: Das Mittelalter, mit der Entstehung von kleinen Siedlungen im Umkreis von Wien; die beiden Belagerungen durch osmanische Heere (1529 und 1683) und die nachher einsetzende Verbauung freier Flächen; die Barockkultur; die entscheidenden Veränderungen im 19. Jahrhundert, zum Beispiel der Abbau der Basteien, die Errichtung der Ringstraße und des Gürtels sowie die Eingemeindung der Vorstädte und Vororte, die zu Standorten der modernen Industrie, aber auch der Mietskasernen wurden; die Stadterneuerung und Revitalisierung nach dem Zweiten Weltkrieg. In mehreren Vitrinen werden „historische Schmankerln“ gezeigt, so zum Beispiel das älteste im Besitz des Wiener Stadt- und Landesarchivs befindliche Stadtsiegel (1239) und das älteste Schottengrundbuch (1314). „Die Wiener in der Musik“ ist ein eigener Ausstellungsabschnitt. Zur Jubiläumsausstellung des Landesarchivs ist ein Katalog (141 Seiten) mit rund 100 Abbildungen erschienen, der im Archiv und in der Trafik im Rathaus zum Preis von 110 Schilling erhältlich ist.

Vom „Anhängsel“ zum Forschungszentrum

In der Schmidthalle des Rathauses ist bis 5. Oktober (Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr) eine kleine Ausstellung zur Geschichte des Wiener Stadt- und Landesarchivs zu sehen. Thematischer Schwerpunkt ist der Fortschritt des städtischen Archivs von einem vernachlässigten, dunklen und staubigen Aufbewahrungsort verschiedener Dokumente, die sich zumeist in katastrophaler Unordnung befanden, zum wissenschaftlichen Kultur- und Bildungsinstitut. Die Entwicklung des Stadtarchivs von einem „Anhängsel“ von Kanzlei bzw. Registratur zu einem Zentrum stadt- und landesgeschichtlicher Forschung mit einer bemerkenswerten Vielfalt der Sachbereiche wird durch zahlreiche Originale aus den Archivbeständen und Fotos aus der Archivchronik dokumentiert.

Festveranstaltung

Anlässlich des 100-Jahr-Jubiläums des Wiener Stadt- und Landesarchivs als selbständiges Institut fand Donnerstag abend im Wappensaal des Rathauses eine Festveranstaltung statt. Der Direktor des Landesarchivs, Univ.-Prof. Hofrat Dr. Felix Czeike, stellte in seinen Ausführungen fest, daß das Interesse an der Geschichte unserer Stadt in jüngerer Zeit erfreulich gewachsen ist. Dementsprechend bemühen sich die Historiker im Archiv, die historischen Quellen zu sammeln und zu bewahren, sie für Politik und Verwaltung, für die Wissenschaft und für ein breites Publikum zur Verfügung zu stellen. Die Tätigkeit der Archivare hat sich in ungeahnter Weise ausgeweitet. Heute präsentiert sich das moderne Archiv als wissenschaftliche Servicestelle, dem Aufgabenbereiche übertragen sind, die man vor einem Jahrhundert nicht einmal dem Namen nach hätte nennen können.

Landtagsabgeordneter und Vorsitzender des Kulturausschusses, Dkfm. Dr. Adolf AIGNER, überbrachte in Vertretung von Stadträtin Dr. Ursula PASTERK herzliche Gratulation zum Jubiläum und sprach Dr. Czeike für seine hervorragende Arbeit im Archiv den Dank aus. Einen überaus interessanten Einblick in die Archivgeschichte der vergangenen hundert Jahre gab Archivrat Dr. Herbert TSCHULK. (Schluß) red/rr

Forts. von Blatt 1359

chef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
sonstige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

Verlagsnummer: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus 3 Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Druck: Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt.

gegründet 1861

rk

Montag, 26. Juni 1989

Blatt 1361

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- 100.000 Schilling für den „Steffl“ (1362/FS: 23.6.)
- Info-Bus der Gaswerke in der Siedlung Wolfersberg (1363/FS: 24.6.)
- „Umweltbewußt einkaufen“: Kommenden Dienstag wieder Marktaktion (1363/FS: 25.6.)
- Einigung über Verfahren zum EXPO-Leitprogramm (1364/1365/FS: 24.6.)
- Arbeiten an Inzersdorfer Autobahnbrücke (1366/FS: 24.6.)
- EinkaufswagerIn im Badeteich (1367/FS: 25.6.)
- Instandsetzungsarbeiten in der Wiener Westeinfahrt (1367/FS: 25.6.)
- „Gespräche zum Wohnen“ — Broschüre zur Mitbestimmung (1368)
- Diese Woche Rechnungsabschluß im Gemeinderat (1370)
- ARGE Wohnplätze für Bürger in Not (1373)
- Entsorgungsbetriebe Simmering: Mögliche Geruchsbelästigung in den nächsten Tagen (nur FS/23.6.)
- Vollbrand einer Zweizimmerwohnung (nur FS/24.6.)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)
- Montag Pressekonferenz mit der Expertenkommission (nur FS)
- Dienstag Präsentation des Buches „Wiener Spitäler im Wandel der Zeit“ (nur FS)

Kultur:

- Ägyptisches Blinden-Mädchen-Orchester gastiert in Wien (1369)
- Mittwoch Präsentation des Kulturberichtes 1988 (nur FS)

Wirtschaft:

- Stadler neuer Generaldirektor der Wiener Holding (1371)
- ÖVP kritisiert gestiegene Arbeitslosenrate (1372)

100.000 Schilling für den „Steffl“

Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) 65.000 Schilling haben die Schüler des Erzbischöflichen Seminars Hollabrunn am vergangenen Wochenende bei ihrem 5. Seminarfest für die Renovierung des Wiener Stephansdomes gesammelt. Die Hollabrunner Initiative könnte, so Kardinal GROER bei der Übergabe der beiden Schecks an den Finanzreferenten des Vereins „Rettet den Stephansdom“, Günther HAVRANEK, „beispielwirkend für andere Schulen“ sein. Um die Bedeutung der von den Seminaristen geleisteten Arbeit zu unterstreichen, erhöhte der Wiener Erzbischof Kardinal Groer den Reinertrag von 65.000 Schilling aus privaten Mitteln auf 100.000 Schilling.

„Showeinlagen“ — eine Paragleitergruppe unternahm aus 2.000 Metern Höhe einen Zielsprung auf den Fußballplatz des Seminars —, ein Flohmarkt, Theateraufführungen und die Hollabrunner Premiere des Lustspiels „Ritter Blaubart“ hatten am vergangenen Sonntag zu einem „Massenanandrang“ auf das 5. Hollabrunner Seminarfest geführt.

Großes Interesse über die Grenzen Hollabrunns hinaus fand ein Zeichenwettbewerb zum Thema „Kinder zeichnen den Stephansdom“. Der Wettbewerb, an dem sich 17 Schulen mit insgesamt 500 Einsendungen beteiligten, wurde vom Erzbischöflichen Seminar in Zusammenarbeit mit den „Niederösterreichischen Nachrichten“ veranstaltet. (Schluß) red/rr

Bereits am 23. Juni 1989
über Fernschreiber ausgesendet!



Foto: Gürer

Info-Bus der Gaswerke in der Siedlung Wolfersberg

Wien, 24.6. (RK-LOKAL) Der Info-Bus der Gaswerke fährt auch heuer wieder zu Wohn- und Gartensiedlungen, die der Gasversorgung erschlossen werden sollen und deren Bewohner damit das Angebot einer umweltfreundlichen und bequemen Heizung erhalten. Diesmal ist die Siedlung Wolfersberg an der Reihe. Im Info-Bus gibt es die Möglichkeit, allgemeine Informationen über die Gasheizung zu erhalten beziehungsweise sich für eine gezielte Beratung anzumelden.

**26. Juni bis 7. Juli
Siedlung Wolfersberg**

Standort: 14, Robert-Fuchs-Gasse bei Haus 5

(Schluß) roh/gg

Bereits am 24. Juni 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

„Umweltbewußt einkaufen“: Kommenden Dienstag wieder Marktaktion

Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Gemeinsam mit UmweltberaterInnen führt das Mobile Büro des Bürgerdienstes Marktaktionen zum Thema „Umweltbewußt einkaufen“ durch. Das Mobilbüro — ein weißes Zugfahrzeug mit Anhänger und roter Aufschrift — steht interessierten KonsumentInnen dabei für Informationen über umweltfreundliche Produkte zur Verfügung. Eine Auswahl solcher Erzeugnisse, von treibgasfreien Sprays bis zu Recyclingpapier, kann im Mobilbüro besichtigt werden. Die nächste Marktaktion findet kommenden Dienstag, den 27. Juni, von 8 bis 13 Uhr auf dem Viktor-Adler-Markt statt. Wer sich also über umweltbewußtes Einkaufen informieren möchte, kann dies direkt am Markt tun. (Schluß) hrs/rr

Bereits am 25. Juni 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Einigung über Verfahren zum EXPO-Leitprogramm

Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Einigkeit über das Verfahren zur Erstellung eines Leitprogrammes EXPO '95 durch die Stadt Wien erzielten gestern, Freitag, Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA und die vier Vertreter der mit dem Expertenverfahren beauftragten Teams Hollein, Peichl, Potyka und Wimmer:

Das Expertenverfahren hat die Erarbeitung von grundsätzlichen Konzepten für die städtebauliche Entwicklung entlang der Achse Praterstern/Wagramer Straße unter Berücksichtigung der EXPO '95 zum Gegenstand.

Die vier Expertenteams erarbeiten ihre Konzepte in direktem Auftrag der Stadt Wien und unabhängig von der Vorbereitung von nachfolgenden Wettbewerben.

Die Konzepte werden der Stadt Wien als Entscheidungsgrundlage bei der Erstellung eines Leitprogrammes dienen.

Randbedingungen

Planungsstadtrat Dr. Swoboda präsentierte dabei auch die Festlegungen und Randbedingungen seitens der Stadt Wien:

- der Standort(schwerpunkt) für die Weltausstellung ist gemäß Gemeinderatsbeschuß vom Oktober 1988 mit dem Bereich nächst der UNO-City ebenso festgelegt, wie die mögliche Erweiterungsrichtung zur Donau und darüberhinaus bis in das Nordbahnhofareal.
- der Nordbahnhof bzw. Teile desselben können — sofern keine entsprechende Nachnutzung vorliegt — für EXPO-Zwecke nur vorübergehend, also temporär in Anspruch genommen werden.
- die im Bereich des Konferenzentrums allenfalls bestehen bleibenden Einrichtungen sollen — auch hinsichtlich ihrer Nachbenutzung — als Ergänzung zum und Aufwertung des Konferenzentrums gedacht werden.
- Nachnutzungsüberlegungen sollten jedenfalls einen Beitrag zur Attraktivität bilden, zur Durchlässigkeit beitragen bzw. die Erreichbarkeit anderer Einrichtungen nicht behindern und mit vorhandenen Nutzungen vereinbar sein.
- eine bauliche Erweiterung der UNO-City darf durch die gegenständlichen Überlegungen nicht behindert werden. Sie muß auch bei Realisierung der EXPO-Einrichtungen weiterhin möglich bleiben.
- die Donauparkhalle bzw. die damit in Zusammenhang stehenden Sport- und Freizeiteinrichtungen werden in der Nähe des Donauzentrums angesiedelt.
- der Donaupark soll als Erholungsraum erhalten und von Bebauungen freigehalten werden.
- Umbauten der A 22 bzw. der berührten Knoten sind nur unter Bedachnahme auf die Grundwasserwanne und daher lediglich in geringfügigem Umfang denkbar, bei allfälligen Überdachungen oder Überbrückungen sind neben Sicherheits- und verkehrsorganisatorischen Fragen insbesondere gestalterische Gesichtspunkte zu berücksichtigen.
- der Erholungsbereich an der Alten Donau soll erhalten werden. Es sind keine Zufahrten über Bruckhausen und Arbeiterstrandbadstraße für EXPO-Zwecke vorzusehen. Im Zusammenhang mit der EXPO soll es in diesem Bereich tunlichst zu keinen zusätzlichen Belastungen oder zu Einschränkungen der derzeit gegebenen Nutzungsmöglichkeiten kommen.
- die Nutzung und Struktur der an den EXPO-Standort mittelbar angrenzenden Wohngebiete ist zu erhalten, bei Überlegungen zu Verkehrsführungen ist darauf Bedacht zu nehmen.
- bei der Erschließung des EXPO-Bereiches wird dem öffentlichen Verkehrsmittel der Vorrang gegeben, der Individualverkehr nur im unbedingt erforderlichen Ausmaß zugelassen. Auf den Bustourismus ist be-

Bereits am 24. Juni 1989
über Fernschreiber ausgesendet

sonders Bedacht zu nehmen (Stauraum). Busse sollen nur vorfahren und dann auf gesondert angeordneten Parkplätzen abgestellt werden bzw. warten. Die Zahl der Stellplätze für Personenkraftwagen am Standort soll (einschließlich der bestehenden 1.200 Parkplätze im Konferenzzentrum) insgesamt nicht mehr als 4.000 betragen.

- Unter Annahme einer täglichen Besuchermenge von ca. 80.000 bis 120.000 Personen wird der ÖV-Anteil mit 50.000 bis 75.000, der IV-Anteil einschließlich der Busse 30.000 bis 45.000 Personen geschätzt. In Berücksichtigung eines P&R-Anteiles von 10.000 bis 25.000 Personen ergeben sich am Standort ca. 12.000 Besucher, die mit dem Bus und ca. 8.000 Besucher, die mit dem PKW kommen.
- zur Zeit ist die Errichtung der U 6-Nord, Umbauten des Bahnhofes „Wien-Nord“ und der U 1 — Stationen Praterstern sowie Kaisermühlen, der Ausbau des sogenannten „Papstbahnhofes“ und die Errichtung eines donaubegleitenden Bus-Shuttles beabsichtigt.
- eine allfällige Nutzung zentraler Bereiche der Donauinsel muß hinsichtlich der Flächeninanspruchnahme und Nutzungsart mit dem Erholungscharakter dieses Bereiches vereinbar sein.
- hinsichtlich der bestehenden Nutzungen in Ufer- und Inselbereichen der Donau werden eine Neuordnung angestrebt und daher Vorschläge über Verlegungserfordernisse und -möglichkeiten erwartet.
- bei der Planung von Vergnügungseinrichtungen ist zu berücksichtigen, daß der Volksprater in seinem Charakter erhalten werden soll.

Das Leitprogramm soll bis Ende 1989 durch die Stadt Wien erstellt werden und als Grundlage für den folgenden Projektwettbewerb für die EXPO '95 dienen. (Schluß) lf/gg

Forts. von Blatt 1364

Arbeiten an Inzersdorfer Autobahnbrücke

Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen des Brückenerhaltungsprogrammes der Stadt Wien sind Instandsetzungsarbeiten an der Tragwerksunterseite der Autobahnbrücke Hochstraße Inzersdorf über die Stern-gasse im Zuge der A 23/Südost-Tangente Wien erforderlich geworden, die am Montag, dem 26. Juni, beginnen und voraussichtlich sechs Wochen in Anspruch nehmen werden. Die Vielfältigkeit der durchzuführenden Arbeiten — mobile Gerüstaufstellung auf Fahrbahn beziehungsweise Gehsteig der Stern-gasse, Hochdruckwasserstrahlen, Tragwerksinstandsetzung, Betonbeschichtung — macht entsprechende Verkehrsmaßnahmen notwendig:

- Sperre einer Geradeausspur der Stern-gasse in Richtung Draschestraße; eine Fahrspur mit 3,5 Metern Breite bleibt frei.
- An einzelnen Tagen unmittelbar ab 26. Juni sowie voraussichtlich Ende Juli ist die Sperre von zwei weiteren Fahrspuren (je einer pro Fahr-richtung) in der Zeit von 9 bis 15 Uhr zwecks Aufstellung und Abbau von Gerüsten erforderlich. Auch in diesem Fall bleibt zumindest eine Fahrspur mit 3,5 Metern Breite frei.

Abschließend noch der Hinweis, daß es auf der Autobahn selbst durch die Arbeiten zu keinen Behinderungen kommen wird. (Schluß) pz/gg

Bereits am 24. Juni 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Einkaufswagen in im Badeteich

Wien, 25.6. (RK-LOKAL) Schüler der Hauptschule Prinzgasse in der Donaustadt hatten in einem Brief an Bezirksvorsteher Albert SCHULTZ geklagt, daß der in der Nähe der Schule liegende Badeteich Hirschstetten durch Gerümpel verunreinigt sei. Aufgrund dieser Information hatte sich der Bezirksvorsteher an die Feuerwehr gewandt, die Sonntag vormittag im Beisein der Schüler vier Taucher einsetzte. Dabei wurden zwei Einkaufswagen, eine Matratze, etliche alte Autoreifen sowie diverses Gerümpel gefunden. Der Müll wurde durch das Stadtgartenamt abtransportiert. Die Aktion wird im Rahmen der Tauchausbildung im Laufe der kommenden Woche fortgesetzt. (Schluß) ull/gg

Bereits am 25. Juni 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Instandsetzungsarbeiten in der Wiener Westeinfahrt

Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) In der Wientalstraße und auf dem Hackinger Kai müssen im Bereich zwischen dem Umspannwerk und der Stampfergasse diverse Arbeiten zur Straßenerhaltung wie örtliche Belagsausbesserungen, Vergießen von Fugen, Neuversetzen von Wassereinläufigittern vorgenommen werden, die am kommenden Dienstag, dem 27. Juni, beginnen und voraussichtlich eine Woche dauern werden. Diese Instandsetzungsarbeiten erfordern die Sperre jeweils einer Fahrspur in der Zeit von 9 bis 17 Uhr. (Schluß) pz/gg

Bereits am 25. Juni 1989
über Fernschreiber ausgesendet

„Gespräche zum Wohnen“ – Broschüre zur Mitbestimmung

Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) „Gespräche zum Wohnen — Vier Diskussionen über Demokratie und Mitbestimmung im Wohnbau“ heißt eine 52 Seiten starke Broschüre über Mitbestimmung im Wohnbau, die jetzt beim Wiener Stadterneuerungsfonds erschienen ist. Sie dokumentiert vier Fachdiskussionen, die vor wenigen Monaten im Wiener Karl-Marx-Hof stattgefunden haben, und wo in- und ausländische Fachleute, Architekten, Politiker und Betroffene im Rahmen der Ausstellung „Anders Wohnen“ auf Einladung des Wiener Stadterneuerungsfonds vier Abende lang darüber gestritten haben, warum die Mitbestimmung im Wohnbereich in der Praxis über bescheidene Ansätze bisher kaum hinausgekommen ist. Die Konfrontation von Politikern, wie mit Swoboda und Edlinger, Architekten wie Nehrer, Glück oder Uhl, und Fachleuten wie Gehmacher, Wippel, Einem oder Holoubek sorgte für vier, teils heftige, aber ebenso qualitätsvolle und interessante Diskussionen, die nun in dieser Sammelbroschüre nachzulesen sind. Die Broschüre ist beim Wiener Stadterneuerungsfonds (1082 Wien, Lenaugasse 10, Telefon 43 59 19) kostenlos erhältlich. (Schluß) ah/rr

„Ägyptisches Blinden-Mädchen-Orchester“ gastiert in Wien

Wien, 26.6. (RK-KULTUR) Am Donnerstag, dem 29. Juni, gastiert um 19.30 Uhr bereits zum zweiten Mal das ägyptische „Blinden-Mädchen-Orchester“ im Festsaal des Wiener Rathauses. Gastgeber ist Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, das Konzert findet unter dem Ehrenschutz und in Anwesenheit von Bundeskanzler Dr. Franz VRANITZKY statt. Auf dem Programm stehen u.a. Werke von Mozart, Johann und Josef Strauß und Tschai-kowsky. Der Eintritt ist frei. (Schluß) red/bs

Diese Woche Rechnungsabschluß Im Gemeinderat

Landtag berät Novelle zum Krankenanstaltengesetz

Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat tritt am Mittwoch, dem 28. Juni, zu der auf drei Tage anberaumten Debatte über den Rechnungsabschluß 1988 zusammen. Die Sitzungen beginnen jeweils um 9 Uhr.

Der Terminplan im Detail:

- **Mittwoch, 28. Juni:**
Sitzung des Gemeinderates mit Fragestunde.
Im Anschluß daran beginnt die Generaldebatte über den Rechnungsabschluß.
Finanzen und Wirtschaftspolitik
Umwelt, Freizeit und Sport
Stadtentwicklung und Stadtplanung
Personal
Sitzung des Landtages: Novelle zum Krankenanstaltengesetz
- **Donnerstag, 29. Juni:**
Fortsetzung der Rechnungsabschlußdebatte
Kultur
Gesundheits- und Spitalswesen
Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst
Wohnbau und Stadterneuerung
- **Freitag, 30. Juni:**
Sitzung des Landtages mit Fragestunde
Novelle zum Getränkesteuergesetz
anschließend Gemeinderat, Fortsetzung der Rechnungsabschlußdebatte
Bildung, Jugend, Familie und Soziales
Verkehr und Energie
Rechnungsabschluß der Stadtwerke
Restliche Tagesordnung des Gemeinderates
(Schluß) red/bs

Stadler neuer Generaldirektor der Wiener Holding

Wien, 26.6. (RK-WIRTSCHAFT) Der Vorstandsdirektor der Wiener Holding, Dkfm. Klaus STADLER, 50 Jahre, wurde Montag in einer Syndikats- und anschließenden Generalversammlung zum neuen Generaldirektor der Wiener Holding bestellt. Stadler tritt mit 1. Juli die Nachfolge von Generaldirektor Dkfm. Dr. Ernst KRAUS an.

Es muß nun der Posten eines Vorstandsdirektors für den betriebswirtschaftlichen Bereich öffentlich ausgeschrieben werden. (Schluß) sei/gg

ÖVP kritisiert gestiegene Arbeitslosenrate

Wien, 26.6. (RK-WIRTSCHAFT) Kritisch setzte sich Montag ÖVP-Gemeinderat Dkfm. Dr. Heinz WÖBER in einem Pressegespräch mit der Arbeitsplatzsituation in der Ostregion auseinander. Die Arbeitslosenrate sei 1988 in Wien gegenüber dem Vrojahr weiter und deutlich stärker als im Bundesdurchschnitt gestiegen.

Während auf der einen Seite etwa 7.000 Stellen für qualifiziertes Personal offen stünden, weise die Arbeitsmarktstatistik 45.000 Wiener Arbeitslose aus. Wöber sprach sich dafür aus, daß diese 7.000 Arbeitsplätze, für die kein Personal gefunden werden könne, durch eine erhöhte Zahl von Arbeitsgenehmigungen für Ausländer wenigstens zum Teil besetzt werden sollten.

Wöber forderte weiters ein Neuüberdenken der Investitionspolitik der Stadt Wien. Weder im Finanzplan noch aus den Rechnungsabschlüssen gehe hervor, wie Projekte wie die Weltausstellung, die Betriebskosten des AKH, das Schloß Neugebäude oder das Ronacher finanziell bewältigt werden sollen. Auch die Bezirksbudgets sollten kräftig erhöht werden. (Schluß)
ull/gg

ARGE Wohnplätze für Bürger in Not

Gründungsurkunde unterzeichnet

Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Die Gründungsurkunde der „ARGE Wohnplätze für Bürger in Not“ unterzeichnete Montag Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und die Vizebürgermeister Hans MAYR und Ingrid SMEJKAL in Anwesenheit von Landtagspräsident Ing. Fritz HOFMANN, Wohnungsstadtrat Rudolf EDLINGER und von Vertretern der in der Arbeitsgemeinschaft koordinierten Vereine.

Die „ARGE Wohnplätze für Bürger in Not“, in der Caritas, Volkshilfe, Bewährungshilfe, Heilsarmee, die „ARGE Nichtseßhaftenhilfe Wien“, der Verein WOBES und die „Vinzenzgemeinschaft Mariahilf“ sowie verschiedene Magistratsabteilungen der Stadt Wien zusammenarbeiten, plant in den nächsten Jahren rund 500 ambulant bzw. stationär betreute Wohnplätze für in Wien lebende obdachlose Menschen in allen Bezirken zu schaffen. Die in der Arbeitsgemeinschaft koordinierten Vereine sorgen für eine professionelle Betreuung durch diplomierte Sozialarbeiter, die Stadt Wien wird die Beschaffung und Adaptierung der benötigten Wohnplätze unterstützen und die laufenden Kosten für Miete und Betreuung der Klienten tragen.

Vorsitzende der ARGE Wohnplätze für Bürger in Not, 1010 Schmerlingplatz 2, Telefon 48 32 32, der GR Hans KÖNIG (SPÖ) und GR Maria RAUCHKALLAT (ÖVP) sowie BV Heinz WEISZMANN (SPÖ) und die Vertreter der Vereine angehören, ist GR Erika STUBENVOLL (SPÖ). (Schluß) jel/bs

chef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
sonstige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlagssumme: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex: 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Druck: Verlegt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Dienstag, 27. Juni 1989

Blatt 1374

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Edlinger: Üble Unterstellungen von ÖVP-Gemeinderat Wöber (1375/FS: 26.6.)
- LKW-Nachfahrverbot dient Hebung der Lebensqualität (1376/FS: 26.6.)
- Zilk: Grundlagen für Reform des österreichischen Gesundheitswesens (1377/1378/FS: 26.6.)
- Expertenkommission stand Rede und Antwort (1379/FS: 26.6.)
- Expertenkommission: Keine Anrufe mehr möglich (1380/FS: 26.6.)
- Schätze aus den Tresoren des Landesarchivs (1382)
- Steno und Maschinschreiben sind „in“ (1383)
- Ein Plakat gegen Krebs (1384)
- Ab 1. Juli: Stadt Wien übernimmt Überwachung der Kurzparkzonen (1385)
- Halbzeit beim Wiener Straßen- und Brückenbau (1387-1390)
- Hirnschall: Kann mir Stacher als Motor der Reform nicht vorstellen (1391)
- ÖVP bringt Mißtrauensantrag gegen Stadtrat Stacher ein (1392)
- Zwei kleine Japaner bei Verkehrsunfall verletzt (nur FS)

Kultur:

- 600.000 Schilling für Verband wissenschaftlicher Gesellschaften (1381)

Edlinger: Üble Unterstellungen von ÖVP-Gemeinderat Wöber

Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) „Wenn ÖVP-Gemeinderat Wöber von abgesprochenen Ergebnissen und widerrechtlichen Vorgängen bei der Vergabe der Baudurchführung von vier Gemeindeneubauten an die GESIBA spricht, so sind das üble Unterstellungen“, erklärte Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“. „Außerdem müßte Herr Gemeinderat Wöber erst einmal erklären, weshalb die ÖVP in der Gemeinderatssitzung am 29. Mai der Auftragsvergabe an die GESIBA beim größten der vier Projekte in der Rauchfangkehrergasse 15-27 mit 82 Wohnungen zugestimmt hat, wenn es dabei angeblich nicht mit rechten Dingen zugegangen sei“, ergänzte Edlinger. „Und überdies dürfte es Herrn Gemeinderat Wöber entgangen sein, daß die GESIBA keine Magistratsabteilung, sondern ein völlig eigenständig wirtschaftender Betrieb ist, dem für Leistungen wie etwa Bauverwaltung und Baubetreuung Kosten entstehen, die nach den üblichen und rechtlich fixierten Sätzen abgegolten werden müssen“, sagte Edlinger. Zu einer Verbilligung für die künftigen Mieter der vier Wohnhäuser werde es dadurch kommen, daß die Häuser mit Hilfe der neuen Wiener Wohnbauförderung gebaut werden. Daß man mit diesen vier Projekten zugewartet habe, bis diese neue Förderung in Kraft ist, sei nicht zulasten der gesamten Neubaulistung in Wien gegangen. Dafür seien eben andere Projekte in preisgünstigeren Lagen vorgezogen worden, schloß Edlinger. (Schluß) ah/gg

Bereits am 26. Juni 1989
über Fernschreiber ausgesendet

LKW-Nachtfahrverbot dient Hebung der Lebensqualität

Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Im Zusammenhang mit der heutigen Ablehnung eines Nachtfahrverbotes auf Wiens „Transitrouten“ durch den Präsidenten der Wiener Handelskammer stellte Verkehrsstadtrat Johann HATZL gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ fest, daß dies als Maßnahme zur Hebung der Lebensqualität in der Stadt notwendig wurde, vor allem für die entlang der Autobahnen wohnenden Mitbürger.

Wenn für die in Westösterreich lebende Bevölkerung der Lärm und die Abgase, die durch den LKW-Verkehr in der Nacht verursacht werden, unzumutbar geworden sind, so gilt dies in noch größerem Maße für die Bewohner Wiens und der betroffenen Ostregion.

Es gibt bereits lärmarme LKW's, die Industrie ist auch in der Lage zu liefern; daneben sind LKW's jüngerer Bauart nachrüstbar. Die Mehrkosten für einen lärmarmen LKW belaufen sich auf 30.000 bis 50.000 Schilling, Bundesminister Schüssel hat eine entsprechende Förderungsaktion zugesichert.

Die Handelskammer sollte vielmehr mithelfen, daß diese Umstellungen raschest erfolgen und nicht mit fadenscheinigen Argumenten zielführende Vorschläge unterlaufen. Entscheidend sei, daß die betroffene Bevölkerung von Lärm und Abgasen entlastet werde, schloß Hatzl. (Schluß) pz/rr

Bereits am 26. Juni 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Zilk: Grundlagen für Reform des österreichischen Gesundheitswesens

Bereits am 26. Juni 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Der Bericht der Internationalen Expertenkommission wurde Montag vormittag durch die Mitglieder der Kommission, durch Vertreter des Stadtsenats und des Wiener Gemeinderates einem ausführlichen Hearing unterzogen. In weiterer Folge wird eine offene Kommission unabhängiger Experten Vorschläge zu einer grundlegenden Reform des österreichischen und des Wiener Gesundheitswesens ausarbeiten.

Grundlage einer solchen Reform könnten nach Meinung von Bürgermeister Zilk und Vizebürgermeister Mayr folgende Punkte sein:

1. Die Reform kann sich **nicht allein auf das Krankenhaus beschränken**, sie muß alle Stufen des medizinischen Aufbaues umfassen — die mobilen Schwestern ebenso wie die praktischen Ärzte, die Fachärzte wie die Ambulanzen und natürlich auch die Spitäler.

2. Die Reform kann **nicht im Alleingang von einer Institution bewältigt werden** — gefordert sind vor allem der Bund, die Länder, die Sozial- und die Privatversicherungen sowie die Interessensvertretungen, die sich alle an einen Tisch setzen müssen mit dem Ziel, eine österreichweite Lösung zu finden, die zugleich menschlich und wirtschaftlich ist: Die Österreicherinnen und Österreicher haben ein Anrecht auf eine gute medizinische Versorgung, egal, wo sie wohnen.

3. Die Reform müßte berücksichtigen, daß in der Medizin zwar nicht auf Medikamente und auf Apparaturen verzichtet werden kann, daß die **Medizin jedoch nicht im Stil einer Reparaturwerkstätte** ausgeübt werden darf — das Gespräch mit dem Menschen, die Einbeziehung seiner Lebensumstände sollten ein ganz wesentlicher Bestandteil des Heilens sein.

Es werden folgende konkrete Maßnahmen zu den drei obigen Maßnahmen vorgeschlagen, die im wesentlichen bereits in dem 1985 erschienenen Buch von Mayr/Seitlinger „Patient Krankenhaus?“ enthalten waren.

Zu Punkt 1: Ziel einer menschlichen und wirtschaftlicher Lösung sollte es sein, **möglichst flächendeckend in Österreich eine gute medizinische Basisversorgung aufzubauen und darüber hinaus die Spitzenversorgung regional günstig zu situieren**. In regional und dezentral organisierten Einheiten der medizinischen Versorgung sollte ein möglichst kooperatives Verhältnis zwischen den drei Stufen in der medizinischen Versorgung angestrebt werden. Diese drei Stufen sind

- Stufe eins, die praktischen Ärzte, die mobilen Schwestern und die Hauskrankenpflege,
- Stufe zwei, die Fachärzte und die Ambulanzen,
- Stufe drei, die Spitäler.

Der Austausch der Diagnosen über Datenbanken sollte zwischen den einzelnen Stufen ebenso selbstverständlich sein wie ein Rund-um-die-Uhr-Dienst der praktischen Ärzte (nach dem Beispiel der Apotheken).

Zu Punkt 2: Um das regional und dezentral organisierte Gesundheitswesen in Österreich finanzieren zu können, muß auch eine Reform der Finanzierung des Gesundheitswesens Platz greifen. Diese Reform sollte folgende fünf Schritte umfassen:

- Die Financiers müssen die Gesundheitskosten eines Jahres X
- als „**Stunde-Null-Lösung**“ anerkennen. Sie müssen vereinbaren, für einen bestimmten Zeitraum (drei oder fünf Jahre) ihren prozentuellen Anteil an den Gesundheitskosten im Jahre X zu leisten.

Die Financiers müßten ab dem Jahre X versuchen, die Kostenentwicklung in den Griff zu bekommen, und zwar über ein **Kostenvorgabesystem**.

Forts. auf Blatt 1378

- Jeder der im KRAZAF vertretenen Partner muß das Recht haben, für jedes Spital in Österreich ein **Wirtschaftlichkeitsprüfungsverfahren** zu verlangen.
- Es ist ein **Anreizsystem** auszuarbeiten. Einsparungen sollen in den jeweiligen Institutionen verbleiben und nicht zur Gänze abgeführt werden. So sollte eine Verwendung eventuell ersparter Gelder z. B. im Rahmen einer demokratischen Entscheidung in den Spitälern und Abteilungen möglich sein.
- Die Spitäler sind durch die **strikte Einhaltung des Stufenaufbaues** in der medizinischen Versorgung zu entlasten. Erst wenn die Möglichkeiten der Stufe eins nicht mehr ausreichen, sollte Stufe zwei in Anspruch genommen werden usw.. Je höher man im Stufenaufbau kommt, desto weniger breitgestreut wird das Angebot sein: Für die medizinische Spitzenversorgung in Österreich reichen ein paar Zentren, es erscheint nicht sinnvoll, in jedem Bundesland ein gleichwertiges Zentrum zu errichten.

Zu Punkt 3: Im gegenwärtigen System kommt die Hinwendung zum Menschen, das Gespräch, die Einbeziehung seiner Lebensumstände eindeutig zu kurz. Das beginnt bereits in den ärztlichen Praxen, wo eine Tendenz zum Durchschleusen der Patienten und zum bloßen Verschreiben von Rezepten feststellbar ist. Eine Reform müßte organisatorische und finanzielle Modelle ausarbeiten, die eine **humanere Medizin** und ein **humaneres Gesundheitssystem** zulassen. (Schluß) sei

Bereits am 26. Juni 1989
über Fernschreiber ausgesendet
Forts. von Blatt 1377

Expertenkommission stand Rede und Antwort

Bereits am 26. Juni 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz von Univ.-Prof. DDr. Karl FELLINGER stellte sich die Expertenkommission Lainz am Montag nachmittag den Fragen der Journalisten. Einleitend dankte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK den Mitgliedern der Kommission. „Wenn diese Kommission etwas bewirkt“, so Zilk, „dann eine umfassende Reform des gesamten Gesundheitswesens.“

Univ.-Prof. DDr. Fellinginger betonte zunächst, daß es die Aufgabe und der Auftrag der Kommission gewesen sei, Schwachstellen aufzuzeigen und Korrekturen vorzuschlagen. Sie habe dies in dem Bewußtsein getan, daß es in Wien insgesamt eine ausgezeichnete medizinische Versorgung auf internationalem Standard gebe. Positives, wie etwa die Psychiatriereform, komme in diesem Bericht naturgemäß nicht vor.

Im einzelnen nahmen die Kommissionsmitglieder unter anderem zu folgenden Punkten Stellung:

- **Ärztendienstzeiten:** Das Krankenhaus brauche vormittags und nachmittags eine volle ärztliche Besetzung. Es sei klar, daß die Verwirklichung dieser Forderung zu einer Stellenvermehrung führen müsse.
- **Holding:** Die Kommission spricht sich für ein modernes Spitalsmanagement — das Krankenhaus als Dienstleistungsbetrieb — aus. Die Führung sollte nicht kameralistisch, sondern nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten in gemeinwirtschaftlicher (nicht privatwirtschaftlicher) Form erfolgen. Die Entscheidungen sollen auf jene Ebene verlegt werden, wo sie sich tatsächlich auswirken (also in das jeweilige Krankenhaus). Die künftige Führung des neuen AKH als eigene Magistratsabteilung 16 sei ein Schritt in die richtige Richtung, die Kommission schlägt aber grundsätzlich eine noch stärkere Unabhängigkeit der Spitäler vor.
- **Umfassendes Gesundheitssystem:** Das Krankenhaus soll im Rahmen eines umfassenden Gesundheitssystems eine neue Funktion bekommen und seine Monopolstellung verlieren. Das Gesundheitssystem beginne bei der Gesundheitsberatung; die gesamte Infrastruktur müsse erweitert werden, um die Spitäler zu entlasten.
- **Spezifische Wien-Kritik:** Auf die Frage an die ausländischen Kommissionsmitglieder, welche Mängel spezifisch in Wien aufgefallen seien, wurde auf folgende Punkte verwiesen: Volle ärztliche Anwesenheit nur am Vormittag, „Radldienst“ des Pflegepersonals, Gangbetten, geringer Gehaltsunterschied zwischen diplomiertem Personal und Stationsgehilfinnen, nachrangige politische Priorität des Gesundheitswesens.
- **Krankenpflegeausbildung:** Die Ausbildung beginne in zu jungen Jahren, die Werbung für den Krankenpflagedienst müsse verbessert werden, die Möglichkeit zur universitären Weiterbildung wird verlangt.
- **Das Gesundheitswesen kostet Geld!** Die Kommission fordert vehement ein grundsätzliches Umdenken. Es müsse akzeptiert werden, daß ein funktionierendes Gesundheitswesen sehr viel Geld koste. Die in der Vergangenheit in der Öffentlichkeit immer wieder erhobene Forderung, daß das Gesundheitswesen billiger werden müsse, sei problematisch.
- **Bezugsarzt:** Wichtig erscheint der Kommission ein „Bezugsarzt“ für die Patienten auf jeder Station. Der Kontakt der Ärzte zu den Patienten sei derzeit meist zu gering.
- **Gesetzesreform:** Die Kommission hält eine Rechtsbereinigung für den gesamten Gesundheitsbereich für dringend nötig. Es gebe derzeit zu viele Gesetze, die die Krankenhäuser betreffen, teils Bundesgesetze, teils Landesgesetze, darüberhinaus Dienstanweisungen und Verträge.
- **Schuldzuweisung:** Die Kommission sprach sich gegen eine personalisierte Schuldzuweisung aus. Damit würde man es sich, so der deutsche Univ.-Prof. Dr. Hans-Georg WOLTERS wörtlich, „gar zu einfach“ machen. Es gehe um ein gesamtgesellschaftliches Klima und um die Setzung neuer Prioritäten.

(Schluß) ger/fk/gg

Expertenkommission: Keine Anrufe mehr möglich

Wien, 26.6. (RK-KOMMUNAL) Die internationale Expertenkommission Lainz hat ihre Arbeit abgeschlossen. Jene Telefonnummer (485959), unter der man die Kommission hatte erreichen können, ist ab sofort nicht mehr besetzt. (Schluß) ger/bs

Bereits am 26. Juni 1989
über Fernschreiber ausgesendet

600.000 Schilling für Verband wissenschaftlicher Gesellschaften

Wien, 27.6. (RK-KULTUR) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur bewilligte in seiner letzten Sitzung eine Subvention von 600.000 Schilling für den Verband wissenschaftlicher Gesellschaften.

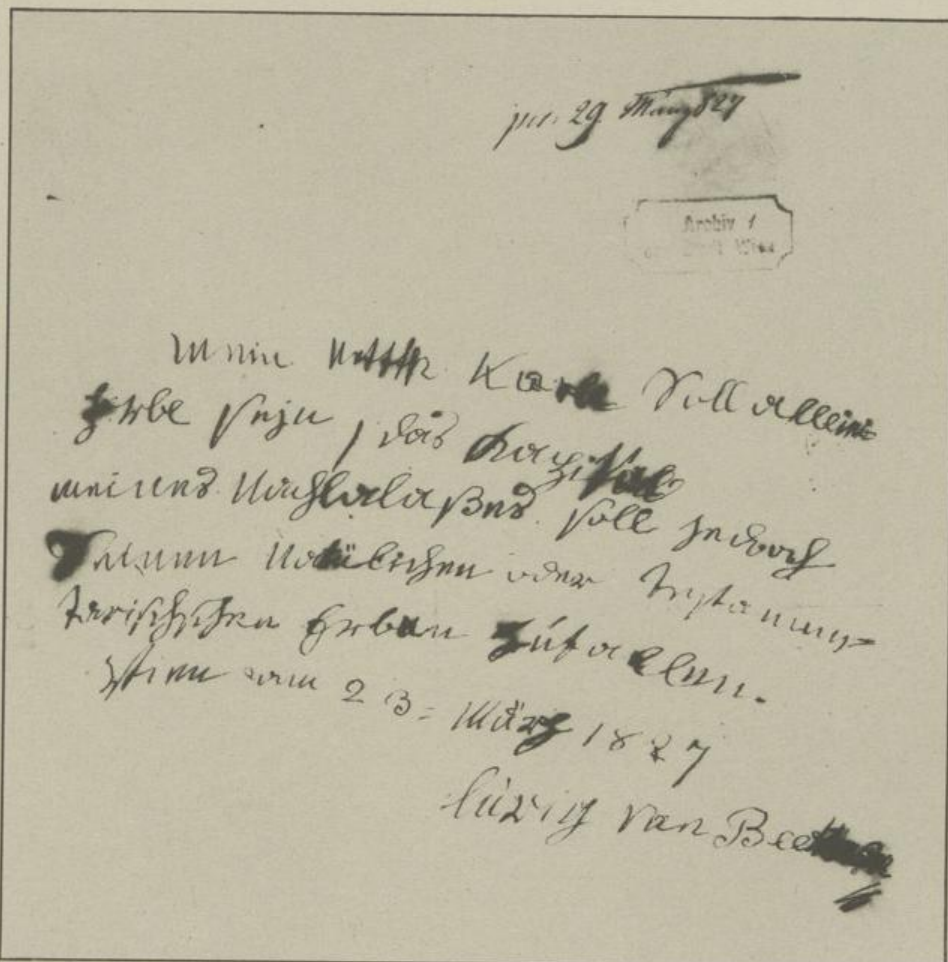
Die Mittel werden für Drucksubventionen wissenschaftlicher Werke und die Förderung der Aktion „Ausländische Gelehrte in Wien“ sowie zur Subventionierung einer Reihe an den Verband angeschlossener Vereine, wie des Vereins für Geschichte der Stadt Wien, der Internationalen Stiftung Mozarteum, der „Wiener Gesellschaft für Theaterforschung“ und des Vereins für Volkskunde aufgewendet. (Schluß) gab/bs

Schätze aus den Tresoren des Landesarchivs

Ludwig van Beethoven - letztes Testament (23. März 1827)

Wien, 27.6. (RK-LOKAL) Das Wiener Stadt- und Landesarchiv präsentiert anlässlich des Jubiläums aus Anlaß seines 100jährigen Bestehens als eigene Abteilung seine kostbarsten Urkunden, die 800 Jahre Stadtgeschichte dokumentieren. In einer eigenen Vitrine in der Stadtinformation (Rathaus, Schmidhalle, Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr) ist alle 14 Tage ein anderes „historisches Schmankerl“ zu sehen.

Von 28. Juni bis 11. Juli wird das letzte Testament von Ludwig van Beethoven (23. März 1827) gezeigt, das unter den zahlreichen Dokumenten historischer Persönlichkeiten wohl eines der wertvollsten Archiv-Stücke ist. Beethoven hat dieses Testament drei Tage vor seinem Tod verfaßt. In einer schwerfälligen und fehlerhaften Schrift, die den fortgeschrittenen geistigen und körperlichen Verfall ahnen läßt, verfügte der Meister: „Mein Neffffe Karl soll alleini(ger) Erbe sejn, das Kapital meines Nachlalaßes soll jedoch Seinen natü(r)lichen oder testamentarischschen Erben zufallen.“ (Schluß) am/rr



Beethovens letztes Testament

Foto: Wiener Stadt- und Landesarchiv

Steno und Maschinschreiben sind „In“

Tagung des Österreichischen Stenografenverbandes

Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Der Österreichische Stenografenverband lud am vergangenen Wochenende Lehrer der Textverarbeitung (Kurzschrift, Maschinschreiben und Büroorganisation) aus allen Schulkategorien zu einer gesamtösterreichischen Tagung in den großen Saal der Verwaltungsakademie der Stadt Wien ein. In Fachvorträgen und ausführlichen Diskussionen über methodische Probleme der Gestaltung von neuen Lehrplänen kamen sowohl Pädagogen als auch Vertreter der Wirtschaft und Verwaltung zu Wort. Es wurde berichtet, daß in der Bundesrepublik Deutschland die Büroorganisation als eigener Gegenstand mit einer hohen Stundenanzahl unterrichtet wird, während in Österreich dieses wichtige Gebiet, auf mehrere Fächer aufgeteilt wird.

In einer Resolution wurde das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport ersucht, den Informatikunterricht an den Pflichtschulen und an den allgemeinbildenden höheren Schulen einzuführen. Nur so kann sichergestellt werden, daß die Vorteile der Technik optimal verwertet werden können und sich die hohen Investitionskosten bezahlt machen.

Da mit der Kurzschrift in ihrer Form als Notiz- und Konzeptschrift ohne technischen Aufwand viermal schneller als mit der Langschrift geschrieben werden kann, stellt sie eines der billigsten Rationalisierungsmittel dar. Stellenanzeigen in Zeitungen beweisen, daß Stenografiekenntnisse gefragt sind und dieses Rüstzeug der Jugend durch die Schule vermittelt werden sollte, wurde bei der Tagung festgestellt.

Eine Exkursion zum stenografischen Dienst des Parlaments zeigte den Tagungsteilnehmern, wie Kurzschrift und automatische Textverarbeitung in höchster Perfektion aufeinander abgestimmt sinnvoll angewendet werden. (Schluß) red/gg

Ein Plakat gegen den Krebs

Nun Informationen über Krebsbehandlung und -nachsorge

Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen des „Krebsjahres 1989“ stellten Montag abend die Österreichische Krebshilfe, der Fonds „Gesundes Österreich“ und die Marketinggemeinschaft DAS PLAKAT „Das Plakat gegen den Krebs“ vor. Es wird im Sommer österreichweit gratis auf Plakatflächen angeschlagen und soll das Gesundheitsbewußtsein der Österreicher aktivieren. Das Motto der Aktion heißt: „Dem Krebs keine Chance!“

Der Wiener Gesundheitsstadtrat, Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, der die Tätigkeiten des Fonds „Gesundes Österreich“ im Krebsjahr koordiniert, dankte der Marketinggemeinschaft DAS PLAKAT für die großzügige Unterstützung der Krebsaktion. Stacher wies darauf hin, daß nun die Halbzeit in der Aufklärungskampagne über Krebskrankheiten gekommen ist. Das erste Halbjahr war der Vorsorge und der Früherkennung gewidmet, im zweiten Halbjahr bilden die Krebsbehandlung und die Krebsnachsorge die Schwerpunkte der Aktionen.

Univ.-Prof. Dr. Heinz LUDWIG von der Österreichischen Krebshilfe nannte als Ziel der Aufklärungskampagne, die Zahl der Todesopfer durch Krebs bis zum Jahr 2000 um 15 Prozent zu vermindern. Denn Krebs muß heute keine tödliche Krankheit mehr sein. Mit Hilfe der modernen, nach wissenschaftlichen Erkenntnissen entwickelten Behandlungsmethoden können fast 50 Prozent aller an Krebs erkrankten Personen geheilt werden. In Österreich erkranken jährlich rund 28.000 Menschen an Krebs. Durch einen entsprechenden Lebensstil und durch Früherkennungsmaßnahmen könnte aber zumindest ein Drittel aller Krebserkrankungen vermieden werden. Krebsverhütung ist vor allem der Kampf gegen das Rauchen. Darüber hinaus sollten gesündere Ernährung, vernünftiger Umgang mit der Sonne und systematische Vorsorgeuntersuchungen zu einer besseren Krebsverhütung führen.

Kommerzialrat Direktor Erik HANKE erklärte für die Marketinggemeinschaft DAS PLAKAT, daß jedes Jahr im Sommer eine Aktion durchgeführt werde, die der Allgemeinheit diene und ein humanes Anliegen vertrete. 1986 habe man den Österreichern einen schönen Urlaub gewünscht, 1987 habe man Plakatflächen der Aktion „Licht ins Dunkel“ zur Verfügung gestellt und 1988 war das Thema „Aids“. 1989 heiße es nun: „Dem Krebs keine Chance!“ In Sachen Krebs sei zwar schon viel Informationsarbeit geleistet worden, oft werde jedoch nur der Verstand angesprochen. Beim Thema „Vorbeugen“ bestimme allerdings nur selten der Kopf, die Entscheidung werde letztendlich „im Bauch“, also gefühlsmäßig getroffen. Genau dorthin ziele auch das Sommerplakat 1989. (Schluß) sc/bs

Ab 1. Jull: Stadt Wien Übernimmt Überwachung der Kurzparkzonen

Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Ab kommenden Samstag, den 1. Juli, wird die Überwachung der rund 900 Wiener Kurzparkzonen nicht mehr von der Polizei, sondern von Bediensteten des Wiener Magistrats durchgeführt. Dies teilte Vizebürgermeister Hans MAYR am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters mit. Das wesentlichste Unterscheidungsmerkmal: Es gibt keine Uniform mehr, die Organe der Stadt Wien sind in Zivil tätig, sie sind bloß an einem Dienstabzeichen erkennbar.



Foto: PID/Lugmair

Die Überwachung der Kurzparkzonen fällt nun in die Zuständigkeit der Magistratsabteilung 4, Referat 2, der Revisionsstelle. Die dort rund 100 eingesetzten Beamtinnen und Beamten hatten schon bisher die Aufgabe, die Einhaltung der Wiener Abgaben zu überprüfen. Es handelt sich dabei um gut geschulte und in einem breiten Bereich eingesetzte Steuerbeamte, die auch in Zukunft neben der Überwachung der Parkometerabgabe in allen

anderen Bereichen der Wiener Steuergesetzgebung tätig sein werden.

Rund 25 der 100 Steuerprüfer werden über den Sommer und in der Anfangsphase ausschließlich mit der Überwachung der Kurzparkzonen beschäftigt sein, die restlichen 75 werden einmal in der Woche eingesetzt. Es ist auch dafür gesorgt, daß dort, wo es entsprechende Regelungen gibt, Samstag und Sonntag kontrolliert wird. Weiter wird es Schwerpunktaktionen geben, bei denen alle 100 Revisionsbeamtinnen und -beamten eingesetzt werden.

Die Einnahmen aus der Wiener Parkometerabgabe betragen in den letzten Jahren rund 50 Millionen Schilling im Jahr. Es wurden im Jahr rund 120.000 Organmandate ausgestellt, die Einnahmen daraus betragen rund 24 Millionen Schilling. (Schluß) sei/bs

Forts. von Blatt 1385

Halbzeit beim Wiener Straßen- und Brückenbau

Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Im Pressegespräch des Bürgermeisters nahm Dienstag Verkehrsstadtrat Johann HATZL die Wende vom ersten zum zweiten Halbjahr 1989 zum Anlaß, einen Überblick über jene Vorhaben auf dem Gebiet des Wiener Straßen- und Brückenbaues zu geben, die in der ersten Jahreshälfte — zum Teil vorzeitig — fertiggestellt wurden, sowie über jene Projekte, die nunmehr in den nächsten zwei Monaten in Angriff genommen werden. Insgesamt stünden im laufenden Jahr 1,2 Milliarden Schilling für Bau- und Erhaltungsmaßnahmen im Wiener Straßennetz zur Verfügung, sagte Hatzl in diesem Zusammenhang.

STRASSENBAU/FERTIGGESTELLT

Bundesstraßen A

- **A 2/Südautobahn - Auffahrt aus der Triester Straße bis Einmündung der A 23**

Generalsanierung der bituminösen Fahrbahndecke und Sanierung einer Brückendilatation

Bauende: 16. Juni 1989 (zwei Wochen vorzeitig)

Baukosten: 7,5 Millionen Schilling

- **A 22/Donauufer Autobahn - Bauabschnitt Süd**

Neuausbau von Bereich Donaupark bis Kaisermühlen-Kleehäufel (Streckenlänge rund 4,5 Kilometer) mit Anschluß an die A 23/Südost-Tangente und Errichtung der Autobahnmeisterei Kaisermühlen. Im Zuge der Arbeiten wurden der rund einen Kilometer lange Lärmschutz-tunnel Kaisermühlen sowie die Gestaltung an der unteren Alten Donau hergestellt.

Bauende: 3. Mai 1989

Baukosten: 1.870 Millionen Schilling

Bundesstraßen B

- **B 225 - 10., 12., Wienerbergstraße von Breitenfurter Straße bis Triester Straße**

Der Umbau der Wienerbergstraße erfolgte im gesamten Bereich mit insgesamt vier Fahrspuren und den erforderlichen Abbiegespuren bei den Kreuzungen.

Bauende: 23. Mai 1989 (eine Woche vorzeitig)

Gesamtkosten: 144 Millionen Schilling

STRASSENBAU/BAUBEGINNE

Bundesstraßen A

- **A 23/Südost-Tangente - Lärmschutzwand Peter-Strasser-Hof**

Entlang der Abfahrtsrampe von der A 23 in Richtung Landstraßer Gürtel ist im Bereich der Wohnhausanlage Peter-Strasser-Hof die bestehende Lärmschutzwand auf einer Länge von 145 Metern um einen Meter beziehungsweise 1,5 Meter zu erhöhen und in Richtung Osten um rund 180 Meter mit einer Wandhöhe von zirka fünf Meter über das Gelände zu verlängern.

Kosten: 3,4 Millionen Schilling

Voraussichtlicher Beginn: 10. Juli 1989

Voraussichtliches Bauende: Ende August 1989

Bundesstraßen B

- **B 1 - 3., Vordere Zollamtsstraße/Landstraßer Hauptstraße**

Kreuzungssanierung nach dem U-Bahn-Bau

Straßenbaukosten: 1,7 Millionen Schilling

Voraussichtlicher Beginn: Juli 1989

Voraussichtliches Bauende: August 1989

Forts. von Blatt 1387

• **B 3b - 22., Donaustadtstraße von Neuhaufenstraße bis Erzherzog-Karl-Straße**

Geplant ist, in den stark verdrückten Kreuzungsbereichen die Fahrbahnkonstruktion zu erneuern. Im übrigen Bereich soll nach dem Abfräsen des alten Belages ein neuer Asphaltbetonbelag aufgebracht werden.

Kosten: 14 Millionen Schilling

Voraussichtlicher Beginn: Anfang Juli 1989

Voraussichtliches Bauende: August 1989

• **B 16 - 10., Kreuzung Himberger Straße/Leopoldsdorfer Straße**

Aus Gründen der Verkehrssicherheit soll die Kreuzung Himberger Straße — Leopoldsdorfer Straße mit einer Verkehrslichtsignalanlage versehen werden. Das bedingt den Zubau eines eigenen Abbiegestreifens in Fahrtrichtung Wien. Außerdem soll der gesamte Bereich mit einer neuen Fahrbahndecke versehen werden.

Kosten: 7,3 Millionen Schilling

Voraussichtlicher Beginn: Ende August/Anfang September 1989

Voraussichtliches Bauende: November 1989

• **B 223 - 14., Flötzersteig (Spiegelgrundstraße - Donhartgasse)**

Erneuerung der Straßenkonstruktion

In diesem Abschnitt besteht derzeit eine alte, unebene und daher „laute“ Kleinstendecke ohne entsprechenden frostfreien Unterbeton. Es ist daher ein kompletter Straßenumbau vorgesehen.

Kosten: 26,2 Millionen Schilling

Voraussichtlicher Beginn: August 1989

Voraussichtliches Bauende: Juni 1990

• **B 223 - 14., 16., Flötzersteig (Maroltingergasse - Flötzersteigbrücke)**

Dieses Bauvorhaben umfaßt eine Belagserneuerung des Flötzersteiges, wobei zur Konstruktionsverstärkung auch der Einbau einer einlagigen bituminösen Tragschicht vorgesehen ist.

Kosten: 10,3 Millionen Schilling

Voraussichtlicher Beginn: Mitte Juli 1989

Voraussichtliches Bauende: August 1989

Gemeindestraßen

• **1., Burgring, Opernring von Babenbergerstraße bis Burgtor**

Belagssanierung in der Hauptfahrbahn

Kosten: 3,45 Millionen Schilling

Voraussichtlicher Beginn: Juli 1989

Voraussichtliches Bauende: August 1989

• **1., Burgring - Dr.-Karl-Renner-Ring von Burgtor bis Schmerlingplatz**

Straßenwiederherstellung beziehungsweise Belagssanierung nach U-Bahn-Bauarbeiten.

Straßenbaukosten: 2,4 Millionen Schilling

Voraussichtlicher Beginn: Juli 1989

Voraussichtliches Bauende: August 1989

• **10., Davidgasse (Triester Straße - Gußriegelstraße)**

Im Abschnitt von Triester Straße bis Knöllgasse erfolgt ein Ausbau im Bestand, die Davidgasse wird mit drei Fahrspuren ausgestattet. Im restlichen Bereich erhält die Davidgasse zwei Fahrspuren.

Kosten: 22,8 Millionen Schilling

Voraussichtlicher Beginn: zweite Julihälfte 1989

Voraussichtliches Bauende: Dezember 1989

• **11., Simmeringer Hauptstraße/Litfaßstraße**

Zur Vermeidung des Durchzugsverkehrs im Wohngebiet Rinnböckstraße erfolgt ein Ausbau des Kreuzungsbereiches, der auch ein Linksabbiegen aus der Litfaßstraße in die Simmeringer Hauptstraße Richtung stadtauswärts ermöglicht.

Kosten: 2,15 Millionen Schilling

Voraussichtlicher Beginn: Juli 1989

Voraussichtliches Bauende: August 1989

Forts. auf Blatt 1389

• **12., Wundtgasse von Emil-Behring-Weg bis Jägerhausgasse**

Die Wundtgasse weist derzeit nur eine provisorische Bitumenkies-Tragschicht auf, die dem Verkehr nicht mehr standhält. Aus diesem Grund wird nun eine Deckschicht (Belag) aus Asphaltbeton aufgebracht, womit die Straßenkonstruktion wieder einige Jahre dem Verkehr standhält.

Kosten: 3,1 Millionen Schilling

Voraussichtlicher Beginn: August 1989

Voraussichtliches Bauende: September 1989

Forts. von Blatt 1388

BRÜCKENBAU/FERTIGGESTELLT

Brückenobjekte im Zuge von Bundesstraße A und B

• **12., Brücke über die Pottendorfer Linie und die Badner Bahn**

Abbruch und Neubau im Zuge des Ausbaues der Wienerbergstraße (Bundesstraße B 225) Länge 34 Meter, Breite 22,5 Meter in Stahlbetonausführung.

Bauende: Durch Beschleunigungsmaßnahmen mit Mehrkosten von zwei Millionen Schilling konnte die Verkehrsebene vorzeitig im Mai 1989 fertiggestellt werden (geplant war August 1989).

Kosten: 29 Millionen Schilling

• **10., Gründurchzug Triester Straße**

Zur Verbindung der Grünräume beiderseits der Triester Straße wurde im Zuge des Umbaus der Triester Straße ein sogenannter Gründurchzug ausgeführt, in dem für Fußgänger und Radfahrer die Querung möglich wurde.

Bauende: 30. April 1989

Kosten: 23 Millionen Schilling

• **A 22/Donauufer Autobahn**

Bereich Reichsbrücke bis Knoten Kaisermühlen mit dem Lärmschutz-tunnel Kaisermühlen der Anschlussstelle Kaisermühlen sowie dem Baulos Alte Donau; Durchführung im Auftrag der Wiener Bundesstraßen AG. Dieses Bauwerk wurde am 3. Mai 1989 dem Verkehr übergeben.

BRÜCKENBAU/BAUBEGINNE

Brückenobjekte im Zuge von Bundesstraßen A und B

• **A 23/Südost-Tangente - Verlängerung**

Diese Verlängerung nach Stadlau — Hirschstetten (B 302 bis zur B 8) wird im Auftrag der Wiener Bundesstraßen AG durchgeführt. Anfang August 1989 soll mit den Bauarbeiten bei der Tieflage 1 vor der Erzherzog-Karl-Straße und Tieflage 2 nach der Erzherzog-Karl-Straße begonnen werden.

Die Kosten des Vorhabens, das bis 1994 laufen wird, werden zwischen 1,5 und zwei Milliarden Schilling liegen.

• **A 23/Südost-Tangente Wien -**

Abschnitt Knoten Landstraße bis Knoten Kaisermühlen

Auf der A 23 werden zwischen Knoten Landstraße und Knoten Kaisermühlen in den nächsten Jahren insgesamt vier verschiedene Baumaßnahmen notwendig sein:

- Verbreiterung der Hauptfahrbahnen im Knoten Landstraße und Herstellung einer neuen Rampe und Mittelstreifenverlegungen bis in den Knoten Prater

- Belagssanierung im Knoten Landstraße

- Generalinstandsetzung der Prater Hochstraße

- Belagserneuerung auf der Praterbrücke

Maßnahmen im Jahr 1989:

Voraussichtlich ab August 1989 beginnen die Arbeiten für die Trag-

Forts. auf Blatt 1390

werksverbreiterungen vorerst UNTER der Brücke, sowie der Neubau einer Auffahrtsrampe vom Gürtel zur Anschlußstelle St. Marx. Damit sind keine Verkehrsbehinderungen verbunden.

- **19., Knoten Nußdorf**

Hier muß bei sämtlichen Rampen und Verbindungstragwerken der Beton der Rand- und Mittelstreifen instandgesetzt werden. Die Arbeiten haben gestern begonnen und werden bis Dezember 1989 laufen. In den jeweiligen Arbeitsbereichen muß eine Fahrspur auf maximal 100 Meter Länge gesperrt werden.

Kosten: 7,5 Millionen Schilling

- **20., 21., Floridsdorfer Brücke**

Es sind eine Neuherstellung der Verschleißschichte der Fahrbahnen sowie auf den Kreuzungsplateaus auch des Belagsunterbaues erforderlich. Die Arbeiten werden im Juli 1989 beginnen und im August, also noch vor Schulbeginn, beendet werden. Als Verkehrsmaßnahmen sind eine halbseitige Sperre der Brücke auf zirka vier bis fünf Wochen Dauer (Gegenverkehrsregelung) sowie die Sperre einzelner Abbiegerelationen erforderlich.

Kosten: 13,5 Millionen Schilling

Brückenobjekte im Zuge von Gemeindestraßen

- **14., Augustinerwaldbrücke über den Mauerbach**

Die bestehende Brücke, die den einzigen Zugang zur Augustinerwaldsiedlung bildet, wird verstärkt beziehungsweise mit einer neuen Tragwerkskonstruktion versehen. Die bereits angelaufenen Bauarbeiten werden Ende Oktober 1989 abgeschlossen.

Kosten: 2,1 Millionen Schilling

- **1., Stubenbrücke**

Bei der Stubenbrücke im Zuge der Weiskirchnerstraße/Landstraßer Hauptstraße über den Wienfluß erfolgt eine Reihe von Maßnahmen wie die Erneuerung des Korrosionsschutzes, die Verkleidung der Tragwerksunterschicht (Vogelschutz), die Instandsetzung der Widerlagerbereiche.

Baubeginn: Juli/August 1989

Bauzeit voraussichtlich bis Ende 1990

Kosten: 16,4 Millionen Schilling

- **2., Personentunnel Praterstern**

An der Querung des Verteilerringes zur Ausstellungsstraße wird die Generalinstandsetzung der beiden Stiegenanlagen vorgenommen. Es werden Verkehrsmaßnahmen erforderlich sein: der Tunnel ist wegen der Bauarbeiten komplett gesperrt, die Fußgänger werden über den bereits vorhandenen, mittels Ampel und Zebrastreifen gesicherten Fahrbahnübergang umgeleitet.

Baubeginn: 3. Juli 1989

Bauende voraussichtlich Anfang Oktober 1989

Kosten: 1,8 Millionen Schilling

- **12., Lobkowitzbrücke/Bereich Busbahnhof**

Die Arbeiten umfassen die Abdichtung von Tragwerksfugen und die Instandsetzung von drei Hauptträgern. Außer der fallweisen Einengung einer Linksabbiegespur um maximal einen Meter und kurzfristigen geringfügigen Haltestellenverlegungen im Bereich des Busbahnhofs wird es keine größeren Verkehrsbehinderungen geben.

Baubeginn: 10. Juli 1989

Bauende voraussichtlich August 1989

Kosten: fünf Millionen Schilling

(Schluß) pz/rr/bs

Forts. von Blatt 1389

Hirnschall: Kann mir Stacher als Motor der Reform nicht vorstellen

Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) FPÖ-Klubobmann Dr. Erwin HIRNSCHALL befaßte sich am Dienstag in einem Pressegespräch mit dem Ergebnis der Expertenkommission Lainz. Der Bericht zeige die zahlreichen sachfremden Einflüsse der Gewerkschaft im Gesundheitswesen deutlich auf, sagte Hirnschall. Die kollegiale Führung habe versagt. „Ich kann mir nicht vorstellen, daß Stadtrat Stacher, der durch 16 Jahre für das Gesundheitswesen verantwortlich war, jetzt Motor und Träger der Reform sein kann“, meinte Hirnschall. Stachers Rücktritt sei seiner Ansicht nach eine unausweichliche Folge.

Erlös aus Verkauf der Flughafenanteile für Altenversorgung

Als Sofortmaßnahme kann sich Hirnschall den Verkauf der 25 Prozentanteile der Stadt Wien an der Flughafenbetriebsgesellschaft vorstellen. Der Erlös von rund einer Milliarde Schilling könne zur Sonderfinanzierung im Bereich der Altenpflege verwendet werden. Das Gesundheitswesen müsse in nächster Zeit absolute Priorität erhalten; in diesem Sinne meinte Hirnschall, könne er sich nicht vorstellen, daß Steuergelder zur Finanzierung der EXPO 95 eingesetzt werden könnten. Die EXPO müsse privat finanziert werden. (Schluß) fk/bs

ÖVP bringt Mißtrauensantrag gegen Stadtrat Stacher ein

Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Volkspartei wird am Mittwoch im Gemeinderat einen Mißtrauensantrag gegen Gesundheitsstadtrat Stacher einbringen. Das kündigte ÖVP-Stadträtin Maria HAMPEL-FUCHS am Dienstag in einem Pressegespräch an. Nach „16 Jahren Stacher“ habe die Expertenkommission Lainz nun die gravierenden Mißstände aufgezeigt, für die Stacher die Verantwortung trage.

Als Sofortmaßnahmen nach dem Bericht der Kommission spricht sich die ÖVP für eine Entlastung des Pflegepersonals, für die Abschaffung des „Radldienstes“ sowie für eine höhere Entlohnung des diplomierten Pflegepersonals aus.

LAbg. Dr. Erwin RASINGER betonte, die Gesundheitspolitik sei bisher offensichtlich von der Finanz beherrscht worden. Das Spital, so Rasinger, sei nur ein Teil der Gesundheitspolitik. Das Netz rund um das Spital müsse enger gemacht werden. Konkret müsse die Teamarbeit auf allen Ebenen forciert sowie die Aus- und Weiterbildung verstärkt werden. Rasinger tritt auch für eine Verlängerung der Kernarbeitszeit der Ärzte im Spital von bisher 13 Uhr auf 15 Uhr ein. (Schluß) fk/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Pressesum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Mittwoch, 28. Juni 1989

Blatt 1393

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Ungarischer Außenminister besichtigt Weltausstellungsgelände (1395/FS: 27.6.)

Kommunal/Lokal:

Tempobeschränkung in der Lorystraße (1394/FS: 27.6.)

Neue Telefonnummer der Info-Stelle Stephansplatz (1396)

Wien ist das medizinische Zentrum Österreichs (1397-1399)

„Petersberg“-Müll: Nur direkter Umschlag (1400)

Sonnenkraftwerk auf Schuldach (1401)

Stacher zur „Versäumnisliste im Wiener Spitalsbereich“ der Wiener ÖVP (1403)

Wiener Gemeinderat (1406 ff.)

Wiener Landtag

Freitag Pressekonferenz über Neugestaltung des Meiselmarktes (nur FS)

Drei Verletzte bei Verkehrsunfall (nur FS)

Kultur:

Opernfilmwochen in der Staatsoper (1402)

Preise der Stadt Wien für Wissenschaft und Volksbildung überreicht (1404)

Pasterk stellt Kunst- und Kulturbericht der Stadt Wien 1988 vor (1404/1405)

Tempobeschränkung in der Lorystraße

Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Im 11. Bezirk wird in der Lorystraße im Bereich zwischen der Geiselbergstraße und der Fickeystraße ab Mittwoch, dem 28. Juni nach der morgendlichen Verkehrsspitze eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 Stundenkilometer in Kraft gesetzt. (Schluß) pz/rr

Bereits am 27. Juni 1989
Über Fernschreiber ausgesendet

Ungarischer Außenminister besichtigte Weltausstellungsgelände

Wien, 27.6. (RK-POLITIK) Der zu einem offiziellen Besuch in Österreich weilende ungarische Außenminister Dr. Gyula HORN besichtigte heute, Dienstag, nachmittag in Begleitung von Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA das Weltausstellungsgelände beim Konferenzzentrum. Anschließend wurde Horn im Rathaus von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK zu einem Gespräch empfangen. Sowohl Horn als auch Zilk hoben die große Bedeutung der engen Verbindung zwischen Wien und Budapest für die positive Entwicklung der gesamtstaatlichen Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn hervor. (Schluß) red/rr



Foto: PID/Hutterer

Bereits am 27. Juni 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Neue Telefonnummer der Info-Stelle Stephansplatz

Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Ab 30. Juni 1989 wird die Telefonnummer der Informationsstelle der Wiener Verkehrsbetriebe in der U-Bahn-Station Stephansplatz von 52 42 27 auf 512 42 27 geändert.

Auf Grund der Umschaltarbeiten kann es zu Unterbrechungen des Telefonanschlusses kommen. Die Fahrgäste können in diesem Fall telefonische Anfragen an die Informationsstelle Karlsplatz, Telefon 587 31 86, richten. (Schluß) roh/bs

Wien ist das medizinische Zentrum Österreichs

Stacher präsentierte Buch über Wiener Spitäler

Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Wien ist das medizinische Zentrum Österreichs — in der Krankenversorgung, in der medizinischen Lehre und Ausbildung sowie in der medizinisch-wissenschaftlichen Forschung. Das dokumentiert die zweite, neu bearbeitete Auflage des Buches „Wiener Spitäler im Wandel der Zeit“, das soeben im Europa-Verlag erschienen ist und Dienstag abend von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER der Presse vorgestellt wurde.

In seinem Vorwort verweist Stacher auf die Entwicklungen und Änderungen, die die Krankenhäuser in den vergangenen drei bis vier Jahrzehnten erfahren haben. „Dies ist vor allem auf die explosionsartige Entwicklung des Wissens in der Medizin und die ungeheure Ausweitung der diagnostischen und therapeutischen Möglichkeiten, sowohl in operativen wie auch konservativen Fächern, zurückzuführen.“

Die Leistungen der Wiener Spitäler

Die Änderungen in den Wiener städtischen Spitälern sind besonders deutlich aus einem Vergleich über mehrere Jahre — von 1963 bis 1987 — ersichtlich. In diesem Zeitraum ging die Zahl der Pfl egetage im Allgemeinen Krankenhaus um 16,3 Prozent, in den übrigen städtischen Krankenhäusern um 15,7 Prozent und in den psychiatrischen Krankenanstalten um 63,6 Prozent zurück (vor allem ein Erfolg der Psychiatriereform). Hand in Hand mit der Abnahme der Pfl egetage gab es eine entsprechende Verminderung der Bettenanzahl. Im Gegensatz dazu nahmen die Aufnahmen von stationären Patienten im AKH um 75,3 Prozent, in den übrigen städtischen Spitälern um 47,1 Prozent und in den psychiatrischen Anstalten um 17,6 Prozent zu. Daraus ist die enorme Leistungssteigerung zu ersehen, die sich pro Patient und Pfl egetag ergibt.

Wie aus der Statistik des Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds ersichtlich ist, wurden 1986 rund 35 Prozent der in Österreich erfaßten medizinischen Spitzenleistungen in Wiener Spitälern erbracht. Zum Beispiel:

- 41 Prozent der Operationen an Hirngefäßen,
- 27 Prozent der großen Gefäßoperationen mit Ersatz der Hauptschlagader,
- 37 Prozent der Herzklappenoperationen,
- 33 Prozent der Herzgefäßoperationen,
- 41 Prozent der Nieren-, Knochenmarks-, Herz-, Leber- und Pankreas-Transplantationen,
- 52,1 Prozent der kostenintensiven Krebs-Chemotherapien und
- 39,3 Prozent der mit Separator hergestellten Blutzellfraktionen.

Pro 100 Spitalsbetten waren in Wien 1986 24,06 Ärzte beschäftigt (im österreichischen Durchschnitt 16,09), 54,35 diplomierte Krankenschwestern und -pfl eger (im österreichischen Durchschnitt 40,14).

In Wien studieren 57 Prozent aller Medizinstudenten Österreichs, hier befinden sich 26 Prozent der Ausbildungsplätze in Krankenpflegeschulen und 37 Prozent der Ausbildungsplätze für medizinisch-technische Assistentinnen und Assistenten. An den Universitätskliniken des Allgemeinen Krankenhauses wird auf breitester Basis wissenschaftliche Forschung betrieben. Daneben gibt es in den Wiener Spitälern noch 35 Ludwig-Boltzmann-Institute, die ebenfalls in der medizinischen Forschung tätig sind. Der „Medizinisch-wissenschaftliche Fonds des Bürgermeisters der Bundeshauptstadt Wien“ stellt jährlich 10 Millionen Schilling für medizinisch-wissenschaftliche Projekte zur Verfügung.

Entwicklung der Medizin

Die Entwicklung der Medizin hat auf die Strukturen des Krankenhauses unterschiedliche Auswirkungen. So ändert sich zum Beispiel der Bettenbedarf in den verschiedenen medizinischen Fächern. Der Bedarf an internistischen Betten ist derart angestiegen, daß er heute noch nicht voll zu decken ist. Ein Engpaß besteht auch bei neurochirurgischen Betten, obwohl ihre Zahl seit 1974 verdoppelt wurde. In ganz Österreich gibt es allerdings nur in Wien neurochirurgische Betten, in denen daher auch mehr als 43 Prozent Patienten liegen, die nicht in Wien beheimatet sind. Eine starke Bedarfssteigerung gibt es auch in der Orthopädie, wo sich die Belagstage seit 1973 verdoppelt haben. Am augenfälligsten ist aber die Entwicklung in der Intensivmedizin: 1971 wurden 10.452 Pflagestage auf Intensivabteilungen registriert, 1987 waren es bereits 86.394, was einer Steigerung um 727 Prozent entspricht. Um diesen großen Bedarf zu decken, mußten in allen Spitälern Intensivstationen geschaffen werden. In Spitzenzeiten besteht in Wien ein Mangel an internistischen, neurochirurgischen und neurologischen Betten. Andererseits gibt es noch ein gewisses Überangebot in der Augenheilkunde, Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde, in der Gynäkologie und vor allem in der Kinderheilkunde. Diese Strukturänderungen werden natürlich beim Neubau des AKH und beim neuen Schwerpunktkrankenhaus im Sozialmedizinischen Zentrum Ost, aber auch durch Umbauten in den anderen städtischen Krankenanstalten berücksichtigt.

Die Medizintechnik macht's möglich

Die medizinisch-technische Ausstattung hat sich in den vergangenen 20 bis 30 Jahren geradezu revolutionär entwickelt. Auf dem Gebiet der Diagnostik wären zum Beispiel zu nennen:

- die Weiterentwicklung der Elektrokardiographie und der Endoskopie, verbunden mit der Möglichkeit der Gewebeentnahme zur histologischen Diagnostik,
- der Autoanalyzer in der Labormedizin, der in kurzer Zeit zahlreiche Einzelbefunde von zahlreichen Patienten auswirft,
- zusätzlich zum „klassischen“ Röntgenverfahren die neuen bildgebenden Verfahren, wie die Ultraschalldiagnostik, die Röntgen-Computer-Tomographie, die Magnetische Resonanz und das Magnetoenzephalographiegerät.

Genauso rasant hat sich die Technik in der Therapie entwickelt, zum Beispiel:

- in der Intensivmedizin, wo Leistungen erbracht werden, die vor 40 Jahren noch undenkbar waren,
- bei den Implantaten, wie Herzschrittmachern, Herzklappen, großen Gefäßen, Gelenkersatz oder komplizierten Geräten im Ohr,
- bei der Nieren- und Gallensteinzertrümmerung durch Stoßwellen,
- in der Anwendung der Lasertechnologie,
- in der Strahlentherapie mit ionisierenden Strahlen usw.

Eine Folge dieser Entwicklung ist die Einrichtung von technischen Servicezentren in den Krankenhäusern der Stadt Wien und die Bestellung von Technischen Direktoren innerhalb der kollegialen Führung der Akutspitäler mit mehr als 800 Betten.

Wandel der Krankenhausstrukturen

Bemerkenswert sind die Änderungen, die sich in der Struktur der Krankenanstalt Rudolfstiftung im Laufe eines Jahrhunderts bei einem fast gleichen Bettenstand (1884: 860 Betten, 1984: 870 Betten) ergeben haben. Damals gab es acht Abteilungen, heute sind es 13 (dazu kommen allerdings heute noch fünf Institute und vier Konsiliarfächer). Die Bettenauslastung war ziemlich gleich, damals betrug sie 90 Prozent, heute 96 Prozent. 1884 wurden 274.000 Pflagestage, 1984 322.000 Pflagestage registriert.

Forts. von Blatt 1397

Forts. auf Blatt 1399

Aber jetzt die großen Unterschiede: Die Zahl der stationären Patienten stieg von 8.042 auf 36.158 — das war natürlich nur möglich, weil die durchschnittliche Verweildauer von 32 Tagen auf 9,3 Tage zurückging. Die Zahl der operativen Eingriffe nahm um das Hundertfache zu: von 222 auf 22.556. In einer fast gleichen Größenordnung stieg die Zahl der ambulanten Patienten von 2.000 auf 207.000.

Das durchschnittliche Alter der aufgenommenen Patienten betrug im Jahr 1884 35 Jahre, hundert Jahre später 55 Jahre. 1884 starben im Krankenhaus 894 Patienten, 1984 waren es 1.304. Das durchschnittliche Alter der Verstorbenen lag allerdings im Jahr 1884 bei etwas über 37 Jahren, im Jahr 1984 bei fast 77 Jahren.

Insgesamt ist auch die Entwicklung bei den Krankheiten der aufgenommenen Patienten. 1884 standen an erster Stelle Geschlechtskrankheiten, an zweiter Stelle Tuberkulose, an dritter die Hautkrankheit Skabies und an vierter Bronchitis sowie Rheuma. Alle anderen Krankheiten spielten in der Krankenanstalt eine untergeordnete Rolle. Heute stehen Herz- und Gefäßkrankheiten sowie Krebs an erster Stelle, während Geschlechts- und Hautkrankheiten nur mehr von untergeordneter Bedeutung sind.

1884 hatte die Rudolfstiftung 143 Mitarbeiter, 1984 waren es 1.348, darunter 231 Ärzte (hundert Jahre vorher waren es nur 30) und 531 Schwestern und Pfleger (1884 waren es nur 80). Die Kosten stiegen in diesen 100 Jahren von 22,5 auf 800 Millionen Schilling.

Weitere Beiträge im neu aufgelegten Buch „Wiener Spitäler im Wandel der Zeit“ beschäftigen sich mit der Geschichte der Wiener Krankenhäuser, mit den Pflege- und Pensionistenheimen, mit der Entwicklung des Krankenanstaltenrechtes, mit der Architektur und der baulichen Situation der Krankenanstalten, mit der Humanität im Krankenhaus, mit der Wiener Psychiatriereform und mit Fragen der Kosten, der Finanzierung und der wirtschaftlichen Bedeutung der Krankenanstalten. Das Buch ist in den nächsten Tagen im Buchhandel erhältlich; es kostet 398 Schilling. (Schluß) sc/gg/bs

Forts. von Blatt 1398

„Petersberg“-Müll: Nur direkter Umschlag

Transport zu EBS in dichten Mulden

Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Voraussichtlich am kommenden Sonntag wird mit einem Donauschiff des Bayrischen Lloyd der Sonderabfall von der „Petersberg“ in Wien eintreffen. Der Wiener Hafen und die Entsorgungsbetriebe Simmering haben alle Vorkehrungen getroffen, daß der Sonderabfall ohne Belastung der Umwelt entladen und zur Entsorgung zu den EBS gebracht werden kann.

Im Wiener Hafen wird die Umladung direkt — also ohne Zwischenlagerung — vom Schiff auf die Transportfahrzeuge vorgenommen. Um eine optimale Sicherung der Ladung beim Transport vom Hafen Freudenau zu den Entsorgungsbetrieben Simmering zu gewährleisten, wird der Transport in dichten Mulden durchgeführt und die Entladung und der Transport von den EBS überwacht.

In den EBS wird das von der „Petersberg“ stammende Material noch einmal genau kontrolliert, um bei der Verbrennung in den Drehrohröfen die Einhaltung der strengen österreichischen Bestimmungen garantieren zu können.

Die Verarbeitung des aus Österreich stammenden Sonderabfalls, der mit der „Petersberg“ eine dreizehnmonatige Odyssee hinter sich hat, erfolgt bei den Entsorgungsbetrieben Simmering im Auftrag und auf Rechnung der Republik Österreich. (Schluß) wh/bs

Sonnenkraftwerk auf Schuldach

E-Werke bauen Versuchsanlage

Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Stadtwerke-Elektrizitätswerke und die Firma Siemens AG Österreich errichten derzeit unter Mithilfe der HTL Wien 10., Ettenreichgasse 54, auf dem Dach der Schule ein Sonnenkraftwerk. Die Anlage weist eine Maximalleistung von zirka zehn Kilowatt auf, wobei der von den Solarmodulen gelieferte Gleichstrom über einen Wechselrichter ins öffentliche 380/220 Volt-Niederspannungsnetz eingespeist wird.

Die für Wiener Verhältnisse günstigen Klimadaten am Standort der HTL Wien 10 am Wienerberg lassen aus den 84 Quadratmeter großen Solarpaneelflächen eine jährliche Stromlieferung von nahezu 10.000 Kilowattstunden erwarten, eine Energiemenge, die etwa dem zweieinhalbfachen des durchschnittlichen Pro-Kopf-Verbrauches im Versorgungsgebiet der Wiener E-Werke entspricht. Zum Einsatz kommen 196 monokristalline Siemens-Module der Baureihe SM 55 mit einer jeweiligen Maximalleistung von 53 Watt.

Das Kraftwerk wird — ohne die Tragkonstruktion — rund zwei Millionen Schilling kosten. Pro installiertem Kilowatt ist somit eine Investition von 200.000 Schilling erforderlich, ein Wert, der heute noch über den zehnfachen spezifischen Investitionskosten von thermischen Kraftwerken mit den besten Umweltschutzeinrichtungen liegt.

Die Kosten für eine erzeugte Kilowattstunde belaufen sich auf etwa zehn Schilling — eine Größenordnung, die derzeit noch nicht im Bereich wirtschaftlicher Nutzung ist.

Was veranlaßt also ein Elektroversorgungsunternehmen, ein solches Projekt zu unterstützen, das noch dazu mit seiner Aufbringungsstruktur (größte Erzeugung im Sommer) nicht den Verbrauchsgewohnheiten (größter Verbrauch im Winter) entspricht?

Die Technik der Photovoltaik, also die direkte Umwandlung der Energie des Lichtes in elektrische Energie, hat in den vergangenen Jahren vor allem durch ihren Einsatz in der Satellitentechnik einen enormen Aufschwung genommen. Steigende Wirkungsgrade und fallende Solarmodulkosten haben dazu geführt, daß es bereits terrestrische Anwendungen gibt, die wirtschaftlich interessant sind. In erster Linie ist hier die Versorgung entlegener Verbraucher mit relativ kleinem Leistungsbedarf zu nennen, wie Funkstationen, Schutzhütten oder Almbetriebe. Auch bei Anlagen im Netzverbund, bei denen eine Leistungssteigerung einen hohen Aufwand bei Leitungsverstärkungen bedingen würde, kann die Photovoltaik wirtschaftlich sein. Es handelt sich in diesen Fällen um „additive“ Energie, die ebenso wie zum Beispiel die Energiegewinnung aus Biomasse sinnvoll eingesetzt werden kann.

Zu den erklärten Zielen einer zukunftsorientierten Energiepolitik der Wiener Stadtwerke-Elektrizitätswerke gehört es, das Energiesparen zu fördern, die Ressourcen zu schonen und die Umweltbelastung zu reduzieren.

In diesem Sinne werden Aktivitäten, die einen sinnvollen Beitrag zur Erreichung dieser Ziele versprechen, gefördert.

Die Versuchsanlage auf dem Standort der HTL Wien 10 soll auch dazu beitragen, daß Lehre und Forschung auf diesem Gebiet in die Technikerausbildung Einzug hält und daß realistische Beurteilungskriterien für die Einsatzbereiche dieser Technik geschaffen werden. Weiters sollen die Auswirkungen dieser Anlagen im Netzverbund, besonders die technischen Fragen der Spannungsqualität, des Netzschutzes, der Beeinflussung oder Störung anderer Verbraucher untersucht werden. Die Kunden der Wiener Elektrizitätswerke sollen in ihrem Versorgungsunternehmen einen kompetenten Partner in allen Fragen der Energieanwendung für Beratung und Hilfestellung vorfinden. (Schluß) roh/rr

Opernfilmwochen in der Staatsoper

Kooperation von Bundestheatern, ORF und Viennale

Wien, 28.6. (RK-KULTUR) In der Wiener Staatsoper finden vom 6. bis 30. Juli Opernfilmwochen unter dem Titel „Oper im Kino — Kino in der Oper“ statt. Die Opernfilmwochen werden in Kooperation zwischen Bundestheaterverband, dem ORF und der Viennale, die wesentlich an der Programmierung beteiligt ist, ausgerichtet.

Stars wie Placido DOMINGO, Jose CARRERAS, Luciano PAVAROTTI, Mirelle FRENI und Montserrat CABALLE treten in den Filmen auf. Es dirigieren u.a. Herbert von KARAJAN, Karl BÖHM, Claudio ABBADO, Lorin MAAZEL und Sir Georg SOLTI. Regie führen anerkannte Leute wie Ingmar BERGMAN, Francesco ROSI, Götz FRIEDRICH und Luigi COMENCINI.

Die Wiener Staatsoper zeigt die insgesamt 25 Filme auf einer 110 Quadratmeter großen Leinwand und in allerbesten Tonqualität.

Eröffnet wird am 6. Juli mit der in Österreich noch nie gezeigten Verfilmung von Puccinis Oper „La Boheme“, bei der der italienische Neorealismus Luigi COMENCINI Regie führte. Die Rolle des Rudolfs singt Jose Carreras. Es war die letzte Partie vor seiner schweren Erkrankung. Deshalb mußte als Darsteller im Film der junge italienische Tenor Luca Canonici einspringen.

Das Opernfilmfestival ist in fünf thematisch geordnete Blöcke unterteilt: Staatsoper live, Shakespeare als Librettist, Nibelungen, Mozart und Opernkrimis.

Die Karten kosten einheitlich 100 Schilling und sind ab 3. Juli in der Wiener Staatsoper erhältlich. Öffnungszeiten der Tageskasse: Montag bis Freitag 9 bis 12 Uhr und 13 bis 17 Uhr, Samstag und Sonntag 9 bis 12 Uhr. Die Abendkasse öffnet eine Stunde vor Vorstellungsbeginn. (Schluß) gab/bs

Stacher zur „Versäumnisliste im Wiener Spitalsbereich“ der Wiener ÖVP

Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Zur von der ÖVP Mittwoch vorgelegten „Versäumnisliste im Wiener Spitalsbereich“ stellte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER in einer ersten Reaktion fest, daß es sich hier nur um eine polemische Begründung für den Mißtrauensantrag im Gemeinderat handle. Konkret bemerkte er zu den einzelnen Punkten:

- Bei der Errichtung des neuen Allgemeinen Krankenhauses sei während seiner Amtszeit jedenfalls ein enormer Baufortschritt zu verzeichnen. Die Besiedelung des Hauses habe vor kurzem begonnen.
- Obwohl die Patientenversuche in der Kinderklinik des AKH nicht in seine Kompetenz gefallen seien, habe er die Fakultät damit befaßt; es sei auch zu einer gerichtlichen Untersuchung gekommen.
- Beim Bekanntwerden von Mißständen im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe seien auf seine Initiative sofort energische Maßnahmen ergriffen worden, nämlich fristlose Entlassungen und Einschaltung der Staatsanwaltschaft.
- Die beiden angeführten Todesfälle im AKH und in der Psychiatrie Baumgarten seien bedauerliche Einzelfälle, die selbstverständlich ebenfalls zur Anzeige gebracht wurden.

Diesen sogenannten Versäumnissen stellte der Gesundheitsstadtrat einige Ergebnisse seiner Arbeit seit 1973 gegenüber:

- Von 1973 bis 1988 ist die Säuglingssterblichkeit von 25 Promille auf 9,4 Promille gesunken.
- Von 1973 bis 1988 stieg die Lebenserwartung in Wien bei den Frauen von 73,7 Jahren auf 78,1 Jahren, bei den Männern von 66,7 Jahren auf 71,5 Jahre, also nahezu um 5 Jahre.
- Planungs- und Bauarbeiten für das Schwerpunktkrankenhaus im Sozialmedizinischen Zentrum Ost sind zügig verlaufen. Das Projekt ist voll im Termin- und Kostenplan.
- Die Psychiatriereform fand international große Anerkennung.
- Der massive Ausbau der Pensionistenheime hat die Situation alter Menschen in Wien wesentlich verbessert.
- Von 1974 bis 1988 wurden in den Wiener städtischen Akutspitalern 3.652.835 Personen stationär behandelt. 95 Prozent davon konnten geheilt oder gebessert entlassen werden.

(Schluß) sc/bs

Preise der Stadt Wien für Wissenschaft und Volksbildung überreicht

Wien, 28.6. (RK-KULTUR) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK überreichten am Mittwoch im Wiener Rathaus die Preise der Stadt Wien für Wissenschaft und Volksbildung 1988. Die Preisträger sind Univ.-Prof. Dr. Helmuth DENCK (Medizinische Wissenschaften), Univ.-Prof. Dr. Walter KRAUS (Geistes- und Sozialwissenschaften), Univ.-Prof. Dr. Karl SCHLÖGL (Natur- und Technische Wissenschaften) und Sektionschef Dr. Hans ALTENHUBER (Volksbildung).

Univ.-Prof. Dr. Helmuth Denck ist Vorstand eines Ludwig-Boltzmann-Institutes für Onkologie im Krankenhaus Lainz und für Hirnkreislaufforschung am Neurologischen Zentrum Rosenhügel. Sein Spezialgebiet liegt auf dem Gebiet der Allgemeinen Chirurgie, der Thorax- und Gefäßchirurgie.

Univ.-Prof. Dr. Walter Kraus ist der Nestor der althilologischen Forschung in Österreich. Er lehrte an der Universität Wien, deren Rektor er 1968/69 war.

Univ.-Prof. Dr. Karl Schögl ist Vorstand des Instituts für Organische Chemie an der Universität Wien. Sein Spezialgebiet ist die Chemie und Stereochemie von Metallocenen.

Sektionschef Dr. Hans Altenhuber leitet die Sektion V mit den Bereichen Erwachsenenbildung und Sport im BMUK. Er hat neben der Erwachsenenbildung auch in anderen volksbildnerischen Bereichen große Verdienste zu verzeichnen.

An der Feier nahm auch 3. Landtagspräsident Univ.-Prof. Dr. Manfred WELAN teil. (Schluß) gab/gg

Pasterk stellt Kunst- und Kulturbericht der Stadt Wien 1988 vor

Pläne und Perspektiven

Wien, 28.6. (RK-KULTUR) In einem Pressegespräch stellte Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK am Mittwoch den Kunst- und Kulturbericht der Stadt Wien 1988 vor. Pasterk betonte, daß die Stadt Wien damit erstmals einen derartigen Bericht vorlegt. Der Kulturbericht soll der Transparenz bezüglich der Ausgaben der Stadt Wien auf diesem Gebiet dienen, aber auch kulturpolitische Perspektiven für die weitere Arbeit darstellen. Abzüglich der „sonstigen Ausgaben“, vor allem der für die Fremdenverkehrsförderung verwendeten Mittel, beträgt die für den Kulturbereich aufgewendete Summe 957,3 Millionen Schilling, wobei Bereiche, die in anderen Ressorts bedeckt werden, wie die Städtischen Büchereien, ausgeklammert sind.

Der „Kunst- und Kulturbericht“ listet die Ausgaben der Geschäftsgruppe Kultur (zu der neben MA 7 — Kultur auch die MA 8 — Stadt- und Landesarchiv, MA 9 — Stadt- und Landesbibliothek und MA 10 — Museen der Stadt Wien gehören) auf und stellt in einem Dutzend Beiträgen die Arbeitsschwerpunkte und Leitlinien der einzelnen Abteilungen von der Musik bis zur Bildenden Kunst, von der Alltagskultur bis zu den Museen der Stadt Wien vor. Damit richtet sich der „Kunst- und Kulturbericht der Stadt Wien 1988“ nicht nur an die Kulturbürokratie und -verwaltung, sondern auch an eine breitere kulturinteressierte Öffentlichkeit, die sich anhand dieser

60seitigen ansprechend gestalteten Broschüre ein umfassendes Bild über Ursula Pasterks erstes Jahr ihrer Amtszeit als Amtsführende Stadträtin für Kultur machen kann.

Die Idee der Herausgabe eines städtischen Kunst- und Kulturberichts, zu der keine gesetzliche Verpflichtung besteht, geht auf eine bereits Mitte letzten Jahres geäußerte Anregung von Kulturstadträtin Pasterk zurück, die, über eine rein rechnerische Bilanz hinaus, damit eine intensivere Diskussion über Kriterien der Verteilung von Kulturgeldern beginnen will. In ihrem ersten „Kunst- und Kulturbericht“ skizziert Pasterk ihre über das entschiedene Eintreten für ein tolerantes Klima hinausgehenden Vorstellung von kommunaler Kulturpolitik mit vier leitenden Ideen:

- Erstens: die Demokratisierung des Kulturbegriffs. Kultur und Alltag sollten stärker miteinander verbunden, künstlerische Ereignisse möglichst vielen Interessierten zugänglich gemacht werden.
- Zweitens: Die Bewahrung der großen Tradition Wiens im Sinne einer Identitätsbindung der Bürger, aber auch Förderung des Fremdenverkehrs.
- Drittens: Die Förderung des Zeitgenössischen als selbstverständliche Verpflichtung großstädtischer Kulturpolitik, die eine dynamische Auseinandersetzung mit der Gegenwart brauche.
- Viertens: Die Internationalisierung der Wiener Kulturszene. Wien als Kongreßstadt und Sitz wichtiger internationaler Organisationen müsse seine Vermittlerfunktion und Weltoffenheit auch kulturell beweisen.

Im Zusammenhang mit der Vorstellung des Kunst- und Kulturberichtes betonte Pasterk die Absicht, eine gewisse Umverteilung von den reproduzierenden Künsten in Richtung produzierende Künste vorzunehmen und die Förderung zeitgenössischer künstlerischer Äußerungen zu verstärken. Bereits 1989 wurde etwa das Literaturbudget um 50 Prozent aufgestockt, neben dem ebenfalls um 50 Prozent erhöhten Canetti-Stipendium ein weiteres Stipendium für junge Autoren eingerichtet und eine zweite Literaturwoche im Herbst neben der Literatur im März eingeführt. Die Förderung der Freien Theatergruppen wurde von 10 auf 16 Millionen Schilling angehoben, womit dem innovativen Element im Theaterbereich durch verstärkte Förderung Rechnung getragen wurde. Pasterk sprach sich gegen die Gießkanne und für das Qualitätsprinzip in der Kulturförderung aus und betonte die Notwendigkeit der Bürgernähe der Kultur. Als Beispiel für sparsame Verwaltung führte Pasterk die Wiener Festwochen an, deren Verwaltungskosten lediglich rund 10 Prozent ihres Gesamtbudgets betragen.

Schließlich nannte die Kulturstadträtin eine Reihe von Vorhaben und Projekten im Herbst mit dem Schwerpunkt im Bereich der bildenden Kunst, der auch in Zukunft in dieser Jahreszeit beibehalten werden soll:

- Die Gegenwartskunst-Ausstellung „Moskau — Wien — New York“ im Messepalast von Oktober bis Dezember
- Die Woche lateinamerikanischer Literatur „Gewalt und Zärtlichkeit“ im Tabakmuseum Mitte Oktober
- Das Musikfestival „Wien modern“ im November
- Die Übernahme der Arnulf Rainer-Ausstellung des New Yorker Guggenheim Museums ins Historische Museum der Stadt Wien ab Mitte November
- Die langerwartete Ausstellung über Adolf Loos im Historischen Museum der Stadt Wien und in der Albertina ab Anfang Dezember. (Schluß gab/bs/gg)

Forts. von Blatt 1404

Wiener Gemeinderat

Fragestunde

Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Wiener Gemeinderates wurde mit einer Fragestunde eingeleitet.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP), ob er das Kontrollamt mit einer Prüfung der Vergabe von vier Gemeindebauvorhaben im 15. Bezirk beauftragen werde, da offenbar schon vor Beauftragung der GESIBA durch Gemeinderatsbeschluß die Firma WIBEBA als Generalunternehmer festgestanden sei, sagte Bürgermeister Dr. ZILK, daß dieser Fall bereits vom zuständigen Stadtrat genau untersucht worden ist. Es gebe einen über 35 Jahre alten Grundsatzvertrag mit der GESIBA über die Baudurchführung von Gemeindebauten, der auch in diesem Fall seine Gültigkeit habe. Die Vergabe sei rechtlich völlig gedeckt, er werde aber trotzdem das Kontrollamt mit der Prüfung beauftragen.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), wer die Weisung erteilt habe, Frau Dr. Alexandra Colloredo-Mannsfeld unter Umgehung der Warteliste in der städtischen Krankenanstalt Ignaz-Semmelweis-Frauenklinik anzustellen, sagte StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ), daß er nach Rücksprache mit Primarius Prof. Dr. Wagenbichler diese Weisung gegeben habe. Frau Dr. Colloredo-Mannsfeld habe mit Prof. Wagenbichler bereits an der Universitätsklinik zusammengearbeitet, Prof. Wagenbichler habe nach der Übernahme des Primariats an der Semmelweis-Klinik den Wunsch geäußert, weiterhin mit Frau Dr. Colloredo-Mannsfeld zusammenzuarbeiten. Da sie vorher bereits an der Uni-Klinik gearbeitet hatte, war sie nicht in der Warteliste der Gemeinde Wien vertreten. Es gebe keinerlei Zusammenhang in diesem Fall mit Udo Proksch.

Die Stadt Wien ist bei allen Gesetzesvorschlägen im Parlament an der Begutachtung beteiligt, sagte Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER auf die DRITTE ANFRAGE von GR Gertrude OSTRY (SPÖ), was er unternommen habe, um die gesetzlichen Vorschriften an den Wiener Spitälern zu verbessern. Er habe darauf aufmerksam gemacht, daß sich manche Vorschriften nicht mit der Realität decken. Eine in der Praxis undurchführbare Verordnung, die den Krankenschwestern das Umstecken von Infusionen verboten hätte, sei durch eine Intervention gemildert worden, sagte Stacher. Trotzdem sei in keinem österreichischen Krankenhaus ein exakter Dienst nach Vorschrift möglich.

In einem Brief an den Gesundheitsminister habe er diesen gebeten, die gesetzlichen Vorschriften überprüfen und an die Realität anpassen zu lassen. Der Oberste Sanitätsrat sei damit beauftragt worden, auch ein Ausschuß im Parlament sei zum selben Zweck gegründet worden. Seine persönlichen Zielvorstellungen seien ähnliche Bestimmungen, wie es sie in der Bundesrepublik Deutschland oder in der Schweiz gebe, in denen keine detaillierten Aufzählungen bestimmter Tätigkeiten enthalten seien, aber die Aufsichtspflicht strenger geregelt sei, schloß Stacher.

Auf die VIERTE ANFRAGE von GR Dkfm. Hilde SCHILLING (ÖVP), wann der Turnsaalneubau für die Volksschule Hietzinger Hauptstraße 166 fertiggestellt sein werde, antwortete Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL, daß mit den Bauarbeiten im Sommer 1988 begonnen und 1989 die Baurate von 4,36 Millionen Schilling um weitere vier Millionen Schilling erhöht worden sei. Die Fertigstellung ist für Herbst 1990 vorgesehen. Im Budget 1990 wird für die dazu nötigen Mittel gesorgt sein.

Das Ferienspiel des Wiener Landesjugendreferates vom 1. Juli bis 3. September biete eine Reihe von neuen Attraktionen und Aktivitäten für die Wiener Pflichtschüler, sagte Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR MENTSCHIK (SPÖ). Einer der Höhepunkte werde die Kinderspielstadt auf dem Rathausplatz und in einem Teil des Rathausparkes sein. Ein weiterer Ferienspieltreffpunkt sei eine Zirkusgroß-

veranstaltung. Die Ferienspielpässe bzw. das „Ferien in Wien“-Spezialprogramm für 11- bis 15jährige Ferienspieler biete auf jeweils rund 80 Seiten Aktivitäten mit den Schwerpunktbereichen Sport und Kultur. In das Programm für die älteren Ferienspieler habe man verstärkt Kursangebote sowie Besuche technischer Einrichtungen aufgenommen. Darüber hinaus werde im Rahmen des Ferienspiels eine Begegnung zwischen Kindern aus Wien und Budapest, das seit zwei Jahren ebenfalls ein Ferienspiel hat, stattfinden.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR Mag. KABAS (FPÖ) nach dem Stand der Verhandlungen über den Ankauf des Nordbahnhof-Geländes im Hinblick auf die EXPO-Planungen sagte Planungsstadtrat Dr. SWOBODA (SPÖ), es sei ein offizielles Kaufangebot der Stadt Wien für das gesamte ÖBB-Areal, ausgenommen den Grundstücksstreifen Lassallestraße, erfolgt. Eine offizielle Antwort der Bundesbahnen stehe aber noch aus. Im Hinblick auf die EXPO 95 sagte Swoboda, habe der Wiener Gemeinderat eine Bausperre über das Gelände im Nahbereich der U-Bahn-Station Vorgartenstraße verhängt. Wichtige Teile dieses Areals stünden damit für eventuelle EXPO-Planungen zur Verfügung. Die Frage, auf welche Lastenbahnhöfe bzw. Areale die derzeit im betreffenden Gebiet angesiedelten Firmen ausweichen könnten, sei noch offen.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR WOLLER (SPÖ) gab Planungsstadtrat Dr. SWOBODA (SPÖ) bekannt, daß ein Ansuchen zur Verbauung des Wiener Eislaufvereines von der Bauoberbehörde abgewiesen worden sei. Eine Berufung sei nicht zulässig. Derzeit sei eine Bausperre über dieses Gebiet verhängt, ein neuer Flächenwidmungs- und Bebauungsplan werde ausgearbeitet.

Kabelschächte in Wiener Hochhäusern könnten in einem Brandfall keinen gefährlichen Kamineffekt erzeugen, sagte StR. Dr. HÄUPL (SPÖ) in Beantwortung der ACHTEN ANFRAGE von GR Dr. NEUBERT (ÖVP). Die Kabelschächte seien geschößweise abgeschottet. In öffentlichen Hochhäusern werden regelmäßig Brandschutzübungen durchgeführt.

Die Mobiltenniskplätze werden von der Bevölkerung angenommen, sagte StR. Dr. HÄUPL in Beantwortung der NEUNTEN ANFRAGE von GR HIES (SPÖ). Die Mobiltenniskplätze bieten alle Vorteile der getrennten Müllsammmlung und sind eine Werbung für die Mülltrennung.

Zum Problem „Verkehrschao“ auf der Süd-Ost-Tangente sagte StR. HATZL in Beantwortung der ZEHNTEN ANFRAGE von GR PRINZ (FPÖ), er setze sich für den Ausbau der U-Bahn, S-Bahn, für eine Donauquerung und andere Straßenzusammenschlüsse ein. Außerdem müsse man versuchen, die Gütertransporte auf die Schiene zu verlagern. Park-and-Ride-Systeme sollten in Zusammenarbeit mit den niederösterreichischen Umlandgemeinden rasch verwirklicht werden.

Auf die ELFTE ANFRAGE von GR Mag. KAUER (ÖVP), wann mit der Renovierung der Dr.-Karl-Lueger-Gedächtniskirche am Zentralfriedhof zu rechnen sei, sagte StR. HATZL, er sei dafür formal nicht zuständig.

Angelobung eines Mitglieds des Gemeinderates

GR HAAS (SPÖ) hat mit 8. Juni sein Mandat zurückgelegt. An seiner Stelle wurde Komm.-Rat Franz KLACKL als Gemeinderat angelobt. Gemeinderats-Vorsitzender DINHOF begrüßte das neue Mitglied und sprach den Dank an den ausgeschiedenen GR HAAS aus, der seit 9. Juni Bezirksvorsteher von Simmering ist.

Neubestellung Aufsichtsrat/Wiener Städtische

Im Zusammenhang mit der Neubestellung des Aufsichtsrates der Wiener Städtischen Wechselseitigen Versicherungsanstalt und der Wahl eines Mitglieds des Sparkassenrates der Zentralsparkasse verwies StR. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) auf einen Grundsatz, der, wie er sagte, bereits Allge-

Forts. von Blatt 1406

Forts. auf Blatt 1408

meingut geworden sein sollte, nämlich keine aktiven Politiker in Aufsichtsräte zu entsenden. Er beantragte daher die getrennte Abstimmung nach Wirtschaftsfachleuten und Politiker. Bei der ABSTIMMUNG wurden die Vertreter der Wirtschaft einstimmig, die politischen Mandatäre mit Mehrheit für drei Jahre in den Aufsichtsrat der Wiener Städtischen berufen. Auch die Wahl Dr. Ferdinand MAIERS als Nachfolger von Bundesminister Dr. Erhard BUSEK als Sparkassenrat der „Z“ erfolgte mit Stimmenmehrheit.

Rechnungsabschluß: Berichterstattung Mayr

Vizebürgermeister MAYR berichtete, daß beim Rechnungsabschluß 1988 eine Verbesserung um 3,1 Milliarden gegenüber dem im Budget vorgesehenen Abgang erzielt werden konnte. Die Einnahmen belaufen sich auf 84,5 Milliarden, die Ausgaben auf 88,1 Milliarden. Der tatsächliche Abgang beträgt somit 3,6 Milliarden Schilling. Im Rechnungsabschluß sind 3,5 Milliarden enthalten, die bei einem Vergleich mit dem Voranschlag sinnvollerweise abzuziehen sind: 2,5 Milliarden vorzeitige Fremdmittelaufnahmen aufgrund der günstigen Situation auf den Kapitalmärkten, die schon für das Folgejahr vorgesehen sind, sowie eine Milliarde an Fremdmitteln, die Umschuldungsmaßnahmen zu niedrigeren Zinssätzen dienen. Nach dieser Bereinigung sind die Ausgaben gegenüber dem Voranschlag um rund 2,5 Milliarden oder 2,8 Prozent gesunken, die Einnahmen um 0,8 Prozent gestiegen.

Bei den Investitionen von 11,7 Milliarden Schilling (minus 1,5 Milliarden aufgrund von Kostenreduktionen) sind die größten Posten der U-Bahn-Bau mit 4,1 Milliarden, der Spitalsbau mit 2,3 Milliarden und der Wohnbau mit 1,4 Milliarden. Vizebürgermeister Mayr verwies auf die große Bedeutung, die die Stadt Wien damit dem öffentlichen Verkehr beimißt, sowie auf die Tatsache, daß die präliminierten Kosten beim Bau von AKH und SMZ-Ost unterschritten werden konnten. Zur Gesundheitsdebatte sagte Mayr, er könne sich ein ähnliches System wie auf dem Sparkassensektor mit vielen dezentralisierten organischen Einheiten, die mit der Durchführung beauftragt sind, und einem Spitzeninstitut zum finanziellen Ausgleich vorstellen. Der Parteitaktik im Bereich der Gesundheitspolitik erteilte Mayr eine klare Absage, die generelle Neureglung könne nur gemeinsam von Parteien, Interessensvertretungen und Gebietskörperschaften erreicht werden.

Der Schuldenstand betrug Ende 1988 43 Milliarden (plus 3 Milliarden), die allerdings um die bereits erwähnten 2,5 Milliarden Fremdmittelaufnahmen bereinigt werden müssen und damit auf 40,5 Milliarden zu reduzieren sind. Der Rücklagenstand erhöhte sich beträchtlich um 4,4 Milliarden auf 11,8 Milliarden.

Die Wiener Holding konnte 1988 ihren Umsatz um 6,6 Prozent auf 2,03 Milliarden sowie die Zahl der Mitarbeiter um 5 Prozent auf 6.474 steigern. Der Fremdenverkehr wird eine immer stärkere Stütze der Wiener Wirtschaft, sagte Mayr, die Gästenächtigungen erreichten mit 6,29 Millionen (plus 7 Prozent) einen neuen Rekord. Auch beim Wiener Wirtschaftsförderungsfond wurde mit 80 Betriebsansiedlungen und damit verbundenen 2,1 Milliarden an privaten Investitionen und 2.468 gesicherten Arbeitsplätzen ein wesentlich besseres Ergebnis als in den Vorjahren erzielt.

Der Konjunkturaufschwung fiel in Wien mit drei Prozent nicht so kräftig aus wie in Gesamtösterreich (4,2 Prozent). Im ersten Halbjahr 1989 fehlten in Wien rund 15.000 Arbeitskräfte. Vizebürgermeister Mayr schlug in diesem Zusammenhang eine raschere Integration der Asylwerber in Österreich vor, womit auch die bestehenden Probleme wie das übervolle Lager in Traiskirchen und der sogenannte „Arbeitsstrich“ mit unwürdigen Arbeitsbedingungen für die Asylwerber gemildert werden könnten. Wien hat sich dazu bereit erklärt, diesen Menschen eine geregelte Arbeit zu Bedingungen zumindest des Kollektivvertrages zu ermöglichen, er erhoffe sich

Forts. von Blatt 1407

Forts. auf Blatt 1409

dazu auch ein baldiges Ja von den Bundesstellen und den Interessensvertretungen, schloß Mayr.

Generaldebatte

Man könne beim Rechnungsabschluß 1988 nicht von einem Einsparungserfolg sprechen, sagte GR Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), denn genehmigte Projekte vor allem im Wohnbaubereich und bei der U-Bahn seien nicht effizient genug durchgeführt worden, bei der Aufschließung von Betriebsbaugebieten habe es Verzögerungen gegeben, und bei AKH und SMZ-Ost wurden die Bauraten nicht ausgeschöpft. Die Erhöhung der Einnahmen des Jahres 1988 lasse sich auch auf höhere Belastungen bei den Gemeindesteuern zurückführen. Der Personal- und Pensionsaufwand sei mit einem Prozentsatz von 27,5 und fast 700 Millionen Schilling unter den Erwartungen geblieben. Trotzdem habe die geplante Investitionsquote in der Höhe von 15 Prozent einen unbegreiflichen Abfall um 1,6 Milliarden erlitten. Der Rechnungsabschluß 1988 sei eine Auflistung kommunaler Versäumnisse und Verzögerungen. Die in Zukunft notwendigen Investitionen in eine tiefgreifende Gesundheitsreform werden beträchtlich sein, sagte Hirnschall. Deshalb wäre es eine Verschwendung von Steuergeld, die EXPO 1995 zu finanzieren beziehungsweise die Ausfallhaftung zu übernehmen, wenn andere unumgängliche und dringliche Prioritäten zu setzen wären. Zahlreiche Maßnahmen im Gesundheitswesen, wie eine Entnivellierung beim Pflegepersonal, eine Verdichtung und Intensivierung des ärztlichen Dienstes, eine kräftige Aufstockung der Dienstposten, die Einstellung von Halbtagskräften und eine sinnvolle Dezentralisierung, würden erhebliche Budgetmittel erfordern. Er bezweifle, sagte Hirnschall, daß StR Dr. Stacher der Motor einer solchen Reform sein könne, weshalb ein Wechsel unumgänglich sein werde. Zur Finanzierung einer Humanisierung der Pflegeheime schlug Hirnschall den Verkauf der 25prozentigen Beteiligung der Stadt Wien an der Flughafenbetriebsgesellschaft vor und brachte einen entsprechenden ANTRAG ein. Der Erlös aus diesem Verkauf sei in Verbesserungsmaßnahmen für Pflegeheime zu investieren, schloß Hirnschall.

Der Rechnungsabschluß zeige deutlich eine investitionsfeindliche Haltung auf, sagte GR Dr. Ferdinand MAIER (ÖVP). Wien habe Strukturprobleme, wie die Entindustrialisierung, die Stagnation bei der Technologie, höhere Arbeitslosenraten als die anderen Bundesländer. Die drängenden Probleme im Gesundheitswesen, in der Umweltfrage, beim Wohnbau und bei der Ent- und Versorgung seien nicht gelöst.

Der Bericht der Internationalen Expertenkommission Lainz habe eine Reihe gravierender Mängel und schwerwiegender Versäumnisse im Gesundheitswesen aufgezeigt. Die logische Konsequenz sei eine umfassende Reform. Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois Stacher war in den letzten 16 Jahren für das Gesundheitswesen zuständig. Er habe nach eigenen Aussagen von den bestehenden Mängeln gewußt, ohne sie zu abzustellen. Er sei daher seinen Pflichten und seiner Verantwortung nicht im erforderlichen Ausmaß nachgekommen. Es sei daher nicht zu erwarten, daß Stacher eine umfassende notwendige Strukturreform im Spitals- und Gesundheitsbereich mit der nötigen Dynamik in Angriff nehmen werde. Sogar ein Mitglied der Expertenkommission habe bezweifelt, daß es jetzt wirklich zur Reform komme. In diesem Sinn stellte GR Dr. Maier einen MISSTRAUENSANTRAG: Der Wiener Gemeinderat möge durch ausdrückliche Entschließung dem amtsführenden Stadtrat für Gesundheits- und Spitalswesen Univ.-Prof. Dr. Alois Stacher sein Vertrauen versagen.

Als Sofortmaßnahmen im Gesundheits- und Spitalswesen verlangt die ÖVP in einem BESCHLUSSANTRAG die Entlastung des Krankenpflegepersonals von berufsfremden Tätigkeiten, flexiblere Arbeitszeitgestaltung und die Beschäftigung von Teilzeitkräften, den Schichtdienst statt dem „Radldienst“, die Intensivierung des zweiten Bildungsweges für Stations-

Forts. von Blatt 1408

Forts. auf Blatt 1410

gehilf(inn)en, Verstärkung der Krankenpflegeausbildung, die Einstellung von mehr Abteilungshelferinnen sowie die Verwirklichung der Hauskrankenpflege und den Ausbau von Sozialstationen.

Weiters sprach sich der Redner für die Privatisierung der Landwirtschaftsbetriebe der Stadt Wien sowie der Zentralwäscherei aus. Diese Betriebe seien durch hohe Defizite gekennzeichnet.

Über den Mißtrauensantrag gegen Stadtrat Stacher wird voraussichtlich am Freitag abgestimmt werden.

Der Rechnungsabschluß sei die in Zahlen gegossene Politik, erklärte Klubobmann Ing. SVOBODA (SPÖ). Wien hat als Stadt im vergangenen Jahr an Bedeutung gewonnen, die Zahlen aus Fremdenverkehr, Kultur und anderen Bereichen sprechen für sich. Aber die Sozialisten geben sich mit dem Erreichten nicht zufrieden, sondern arbeiten weiter. So seien etwa die Bemühungen um die Weltausstellung 1995 nicht Selbstzweck, sondern als Motor für die Entwicklung der Stadt und für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen dieser Stadt zu verstehen. Man könne stolz sagen, erklärte Svoboda, daß es in ganz Europa keine Stadt in der Größenordnung Wiens gebe, die in Normalzeiten mit Hochquellenwasser versorgt wird. Auch im Wohnbereich seien — etwa durch die Altstadtsanierung, die Wohnhaussanierung oder das neue Wohnbauförderungsgesetz — die Voraussetzungen auf Jahre hinaus und nicht nur für den Augenblick geschaffen worden.

Das Gesundheitswesen sei in der letzten Zeit durch die Ereignisse in Lainz in der Öffentlichkeit stark in den Vordergrund getreten. Aber von einer Bankrotterklärung zu sprechen, wie es Redner der Opposition taten, sei sicher keine Form, um glaubwürdige Politik zu betreiben, betonte Svoboda. Es wurden in allen Bereichen Reformen durchgeführt, und es bestehe die Absicht, auch weiter laufend Reformen für die Menschen in dieser Stadt zu machen. Stadtrat Univ.-Prof. Stacher habe sich in den 16 Jahren seiner Amtsführung große Verdienste um das Gesundheitswesen in Wien erworben. Das Gesundheitswesen funktioniere in vielen Bereichen vorbildhaft, sei aber sicher auch verbesserungsfähig. Der Bericht der Internationalen Kommission zeige auf, daß Reformen und Verbesserungen notwendig sind. „Zweifellos werden wir Maßnahmen einleiten und das Wohl und die Gesundheit der Bürger in den Mittelpunkt stellen,“ sagte der Klubobmann. Die tragischen Ereignisse in Lainz hätten das Vertrauen in das Gesundheitswesen erschüttert. Mit Rücktrittsforderungen und Mißtrauensanträgen, die schnell gestellt sind, sei keine Politik zu machen, die um sachliche Lösungen bemüht und den Menschen dienlich ist.

Es reiche nicht, einzelne zu Sündenböcken zu stempeln, vielmehr sollte es Aufgabe der Politiker sein, den entstandenen Schaden zu minimieren. Die Sozialisten wollen Mißstände nicht zudecken oder verniedlichen, aber das Gesundheitswesen sei zu wichtig, um es zum parteipolitischen Hick-Hack zu verwenden. Svoboda betonte, er sehe keinen Grund für einen Mißtrauensantrag — vielmehr allen Grund, Stadtrat Stacher bei der kommenden Arbeit für die Reform zu unterstützen. Er brachte einen ANTRAG bezüglich genereller Grundsätze für eine Reform des Gesundheitswesens in Österreich ein. In dem Antrag werden neben Akutmaßnahmen auch langfristige Reformen für das Gesundheitswesen gefordert, wobei die Reform des Gesundheitswesens nicht auf das Krankenhaus beschränkt werden, sondern alle Stufen der medizinischen Versorgung umfassen soll. Angesprochen sind Bund, die Länder, die Sozialversicherung, private Spitalerhalter und Versicherungen sowie die Interessensvertretungen, die gemeinsam eine österreichweite Lösung finden sollen, die zugleich menschlich und wirtschaftlich ist. Konkret gefordert werden u.a. Wirtschaftlichkeitsprüfungen für jedes Spital in Österreich; ersparte Kosten sollen in den jeweiligen Institutionen verbleiben; Spitäler sollen durch strikte Einhaltung eines Stufenaufbaus in der medizinischen Versorgung entlastet werden.

Forts. von Blatt 1409

Forts. auf Blatt 1411

Da derzeit die Vereinbarung über den KRAZAF bis 31. Dezember 1990 gilt, soll die Neuregelung mit 1. Jänner 1991 in Kraft gesetzt werden.

Abschließend zog Klubobmann Svoboda eine Bilanz über ein Jahr Dezentralisierung. In der Dezentralisierung sieht er die große Chance, die Kommunikation zwischen Politik, Verwaltung und Bürger zu verbessern. Der erste Schritt, die Übertragung von Aufgaben an die Bezirke, habe den Menschen die Möglichkeit gegeben, verstärkt mitzusprechen, etwa bei der Mietermitbestimmung oder bei der Stadtplanung. Es sei damit ein Weg beschritten worden, der weiter ausgebaut werden soll, denn „die Menschen wollen, daß gemeinsam mit ihnen Politik gemacht wird und nicht über ihre Köpfe hinweg“.

Finanzen und Wirtschaftspolitik

GR Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP) kritisierte, daß die politische Realität in Wien hinter den Ankündigungen zurückbleibe. Dies sei an den Investitionen der Stadt im Jahr 1988 abzulesen, die mit 11,6 Milliarden Schilling um 1,6 Milliarden unter den geplanten 13,2 Milliarden liegen. Dadurch würden infrastrukturelle Mängel perpetuiert, der öffentliche Verkehr bleibe ebenso hinter den gesteckten Zielen zurück wie der Wohn- und der Spitalsbau. Darüber hinaus gebe es auch Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Wien liege mit 5,5 Prozent Arbeitslosen im Jahr 1988 über dem Bundesdurchschnitt. Stark sinkend sei auch die Zahl der Industriebeschäftigten, da die Rahmenbedingungen nicht ideal seien. Wöber kritisierte schließlich die überproportionalen Steigerungen bei den Gebühren etwa für Müll oder Abwasser und verlangte, die Finanzkraft der Bezirke zu stärken. Es gebe auch positive Entwicklungen in Wien, wie etwa beim Fremdenverkehr, alles in allem könne die ÖVP dem Rechnungsabschluß für das Jahr 1988 jedoch nicht zustimmen.

GR PRAMEL (SPÖ) verwies darauf, daß 1988 fast 400.000 Quadratmeter für 80 Betriebsgründungen zur Verfügung gestellt wurden. Es sei ein Rückgang der produzierenden Betriebe feststellbar, die Automation reduziere die Industriearbeitsplätze. Dabei spiele auch das fehlende Personal eine Rolle, fast 15.000 Facharbeiter gebe es in Wien zu wenig. Die Sozialpartner müßten gemeinsam dieses Problem angehen, so sei die Schulung, vor allem die Nach- und Umschulung, zu intensivieren.

Immerhin konnten seit 1982 über den Wirtschaftsförderungsfonds rund 20.000 Arbeitsplätze neu geschaffen werden, allein 1988 betragen die dadurch initiierten privaten Investitionen mehr als zwei Milliarden Schilling. Wien sei ein guter Boden für Betriebsansiedlungen, was ihm immer wieder aus der Wirtschaft bestätigt werde, sagte Pramel. Die Wiener Wirtschaftsförderung sei auch auf den Gebieten der Strukturverbesserungsaktion, der Hotelverbesserungsaktion, der Förderung wassersparender Maßnahmen und der Förderung von Innovationen sowie der Garagenförderung und der Betriebsberatung sehr erfolgreich.

Zur Gesundheitsdebatte stellte Pramel fest, daß der Anteil der Bereiche Gesundheit und Soziales am Wiener Budget sehr hoch sei. Er dankte Stadtrat Stacher für dessen Bemühungen auf diesem Gebiet. Zur Frage des sogenannten „Radldienstes“ sagte Pramel, man müsse bei der Arbeitseinteilung in den Spitälern auch die Wünsche und Entscheidungen der Bediensteten und deren Vertretung akzeptieren.

Stadträtin Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) erinnerte daran, daß es in fast allen Wiener Spitälern Notbetten auf den Gängen, ohne Klingel um die Schwester zu rufen und mit allen daraus für die Bedürfnisse der Patienten entstehenden Problemen gebe. Die meisten Stationen seien um 25 bis 30 Prozent überbelegt, das Pflegepersonal um mindestens diesen Prozentsatz zu wenig. Andererseits blieben Geldmittel im Budget übrig, die man zweckmäßigerweise in die Spitäler hätte investieren sollen. Gespräche mit

Forts. von Blatt 1410

Forts. auf Blatt 1412

den Patienten fänden vielfach über die Gerichte statt, sagte Hampel-Fuchs, so hätte der Psychosoziale Dienst wegen Kritik an ihm eine Angehörigenvereinigung geklagt. Diese Klage sei übrigens zu zwei Drittel abgelehnt worden.

Die Anzahl des Personals stehe in keinem Verhältnis zur Anzahl der zu betreuenden Patienten, sagte Hampel-Fuchs. So gebe es eine Abteilung im AKH, an der schon seit Jahren ständig drei Schwestern zu wenig seien. Dies sei nicht die einzige Abteilung mit solchen langjährigen Forderungen. Dafür würden Betrunkene ohne Verletzungen auf die Chirurgie eingeliefert, erzählte Hampel-Fuchs. Zu zahlreichen Beschwerden der Volksanwaltschaft über unkorrekte Behandlungen von Patienten hätten die Ärzte Fehlleistungen aufgrund ständiger Überlastung des Pflegepersonals zugeben müssen.

Scharf kritisierte Hampel-Fuchs den umfangreichen Beschlußantrag der Sozialistischen Fraktion. Sie habe den Verdacht, die Reformen sollten möglichst weit hinausgeschoben werden. So seien im Beschlußantrag keine kurzfristigen Maßnahmen zur sofortigen Entlastung der Schwestern vorgesehen, wie sie im Expertenbericht gefordert werden. Wenn deren Vorschläge jetzt nicht berücksichtigt werden, sei das ein Verrat an der umfangreichen Arbeit der Experten, sagte Hampel-Fuchs. Scheinbar verhinderten gravierende Strukturmängel kurzfristige Neuaufnahmen. Sie werde jedenfalls weiterhin darauf dringen, daß die Vorschläge der Experten im Sinn eines humanen Spitals realisiert werden, schloß Hampel-Fuchs.

Die Probleme, die die Expertenkommission nach ihrer Untersuchung in Wiener Spitälern aufgezeigt habe, sagte GR HUBER (SPÖ), stünden für eine europäische Entwicklung im Gesundheitsbereich. Zum Vergleich zitierte Huber Pressestimmen aus der BRD, Großbritannien, Frankreich und Schweden und machte darauf aufmerksam, daß Tötungsdelikte wie in Lainz bedauerlicherweise auch in Deutschland und Belgien Schlagzeilen gemacht hätten. Der Kommissionsbericht sei ein Mängelkatalog und deshalb nicht mit den positiven Aspekten des Wiener Gesundheitswesens befaßt gewesen; darüber hinaus hätten sich die Experten auch keine Gedanken über die Finanzierbarkeit der erforderlichen Maßnahmen gemacht. Man könne nicht sagen, daß die Entwicklung auf dem Pflegesektor stagniere, sagte Huber, und brachte einen Vergleich aus dem Jahr 1983, in dem für 1.480 Lainzer Krankenbetten 496 diplomierte Krankenschwestern zur Verfügung gestanden hätten. 1988 habe Lainz einen Bettenstand von 1.340 gehabt, die Zahl der diplomierten Krankenschwestern habe 739 betragen. Darüber hinaus seien Wiens Spitäler aufgrund ihrer zahlreichen Spezialeinrichtungen, ihrer medizinischen Struktur und der Leistungen der Wiener Medizinischen Schule mit Bundesländerkrankenhäusern nicht vergleichbar. So werde Niederösterreich diese Spezialeinrichtungen, deretwegen die Patienten sich Spezialbehandlungen in Wien unterziehen, auch nicht durch zusätzliche Betten ersetzen können. Die Kommission habe die Aufgabe gehabt, Schwachstellen des Systems aufzuzeigen. Man habe aber in dem Expertenbericht ausdrücklich auch auf die Spitzenleistungen in Wiener Spitälern, die mit international niedrigen Tageskostensätzen erbracht werden, aufmerksam gemacht, schloß Huber.

In seinem Schlußwort zur Generaldebatte und zur Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaftspolitik bezeichnete Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) den Vorschlag von FPÖ-Klubobmann Dr. Hirnschall, die Wiener Flughafenanteile um eine Milliarde Schilling zu verkaufen, als unrealistisch. Der Wiener Anteil liege bei 25 Prozent; der Bund habe seine 50-Prozent-Anteile um 700 Millionen Schilling verkaufen wollen, jedoch keinen Käufer gefunden. Der Vorwurf der Parteibuchwirtschaft frapriere ihn, sagte Mayr, da gerade die FPÖ intensiv um Posten interveniere. Das Bekenntnis zu einer demokratischen Partei dürfe weder ein Vorteil noch ein Nachteil sein.

Forts. von Blatt 1411

Forts. auf Blatt 1413

Zur Forderung der ÖVP nach Privatisierung des Landwirtschaftsbetriebes meinte Mayr, dies sei aus Gründen der Landschaftspflege und der Flächenreservenpolitik nicht sinnvoll. Die Defizite seien rein buchhalterisch da nach der Kameralistik die Investitionen nicht berücksichtigt würden.

Scharf wies Mayr den Vorwurf den ÖVP-GR Dkfm. Dr. WÖBER, zurück die Stadt Wien verletze die Budget-Wahrheit. Er verstehe auch die Logik dieser Argumentation nicht, wenn einerseits die Rücklagenbildung in den Bezirken gelobt, beim Magistrat aber abgelehnt werde. Ihn störe auch, sagte Mayr, daß man im Wirtschaftsförderungsfonds alle Fragen einstimmig und gemeinsam löse, und dann die Redner der Volkspartei im Gemeinderat die Wirtschaftspolitik als nicht zielführend bezeichnen.

Ebenso verstehe er nicht, sagte Mayr, daß die Volkspartei auf Bundesebene, wie Staatssekretär Dr. Stummvoll, in Wien Spitalsbetten sperren wolle, und sich dann die ÖVP-Stadträtin Hampel-Fuchs über Gangbetten in den Spitälern beschwere. Es könne nur einer von beiden Recht haben.

Er nehme zur Kenntnis, daß die Kritik am Rechnungsabschluß 1988 relativ gering war, was für ihn bedeute, daß die Ablehnung durch die Oppositionsparteien mehr eine politische als eine sachliche Entscheidung sei.

Umwelt, Freizeit und Sport

Keine gute Phase für den Umweltschutz konstatierte GR Mag. KABAS (FPÖ) derzeit, da die triste Lage im Bund auf Wien abfärbe. Im letzten Halbjahr sei nicht viel geschehen, obwohl die Umweltsituation nicht besser geworden sei. Es müsse zielgerichteter und effektiver gearbeitet werden, etwa in der Frage der Rettung des Wienerwaldes und der Quellschutzwälder. So sei eine Überprüfung der Bannlegung des Wienerwaldes zwar von StR Häupl bereits im Mai 1988 zugesagt worden, geschehen sei aber nichts. Kabas stellte auch die Frage, was die Stadt Wien aus eigener Kompetenz heraus gegen den Hauptverursacher der Luftverschmutzung den Individualverkehr, getan habe. Die bloßen Forderungen an den Bund nach Senkung der Luxusmehrwertsteuer und nach Nachrüstkatalysatoren seien keine Eigenleistungen der Gemeinde Wien. Dagegen wäre die Förderung von Nachrüstkatalysatoren durch die Stadt ein Anreiz und würde zumindest den guten Willen der Stadt Wien demonstrieren. Ein Teil der Luftverschmutzung erfolge auch durch die Betriebe, die von den Behörden zu wenig kontrolliert werden, meinte Kabas, wie auch zu überdenken sei, wieweit Behörden überhaupt dazu imstande sind, Betriebs- und Anlagenprüfungen durchzuführen. In der Frage der Müllverbrennungsanlagen bedauerte Kabas, daß StR Hatzl die viel zu langen Übergangsfristen des Bundesluftreinhaltegesetzes voll ausschöpfen wolle. Bezüglich der Dioxinversuche mit Aktivkohlefilter sagte Kabas, dieses Verfahren sei noch nicht ausgereift, und warnte vor übertriebenen Hoffnungen und frühzeitigen Versprechungen, da sonst die Glaubwürdigkeit in der Umweltschutzpolitik weiter erschüttert werden könnte.

GR Dr. HAWLIK (ÖVP) warf StR Stacher vor, als Gesundheitspolitiker versagt zu haben. So habe er sich in den 16 Jahren seiner Amtsführung nie in Umweltfragen engagiert. Im Sinne eines erweiterten Gesundheitsbegriffes komme jedoch der Umweltpolitik entscheidende Bedeutung zu. Hawlik kritisierte, daß Politik oft als Verwaltung mißverstanden werde, wobei das Spital ein Amt und der Patient einen aktenkundig gewordenen Fall darstelle.

Hawlik urgierte ein umfassendes Abfallwirtschaftsgesetz. Auch gebe es vom Abfallwirtschaftskonzept nur eine Rohfassung. Er stellte einen ANTRAG, den zwischen der Gemeinde Wien und den HBW bestehenden Müllbeseitigungsvertrag, in dem sich die Gemeinde Wien zur Lieferung von jährlich 400.000 Tonnen Müll verpflichtet, aufzulösen.

Forts. von Blatt 1412

Forts. auf Blatt 1414

Hawlik bezeichnete den Luftbericht als unvollständig, da er keine ausreichenden Informationen über Luftmessungen bei den EBS und bei der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig enthalte. Seiner Ansicht nach verhindere die Smogalarmverordnung, daß bei einem Unfall tatsächlich Smogalarm ausgelöst werden kann. Die Verordnung diene lediglich dem Versuch, den Bund zur Finanzierung der 15 Luftmeßstellen heranzuziehen, meinte Hawlik. Bezüglich des fotochemischen Smogs brachte Dr. Hawlik einen ANTRAG ein, demzufolge ab 1990 für Wien Grenzwerte für Ozon festgelegt werden sollen. Zwei weitere ANTRÄGE fordern Verbesserungen bei den Luftqualitätsanzeigetafeln, damit in Zukunft die dort angezeigten Werte mit jenen am Standort des Betrachters übereinstimmen; außerdem solle bis 1990 dem Gemeinderat ein Grundwasserbericht vorgelegt werden.

GR BRIX (SPÖ) erinnerte einleitend daran, daß Stadtrat Stacher die Messungen über die Belastung von Kindern durch Schadstoffe initiiert sowie das Institut für Umweltmedizin ins Leben gerufen habe. Es gebe eine enge und erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen dem Umwelt- und dem Gesundheitsstadtrat.

Das Luftreinhalteprogramm habe bereits gegriffen, es werden mit Unterstützung der Wissenschaft die modernsten Technologien eingesetzt. Das Pilotprojekt zur Ausscheidung von Dioxinen funktioniere und werde realisiert. Das Luftmeßnetz wird in seiner zweiten Ausbaustufe mit modernsten Schwefelmeßstellen und Datenübertragung ausgestattet.

Als Gebot der Stunde forderte Brix die Ausstattung aller Kraftfahrzeuge als Hauptverursacher der Luftverschmutzung mit Katalysatoren. Die Verursacher sollten die Kosten dafür allerdings aus eigener Tasche zahlen. Brix lehnte eine Förderung aus öffentlichen Mitteln dafür ausdrücklich ab. Brix regte eine Preisüberwachung bei Katalysatoren an, die im Ausland teilweise wesentlich billiger als bei uns zu erhalten seien.

Zum Lärmschutz forderte Brix weitere Maßnahmen der Bundesbahnen auf den Hauptverkehrsstrecken sowie ein Lkw-Nachfahrverbot auf den Wiener Haupttrouten. Scharf lehnte Brix die Forderung des Handelskammer-Präsidenten nach einer Autobahn durch Simmeringer Wohngebiete ab.

Seit 1987 wurde aus dem Arbeitsprogramm für die „Umweltmusterstadt Wien“ viel verwirklicht, erklärte Brix: Die Ausweitung des Landschaftsschutzgebietes, die weitere Schließung des Grüngürtels, die Eröffnung von 20 Parkanlagen und die Pflanzung tausender Bäume und Sträucher, die Sanierung der Ringstraßenallee, die Erstellung eines Altlastenkatasters und die Sanierung etlicher Altlasten nannte Brix als Beispiele. Mit der Einleitung der Pfannbauernquelle ist Wien als einzige Millionenstadt komplett mit reinem Gebirgswasser versorgt. Brix bekannte sich zur Müllvermeidung und verwies darauf, daß es bereits in ganz Wien getrennte Müllsammlung gebe. Wo städtische Anlagen Schadstoffe emittierten, seien bereits moderne Rauchgaswäschen eingebaut. Vom Bund forderte Brix dringend den Bau weiterer Sondermüllentsorgungsanlagen. Abschließend verwies Brix auf den umfangreichen Ausbau von Freizeiteinrichtungen, wie Donauinsel, Bäder und Sportanlagen, in den letzten Jahren in Wien.

GR ZEIHSEL (FPÖ) ortete eine Krise des Turnsports in Wien, der eine der wichtigsten Grundsportarten sei. So habe es keine Wiener Mannschaft im Finale der Schulsportbewerbe gegeben. Um diesem negativen Trend entgegenzuwirken, stellte Zeihsel den ANTRAG, die Stadt Wien solle eine Sporthauptschule mit dem Schwerpunkt Turnen und Leibeserziehung errichten. Dies könne auch dem Hauptschulsterben entgegenwirken. Die Einführung von Sportplatzmieten, kritisierte Zeihsel, verursache finanzielle Notsituationen der Turnvereine, weshalb die FPÖ eine Aufhebung dieses Beschlusses fordert. Die Hallensituation für leistungsbezogene Turnvereine sei trostlos, sagte Zeihsel. Es gebe keine ausreichenden Trainings-

Forts. von Blatt 1413

Forts. auf Blatt 1415

möglichkeiten, weshalb er den ANTRAG stellte, die Sportplätze und Turnsäle von Volks- und Hauptschulen auch am Wochenende und an Feiertagen, vor allem aber ganzjährig gemeinnützigen Turnvereinen zur Verfügung zu stellen.

Wien könne nicht als Umweltmusterstadt bezeichnet werden, meinte GR Dr. NEUBERT (ÖVP) und verwies auf die Probleme mit den Wienflußsammelkanälen. In einem ANTRAG forderte Neubert, daß die Sanierung der Wienflußsammelkanäle raschest verwirklicht werden solle.

Das Sportbudget sei zu gering, es erreiche lediglich 0,3 Prozent des Gesamtbudgets. Die Vereine stünden oft vor erheblichen finanziellen Schwierigkeiten. Manche Sportplätze seien in einem desolaten Zustand. Neubert sprach sich auch für mehr Mittel für den Breitensport im Interesse der Volksgesundheit aus.

Grundsätzlich seien die Sozialisten prädestiniert, Umweltpolitik für alle Menschen zu machen, erklärte GR Erich HUBER (SPÖ), da die Sozialisten immer auf seiten der Schwachen und sozial Benachteiligten gestanden seien. Der Umweltschutz habe eine neue Dimension erreicht; das Ziel, eine gesunde Umwelt, sei gleichgeblieben. Sozialistische Grundsätze bestimmten die Umweltpolitik Wiens. So sei Wien eine der grünsten Städte Europas. Großräumige Baumpflanzungen hätten dazu ebenso beigetragen wie die Anlage von kleinen Parks. Wien sei auch das einzige Bundesland mit einem Altlastenkataster. Die Sanierung von Altlasten kostete bisher bereits 525 Millionen Schilling. Zu den Landwirtschaftsbetrieben erklärte Huber, ihre Hauptfunktion sei nicht die Produktion von Ackerfrüchten, sondern sie haben zahlreiche Umweltaufgaben zu bewältigen, wie etwa die Landschaftserhaltung.

Privatisierung, wie sie von der Opposition gefordert werde, sei daher nicht sinnvoll. Die Versorgung Wiens mit Hochquellenwasser sei nur eine von vielen erfolgreichen Umweltmaßnahmen. Mit diesen Leistungen sei man dem Ziel der Sozialisten, Wien zur Umweltmusterstadt zu machen, wieder ein Stück näher gekommen.

GR FÜRST (ÖVP) forderte eine differenzierte Angabe der Wiener Luftqualität, da die bekanntgegebene Durchschnittswerte keine Angaben über örtliche Schadstoffkonzentrationen enthielten. So habe es laut Luftbericht etwa im Bereich der Taborstraße, des Hietzinger Kais und des Gürtels in der Gegend des AKH wesentliche Überschreitungen der Richtwerte gegeben.

Weiters warnte Fürst vor einer Vernachlässigung des Katastrophenschutzes, der seiner Ansicht nach nicht ausreichend sei. Fürst zitierte aus einem Vorsorgeplan der Wiener Feuerwehr, der vor mehr als einem Jahr erstellt worden sei. Dieser Bericht führe unter anderem 35 Punkte an, in denen Vorsorgemaßnahmen zu setzen seien. So mangle es in den Feuerwachen an Lebensmittelvorräten sowie an Voraussetzungen für die Einberufung zusätzlicher Feuerwehrkräfte. Fürst vertrat weiters die Ansicht, daß die Feuerwachen mit einer zweiten unabhängigen Heiz- und Kochenergie sowie Trinkwasserversorgung auszustatten seien. Auch regte er an, die Einsatzleiter niederösterreichischer Feuerwehren für den Ernstfall mit Wiener Handfunksprechgeräten auszustatten. Fürst empfahl StR Häupl den Besuch der Zivil- und Katastrophenschutzschule in Kopenhagen. Jede Nachlässigkeit bei den Vorsorgemaßnahmen könne im Katastrophenfall große Opfer an Menschen und Sachwerten nach sich ziehen, warnte Fürst.

StR. Dr. HÄUPL (SPÖ) stellte fest, daß bei der Fortschreibung des Wiener Abfallwirtschaftskonzeptes noch umfangreiche Fragestellungen in wissenschaftlicher und organisatorischer Hinsicht bestehen. Zielführend sei dabei nur ein integriertes Konzept, das mit den Landesumweltreferenten und dem Bundesministerium abgestimmt sei. Das „Ökopfad“ könnte für neue Diskussionsmöglichkeiten sorgen.

Forts. von Blatt 1414

Forts. auf Blatt 1416

Die Kompetenz liege aber eindeutig beim Bund, von dem ein Bundesabfallwirtschaftsgesetz zu fordern sei. „Wir werden trotzdem im Herbst ein Landesabfallwirtschaftsgesetz vorlegen, auch wenn das möglicherweise wegen der fehlenden Kompetenz nur demonstrativen Charakter haben wird“, kündigte Häupl an. Wertvolle Erfahrungen werden in Wien durch eigentlich weit über die Aufgaben der Kommune hinausgehende Projekte wie dem gemeinsam mit dem Ökologieinstitut zur Abfallvermeidung in Alt Erlaa durchgeführt und jenem in einem Gemeindebau in Favoriten gewonnen. Als gemeinsames Ziel bezeichnete Häupl die „Ökologische Kreislaufwirtschaft“.

Voraussetzung für alle Maßnahmen sei, daß er keinesfalls eine Gefährdung der Entsorgungssicherheit zulassen werde, betonte Häupl. Die Müllverbrennung bezeichnete Häupl als derzeit unverzichtbare Übergangstechnologie für die nächsten 25 Jahre unter Einhaltung der strengen Bestimmungen des Luftreinhaltegesetzes. Das Problem Dioxin werde in kürzerer Frist, als vom Luftreinhaltegesetz verlangt, gelöst, die ersten Zwischenberichte seien außerordentlich ermutigend.

Das Informationssystem über die Luftsituation sei derart dicht, daß ihm die Kritik daran absolut unverständlich sei, stellte Häupl fest. Zum Smogalarmgesetz erinnerte Häupl an die Zusage des Bundes über eine Abgeltung der Vorleistungen (Errichtung von Meßstellen) durch die Länder und Kommunen. Die Einhaltung dieser Zusage werde er verlangen, dann könne man den Smogalarmverordnungsentwurf realisieren.

Beim Ozon sei die Akademie der Wissenschaften bereits damit beauftragt, Grenzwerte vorzuschlagen. Es handle sich dabei um einen Sekundärschadstoff, der eine Folge der Primärschadstoffe Stickoxide und Kohlenwasserstoffe, die wiederum hauptsächlich vom Kfz-Verkehr verursacht werden, ist. Ein Hauptproblem dabei sei die Transmission, die nur eingeschränkt Möglichkeiten zur lokalen Ozonreduktion zulasse. Die Meldung, Kinder wegen der Ozongefahr nicht im Freien spielen zu lassen, bezeichnete Häupl als verantwortungslos.

Zwei Forderungen an den Bund stellte Häupl bezüglich der Kfz-Emissionen: die Abschaffung der Luxus-Mehrwertsteuer für Kat-Autos und die gesetzliche Verpflichtung zu Nachrüst-Kats. Die Diskussion um eine Förderung der Nachrüstung könne fortgesetzt werden, er sei aber unter den gegebenen Umständen dagegen.

Zum Katastrophenschutz sagte Häupl, daß zweifellos noch wichtige Punkte offen sind. Die Kommunikation zwischen Wiener und Niederösterreichischen Feuerwehren sei durch kompatible Funkgeräte hergestellt, weiters seien Verbesserungen vorgesehen. Bei der Lebensmittelbevorratung gebe es keine Übereinstimmung wegen des Finanzaufwandes. Beim Besuch der Zivilschutzschule Kopenhagen werde er GR Fürst begleiten, versprach Häupl.

Den Vorwurf einseitiger politischer Orientierung bei der Sportpolitik wies Häupl ebenso zurück wie den der „Verstaatlichung“ des Sports. Die Stadt Wien versuche nur jene Bereiche zu beleben, in denen die Vereine nicht aktiv werden.

Stadtentwicklung und Stadtplanung

Das Problem der Sanierung alter Ortskerne und Ensembles in den Randbezirken schnitt GR PRINZ (FPÖ) in seinem Debattenbeitrag an. Eine Ausstellung über dieses Thema stelle eine reine Bestandsaufnahme dar, konkrete Aussagen in bezug auf den Zeitraum und die Finanzierung von Sanierungsmaßnahmen gebe es nicht. Prinz kritisierte den Mangel an Information der Bevölkerung bei der geplanten Verlängerung der U-Bahn nach Floridsdorf. Die Anrainer seien wegen der Absiedelung von Kleingärten im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau und dem Bau der Station Strandbäder verunsichert. Prinz verlangte eine kontinuierliche Fortschreibung

Forts. von Blatt 1415

Forts. auf Blatt 1417

des Stadtentwicklungsplanes und der Bezirksentwicklungspläne, einen Prioritätenkatalog für Sanierungsvorhaben und mehr Planungstransparenz.

GR Dr. Peter MAYR (ÖVP) stellte den ANTRAG, die Magistratsabteilungen 18 und 21 sollten künftig beauftragt werden, vierteljährlich zu berichten, wer und zu welchen Kosten einen Planungsauftrag erhalten habe. Am Beispiel eines Auftrages für ein Projekt-Computerkarte meinte Mayr, daß manche Aufträge „irgendwo versanden“.

Auch die Volkspartei sei für die Nutzung des Geländes entlang dem Handelskai, doch sei noch eine Fülle von Fragen offen, die nun geklärt werden müßten. Zwischen Friedrich-Engels-Platz und der Brigittenauer Brücke stünde das ganze Areal der Stadt Wien zur Verfügung.

Die ÖBB verfügten in Wien über ein riesiges Schienennetz, das für den Personenverkehr mobilisiert werden könnte. Allerdings müßten die ÖBB ihre Pläne mit der Stadt Wien koordinieren, da es sonst zu Ungereimtheiten wie etwa bei der S 3 auf der Strecke Hollabrunn-Hietzing-Westbahnhof komme. Alle Organe der Stadt forderte Mayr auf, auf die Bundesbahnen massiven Druck auszuüben, daß sie mehr für das innerstädtische Verkehrsgehehen leisten.

Es gebe viele Gründe, die gegen einen Tunnel am Europaplatz sprechen, wie ihn die ÖVP und eine Bürgerinitiative verlangen, erklärte GR REITER (SPÖ). Die Gürtelkommission habe sich für den Margaretentunnel ausgesprochen. Am Europaplatz gebe es nur 500 Anrainer, am Margaretengürtel dagegen Tausende, auch werde es nach Fertigstellung von U 3 und U 6 zu einer drastischen Absenkung der Fußgängerzahlen am Europaplatz kommen. Außerdem würde bei einer Untertunnelung des Europaplatzes eine spätere Einbindung der Westeinfahrt nicht mehr möglich sein. Als Floridsdorfer Mandatar sprach sich Reiter für den raschen Bau der B 3 zur Entlastung des Bezirkszentrums und für die Verlängerung der U 6 bis zum Franz-Jonas-Platz aus. Damit würde auch für Bewohner westlicher Bezirke der Besuch der EXPO 1995 wesentlich erleichtert werden.

StR Dr. SWOBODA (SPÖ) nahm zunächst zur Wortmeldung von GR Prinz Stellung und betonte, daß die Sanierung der alten Ortskerne gemeinsam mit der Bevölkerung in Angriff genommen werden solle. Swoboda verwahrte sich gegen den Vorwurf mangelnder Information der Bevölkerung in Planungsfragen und meinte, die Opposition solle die Menschen nicht mit Gerüchten verunsichern, wie es bei den Kleingärtnern in Floridsdorf in bezug auf die geplante U 6 geschehen sei.

Zu den von GR Peter MAYR angeschnittenen Thema der zukünftigen Gestaltung des Handelskais sagte Swoboda, hier sollten Gutachten in Varianten ausgearbeitet werden. Mit den ÖBB gebe es Verhandlungen über diesen Bereich, wie auch über den Nordbahnhof und die endgültige Lösung für den Zentralbahnhof. Dem Antrag von GR Dr. Mayr, die Magistratsabteilungen 18 und 21 sollten künftig vierteljährlich über vergebene Planungsaufträge berichten, stimmte der Stadtrat zu.

Abschließend dankte Swoboda für die konstruktive Zusammenarbeit im Gemeinderatsausschuß und allen Mitarbeitern im Planungsressort.

Personal

GR Mag. KABAS (FPÖ) bezweifelte die Verfassungsmäßigkeit des Wiener Stadtsenates. Die Teilung in amtsführende und nicht amtsführende Stadträte erregte bei Verfassungsjuristen größte Bedenken und widerspreche dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Damit könnten sich weitreichende Konsequenzen für Beschlüsse des Stadtsenates ergeben. Eine Klärung der Situation könnte durch den Verfassungsgerichtshof erfolgen. Dazu wäre aber ein Drittel der Abgeordneten erforderlich, und die ÖVP sei entgegen ersten Äußerungen nun nicht mehr bereit, gemeinsam mit der FPÖ dies zu verlangen, sagte Kabas. Kabas vermutete, daß sich die ÖVP damit

Forts. von Blatt 1416

Forts. auf Blatt 1418

bei der Mehrheitsfraktion eine große Koalition „erkaufen“ wolle. Er forderte die ÖVP auf, doch noch zu einem gemeinsamen Vorgehen mit der FPÖ zu finden.

Scharf kritisierte Kabas das Wiener Wahlrecht, das Minderheiten benachteilige. „Zwei bis drei sozialistische Kollegen sitzen auf unsere Kosten da“, sagte Kabas. Er forderte StR Swoboda auf, sich für ein Verhältniswahlrecht einzusetzen.

Ablehnend äußerte sich Kabas zum Ausländerwahlrecht auf Bezirksebene. Dies würde eher ein Hindernis für die Integration der Ausländer darstellen, an deren Ende eine bewußte Entscheidung für oder gegen die österreichische Staatsbürgerschaft stehen sollte. Außerdem würde durch ein Ausländerwahlrecht ein Mehrklassensystem beim allgemeinen Wahlrecht geschaffen, das unteilbar bleiben sollte.

Die ÖVP, sagte GR Mag. KARL (ÖVP), sei gegen eine Einführung des Ausländerwahlrechtes, aber für eine frühere Integration der Ausländer. Solange für Ausländer Gemeindewohnungen nicht zugänglich seien beziehungsweise keine Sozialunterstützung gewährt werde, sei die Einführung eines solchen Wahlrechtes eine Alibiaktion. Karl kritisierte verzögerte Verhandlungen zum Beispiel über das Ausschreibungsgesetz oder die Novellierung des Prostitutionsgesetzes und kritisierte die Ablehnung der SPÖ, ein Landessicherheitsgesetz einzuführen. Im Sinne einer Deregulierung und Entbürokratisierung seien die wertvollsten Gesetze jene, die aus Gründen der Entbehrlichkeit abgeschafft würden. Dem Bürger sei durch eine Reihe von längst überholten gesetzlichen Regelungen und zahlreichen Novellierungen von Gesetzen der Zugang zum Recht erheblich erschwert.

GR LEHNER (SPÖ) lehnte den Vorwurf der Parteienwirtschaft ab. Es bestehe dabei die Gefahr, die Arbeit der Mitarbeiter in Verruf zu bringen. Das von der ÖVP eingebrachte Objektivierungsgesetz sei eine Diskussionsgrundlage, enthalte aber viele Mängel und sei unausgereift. So schließe dieses Papier die Beschäftigung von Ausländern und Asylanten aus, enthalte ein Übermaß an Bürokratie. Aufnahmetests seien heute bereits zwingend für gewisse Berufssparten vorgesehen. Der ÖVP-Vorschlag könnte eine Verpolitisierung des Aufnahmeverfahrens zur Folge haben.

Am Wiener Arbeitsmarkt sei es gelungen, eine Konsolidierung zu erzielen. Waren die Arbeitskräftezahlen zu Beginn der 80er Jahre rückläufig, konnte diese Tendenz ab 1984 gestoppt werden, und seither steige die Anzahl der Arbeitskräfte.

Zur Ausländerpolitik und zum Wahlrecht für Ausländer nahm GR. WURM (SPÖ) Stellung. Die Behandlung von Minderheiten seien Gradmesser für das demokratische Verständnis einer Gesellschaft. Er bedauere daher das Nein der ÖVP und FPÖ zum Ausländerwahlrecht. Das Wahlrecht sei für ihn Teil der Menschenrechte und er sehe auch kein Problem in der Differenzierung des Wahlrechtes in verschiedenen Ebenen. Das Wahlrecht allein löse allerdings das Problem der Ausländer nicht. Ziel der Integration solle es sein, jene Ausländer in die Gesellschaft einzubinden, die es wollen. Es gehe um Integration und nicht um Assimilation. Zusätzlich zum Ausländerwahlrecht müßte es daher Erleichterungen beim Erhalt der österreichischen Staatsbürgerschaft sowie eine raschere Abwicklung und auch Doppelstaatsbürgerschaften geben. Verbesserungen beim Wohnen und die Gleichbehandlung im Sozialbereich seien notwendig und auch die Hilfe für die zweite Generation. Entschieden wandte sich Wurm gegen den Vorwurf der ÖVP, daß die SPÖ auf die Stimmen der Ausländer spekuliere. Genausogut könnte man sagen, die ÖVP spekuliere auf die Stimmen der ausländerfeindlich Gesinnten. Er tue das aber nicht, betonte Wurm.

Zur Dezentralisierung erklärte Wurm, die Erfahrung habe nach dem ersten Jahr gezeigt, daß die Dezentralisierung verwaltungstechnisch ein großer Erfolg war. Sehr gut funktionierte die Zusammenarbeit zwischen den Be-

Forts. von Blatt 1417

Forts. auf Blatt 1419

zirken und den magistratischen Dienststellen. Die Bezirke hätten durchaus auch andere Prioritäten gesetzt als die Zentralstellen. So kam es zur Verschiebung von Straßeninvestitionen zu den Schulen und Kindertagesheimen. Die Dezentralisierung war sehr intensiv und umfangreich vorbereitet. Der besondere Dank gelte dabei Obersenatsrat Dr. BRUNNER. Die Dezentralisierung sei ein Prozeß, der sich weiter entwickeln muß. Es seien daher alle eingeladen, ihre Vorschläge und Vorstellungen einzubringen, damit auch die politischen Zielsetzungen der Dezentralisierung in das Bewußtsein der Menschen dringen.

StR Dr. SWOBODA (SPÖ) nahm zunächst zur Wortmeldung von Mag. Kabas Stellung. Swoboda sprach sich dagegen aus, durch erzwungene Koalitionen der Demokratie ein Zwangskorsett zu verpassen. Angesichts der Anzahl der einstimmigen Beschlüsse im Gemeinderat könne er auch keine Unterdrückung der Minderheit durch die Mehrheit erkennen. Zur Frage des Wahlrechts meinte Swoboda, daß es eben schwierig sei, die Elemente des Persönlichkeits- und des Verhältniswahlrechts ideal miteinander zu verbinden. Zur Wortmeldung von GR Mag. Karl meinte Swoboda, daß man durchaus über die Vergabe von Gemeindewohnungen an Ausländer diskutieren könne. Zugleich müsse man Personen, die ihren Lebensmittelpunkt in Österreich haben, aber auch ein gewisses Recht an Mitsprache im politischen Bereich einräumen. Auch über Fragen der Objektivierung könne man reden, sagte Swoboda. Aber man müsse das rechte Augenmaß wahren. Parteipolitische Gründe seien in Wien bei der Besetzung von Abteilungsleitern nicht maßgebend. Dafür gebe es in letzter Zeit genügend Beispiele. Zur Frage des Landessicherheitsgesetzes sagte Swoboda, man könne nicht bestimmte Maßnahmen wie ein „Wegweisegesetz“ dekretieren, die in der Praxis kaum umsetzbar wären. Für die von GR Karl angesprochene Deregulierung sprach sich Swoboda generell aus. So gehe es etwa darum, in der Bauordnung bürgerfreundlichere Regelungen zu schaffen.

Die Sitzung des Wiener Gemeinderates wurde um 21.10 Uhr unterbrochen und wird am Donnerstag, dem 29. Juni, um 9 Uhr mit der Debatte über die Geschäftsgruppe Kultur wieder aufgenommen. (Schluß) red

Wiener Landtag

Gemeinsamer EntschlieBungsantrag zu den Vorfällen in China

Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz des Ersten Landtagspräsidenten Ing. Fritz HOFMANN ist am Mittwoch abend, nach der Unterbrechung der Rechnungsabschlußdebatte des Gemeinderates, der Landtag zu einer Sitzung zusammengetreten.

Per Akklamation erteilte der Landtag einer gemeinsamen EntschlieBung die Zustimmung.

EntschlieBung des Wiener Landtages vom 28. Juni 1989

Der Wiener Landtag verurteilt in aller Entschiedenheit das von der chinesischen Staats- und Parteiführung zu verantwortende BlutvergieBen in der Volksrepublik China und drückt seine Betroffenheit über die große Zahl von Toten und Verletzten aus.

Der Wiener Landtag fordert die Regierung der Volksrepublik China auf, das Kriege recht zu beenden und für eine umfassende Wahrung der Menschenrechte zu sorgen. Insbesondere sollen in Zukunft keine Todesurteile über Menschen im Zusammenhang mit ihrem Verhalten anläBlich der Demonstration für mehr Demokratie und gegen Korruption verhängt und bei bereits ausgesprochenen Todesurteilen die Vollstreckung ausgesetzt werden.

Änderung des Krankenanstaltengesetzes

StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) beantragte eine Änderung des Wiener Krankenanstaltengesetzes. Auf einer Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes beruhend, wird darin die Aufnahme von Patienten aus anderen Bundesländern neu geregelt. Sie müssen eine Kostenübernahmeerklärung über den Behandlungsbeitrag des Bundeslandes vorweisen, in dem sie ihren ordentlichen Wohnsitz haben, außer dieses Bundesland hat eine entsprechende Vereinbarung mit dem Rechtsträger der Krankenanstalt abgeschlossen. Unabweisbare Kranke (zum Beispiel bei Lebensgefahr oder bevorstehender Entbindung) müssen aber nach wie vor in jedem Fall in Anstaltspflege genommen werden. Die Verpflichtung zur Leistung des Behandlungsbeitrages trifft also nicht den Patienten und wird auch nicht von diesem eingefordert. Fremden Staatsangehörigen, die zur Behandlung nach Wien kommen, können die tatsächlich erwachsenden Kosten in Rechnung gestellt werden.

Weitere wichtige Änderungen: Die Höchstgrenze der systemisierten Betten darf in Krankenanstalten ohne Neurologie und Psychiatrie die Zahl von 13.811 nicht überschreiten. Für die klinische Prüfung von Arzneimitteln wird eine „Ethikkommission“ eingerichtet. Die Sonderklasse öffentlicher Krankenanstalten soll an die höheren Ansprüche der Sanatorien angeglichen werden. Neben dem Entlassungsschein ist in Zukunft unverzüglich ein Arztbrief anzufertigen. Bei Stellenausschreibungen wird nicht nur die fachliche Befähigung, sondern auch die Führungsqualität begutachtet.

LABg Karin LANDAUER (FPÖ) ersuchte um eine getrennte Abstimmung der Paragraphen 5 a und 15 a, weil die FPÖ diesen beiden Paragraphen nicht zustimmen könne. Beim Paragraphen 5 a handelt es sich um die Festsetzung der Höchstgrenzen für die Zahl der systemisierten Betten. Hier kritisierte Landauer die Ausnahme für Krankenanstalten des Bundes und der Sozialversicherung. Paragraph 15 a legt die Einführung der „Ethikkommission“ in Krankenanstalten, an denen klinische Prüfungen von Arzneimitteln durchgeführt werden, fest. Dieser Paragraph wird von der FPÖ deswegen abgelehnt, weil in der Kommission keine Patientenvertreter vorgesehen sind. Landauer schlug vor, den Hausarzt des Patienten als Vertrauensmann hinzuzuziehen.

Es dürfe nicht passieren, daß der Bundesländer-Streit auf dem Rücken der Patienten ausgetragen werde und bei Notfällen Patienten „mit falschen Postleitzahlen“ abgewiesen würden, wie es in einigen Fällen in letzter Zeit passiert sei, schloß Landauer.

Das Krankenanstaltengesetz sei zu diesem Zeitpunkt, sagte LABg. Dr. RASINGER (ÖVP), ein Schritt in die falsche Richtung. Die Verpflichtung des jeweiligen Bundeslandes zur Gesundheitsvorsorge sei unbestritten, dieses Gesetz stelle aber eine Drohgebärde dar, um gewünschte Vereinbarungen zu erzwingen. Einer vorausschauenden Gesundheitspolitik müsse es gelingen, sagte Rasinger, in einem Zusammenarbeitsfonds, wie dies der KRAZAF sei, eine Einigung herbeizuführen. Wenn das unmöglich sei, habe der Fonds seine Existenzberechtigung verloren. Durch das Krankenanstaltengesetz und seine Folgen werde das Prinzip der freien Arztwahl des Patienten auf das schwerste beeinträchtigt. Der Begriff „Fremdpatient“ sei außerdem bundesverfassungsrechtlich nicht legitim, da es zwar eine Staatsbürgerschaft, aber keine Landesbürgerschaft im rechtlichen Sinne gebe. Zur Diskussion über die Abgeltungsprobleme sagte Rasinger, daß vor allem die Frage, was ein Patient koste, bei weitem nicht beantwortet sei. Selbst wenn man in Niederösterreich eintausend Betten aufbaue, würde dies das Problem der Patienten, die wegen benötigter medizinischer Spitzenleistungen nach Wien kommen, nicht lösen. Weitere Kritikpunkte im neuen Gesetz seien die unscharfe Formulierung über Verantwortung und Konsequenzen in bezug auf die Ethikkommission, die Einsichtsmöglichkeiten in die Krankengeschichte, die dem Patienten selber verwehrt bleibe, daß pflegerische Maßnahmen im Arztbrief nicht ausgeführt sein müssen, und die Kostenübernahmeerklärung, die der „Fremdpatient“ vorweisen müsse.

Die Behauptungen, daß Wien aus den Mitteln des KRAZAF die Kosten für die Gastpatienten erhält, stimmen nicht, betonte Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPÖ). Wien bekomme lediglich Gelder für den Bereich der medizinischen Spitzenleistungen. Er habe sich in Gesprächen mit den Niederösterreichern dafür eingesetzt, eine vernünftige Regelung der gegenseitig anfallenden Kosten für Gastpatienten zu erreichen. Wien wäre selbstverständlich bereit, die Kosten für seine Landesbürger in anderen Bundesländern zu übernehmen. Doch die Niederösterreicher hätten ein bewußtes politisches Täuschungsmanöver veranstaltet. Das sei eine Art „Krankenweglegung“, und die Wiener Volkspartei klage nun den an, der sich gegen eine unzumutbare Belastung wehrt. „Die Haltung der Niederösterreicher ist für mich unerklärlich“, sagte Mayr.

Zur Verfassungsfrage meinte Mayr, es gebe die Landesbürgerschaft, der Bund habe damit dem Wunsch der Landeshauptleute erfüllt. Mit der Landesbürgerschaft dürften aber im hoheitsrechtlichen Bereich keine Vor- oder Nachteile verbunden sein. Das Spitalswesen betreffe aber den Bereich der Wirtschaftsverwaltung.

Wien wird keine Patienten abweisen, er, so Mayr, wende sich aber auch dagegen, in jedem Spital Spitzenleistungen anzubieten, und er trete für das Recht der Patienten zur freien Spitalwahl ein. Und die Wiener Volkspartei vertrete mit der Ablehnung dieser Novelle nicht die Interessen von Wien.

Zu dem vorliegenden Gesetzesentwurf zitierte LABg Dr. GOLLER (ÖVP) aus der Stellungnahme der Wiener Arbeiterkammer: Die Herstellung eines gerechten Kostenausgleichs dürfe keinesfalls auf Kosten der Patienten ausgetragen werden. Die Interessen der Patienten wären aber beeinträchtigt, wenn der vorliegende Entwurf in Kraft tritt. Weiters zitierte Goller aus der Stellungnahme der AK, daß ähnliche Maßnahmen nach dem Wiener Vorbild in anderen Bundesländern zu erwarten seien. Für die Herstellung einer ausgewogenen Lastenverteilung würde sich eine Ausweitung des KRAZAF anbieten, schloß Goller.

Forts. von Blatt 1420

Forts. auf Blatt 1422

LAbg. Ilse FORSTER (SPÖ) wies auf den enormen Überhang niederösterreichischer Gastpatienten in Wien hin. Niederösterreich habe es jahrzehntelang versäumt, seine Spitalsversorgung entsprechend auszubauen, weshalb vor allem in kostenintensiven Bereichen wie der Kardiologie oder der Chemotherapie ein großer Prozentsatz der Patienten in Wien aus Niederösterreich kommen. Es gehe nicht darum, diese Patienten nicht entsprechend versorgen zu wollen, aber es gehe um einen gerechten Vertrag bezüglich der Kosten für diese Patienten. Im Sinne Wiens und der Wiener Bürger, die derzeit die Kosten für die Gastpatienten zu tragen haben, werde man eine solche Lösung doch suchen dürfen, schloß Forster.

Zur Tätigkeit der Ethikkommission sagt StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) in seinem Schlußwort, es sei eine deutliche Abgrenzung durch das Arzneimittelgesetz, die Maßnahmen der klinischen Prüfung und der medizinischen Beurteilung definiert. Einen praktischen Arzt als Patientenvertreter in die Ethikkommission zu entsenden, habe man als keine durchführbare Lösung erachtet. Zur Diskussion über die Patientenkosten sagte Stacher, es sei sehr wohl möglich, den Kostenaufwand eines Intensivbettes zu errechnen, eine Kostenaufwandsrechnung pro Patient sei aber nicht durchführbar.

Auf Wunsch der FPÖ und ÖVP wurde die Abstimmung über einzelne Paragraphen des Krankenanstaltengesetzes getrennt vorgenommen.

Das Gesetz in seiner Gesamtheit wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Die Sitzung des Landtages schloß um 22.55 Uhr. (Schluß) jel/bs

Forts. von Blatt 1421

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
Übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Pressesystem, Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Donnerstag, 29. Juni 1989

Blatt 1423

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Schülerfreifahrt in Wien (1424)
- Neue Strecken für die Autobuslinien „15 A“ und „15 A gestrichen“ (1424)
- Wirtschaftsförderungsfonds bekommt Simmeringer Gasbehälter (1425)
- Ein Fahrrad für den Lebensretter (1426)
- Schulklasse gewann Besuch bei Bürgermeister Zilk (1426)
- Wiener Gemeinderat (1427-1439)
- Plakataktion: Die Waffen nieder (1440/1441)

Wirtschaft:

- ÖCAD-Pressekonferenz auf 11. Juli verschoben (nur FS)

Schülerfreifahrt in Wien

Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Achtung: In Wien können Schüler in den Ferien, und zwar heuer vom 1. Juli bis 7. September 1989, gratis mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren. Diese Regelung gilt für alle Schüler bis Ende des Schuljahres, in dem sie das 19. Lebensjahr vollenden. Berufsschüler sind von dieser Regelung ausgenommen.

Alter und Schulbesuch müssen auf Verlangen mittels Schülerschein oder Schülerkarte, die für das Schuljahr 1988/89 gültig waren, nachgewiesen werden. (Schluß) roh/gg

Neue Strecken für die Autobuslinien „15 A“ und „15 A gestrichen“

Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Auf Wunsch zahlreicher Fahrgäste verkehren ab Samstag, dem 1. Juli, die Autobuslinien „15 A“ und „15 A gestrichen“ mit geänderten Linienführungen. Dadurch können die Umsteigerelationen verbessert werden.

Die Linie „15 A“ verkehrt dann in beiden Fahrtrichtungen ab Kerscheneinsteingasse/Kundratstraße über Köglergasse zur Wienerbergstraße und über die gleiche Strecke zurück zur bestehenden Fahrtroute. In Fahrtrichtung Schmelz/Gablenzgasse wird die Haltestelle Ambulatorium Süd von der Wienerbergstraße in die Köglergasse verlegt und gemeinsam mit der Linie „7 A“ eingehalten. In beiden Fahrtrichtungen werden die Haltestellen Unfallkrankenhaus Meidling im Zuge Kundratstraße aufgelassen und in die Köglergasse vor beziehungsweise nach der Kundratstraße verlegt, wo sie gemeinsam mit den Linien „15 A gestrichen“ und „7 A“ eingehalten werden. Weiters werden die Haltestellen Eibesbrunnengasse in beiden Fahrtrichtungen von der Linie „15 A“ nicht mehr eingehalten.

Die Linie „15 A gestrichen“ wird in Richtung Schmelz/Gablenzgasse ab der Untermeidlinger Straße/Kundratstraße über die Untermeidlinger Straße und Köglergasse zur bestehenden Fahrtroute Kerscheneinsteingasse geführt. Die Haltestelle Unfallkrankenhaus Meidling wird in die Köglergasse gegenüber Ordnungsnummer 2 vor der Kundratstraße gemeinsam mit den Linien „7 A“ und „15 A“ verlegt.

Darüber hinaus verkehrt die Linie „15 A gestrichen“ ab 1. Juli auch an Samstagen zwischen Meidlinger Hauptstraße U und Wienerbergstraße.

Die ersten und letzten Busse fahren an Samstagen ab Meidling Hauptstraße um 7.01 beziehungsweise 13.01 Uhr, ab Wienerbergstraße um 7.13 beziehungsweise 13.13 Uhr. (Schluß) roh/bs

Wirtschaftsförderungsfonds bekommt Simmeringer Gasbehälter

Konkrete Nutzungsvorschläge bis Frühjahr 1990

Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds (WWFF) soll noch im kommenden Herbst Eigentümer der denkmalgeschützten vier Simmeringer Gasbehälter werden, erklärte Vizebürgermeister Hans MAYR Donnerstag der „RATHAUSKORRESPONDENZ“. Der WWFF wird konkrete Vorschläge für eine multifunktionale Nutzung der zwischen 1896 und 1899 errichteten Bauten erarbeiten, die konkreten Nutzungsvorschläge werden im Frühjahr 1990 vorliegen und der Öffentlichkeit präsentiert, betonte Mayr. (Schluß) sei/bs

Ein Fahrrad für den Lebensretter

Wien, 29.6. (RK-LOKAL) Einer blitzschnellen Reaktion eines Passanten verdankt der kleine Philipp sein Leben: Während die Erwachsenen vor Schreck erstarrten, als das elf Monate alte Baby auf dem Fensterbrett herumturnte, sprintete der 13jährige Martin MANTLER aus Wien 15 los und konnte den abstürzenden Philipp gerade noch auffangen. Jetzt erfüllte Bezirksvorsteher Kurt MENGER aus Rudolfsheim-Fünfhaus einen Herzenswunsch des mutigen Burschen: Mittwoch nachmittag übergab er ihm auf dem ASKÖ-Platz auf der Schmelz ein Mountain-Bike. (Schluß) end/gg

Schulklasse gewann Besuch bei Bürgermeister Zilk

Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK empfing heute, Donnerstag, im Roten Salon des Wiener Rathauses die Gewinner des ersten Preises des am 23. Juni auf der Donauinsel veranstalteten Verkehrsquiz, welcher zum 120jährigen Jubiläum des Bestehens der Wiener Sicherheitswache stattgefunden hatte.

Bei einem kleinem Empfang für die Schüler der Klasse 4 b der Ganztagschule aus Floridsdorf, Dopschstraße 25, hob Bürgermeister Zilk die Wichtigkeit verantwortungsbewußter Verkehrserziehung hervor. (Schluß) hu/rr

Wiener Gemeinderat

Rechnungsabschlußdebatte Kultur

Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Die Mittwoch abend unterbrochene Rechnungsabschlußdebatte des Wiener Gemeinderates wurde Donnerstag um 9 Uhr wieder aufgenommen.

Kultur

GR GINTERSDORFER (FPÖ) kritisierte Mehrausgaben in der Höhe von neun Millionen Schilling für „Maßnahmen zur Förderung bildender Künste“, womit das Hrdlicka-Denkmal am Albertinaplatz gemeint sei. Es stehe seit Monaten unvollendet da und sei von der Öffentlichkeit nach den anfänglich hitzigen Debatten emotionslos zur Kenntnis genommen worden. Es gehöre seiner Meinung nach nicht zu den stärksten Werken des Meisters. Gintersdorfer sprach von einer vertanen Chance auf einem zentralen Platz.

Zum Theater an der Wien sagte er, dieses Haus befinde sich in einer Zwitterstellung. Einerseits sei es eine En-suite-Musical-Bühne, andererseits ein Festspielhaus. Das führe dazu, daß trotz enormer Kartennachfrage das „Phantom“ vom 16. April bis 7. Juli pausieren müsse. In 80 Tagen gebe es 18 Aufführungen, 62 Tage würden für Proben und Umbauten benötigt. Dadurch entstünden finanzielle Belastungen, und er bezweifle den Sinn des Theaters als Festspielhaus.

Zur Diskussion um ein zusätzliches Opernhaus empfahl Gintersdorfer, die Redoutensäle dafür — unabhängig von Kompetenzen und politischer Zuständigkeit — als künftigen Spielort zu adaptieren. Er bedaure es, daß die Operette, ein typisches Wienerisches Kulturgut, seit langem nicht ernsthaft gepflegt werde. Das habe man schmerzlich während der Wiener Festwochen feststellen müssen, bei der auf die Liebhaber dieses Genres offenbar vergessen wurde. Selbst die Volksoper habe sich zu diesem Zeitpunkt mit einer Operettenproduktion im Ausland befunden und in Wien „Kiss me Kate“ gespielt. Dies sei seiner Meinung nach nicht der richtige Weg.

Die ÖVP habe im Kulturbereich die Bereitschaft zur Zusammenarbeit bewiesen, sagte GR Mag. KAUER (ÖVP). Rund 90 Prozent der Beschlüsse seien einstimmig gefallen. Die Vorstellung eines bis dahin unbekanntes Kulturberichts am gestrigen Tag sowie sein Inhalt, Anspruch und Stil seien aber nicht dazu angetan, diese Kooperation zu fördern. Ein weiteres negatives Beispiel sei ein Rechnungshofbericht, der ihm nur über Umwege bekanntgeworden sei, kritisierte Kauer. Darin bezweifle der Rechnungshof die Tauglichkeit des Vereins Wiener Festwochen. Es gebe gravierende Vorwürfe bezüglich der Geschäftsgebarung des Kulturamtes. So habe der Rechnungshof bei einer Überprüfung der Kulturausgaben festgestellt, daß verbindliche Richtlinien oder Normen für die Ausgaben fehlten. Ein weiterer Vorwurf betreffe die Budgetwahrheit und -klarheit. So fänden sich in den verschiedensten Budgetansätzen auch Ausgaben für die Festwochen, die offensichtlich zu den reinen Aufwendungen des Vereins nicht addiert werden. Auch die für die Festwochen budgetierte Summe entspreche nicht den tatsächlichen Aufwendungen. Das Budget habe 1984 44,1 Millionen, 1985 47,7 Millionen, 1986 52,7 Millionen und 1987 60 Millionen Schilling betragen, die Ausgaben hätten im Gegensatz dazu 1984 52 Millionen, 1985 66,5 Millionen, 1986 69,9 Millionen und 1987 90 Millionen betragen. Die Bilanz der Festwochen für 1988 sei noch nicht fertig. Im Vergleich zu anderen Festivals, zitierte Kauer eine Untersuchung der Universität Groningen, habe der Verein Wiener Festwochen das kostspieligste, nicht am besten ausgelastet, personell am höchsten ausgestattete, aber kleinste Programm. Man müsse sich auch fragen, ob die Funktionen einer Vereinspräsidentin der Festwochen und einer Amtsführenden Kulturstadträtin vereinbar seien.

Forts. von Blatt 1427

GR Dkfm. Dr. AIGNER (SPÖ) erklärte, daß der zitierte Rechnungshofbericht erst ein Rohbericht sei, der noch einer Gegenäußerung und einer Schlußbesprechung bedürfe. In der Tatsache, daß die Kulturstadträtin auch Festwochenpräsidentin und Präsidentin der Wiener Symphoniker ist, sieht Aigner einen Vorteil, weil auf diese Weise die von der Stadt Wien subventionierten Organisationen der unmittelbaren Einflußnahme der Stadt Wien unterliegen.

Die Musiksommereröffnung als Auftakt zu einem großen musikalischen Sommerprogramm sei ein großer Erfolg gewesen, sagte Aigner. Für die Musik würden bedeutende Mittel aus dem Budget bereitgestellt. Dazu gehöre auch die Subvention für die Symphoniker, die allein in Wien 150 Konzerte jährlich geben und unter ihrem Ersten Gastdirigenten Georges Pretre Höhenflüge erleben. Ihr Auftreten bei den Bregenzer Festspielen sei eine kulturelle Leistung Wiens für Vorarlberg. Das Festival Moderner Musik werde von Claudio Abbado sehr gepflegt, und „Töne und Gegentöne“ habe sich ebenfalls eines sensationellen Erfolges erfreuen können. Die Festwochen seien bei Publikum und Kritik sehr gut angekommen, was sich beispielsweise in der ständig steigenden Auslastung des Theaters an der Wien und der Einnahmensteigerung gegenüber dem Vorjahr um 50 Prozent manifestiere. Außerordentlich erfreulich seien auch die Erfolge von „Wunderblock“, „Entführung aus dem Serail“, „Lulu“ oder „Sarafina!“ gewesen. Die Resonanz des Publikums bestätige die Richtigkeit des Wegs, den die Kulturstadträtin eingeschlagen hat. Abschließend würdigte Aigner den soeben vorgelegten Kunst- und Kulturbericht der Stadt Wien, der erstmals in dieser Form erstellt wurde. Ohne die Förderung der Stadt Wien gäbe es vieles an Kultur in Wien nicht, sagte Aigner. Sponsoren können nur einen kleinen Teil der Mittel beitragen. Das Kulturbudget habe die Milliarden-Schallmauer überschritten, und er sei zuversichtlich, fügte Aigner hinzu, daß der Anteil der Ausgaben für Kultur am Gesamtbudget weiter steigen werde.

GR CZERNY (ÖVP) verlangte Aufklärung über einige „Kunstgriffe“ beim Budget für die Altstadterhaltung. So seien im Vorjahr 26,7 Millionen der Sonderrücklage zugeführt worden, die damit bereits auf 110 Millionen angewachsen sei. Czerny wollte wissen, was mit diesem Geld und den daraus erwachsenden Zinsen geschehe.

Seit 1970 wurden insgesamt 898 Millionen für geförderte Objekte im Bereich der Altstadterhaltung ausgegeben. GR Czerny kritisierte in diesem Zusammenhang, daß es noch offene Abrechnungen gebe, die bis ins Jahr 1980 zurückgehen. Die Abwicklung werde anscheinend auf die lange Bank geschoben, entweder der Förderungswerber oder der ausführende Gewerbebetrieb müßten die Projekte vorfinanzieren, was meist deren wirtschaftliche Möglichkeiten übersteige. Czerny verlangte eine Aufstockung der damit befaßten Beamten, die derzeit offenbar überfordert seien.

Bei der Renovierung der Lueger-Kirche am Zentralfriedhof müßte nicht, wie von der Stadt Wien verlangt, die Erzdiözese aktiv werden: es gebe einen Vertrag aus dem Jahr 1951, wonach die Erhaltung der Lueger-Kirche ausschließlich der Stadt Wien obliege. Deswegen dürfe einem baldigen Beginn der Renovierung eigentlich nichts im Wege stehen, wenn sich die Stadt Wien ihre Verträge anschauere, sagte Czerny.

Die Renovierung des Grassalkovics-Schlössels käme fast einem Abbruch gleich, nur noch ein Fragment in Form der Vorderfront sei erhalten, sagte GR Czerny. Anscheinend sei der GESIBA, die das Schlössel zu einem viel zu billigen Preis angekauft habe und dort auch ein Wohnhaus errichten wolle, die gut erhaltene Substanz im Weg gewesen. Außerdem sei laut Ausschreibung im Amtsblatt eine Aufstockung des denkmalgeschützten Schlössels vorgesehen. Auch über diese Vorgangsweise verlangte GR Czerny Aufklärung.

Forts. auf Blatt 1429

GR PFANNENSTIEL (SPÖ) brachte einen ANTRAG zur Umbenennung des Pfarrer-Deckert-Platzes in Währing in Schwester-Restituta-Platz ein. Pfarrer Deckert (1843 bis 1901) habe in zahlreichen Werken einen primitiven Antisemitismus und üble Hetze gegen das jüdische Volk, etwa durch die Popularisierung der Ritualmord-Legende, vertreten. Dagegen sei Schwester Restituta eine katholische Österreicherin gewesen, die im Kampf gegen den Hitler-Faschismus ihr Leben geopfert hat. 1894 in Mähren geboren und in Wien aufgewachsen, war sie als Nonne in der Krankenpflege des Hartmann-Klosters tätig. Wegen Verbreitung eines regimekritischen Gedichtes wurde sie 1943 hingerichtet. Durch die Benennung des Platzes soll sie geehrt werden, erklärte Pfannenstiel.

Nichts könne als Rechtfertigung für die antisemitischen Äußerungen Pfarrer Deckerts gelten, meinte GRPROCHASKA (ÖVP), wenn auch kaum eine politische Bewegung damals glaubte, auf antisemitische Äußerungen verzichten zu können. Er wolle nicht gegenseitig Zitate aufrechnen, denn auch Marx und Engels hätten Antisemitisches von sich gegeben. Deckerts Antisemitismus sei politisch-ökonomisch motiviert und gegen den politischen Gegner Liberalismus gerichtet gewesen. Er lehne es ab, Deckert, der eine umstrittene Persönlichkeit war, als einen Vorkämpfer des Nationalsozialismus abstempeln zu lassen. Auch bezweifle er die gute Absicht der Sozialisten, da sie in Margareten, dem Heimatbezirk Schwester Restitutas, keine Benennung durchführen wollen. Vielmehr würde Zwietracht gesät und würden Gräben aufgerissen. Überdies sei der Platz laut einem Gutachten der MA 21 keine öffentliche Verkehrsfläche, sondern stehe im Eigentum der Pfarre, ein allfälliger Beschluß des Gemeinderates müßte daher vom Bürgermeister sistiert werden. Er appelliere daher an die Sozialisten, dem Antrag nicht zu folgen.

GR KÖNIG (SPÖ) betonte, seine Fraktion wolle nicht Zwietracht säen. Die Meinung der MA 21 sei geprüft und als nicht richtig erkannt worden. Die Benennung des Platzes 1901 durch den Gemeinderat war rechtlich vollkommen in Ordnung. Sicher habe auch die sozialistische Bewegung Fehler gemacht. Dies habe aber keinen Zusammenhang mit dem Sudel-Antisemitismus des Pfarrer Deckert. In der Geschichte seiner Partei, betonte König, hätten viele, allzu viele unter dem Antisemitismus gelitten. Eine Rücknahme des Antrags wäre zugleich eine Schändung dieser Opfer.

StR EDLINGER (SPÖ) erklärte, der Vorschlag zur Umbenennung wurde nicht gemacht, um Zwietracht zu säen, sondern weil es an der Zeit war, der Person der Schwester Restituta zu gedenken. Außerdem habe im 5. Bezirk die Anbringung einer Gedenktafel am Hartmann-Spital für Schwester Restituta nicht die Zustimmung der ÖVP gefunden. Edlinger betonte, er werde alle politischen und rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um diesen Schandfleck in Währing zu beseitigen.

Zum Palais Grassalkovics berichtete StR Edlinger, daß die GESIBA im Einvernehmen mit dem Bundesdenkmalamt die wertvolle Substanz selektiert habe. Portikus, Dach und Fassaden seien demnach unabdingbar zu erhalten. Um diese denkmalpflegerische Substanz zu erhalten und mit neuem Leben zu erfüllen, sollen Wohnungen errichtet werden. Dabei sei das Wohnbauförderungsgesetz zu berücksichtigen, das die anrechenbaren Grundkosten in ein bestimmtes Verhältnis zu den Gesamtkosten stelle. Daher wurde der Verkauf um sieben Millionen Schilling an die GESIBA beschlossen, da sonst das Projekt nicht als Wohnbau förderbar gewesen wäre.

GR RUPANER (SPÖ) warf GR Mag. Kauer unsachliche und zynische Kritik vor. Kauer habe auch bezüglich des überhaupt noch nicht vorliegenden Rechnungshofberichtes unrichtige Angaben an die Medien weitergegeben. Er betreibe unseriöse Politik. Anschließend wies Rupaner auf die Bedeutung des Stadt- und Landesarchivs hin, das heuer sein 100jähriges Bestehen als eigene Abteilung feiert. Das Archiv dokumentiert nicht nur, es

Forts. von Blatt 1428

Forts. auf Blatt 1430

arbeite auch wissenschaftlich, richte Ausstellungen aus und sei ein Dienstleistungsbetrieb für die Bevölkerung.

Auch bei der Wiener Stadt- und Landesbibliothek verwies Rupaner auf die Bedeutung der Ausstellungstätigkeit. Mit den Nachlässen von Hochwälder, Qualtinger, Roda-Roda und Hans Moser sowie den Manuskripten von Friederike Mayröcker, die die Bibliothek erwerben konnte, wurden die wertvollen Bestände ergänzt. Besonders bedeutend war der Ankauf zweier kostbarer Schubert-Autographen um 4,2 Millionen Schilling.

Im Bereich der Museen der Stadt Wien würdigte Rupaner besonders die Ausstellungstätigkeit anlässlich des Gedenkjahres 1988 mit den Ausstellungen „Heilige Gemeinde Wien — Judentum in Wien“, „Wien 1938“, „Der Novemberpogrom. 'Die Reichskristallnacht in Wien'“ und „Und dann möchte ich leben“. Ferner verwies Rupaner auf Erfolge in der Museumspädagogik.

Zu einer tatsächlichen Berichtigung meldete sich GR Dkfm. Karl KÖNIG (ÖVP). König sagte, die ÖVP-Margareten habe sich nicht gegen eine Ehrung von Schwester Restituta ausgesprochen. Sie habe vielmehr beantragt, nach ihr das neue Pensionistenheim in Margareten zu benennen. Mit der Begründung, die Benennung nach Personen sei für Pensionistenheime nicht möglich, habe die SPÖ abgelehnt. Es gebe aber das Maria-Jacobi-Heim im 3. Bezirk.

GR Ing. RIEDLER (SPÖ) entgegnete, StR. Edlinger habe nicht von einer Ehrung gesprochen, sondern von der Gedenktafel, die die SPÖ Margareten für Schwester Restituta — und für zwei weitere Widerstandskämpfer — beantragt habe. Da diese jedoch den Sozialisten und später den Kommunisten angehört hatten, habe die ÖVP diesen gemeinsamen Antrag abgelehnt. Die Benennung des Maria-Jacobi-Heimes sei ausnahmsweise so erfolgt, weil diese die Initiatorin und Gründerin der Pensionistenheime gewesen sei.

Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK bekannte sich zu einer Kulturpolitik, die der Kunst und den Künstlern optimale Rahmenbedingungen biete. Das koste natürlich Geld, sagte Pasterk, und deponierte den Wunsch nach weiteren Steigerungen des Kulturbudgets. Immerhin habe es bereits vom Rechnungsabschluß 1987 zum Rechnungsabschluß 1988 eine Anhebung von 964 auf 1.223 Millionen Schilling gegeben. Wolle Wien jedoch im urbanen Wettstreit mit vergleichbaren Städten bestehen, müsse es auch im finanziellen Bereich weitere Anstrengungen geben. Pasterk äußerte den Wunsch nach einer Aufbruchstimmung im kulturellen Bereich, um große Projekte wie etwa den Ausbau des Messepalastes anzugehen.

Die Kulturstadträtin sprach sich auch für die Transparenz bezüglich der vergebenen Mittel aus. Der Kunst- und Kulturbericht 1988 — wie er in dieser Form erstmals seitens der Stadt Wien ediert wurde — sei ein Beitrag zu dieser Transparenz, zur Diskussion im Kulturbereich. Die Kritik von GR Mag. Kauer am Kulturbericht und generell an der Wiener Kulturpolitik bezeichnete Pasterk in diesem Zusammenhang als Miesmacherei und Negativismus. Damit sei keine Kulturarbeit zu leisten.

Pasterk wies im besonderen auf die Bedeutung der Förderung der zeitgenössischen Kultur hin und nannte als konkrete Beispiele das Musikfest „Wien modern“, das Theater „Der Kreis“, die „Literatur im März“ und die Ausstellungstätigkeit auf dem zeitgenössischen Sektor. Weiters vermerkte Pasterk, daß sie froh sei, daß die SPÖ in bezug auf das Denkmal gegen Krieg und Faschismus und die Diskussion um Thomas Bernhard im Jahr 1988 den richtigen Weg gegangen sei.

Zur Wortmeldung von GR Gintersdorfer zum Ronacher sagte Pasterk, daß nach dem Auslaufen von „Cats“ Mitte 1990 mit der Renovierung begonnen werde. Die Bespielung der Redouten-Säle sei aufgrund der eingeschränkten Verfügbarkeit nicht sinnvoll.

Forts. von Blatt 1429

Forts. auf Blatt 1431

Zum Bereich der Altstadterhaltung vermerkte Pasterk, daß man hier ausbezahlte und zugesagte Beträge nicht verwechseln dürfe. Eine Beschleunigung des Verfahrens in diesem Bereich werde in Kürze besprochen.

Zum Angriff, die Festwochen seien teurer als ausgewiesen, sagte Pasterk, man müsse zwischen den eigentlichen Wiener Festwochen im Mai/Juni und dem Verein Wiener Festwochen, der auch andere Veranstaltungen wie die biennalen Tanzfestivals, „Töne und Gegentöne“ und verschiedene Ausstellungen ausrichte, unterscheiden. Das Defizit, das den Festwochen für 1988 nachgesagt werde, stimme ebenso nicht, wie das für das Jahr 1987 lancierte Defizit, das sich dann als Plus von über einer Million Schilling herausgestellt habe.

Angesichts der kulturellen Aktivitäten der Stadt Wien könne man ruhig sagen, es hätte vieles ohne die Kulturabteilung der Stadt Wien im Wiener Kulturleben nicht gegeben, meinte Pasterk in bezug auf die Wortmeldung von Mag. Kauer. Sie bekenne sich zu Kunst und Kultur als Lebensgrundlage der Stadt, zur kulturellen Identität Wiens. Abschließend dankte Pasterk allen Mitarbeitern des Kulturbereiches.

StR Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) meldete sich zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort. Sie erklärte, daß das Maria-Jacobi-Pensionistenheim nicht das einzige in Wien sei, das nach einer Person benannt sei. Das zweite sei das Pensionistenheim im 14. Bezirk, das nach Gustav Klimt benannt ist.

Gesundheits- und Spitalswesen

Zu Beginn der Debatte über diesen Geschäftsbereich nahm Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER zum Bericht der Internationalen Expertenkommission Stellung. Er erinnerte daran, daß es nicht Aufgabe der Kommission gewesen sei, Leistungen der Stadt Wien zu würdigen, sondern Mißstände aufzuzeigen und Vorschläge für Verbesserungen des Spitalswesens im Bereich der Stadt Wien zu erstellen.

Stacher sagte, daß im Jahre 1988 durch die Gründung der MA 16 ein großer Schritt vorwärts getan worden sei. Diese Abteilung könne in einem Kostenrahmen von bis zu 20 Millionen Schilling alleinige Entscheidungen treffen und auch Personalfragen selbständig lösen; etwas, das im Zuge der geforderten Dezentralisierung unabhängig von dem Bericht der Expertenkommission geschehen sei.

Er sei keineswegs gegen „Anstellungen auf Zeit“. Als er jedoch gefordert hatte, Primärärzte auf ein Jahr Probezeit anzustellen, sei ihm das als Sakrileg ausgelegt worden, und man habe seinen Rücktritt gefordert.

Er stimme mit der Expertenkommission auch darin überein, daß die kollegiale Führung nur teilweise funktioniere. Es gebe allerdings keine Alternative zur Zusammenarbeit, Teamarbeit stehe im Spitalsbereich außer Diskussion.

Zur Frage, ob ein „Radldienst“ oder ein Schichtdienst sinnvoller sei, bemerkte Stacher, daß Schwestern sich schon mehrfach mit aller Entschiedenheit für den Radldienst ausgesprochen hätten. Offenbar komme dieser Modus dem Arbeitsrhythmus der Schwestern wesentlich mehr entgegen.

Stacher ging auch auf den Vorwurf ein, daß er zwei Funktionen ausübe, jene des Arztes und jene des Politikers. Dazu stellte er fest, er sei im Krankenhaus vielleicht mehr anwesend als andere, die ihren Dienst genau erfüllen.

Es treffe nicht zu, daß in Wien ständig 120 Notbetten aufgestellt seien. Es könne allerdings zu gewissen Zeiten, etwa während einer Grippeepidemie, gewisse Engpässe geben. Die Situation werde sich erst entscheidend bessern, wenn das SMZ-Ost zur Verfügung stehe.

Die Erkenntnis, im Krankenpflegedienst gebe es zuwenig diplomierte

Forts. von Blatt 1430

Forts. auf Blatt 1432

Schwestern, sei zwar richtig, prozentuell stünden aber in Wien mehr Schwestern als in allen anderen Bundesländern zur Verfügung. Um die Situation weiter zu verbessern, würden derzeit bereits bewilligte Posten besetzt.

Zusammenfassend wiederholte Stacher seine Aussage, daß der Bericht der Internationalen Expertenkommission sachlich seriös ausgefallen sei. Er hoffe, daß gewisse Argumentationen nun mehr Gewicht bekommen. Es müsse allen klar sein, daß eine Verbesserung des Gesundheitssystems keine Frage der Stadt Wien allein sei, sondern eine Frage, die alle mit der Gesundheit befaßten Stellen angehe. Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit sollte durch diesen Bericht wesentlich gestärkt werden.

Der gestrige Beschluß über das Krankenanstaltengesetz habe, sagte GR Karin LANDAUER (FPÖ), eine die Bevölkerung verunsichernde und für das Image der Wiener Gesundheitspolitik negative Berichterstattung im burgenländischen ORF ausgelöst. Dort sei berichtet worden, daß die Stadt Wien nun keine Pendler mit Wohnsitz im Burgenland mehr in Wiener Spitäler aufnehme. Landauer forderte eine sofortige Aufklärungskampagne.

Landauer zollte Gesundheitsstadtrat Dr. Stacher Anerkennung für die Psychiatriereform, bezweifelte aber, daß die nun notwendigen Reformmaßnahmen im Gesundheitsbereich von ihm durchgeführt werden könnten. Als Beispiel nannte Landauer die Doppeltätigkeit Stachers als Stadtrat und Primararzt. Landauer stellte den ANTRAG, in den Dienstzeitevorschritten für Primar-, Ober- bzw. Assistenzärzte eine 40stündige Anwesenheitspflicht pro Woche, gleichmäßig aufgeteilt auf die Tagesstunden, festzulegen, die bestehende Nivellierung zwischen diplomiertem Pflegepersonal und Stationsgehilfen rückgängig zu machen und eine Werbeaktion für den diplomierten Pflegedienst bei den heurigen und nächstjährigen Maturantenjahrgängen durchzuführen.

Weitere Kritikpunkte seien das Verhalten des Spitalsombudsmannes, der Beschwerden nicht ernst nehme, das Versagen der Lainzer Pathologie und das Fehlen einer externen Supervision für das Pflegepersonal. Nach 16 Jahren Mangel an Durchsetzungskraft, schloß Landauer, solle Stacher nun seine politische Tätigkeit beenden.

GR Dr. RASINGER (ÖVP) stellte die Frage nach dem Standort des Gesundheitswesens 16 Jahre nachdem Stacher dieses Ressort übernommen hat. Die Gesundheitspolitik sei früher ein Glanzstück der Sozialistischen Kommunalpolitik gewesen, und es sei zu hoffen, daß sie dieses Prädikat wieder erwerben kann. Beteuerungen allein seien jedoch noch keine Realität. Der Zentralismus im Spitalswesen sei gescheitert; wenn man ihn jetzt beim Aufbau sozialer Strukturen einführe, werde er ebenfalls scheitern. Die SPÖ habe das von der ÖVP vorgeschlagene Berliner Modell als unrealisierbar abgelehnt. Für die Einführung der Supervision in den Spitälern habe es fünf Jahren bedurft, und sie konnte erst auf Grund der Vorfälle in Lainz eingeführt werden. Stacher kenne die Probleme, und es sei unverständlich, daß er diese psychologische Unterstützung für das Personal nicht früher eingeführt hat. Die Stadt Wien habe auch immer die Aufnahme von teilzeitbeschäftigtem Pflegepersonal abgelehnt und damit in Kauf genommen, daß Stationen geschlossen werden mußten. Der Schwesternmangel bringe es auch mit sich, daß notwendige Operationen auf unbestimmte Zeit verschoben werden müssen und Patienten dadurch gefährdet werden. Was die Arbeitszeit des ärztlichen Personals betrifft, sei die Finanzverwaltung 1976 aus Kostengründen gegen den Dienst von 8 bis 15 Uhr gewesen. Die Institution des Stationsarztes müßte ausgebaut werden. In Wien fehlen auch viele Fachärzte. „Was muß passieren, damit etwas geschieht?“, sagte Rasinger. Er würdigte die Leistungen Stachers als Arzt und deponierte die Meinung der ÖVP, daß sie, anders als die FPÖ, im Prinzip nichts dagegen hätte, daß Stacher Primarius und gleichzeitig Stadtrat ist.

Forts. von Blatt 1431

Forts. auf Blatt 1433

Mittel aus dem Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds seien von Wien nicht für die Förderung von Innovationen auf dem Gebiet der Hauskrankenpflege verwendet worden, und das Sozialmedizinische Zentrum Unterpensing bewiese beispielsweise, daß Idealisten „gepflanzt“ werden. Für die alten Menschen, die derzeit oft von vielen sozialen Diensten betreut werden, forderte Dr. Rasinger eine einzige Bezugsperson. Die Dezentralisierung des Gesundheitswesens müsse mit ausreichenden Mitteln dotiert werden. Es gehe nicht an, daß im Gesundheitswesen die Verantwortung hin und her geschoben werde.

Niemand traue Gesundheitsstadtrat Stacher noch die Durchsetzung großer Reformen zu, schloß Rasinger.

GR Dr. Elisabeth NECK-SCHAUKOWITSCH (SPÖ) verteidigte das Wiener Gesundheitswesen und den dafür zuständigen Stadtrat. Der Bericht der Expertenkommission hebe naturgemäß nur die Fehler und Mängel hervor und berücksichtige nicht die medizinischen Spitzenleistungen, die in Wien erbracht werden. StR Stacher habe in dem Buch „Medizin 2000“ viele der Anregungen bereits vorweggenommen. Er habe immer wieder bewiesen, daß er neue Ideen habe und diese auch durchsetzen könne. Auch in einem heute vorgestellten Buch eines Kronen-Zeitung-Redakteurs werde hervorgehoben, daß „eine tiefgreifende Erneuerung des bis dahin katastrophalen Wiener Gesundheitswesens erst mit dem Eintritt von StR Stacher in den Wiener Stadtsenat Mitte der 70iger Jahre erfolgte.“ Als Beispiele nannte Neck-Schaukowitsch die Psychiatriereform, den Zielplan für Altenhilfe und die Institute für Umweltmedizin und Ganzheitsmedizin.

Ein dreistufiges ärztliches Versorgungssystem wurde geschaffen und ausgebaut, neue Betreuungsmöglichkeiten für alte Menschen eingerichtet. Die Mobilien Schwestern mit fast 5.000 Betreuungen im Jahr und die Heimhelferinnen, die im Monat 12.000 Personen versorgen, wurden initiiert. Ihrem Vorredner, GR Dr. Rasinger, hielt Neck-Schaukowitsch Informationsmangel bezüglich der sozialen Dienste in Wien vor.

Der technische und medizinische Fortschritt erfordere mehr und qualifizierteres Pflegepersonal. Seit 1976 wurde die Zahl der diplomierten Pflegepersonen in den Akutspitälern von 3.914 auf fast 6.000 erhöht, die der Stationsgehilfen von 1.710 auf 900 reduziert. Das sei das beste Verhältnis zwischen diesen beiden Gruppen in ganz Österreich. Wien habe über 20 Prozent der Bevölkerung, aber 30 Prozent der Pflegepersonen von Österreich. Daß trotzdem noch immer zuwenig Pflegepersonal zur Verfügung steht, sei kein Wiener und auch kein österreichisches Problem allein.

Als Sofortmaßnahme wurde bereits mit Kosten von 250 Millionen Schilling die Aufnahme von zusätzlichen 70 Ärzten, 245 diplomierten Krankenschwestern und 300 Helfern veranlaßt sowie eine Supervision eingeführt.

Abschließend sagte Neck-Schaukowitsch, der Mißtrauensantrag gegen Stadtrat Stacher richte sich auch gegen die 22.000 Bediensteten in den Wiener Gesundheitseinrichtungen. Die Wiener Bevölkerung sei mit großer Mehrheit für den Verbleib von StR Stacher in seinem Amt. Jetzt gelte es, neue Ideen gemeinsam mit Stacher zu verwirklichen.

GR Dkfm. Hilde SCHILLING (ÖVP) stellte in ihrer Wortmeldung fest, daß das Anstaltenamt ein riesiges Wirtschaftsimperium mit 22.400 Beschäftigten und 17 Milliarden Budget sei. Sie kritisierte die Form des vorgelegten Wirtschaftsberichtes, in dem zwar eine genaue Aufstellung der Kraftfahrzeuge enthalten sei, aber keine Aufschlüsselung des Personals. Überhaupt zeige die Art der Zusammenstellung einen großzügigen Umgang mit Zahlen. Weiters kritisierte Schilling, daß es zwar 138.000 Verpflegungstage mehr gebe, aber die Wäschereiausgaben gesunken seien. Dafür gebe es, erklärte Schilling, im Pflegeheim Lainz zu wenig Wäsche, weil die Wäscherei, die für 220 Millionen Schilling umgestellt worden sei, mit den Lieferungen nicht nachkomme. Ein besonderes Problem stelle die Personalfrage in

Forts. von Blatt 1432

Forts. auf Blatt 1434

Forts. von Blatt 1433

Pflegeheimen dar. So seien die Kosten für Gehälter um 60 Millionen gesunken, dafür die Kosten für Mehrdienstleistungen um 54 Millionen gestiegen. Das bedeute, daß mehr Patienten in weniger Betten von weniger Personal mit mehr Überstunden versorgt werden müssen. Die Gemeinderätin verlangte eine Revolution im Spitalswesen, eine weitgehende Ausgliederung und sozial- und betriebswirtschaftlich geführte Häuser mit einem zeitgemäßen Management und Rechnungswesen. Es bedürfe einer neuen Wertung des Gesundheitswesens, die aber nicht langsam und schrittweise erfolgen solle, sondern mit schmerzhaften Schnitten tief in die verkrusteten Strukturen, schloß Schilling.

GR KÖNIG (SPÖ) wies auf die Veränderungen und Fortschritte im Wiener Spitalswesen hin, die er auch als Patient in den letzten zehn Jahren erlebt habe. Er habe in dieser Zeit seiner eigenen schweren Krankheit aber nicht nur den qualitativen Anstieg der Gesundheitsversorgung in Wien kennengelernt, sondern auch die fachliche und humane Kompetenz von Gesundheitsstadtrat Alois Stacher als Arzt und Politiker. Die ÖVP ignoriere bei ihren Angriffen diese Qualitäten und die Fortschritte im Gesundheitswesen, die sich von der gesunkenen Säuglingssterblichkeit bis zur gestiegenen Lebenserwartung nachweisen lassen. Allen enormen Fortschritten zum Trotz werde Stacher nun zum Schuldigen gestempelt, auch für Probleme, die gar nicht in seiner Kompetenz liegen. Gerade jetzt müsse aber Stacher die weiteren notwendigen Reformen in Angriff nehmen, da alleine er das nötige Rüstzeug dazu habe. König schloß mit einem Dank an den Gesundheitsstadtrat.

Es sei unzulässig, einen Mißtrauensantrag gegen StR Stacher mit dem leisesten Mißtrauen gegen irgendwelche Bedienstete gleichzusetzen, sagte StR Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP). Spitäler — und auch viele andere Einrichtungen — funktionieren nur deshalb so gut, weil der gute Wille der Mitarbeiter über das weit hinausgehe, was sie eigentlich zu leisten verpflichtet wären. Hampel-Fuchs kritisierte, daß seit Erscheinen des Berichtes der internationalen Expertenkommission einige Tage vergangen seien und noch immer kein Sofortprogramm präsentiert worden sei. Zur Diskussion über die Pflegeheime meinte sie, der Standard müsse das SMZ-Ost sein.

Wien verfüge bereits über eine gute Struktur sozialer Dienste. Diese sollte man auf unbürokratische Weise dadurch verbessern, daß die Hauskrankenpflege dazugeschaltet wird. Eine Veranstaltung im April unter dem Titel „Was versteht man unter Hauskrankenpflege?“, wertete sie als eine Provokation. Auf diese Weise wolle man sich lediglich vor der dringend notwendigen Realisierung drücken.

Viele nun als Probleme des Spitals- und Gesundheitsbereiches angerissene Kritikpunkte hätten ihre Wurzel in gesamtgesellschaftlichen Fehlentwicklungen, sagte GR Herta SLABINA (SPÖ). Es gehe nun unter anderem darum, das Image der älteren Menschen zu verbessern, negative gesellschaftliche Trends abzufangen und ein Umdenken bei der Bevölkerung einzuleiten. Wie auch in den zehn Jahren der Psychiatriereform, werde dieser Sensibilisierungsprozeß großen Aufwand nicht nur in finanzieller, sondern vor allem auch in humaner Hinsicht erfordern. Man müsse, sagte Slabina, Werbung um Verständnis für die Probleme und Nöte alter Menschen machen und nicht durch Skandalisierung und Diffamierung ein Gesundheitssystem, das erfolgreich funktioniert habe, diskreditieren. Erforderlich sei eine Intensivierung des Spitals- und Pflegenetzes im ambulanten, stationären und extramuralen Bereich und die Sicherung der Qualität der medizinischen Leistungen. Manche der nun erhobenen Forderungen seien berechtigt, doch dürfe man die Erfolge der Gesundheitspolitik unter Stacher nicht in Abrede stellen.

StR Univ.-Prof. Dr. STACHER stellte abschließend fest, daß an den Ombudsmann hinsichtlich des betroffenen Pavillons im Lainzer Krankenhaus bei 14.000 behandelten Patienten innerhalb etlicher Jahre nur 25 Be-

Forts. auf Blatt 1435

schwerden herangetragen worden seien, von denen lediglich sieben die Pflege betrafen. Daraus habe dieser keine Schlüsse auf außergewöhnliche Vorkommnisse ziehen können. Weitaus mehr Hinweise erhielt er dann nach Bekanntwerden der Mordserie.

Wie weit es günstig gewesen sei, nach Bekanntwerden der Morde mit Erlässen an die Mitarbeiter in den Spitälern zu reagieren, wie dies die Spitalverwaltung selbständig tat, könne er nicht definitiv beurteilen.

Im Zusammenhang mit der Ausbildung von Fachärzten stellte Stacher fest, daß die Ärztekammer stets eine restriktive Haltung eingenommen habe, der sich das Ministerium angeschlossen habe. Nun sei es jedoch gelungen, den Interessen Wiens bei der Versorgung durch Fachärzte mehr Gewicht zu geben.

Stacher wies darauf hin, daß Wien das einzige Bundesland sei, in dem Selbsthilfegruppen eine Unterstützung erhalten.

Hinsichtlich der Genesungspflege stellte Stacher fest, daß nach einem Gespräch zwischen dem Bürgermeister, dem Vizebürgermeister und ihm nun ein Kuratorium Genesungspflege für die Nachbetreuung zu Hause sorgen soll und zwei Pavillons, die jetzt leerstehen, dafür genützt werden.

Zu den Zielen des Gesundheitswesens erläuterte der Stadtrat, daß das Gesundheitswesen auf der Prävention aufbaue sowie eine bessere Außenversorgung und eine optimale Versorgung im Krankenhaus mit erstklassiger Spitzenmedizin einschließe. Es sei dafür zu sorgen, daß die Wiener Bevölkerung und die Menschen aus der Umgebung, allenfalls auch Patienten aus den anderen Bundesländern ausreichend betreut und behandelt werden. Im Gesundheitswesen werden Reformen nie abgeschlossen sein, betonte Stacher, weil sich die Voraussetzungen ständig ändern, weil enorme Fortschritte erzielt werden und weil sich neue Möglichkeiten eröffnen, die heute noch nicht bekannt sind. Vehement verwahrte sich Stacher gegen einen Vorwurf, er sei — sinngemäß — schuld daran, daß in einem Spital gemordet würde.

Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst

GR Ingrid KARIOTIS (FPÖ) kritisierte scharf die 150-Jahr-Feier des Wiener Marktamtes und den aus diesem Anlaß veranstalteten Markt auf dem Rathausplatz. Sie bezeichnete den Rathausmarkt als blamables Ereignis, das sich vorweg abgezeichnet habe. Der zuständige Gemeinderatsausschuß sei erst im April über dieses Projekt informiert worden, es habe keinerlei Konzept dafür gegeben. Eine solche Veranstaltung wäre besser und zielführender am Tag der offenen Tür abgehalten worden, sagte Kariotis. Der Rathausmarkt habe gezeigt, daß StR Christine SCHIRMER nicht bereit sei, sich mit konstruktiven Vorschlägen der FPÖ auseinanderzusetzen, sie habe damit allen Beschäftigten im Marktbereich geschadet. Statt der angekündigten Nachbildung eines traditionellen Wiener Marktes habe es sich um eine bemitleidenswerte Ansammlung von Marktfahrern mit Langos, Kriegsspielzeug und Babysachen gehandelt.

Kariotis warf Schirmer vor, nach dieser Blamage auch noch ihre Zuständigkeit gelegnet und sich auf ein Versagen der Privatinitiative ausgedreht zu haben.

Kariotis stellte den ANTRAG, für den nächsten Christkindlmarkt ausschließlich traditionelle und typische Waren zuzulassen.

Zur allgemeinen Situation der Märkte in Wien sagte Kariotis, es sei schlecht darum bestellt, und urgierte deshalb ein Marktkonzept. Wiens Märkte brauchen die Hilfe der Stadt Wien, erklärte Kariotis. Man sollte ihnen kein Korsett anlegen, aber die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen. In weiteren ANTRÄGEN forderte Kariotis die Erstellung eines Marktzustands-

Forts. von Blatt 1434

Forts. auf Blatt 1436

kataloges durch ein Betriebsberatungsunternehmen sowie die Erarbeitung objektiver Vergaberichtlinien für Marktstände.

Zur Frauenpolitik hielt Kariotis StR Schirmer vor, in den letzten eineinhalb Jahren außer der Einrichtung einer Frauenservicestelle keinerlei erkennbare Aktivitäten gesetzt zu haben.

Zum Schluß appellierte Kariotis an Schirmer, oppositionelle Kritik nicht immer als persönliche Beleidigung zu empfinden und dadurch eine kooperative Zusammenarbeit zu verhindern.

Konsumentenschutz könne von Umweltschutz nicht getrennt gesehen werden, sagte GR Rosemarie WALLNER (ÖVP). So werde beispielsweise „Essen auf Rädern“ in Kunststoffbehältern geliefert. Für ältere Menschen ergeben sich Probleme bei der Entsorgung.

Es sei positiv, daß speziell im Bereich des Konsumentenschutzes zahlreiche Informationen publiziert werden, doch hätten viele einen „No-na-Charakter“. Typische Beispiele seien Durchsagen in U-Bahn-Stationen, etwa, daß es eine Störung gebe. Sinnvoller wäre es, mitzuteilen, wie lange diese Störung noch dauern werde. Auch sei das Schild „Geschlossen“ bei Vorverkaufsstellen nicht sehr hilfreich, wichtig wären einheitliche Öffnungszeiten.

Wallner urgierte eine Vorsorge bezüglich der Verschuldung privater Haushalte. Verantwortungsvolle Konsumentenschutzpolitiker sollten nicht erst helfen, wenn etwas „geschehen“ sei, sondern rechtzeitig Möglichkeiten für Hilfen anbieten.

GR PUDSCHEDL (SPÖ) erklärte, GR Kariotis habe zwei Dinge verwechselt: StR Schirmer sei für die gutgelungene Ausstellung anlässlich des 150-Jahr-Jubiläums des Marktamtes verantwortlich gewesen, während der Markt vor dem Rathaus, der ein Flop war, vom Gremium der Marktstandler organisiert worden sei. Aufgabe des Marktamtes seien lebensmittelpolizeiliche Überwachungen. So wurden im Vorjahr 19.000 Betriebe überprüft. Von 12.600 gezogenen Proben waren 34 Prozent zu beanstanden. Dies bedeute auch eine wichtige gesundheitspolitische Maßnahme.

Eine wichtige Aufgabe der Geschäftsgruppe sei der Einkauf für die Stadt Wien, die dafür ein Budget von 850 Millionen Schilling zur Verfügung hatte. Dabei wurde darauf geachtet, preis- und qualitätsbewußt und immer mehr auch umweltschonende Produkte einzukaufen. Auf dem Gebiet der Rechtsangelegenheiten wurde, wie Pudschedl betonte, eine wichtige Initiative gesetzt und die Enquete zur Bauordnung einberufen. Abschließend appellierte der Gemeinderat an alle, mitzuhelfen, daß mehr Frauen in leitende Positionen kommen. Dies sei nicht nur gerecht, sondern auch leistungssteigernd, schloß Pudschedl.

GR Edith LAHL (SPÖ) zog eine positive Bilanz der Geschäftsgruppe Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst. Sie verwies u.a. auf den Einkauf umweltfreundlicher Produkte durch die MA 54 und auf die Aktion „Umweltbewußtes Einkaufen“ im Sinne des Umweltschutzes.

Zumindest ebenso bedeutend wie der Umweltschutz seien jedoch die Menschenrechte. GR Lahl sprach sich in diesem Sinne für einen Boykott südafrikanischer Produkte aus, da in diesem Staat nach wie vor die schwarze Majorität von der weißen Minderheit um ihre demokratischen Rechte gebracht werde. Die Rednerin stellte den ANTRAG, der Magistrat, die Wiener Stadtwerke und alle Betriebe in mehrheitlichem Besitz der Stadt Wien zu verpflichten, auf Güter und Dienstleistungen aus Südafrika zu verzichten.

Weiters sprach sich Lahl dafür aus, Gastarbeitern die Einbürgerung durch Verkürzung des Behördenweges und die Möglichkeit der Gebührenermäßigung weiter zu erleichtern.

Unter Hinweis auf die Nahversorgungserhebungen in verschiedenen Bezirken wies die Rednerin auf die gute Versorgung in Wien hin. Ferner hob

Forts. von Blatt 1435

Forts. auf Blatt 1437

sie die Bedeutung der Frauenservicestelle hervor, die vielen Frauen bei den verschiedensten Problemen zur Seite stehe.

Die Aktion „Umweltbewußt einkaufen“ zeige deutlich das Nahverhältnis zwischen Konsumentenschutz und Umweltschutz auf, sagte StR Christine SCHIRMER. Man versuche durch Kennzeichnung, etwa bei Sprays, treibgasfreie Alternativen anzubieten. Leider sei diese Aktion zum Teil auf den Widerstand von Handel, Industrie und auch der Wiener Handelskammer gestoßen.

Wien könne stolz darauf sein, bei Lebensmitteluntersuchungen nicht nur österreichweit führend zu sein. 13 Lebensmittelproben pro 1.000 Einwohner, liegen auch deutlich über dem EG-Durchschnitt. Dieser hohe Standard ermögliche es im Falle von aus Problemen mit dem Ausland kommenden Lebensmitteln, rasch zu reagieren. Die bei uns gültigen strengen Gesetze müßten auch im Falle einer möglichen Annäherung an die EG beibehalten werden.

Zum kürzlich zu Ende gegangenen Rathausmarkt sagte Schirmer, es habe ein klar umrissenes Konzept des Gremiums gegeben. Viele, die fix zugesagt hatten, hätten kurz vor Beginn aus unbekanntem Gründen abgesagt. Daher habe es den angekündigten, altertümlichen Rathausmarkt nicht gegeben.

Zur Kritik von GR Kariotis, die Stadt Wien tue zu wenig für die Wiener Märkte, stellte Schirmer klar, daß diese bei einer Kostendeckung von 41 Prozent von der Stadt Wien zu 59 Prozent unterstützt werden. Es verwundere sie, daß Marktparteien von den angebotenen Öffnungszeiten teilweise keinen Gebrauch machen. So schließe die Nußdorfer Markthalle an einigen Werktagen um 13 Uhr. Dies sei ausgesprochen konsumentenfeindlich.

Die Frauen-Servicestelle verzeichnete an die 2.000 Anfragen in Form von Anrufen, Vorsprachen oder Briefen. Ab September werde es möglich sein, daß eine Juristin an den „langen Donnerstagen“ mit Rat und Tat zur Verfügung steht. Die meisten Probleme, wegen denen sich Frauen an die Servicestelle gewandt hätten, betrafen Wohnungsprobleme vor, während und nach einer Scheidung, sowie den Wunsch nach Arbeitsplätzen.

Auch eine andere Einrichtung erfreue sich eines ständig steigenden Interesses: das Konsumententelefon, das inzwischen so häufig um Rat befragt wird, daß zwei bis drei Mitarbeiter ausschließlich für den Telefondienst zur Verfügung stehen.

Wohnbau und Stadterneuerung

GR KIRCHNER (FPÖ) stellte fest, daß der Rücklage beim Wohnbau 670 Millionen Schilling zugeführt wurden, wodurch die nicht in Anspruch genommenen Mittel auf 4,6 Milliarden Schilling angestiegen seien. Kirchner wollte wissen, wann diese Mittel wirksam werden beziehungsweise welche Höhe sie noch erreichen sollen. Der Annuitätenzuschuß bei der Wohnbauförderung sei eher eine Bankenförderung, weil diese aus der Förderung am meisten verdienen. Die hohen Annuitätenbelastungen seien für eine vierköpfige Familie ohne öffentliche Unterstützung nicht finanzierbar.

Der Kontrollamtsbericht über diese Geschäftsgruppe lese sich wie eine Horrorgeschichte, während die Stellungnahmen der kritisierten Dienststellen linkisch wirkten, sagte Kirchner. Immer werde nur erklärt, daß auf eine Vermeidung der inkriminierten Handlungen in Zukunft gedrängt werde, während die Gegenwart in keinem Wort erwähnt werde. Zudem würden Steuergelder leichtfertig für nicht geleistete Arbeiten ausgegeben. Durch die Nichtbehebung von gemeldeten Bauschäden würden um ein Vielfaches höhere Folgeschäden bewirkt.

GR Ing. MANDAHUS (ÖVP) stellte fest, daß bei der Wohnhaussanierung 1988 erstmals ein Förderungsvolumen von drei Milliarden Schilling erreicht

Forts. von Blatt 1436

Forts. auf Blatt 1438

wurde, womit das Wiener Gewerbe sehr zufrieden sei. Allerdings habe man schon vor fünf Jahren dieses jährliche Volumen angekündigt, das nun erst heuer erreicht wurde. Er hoffe, daß sich dies in den nächsten Jahren fortsetzen werde, sagte Mandahus.

Mandahus kritisierte die Aufteilung der Förderungsmittel auf die verschiedenen Förderungswerber, weil der Anteil für gemeindeeigene Objekte zu hoch sei. Die Behauptung, daß das Bau- und Baunebengewerbe voll ausgelastet sein und dadurch Probleme der Kapazität sowie ein Preisanstieg über der Inflationsrate entstehe, sei falsch, sagte Mandahus. In Wirklichkeit lägen genügend Angebote der Firmen vor. Daß es nicht mehr sind, liege an den Problemen der unklaren und zu langen Fristen bis zum Baubeginn und an den den guten Sitten widersprechenden Vertragsbedingungen, die die Auftragnehmer benachteiligten. Mandahus forderte in diesem Zusammenhang eine Harmonisierung der Vertragsbedingungen.

Zur Wohnungsverbesserung stellte Mandahus fest, daß es 1988 einen Rückgang des Förderungsvolumens auf 727 Millionen gegeben habe und heuer ein weiterer Rückgang zu erwarten sei.

Mandahus kritisierte den Umstand, daß seiner Meinung nach die WIBEBA und einige bestimmte Firmen bei den Vergaben durch „Tricks“ und durchs „Hintertür“ bevorzugt werden.

Abschließend bedankte sich Mandahus für die Vorlage des „Energiesparberichtes“, der eine große Verantwortung für die Ausnützung des diesbezüglichen Potentials für den zuständigen Stadtrat und alle Beteiligten mit sich bringe.

Durch die Verländerung der Wohnbauförderung sei es zu Minderausgaben im Wohnbau in der Höhe von 367 Millionen Schilling gekommen, sagte GR HUMMEL (SPÖ). Trotzdem wurden 3.000 Wohnungen, zwei Heime und mehrere Lokale gefördert. Mit dem neuen Wiener Wohnbauförderungsgesetz, das seit kurzem in Kraft ist, sollen 4.000 Wohnungen jährlich gefördert werden, und zwar so, daß auch ein erträglicher Zins für die Mieter herauskommt, betonte Hummel. Bei der Überprüfung von 234 Anträgen nach Paragraph 18 des Mietrechtsgesetzes konnten den Mietern insgesamt 436 Millionen Schilling erspart werden. Eine ganz große Rolle bei der Bautätigkeit spiele auch die Instandhaltung aus den Erhaltungsbeiträgen. Im Schnitt der letzten Jahre wurden allein im gemeindeeigenen Bereich 1,5 Milliarden Schilling eingesetzt. Zum Wohnungsmarkt sagte Hummel, daß von 23.000 Wohnungsansuchen um Gemeindewohnungen 12.700 Fälle vorgemerkt wurden. Insgesamt wurden rund 10.000 Wohnungen vergeben. Trotzdem bestehe nach wie vor ein hoher Bedarf an Wohnungen im quantitativen und im qualitativen Sinne.

GR FUCHS (ÖVP) kritisierte die sinkende Investitionstätigkeit auf dem Wohnbausektor. Fuchs fragte, was aus dem Modell „Vollwertiges Wohnen“ in Wien geworden sei. Kaum etwas davon sei verwirklicht worden, es sei bei der Ankündigung geblieben. Weiters kritisierte Fuchs, daß laufend Steuermittel zur Erhaltung von Gemeindebauten zugeschossen werden müßten. Das liege auch an der mangelnden Qualität jener Anlagen, die bereits jetzt, relativ kurz nach der Fertigstellung, saniert werden müßten. Schließlich warf Fuchs der Wohnhausverwaltung der Stadt Wien vor, kaufmännisch mangelhaft und nicht kundennah zu arbeiten. Eine private Verwaltung wäre hier besser. Schließlich wies er auf die Mietzinsrückstände in den kommunalen Wohnungen hin, die teilweise auch durch Fehlbelegungen bedingt seien. In diesem Zusammenhang brachte der Redner den ANTRAG ein, den Tausch von Gemeindewohnungen durch aktive Unterstützung zu fördern und damit Fehlbelegungen zu verhindern.

StR EDLINGER (SPÖ) zeigte sich enttäuscht darüber, daß es im Rahmen der Rechnungsabschlußdebatte kaum Äußerungen zu den Veränderungen der Rechtslage gegeben habe, die sich durch das neue Wohnbauför-

Forts. von Blatt 1437

Forts. auf Blatt 1439

derungsgesetz ergeben haben. Heute gebe es eine andere politische Realität, die Verantwortlichkeit liege zu einem großen Teil bei den einzelnen Ländern.

Edlinger erklärte sich bereit, über die Vorschläge der FPÖ zu diskutieren, sollte er diese in Form von Konzepten erhalten. Zu der Behauptung, das Wohnen wäre in Niederösterreich billiger als in Wien, meinte der Stadtrat, daß dies nicht stimme. In Wien betrage die Mietbelastung einer Mietwohnung zwischen 30 und 42,43 Schilling pro Quadratmeter. Niederösterreich habe kürzlich angeboten, die Mieten extrem billig zu gestalten — 45 Schilling pro Quadratmeter. Dies sei ein Betrag, den Wien nicht einmal im 15. Förderungsjahr erreichen werde.

Zu Kontrollamtsberichten der Jahre 1983 bis 1986 sagte Edlinger, man habe alles Menschenmögliche unternommen, um künftig solche Fehler zu vermeiden. Er persönlich stehe auf dem Standpunkt, wer nur einen Fehler mache, sei ein ausgezeichnete Mitarbeiter, und niemand im Gemeinderatssitzungssaal könne von sich behaupten, daß er keine Fehler mache.

Edlinger betonte, daß Wien das einzige Bundesland sei, in dem die Wohnbauförderung für alle offen sei. Ein Inserat im Zuge der AK-Wahl mit dem Inhalt „Weg vom Zwang der Förderung nur genossenschaftlicher Wohnungen“ bezeichnete er als unfair und schlichtweg falsch. Weiters gab er die Garantie ab, daß das Investitionsvolumen im Bereich der Stadterneuerung gesichert sei. Zum Thema „Vollwertwohnen“ sagte er, das Konzept sei auf mehrere Jahre ausgedehnt worden, und es werde nicht von der Stadt, sondern von gemeinnützigen Genossenschaften durchgeführt werden.

Die Sitzung wurde um 21.20 Uhr unterbrochen und wird morgen, Freitag, fortgesetzt. (Schluß) red

Forts. von Blatt 1438

Plakataktion: Die Waffen nieder

Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Vor hundert Jahren ist der Roman „Die Waffen nieder“ von Berta von SUTTNER erschienen. Aus diesem Anlaß gab es am Donnerstag nachmittag auf dem Rathausplatz eine Plakataktion der GEWISTA, der „Z“, des Kongreßzentrums und des Austria Center Vienna, wobei Bürgermeister Dr. Helmut ZILK als „Plakatierer“ auftrat.



Foto: PID/Hutterer

Drei Plakate zeigen die Problematik auf; ein Plakat zeigt das Motto „Die Waffen nieder“, auf einem zweiten Plakat ist Michail GORBATSCHOW abgebildet, neben ihm auf englisch „Lay down your arms“, das dritte Plakat zeigte George BUSH, neben ihm ist das Motto „Die Waffen nieder“ auf cyrillisch zu sehen.

Bürgermeister Dr. Zilk erinnerte daran, daß Wien ein Ort der Begegnung geworden sei. Das begann mit dem Staatsvertrag 1955, ging über das berühmte Treffen KENNEDY-CHRUSCHTSCHOW 1961 bis zum Treffen Jimmy CARTER und Leonid BRESCHNJEW im Juli 1979. Wien ist mit der UNO-City übrigens auch die 3. UNO-Metropole. Wien werde die Tradition weiterführen, sagte Zilk. Als Kongreßstadt finden in diesen Tagen, in den kommenden Monaten und Jahren immer wieder Begegnungen von Menschen aus Ost und West statt, die für den Frieden eintreten.

Heuer 75. Todestag von Bertha von Suttner

Auf den 21. Juni fiel der 75. Todestag von Bertha von SUTTNER. Sie wurde am 20. Juni 1843 in Prag geboren. Ihr Vater starb kurz vor ihrer Geburt. Bis zu ihrem dreißigsten Lebensjahr führte Bertha ein ruhiges Leben, an der Seite ihrer Mutter von Ort zu Ort reisend. Nachdem das väterliche Vermögen aufgezehrt war, nahm sie eine Stelle als Gouvernante im Hause des Barons Suttner an und verliebte sich in den Sohn des Hauses, Arthur Gundaccar, den sie 1876 heiratete. Die folgenden neun Jahre verbrachte das Ehepaar in Rußland. In diesen Jahren beginnt auch die schriftstellerische Tätigkeit Bertha von Suttners. Sie schrieb einige Gesellschaftsromane. 1885 aus Georgien zurückgekehrt, sah sie Alfred Nobel 1887 in Paris wieder. Hier erfuhr sie von der Existenz einer Friedensgesellschaft in London, die ein internationales Schiedsgericht an Stelle von Waffengewalt

in zwischenstaatlichen Streitfällen entscheiden lassen wollte. Von dieser Idee begeistert, wollte sie die öffentliche Meinung gegen den Waffenkult und die Verherrlichung des Krieges mobilisieren und glaubte dies am wirksamsten mit einem Roman erreichen zu können. 1889 erschien unter großen Schwierigkeiten — zahlreiche Verleger hatten abgelehnt — „Die Waffen nieder!“. Das Buch wurde in 16 Sprachen übersetzt und machte die Autorin schlagartig berühmt. Vielfach angefeindet und lächerlich gemacht („Friedensbertha“), wurde sie nun zur unermüdlichen Propagandistin des Friedens. 1891 gründete sie in Österreich unter Mitwirkung prominenter Persönlichkeiten, unter anderen auch Peter Rosegger, die Gesellschaft der Friedensfreunde, 1892 in Berlin eine Friedensgesellschaft. Beim ersten größeren Friedenskongreß in Rom 1891 vertrat sie Österreich, und auf der großen Friedenskonferenz in Haag 1899, an der auch die offiziellen Vertreter der Regierungen teilnahmen, war sie die einzige Frau und ihr Salon der Mittelpunkt für alle Teilnehmer. Drei Jahre später starb ihr Mann, 1905 erhielt sie den Friedensnobelpreis. Fast siebzigjährig reiste sie 1912 noch in die USA und hielt über hundert Vorträge.

Am 21. Juni 1914 — wenige Wochen vor dem Beginn des Weltkriegs — starb sie in Wien. (Schluß) red/rr

Forts. von Blatt 1440

rief vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
ontag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
omstag 10 bis 17 Uhr,
onn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
brige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

ressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus 3 Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
setzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 30. Juni 1989

Blatt 1442

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Eingleisiger Betrieb der U 4 in der Station Landstraße (1443)
- Flohmarkt: keine Absiedlung geplant (1444)
- Swoboda zum Nordbahnhof (1445)
- Der Stephansdom geht auf Reisen (1446/1447)
- Meiselmarkt wird zu neuem Stadtteilzentrum (1448-1450)
- Häupl: Wesentliche Schadstoffverringierung durch Nachrüstkat möglich (1451)
- Wiener Landtag (1452-1458)
- Schirmer: Erfolgreiche Ernährungsberatung (1459)
- Floridsdorfer Brücke erhält neuen Straßenbelag (1460)
- Wiener Gemeinderat (1462 ff.)

Kultur:

- Wien ist anders: Literatur am Buckel (1461)
- Montag Presseführung im Hofpavillon (nur FS)

Eingleisiger Betrieb der U 4 in der Station Landstraße

Wien, 30.6. (RK-LOKAL) Im Bereich des AEZ müssen Stützsanierungsarbeiten durchgeführt werden. Aus diesem Grund muß ab 3. Juli bis voraussichtlich 3. September 1989 in der Station Landstraße der U-Bahn-Linie U 4 der Bahnsteig in Fahrtrichtung Heiligenstadt gesperrt werden. Alle Züge der Linie U 4 — auch die in Fahrtrichtung Heiligenstadt — halten daher während dieses Zeitraumes, jeweils Montag und Dienstag ab zirka 20.45 Uhr bis Betriebsschluß und von Freitag zirka 20.45 Uhr bis Sonntag Betriebsschluß, am Bahnsteig Richtung Hütteldorf. Die Fahrgäste werden durch die Zugzielanzeiger informiert. (Schluß) roh/bs

Flohmarkt: Keine Absiedlung geplant

Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Zu den Zeitungsmeldungen über das samstägige Straßenfest am Flohmarkt bzw. in einzelnen Zeitungen gedruckten Meldungen über eine angeblich geplante Absiedlung des Flohmarkts stellte die für die Märkte zuständige Stadträtin Christine SCHIRMER, heute, Freitag, gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ fest, daß weder an eine Verlegung noch an eine Teilung des Flohmarkts gedacht sei. „Selbstverständlich müssen in Zusammenwirken von Polizei, Zoll und Marktamt gegen die illegalen Nebenerscheinungen ständig Maßnahmen gesetzt werden. Der Flohmarkt als solcher, der — wie auch Berichte ausländischer Zeitungen beweisen — eine Institution geworden ist und zu den Fremdenverkehrsattraktionen zählt, wird weder, wie von Bezirksvorsteher Mag. Pint gefordert, geteilt noch abgesiedelt“, schloß Schirmer. (Schluß) hrs/rr

Swoboda zum Nordbahnhof

Bei Ankauf durch die Stadt ist freie Verwertung des Areals zugesichert

Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Zum Dringlichen Antrag der Wiener FPÖ im Landtag, die Bundesregierung solle Maßnahmen zur Sicherung eines fairen Wettbewerbes bei der Bebauung des Areals des Nordbahnhofes treffen, stellte Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ folgendes fest:

„Die Wiener FPÖ geht bei ihrem Antrag bezüglich des Nordbahnhofes von einer falschen Voraussetzung aus. Das von ihr ins Treffen geführte Grundbenützungsbereinkommen betrifft nämlich lediglich einen Grundstücksstreifen entlang der Lassallestraße.

Es bezieht sich aber nicht auf jenes Areal, für das die Stadt Wien ein Kaufangebot abgegeben hat. Ich gehe von der Voraussetzung aus, daß die Zusagen von Verkehrsminister STREICHER und ÖBB-Generaldirektor ÜBLEIS Garantie dafür sind, daß das gesamte Areal bei einem eventuellen Verkauf an die Stadt Wien ohne jegliches bestehende Verwertungsrecht übergeben wird.“ (Schluß) lf/gg

Der „Stephansdom“ geht auf Reisen

Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Stephansdom — allerdings nicht das Original, sondern ein originalgetreu nachgebauter Lego-Stephansdom — geht auf Reisen: Er wird in den kommenden Monaten mit den ÖBB kreuz und quer durch Österreich fahren und in mehreren Bahnhöfen für je einen Monat aufgestellt, um für Spenden zu werben. Diese Aktion wurde Freitag vormittag von den ÖBB, Lego-Österreich und dem Verein „Unser Stephansdom“ in einem Pressegespräch am Wiener Südbahnhof vorgestellt, an dem Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Kardinal Dr. Hans Hermann GROER teilnahmen.



Der Grund für diese Aktion: In den kommenden 20 Jahren werden rund 400 Millionen Schilling für die bauliche Erhaltung des Domes (ohne Inneneinrichtung) benötigt. In erster Linie sind Steinmetz-, Gerüstungs-, Verglasungs- und Elektroinstallationsarbeiten, erforderlich.

Die Firma Lego Austria hat, um einen Beitrag zur Restaurierung dieses Wiener Wahrzeichens zu leisten, vor einem Jahr den Modell-Stephansdom geschaffen. Damals haben 18 Modellbauer in rund 3.000 Arbeitsstunden aus über 500.000 Lego-Elementen das Kunstwerk geschaffen, das 2 x 3 Meter Grundfläche hat, 4,25 Meter hoch ist und 350 Kilogramm wiegt.

Forts. von Blatt 1446



Fotos: PID/Hutterer

Der Mini-Stephansdom bleibt bis Anfang August am Südbahnhof, seine weiteren Stationen sind der Hauptbahnhof Villach, der Hauptbahnhof Innsbruck, der Hauptbahnhof Salzburg und gegen Jahresende der Wiener Westbahnhof. Die Wiener Städtiche übernahm kostenlos die Versicherung. (Schluß) ull/bs

Meiselmarkt wird zu neuem Stadtteilzentrum

Jury präsentierte Wettbewerbsergebnis

Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) „Wir müssen gerade in Stadtgestaltungsfragen verstärkt in Planungsalternativen denken. Dies muß nicht zwangsläufig in groß angelegten Wettbewerben erfolgen, aber das Verfahren zur Neugestaltung des Meiselmarktes als neues Stadtteilzentrum ist ein gutes Beispiel für die weitere Vorgangsweise in der Stadtplanung“, sagte Freitag Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA anlässlich der Präsentation des Juryergebnisses aus dem „Geladenen Wettbewerb Wasserbehälter Meiselmarkt“ durch den Juryvorsitzenden Arch. Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Hans PUCHHAMMER und dem Bezirksvorsteher des 15. Bezirks Kurt MENER.

Der Juryvorsitzende Prof. Puchhammer wies auf die aus seiner Sicht optimale Zusammenarbeit zwischen den Vertretern der Ingenieurkammer und der Stadt Wien bei diesem geladenen Wettbewerb hin und gab die zusammenfassende Empfehlung der Jury zur weiteren Vorgangsweise. Darin heißt es:

Empfehlung der Jury

„Der Wettbewerb 'Wasserbehälter Meiselmarkt' bzw. die von den eingeladenen Architekten Brunbauer, Falkner, Guttman und Wimmer eingereichten Projekte, erbrachten eine Reihe von neuen Ideen und Anregungen, jedoch konnten in keinem der eingereichten Projekte ausschließlich positive Lösungen für alle Teilbereiche gefunden werden.

Nach Bewertung der einzelnen Arbeiten und eingehenden Beratungen kamen die Mitglieder der Jury zu folgender einstimmig gefaßter Empfehlung:

Das im städtebaulichen Leitprojekt, welches dem geladenen Wettbewerb zugrunde lag (Arch. Brunbauer im Auftrag der Magistratsabteilung 19), entwickelte Grundkonzept eines mittig gelegenen Atriums mit transparenter Überdeckung als Witterungsschutz im ehemaligen Wasserbehälter sowie die grundsätzliche Erschließung des Geschäftsbereiches von der Hütteldorfer Straße bzw. Wurmsergasse hat sich im Spiegel der Wettbewerbsergebnisse als richtig und weiterführend erwiesen.

In Anbetracht der weiterführenden Ansätze in den Projekten Arch. Falkner und Arch. Guttman wird empfohlen, diese Architekten mit der gemeinsamen Weiterbearbeitung des Projektes zu betrauen.

Im Projekt Falkner wird als weiterführend und positiv erkannt:

- Die großzügige und dem Charakter dieses Bauwerks entsprechende Freilegung des Wasserbehälters im südlichen Teil (Meiselstraße/Wurmsergasse) und die damit verbundene gute Außenbeziehung zwischen dem Marktbereich und dem umgebenden öffentlichen Freiraum,
- die Akzentuierung des Eckbereiches Johnstraße/Meiselstraße durch eine turmartige Bebauung,
- die signifikante Ecklösung mit Betonung der Eingangssituation zum Geschäfts- und Marktbereich Ecke Hütteldorfer Straße/Johnstraße,
- die Gestaltung des Bereiches Wurmsergasse/Meiselstraße als zentraler Freiraum für das künftige Bezirkszentrum,
- die klare Wegführung vom Eingangsbereich Hütteldorfer Straße/Johnstraße zu diesem zentralen Freiraum an der Wurmsergasse, mit direkter Sichtbeziehung unter Einbeziehung des Atriums,
- die großzügige räumliche Lösung entlang dieser Wegführung insbesondere die Schaffung eines attraktiven Raumes durch die großzügige Überdachung des Atriums, die auch eine entsprechende Durchlüftung des Marktbereiches gewährleistet,

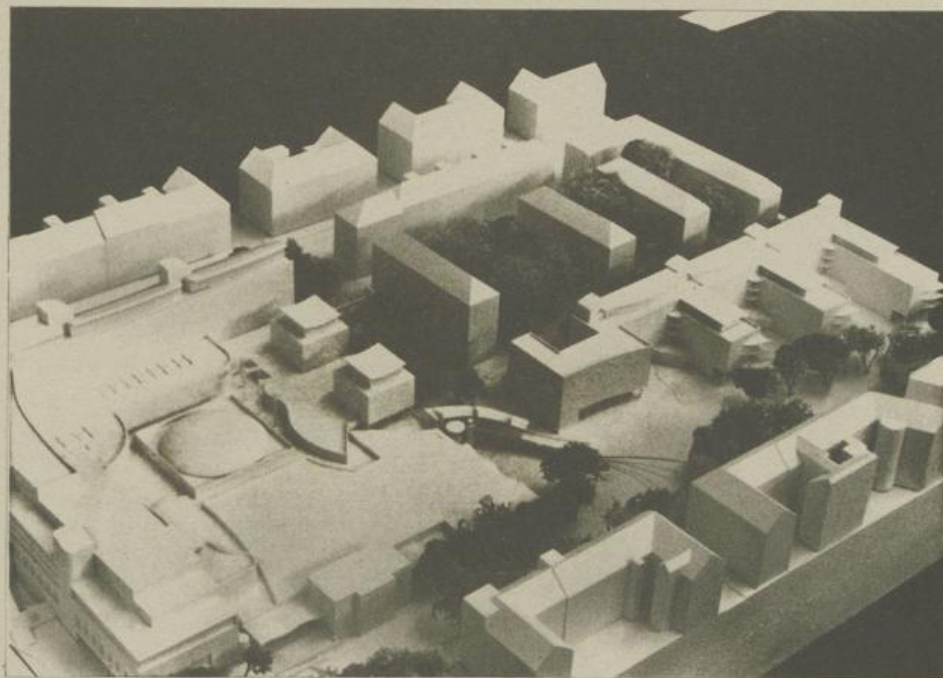
- die Anordnung des Bauernmarktes in der Wurmsergasse in der Weise, daß eine unmittelbare Sicht- und Wegverbindung zur gedeckten Markthalle gegeben ist.



Projekt Arch. Falkner:

Freilegung des Wasserbehälters für den Markt mit überdachtem Innenhof. Schaffung eines großzügigen Freibereiches für das Bezirkszentrum.

Im Projekt Guttman wird als zielführend und positiv erkannt:



Projekt Arch. Guttman:

Wohnbebauung über dem derzeitigen Meiselmarkt. Fortführung des Grunkonzeptes und Oberflächengestaltung bis zum Kardinal-Rauscher-Platz

Fotos: Sündhofer

- Die Gestaltung der Eingangssituation U-Bahn-Marktbereich an der Johnstraße,
- der Vorschlag des Schallschutzes an der Johnstraße, wobei dessen Wirksamkeit und Durchführbarkeit im Detail noch zu überprüfen ist,

Forts. von Blatt 1448

Forts. auf Blatt 1450

- die Wohnbebauung am Meiselmarkt mit ihren südorientierten Wohnhöfen und der überzeugenden architektonischen Konzeption,
- die Gestaltung des öffentlichen Freiraumes vom Eingangsbereich des Marktes an der Wurmsergasse bis zum Kardinal-Rauscher-Platz.

In beiden Projekten wurden folgende Teilbereiche positiv bewertet und in weiterer Folge zur gemeinsamen Bearbeitung empfohlen:

- Die Oberflächengestaltung des südlichen Teiles des Wasserbehälters,
- die Durchbildung der Randbebauung am Wasserbehälter, wobei im Projekt Falkner besonders die überzeugende Ecklösung Ecke Hütteldorfer Straße/Johnstraße, die allerdings eine problematische Hoflösung (durch das Verschwenken des innenliegenden Baukörpers) verursacht,
- im Projekt Guttman die klare Konzeption der Randbebauung mit einer durchlässigen Gestaltung des Bereiches an der Wurmsergasse, allerdings einer weniger überzeugenden Ecklösung und Eingangssituation im Bereich Hütteldorfer Straße/Johnstraße.

Des weiteren empfiehlt die Jury zu überprüfen, ob das Stationsbauwerk der U-Bahn in der Meiselstraße, dessen Gestaltung auf die städtebauliche Situation des Meiselmarktes abgestimmt war, im Hinblick auf die neuen Gegebenheiten überarbeitet werden kann.

Und schließlich sollte überprüft werden, ob es möglich ist, einen Teil der Stellplatzverpflichtung des Projektes im Bereich der über der U-Bahn-Trasse gelegenen Garage zu erfüllen.

Besonders betont wird, daß die Qualität des Projektes von der Abstimmung der Niveaus im umliegenden Straßenbereich auf das Projekt, und hier insbesondere auf den Wasserbehälter, abhängt. Die Weiterführung der bisher guten Zusammenarbeit mit den öffentlichen Dienststellen erscheint unter diesem Gesichtspunkt äußerst wichtig für die weitere Projektierung."

Bezirksvorsteher Menger: Erfreuliches Ergebnis

Bezirksvorsteher Menger bezeichnete den Wettbewerb und sein Ergebnis als sehr erfreulich für den 15. Bezirk, weil es gelungen sei, trotz der notwendigen Wohnbebauung genügend Freiraum zu schaffen. Die gesamte Umgebung bis zum Kardinal-Rauscher-Platz soll durch Baumpflanzungen ebenfalls in die Grüngestaltung miteinbezogen werden.

Die Randbebauung des Meiselmarktes wird die Wohnungen vom Verkehrslärm abschirmen, eine Tiefgarage soll die Parkraumfrage lösen helfen und der gesamte Bereich soll zu einem Bezirkszentrum aufgewertet werden.

Ausstellung beim Rathaus

Die Wettbewerbsarbeiten sind in den INFO-Räumen der Stadtplanung in der Rathausstraße 9 (Ecke Friedrich-Schmidt-Platz) von Montag, den 3. Juli, bis einschließlich Freitag, den 14. Juli, in der Zeit von 9 bis 16 Uhr (an Donnerstagen bis 19 Uhr) zu sehen. Im Herbst wird diese Ausstellung im 15. Bezirk präsentiert.

Wie Planungsstadtrat Swoboda anlässlich dieses Pressegespräches feststellte, seien die INFO-Räume als „STADTWERKSTATT“ geplant und eingerichtet worden, die Bezeichnung „STADTWERKSTATT“ sei bis auf weiteres jedoch nicht möglich, weil ein Verein gleichen Namens bzw. dessen Obmann ÖVP-Gemeinderat Mag. Robert KAUER die Verwendung des Namens „STADTWERKSTATT“ untersagen lassen will. „Dies wird jedoch nichts daran ändern, daß in den Räumen wie in einer 'STADTWERKSTATT' gearbeitet und die Ergebnisse allen Bürgern dieser Stadt präsentiert werden“, schloß Planungsstadtrat Dr. Hannes Swoboda. (Schluß) lf/gg

Häupl: Wesentliche Schadstoffverringern durch Nachrüstkat möglich

Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Für eine gesetzliche Verpflichtung zum Nachrüstkatalysator sprach sich Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL am Freitag erneut gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ aus. Durch diese Maßnahme könnten bei nachrüstbaren Kraftfahrzeugen wesentliche Emissionsvermindernungen und damit eine Verbesserung der Luftqualität erzielt werden. In Wien sind rund 550.000 PKW und Kombis angemeldet, von denen etwa 160.000 mit Kat nachrüstbar sind. Geht man davon aus, daß ein PKW im Schnitt — bei günstiger innerstädtischer Fahrweise — 15,8 Gramm Kohlenmonoxid/km, 2,17 g Kohlenwasserstoffe/km und 1,52 g Stickoxide/km emittiert, durchschnittlich 12.5000 km/Jahr gefahren (Angabe ÖAMTC), und die Nachrüstkats einen mittleren Wirkungsgrad von rund 48 Prozent haben, ergäben sich folgende Emissionsminderungen pro Jahr:

CO: 14.700 Tonnen
Kohlenwasserstoffe: 1.900 Tonnen
NOx: 1.600 Tonnen

„Diese wissenschaftlich errechneten Werte sind ein klarer Beweis dafür, wie dringend notwendig die gesetzliche Vorschreibung des Nachrüstkatalysators wäre“, schloß Häupl, der eine Förderungsaktion aufgrund des geringen Interesses der Autofahrer — wie sich in anderen Bundesländern bereits gezeigt hat — ablehnt. Eine Förderungsaktion mit 3.000 Schilling pro Kfz würde 4,8 Millionen Schilling kosten, wenn nur jeder hundertste Kraftfahrer die Förderung nützt. Bei dieser geringen Nutzung der Förderung könnten aber nur 19 Tonnen Kohlenwasserstoffe und 16 Tonnen Stickoxide eingespart werden. (Schluß) du/gg

Wiener Landtag

Fragestunde

Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Wiener Landtages wurde mit einer Fragestunde eröffnet.

Auf die ERSTE ANFRAGE von LABg Mag. KABAS (FPÖ) nach der Reaktion des Bundes auf die Forderung von Landeshauptmann Dr. ZILK, alte Autos verpflichtend nachträglich mit Katalysatoren auszurüsten, teilte der Landeshauptmann mit, daß es bisher keine Reaktion gegeben habe.

Er werde nach dem Sommer die Frage neu aufwerfen, sagte Zilk und schlug vor, daß die drei Fraktionen des Landtages einen gemeinsamen Beschluß in diesem Zusammenhang fassen mögen. Auf eine Zusatzfrage, in der eine Förderaktion für Nachrüstkatalysatoren bis zur gesetzlichen Verpflichtung angeregt wurde, gab Landeshauptmann Zilk zu bedenken, daß die Erfahrungen anderer Bundesländer wenig Anlaß zu Optimismus geben. Dennoch solle man den gesamten Fragenkomplex im Herbst neu durchdenken.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von LABg FÜRST (ÖVP), welche Kennzeichentafeln es ab 1.1.1990 in Wien geben werde, wies Landeshauptmann Dr. Zilk auf die derzeitige Rechtslage hin:

Zur Einführung der „Hundertwasser-Tafeln“ sei eine rasche Gesetzesänderung nötig. Die Landeshauptleutekonferenz habe daher gestern beschlossen, an die Bundesregierung mit der Bitte heranzutreten, die Einführung der erwähnten Tafeln nochmals zu prüfen.

LABg Mag. KABAS (FPÖ) richtete an den Landeshauptmann die DRITTE ANFRAGE, wie er zur Einführung des Ausländerwahlrechtes stehe. Zilk bekannte sich zu einer sinnvollen Integration der hier gerne lebenden und produktiv tätigen Ausländer. In diesem Gesamtzusammenhang sei das Wahlrecht nur ein Teilaspekt. Er persönlich halte eine Erleichterung des Zugangs zur Staatsbürgerschaft — unter bestimmten Voraussetzungen — für sinnvoll, meine aber, daß man diesen gesamten Fragenkomplex im Herbst gemeinsam diskutieren und auch in Zusammenhang mit den Bestimmungen in der EG sehen müsse. In einer ZUSATZFRAGE wollte Mag. Kabas wissen, ob Zilk beabsichtige, das Ausländerwahlrecht auf Bezirksebene einer Volksabstimmung zu unterziehen. Zilk bekannte sich dazu, daß für die Integration viel mehr getan werden müsse und bezeichnete eine Volksabstimmung als nicht zielführend. Im Herbst müsse man diesen Fragenkomplex unter Einschließung der Problematik von Arbeitsgenehmigungen mit allen beteiligten Gruppen diskutieren.

Auf die VIERTE ANFRAGE von LABg. DAMPIER (SPÖ) nach Untersuchungen über die Einsparung von Schadstoffemissionen aus Kraftfahrzeugen, wenn alle Autos mit Katalysatoren ausgerüstet würden, antwortete StR Dr. HÄUPL (SPÖ), daß theoretisch 160.000 Wiener Fahrzeuge Katalysatoren erhalten könnten, die bei den unterschiedlichen Emissionsbestandteilen unterschiedlich wirksam sind. Realistisch betrachtet, würde sich auch bei einer Förderungsaktion der Stadt Wien nur jeder hundertste Kraftfahrer für den Nachrüstkat entscheiden. 3.000 Schilling Landesförderung pro Kfz würde daher 4,8 Millionen Schilling Finanzierungsbedarf bedeuten. Damit könnten 19 Tonnen Kohlenwasserstoffe und 16 Tonnen Stickoxide pro Jahr „eingespart“ werden. Einen positiven Effekt brachte bereits die Preisreduktion beim Nachrüstkat um zwei Drittel, sagte Häupl.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von LABg STOCKINGER (SPÖ), ob es in Wien eine Pelztierfarm gebe, antwortete StR Christine SCHIRMER (SPÖ), daß es ihrem Wissen nach derzeit in Wien keine Pelztierfarm gibt. Trotzdem wird auch im Hinblick auf eine mögliche derartige Tierhaltung im neuen Tierschutz- und Tierhaltegesetz darauf Rücksicht genommen und verlangt, daß

Forts. von Blatt 1452

Tiere so gehalten werden müssen, wie es ihren wesentlichsten Bedürfnissen entspricht. Die Errichtung neuer Betriebe für Intensivtierhaltung sei vor der Inbetriebnahme der Behörde zu melden, sodaß auf diese Weise die ausreichende Kontrolle gewährleistet sei. Verstöße gegen die gesetzlichen Bestimmungen seien mit Strafen bis zu 100.000 Schilling bedroht.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von LABg Dkfm. Hilde SCHILLING (ÖVP) nach dem Verwaltungsaufwand für die Einhebung des Kostenbeitrages in den Wiener städtischen Krankenanstalten (50 Schilling pro Pflage-tag) antwortete StR Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ), daß der Manipulationsaufwand rund 6,6 Millionen Schilling pro Jahr ausmache. Für Chemotherapiepatienten, die nur einen Tag im Spital sind, wurde dieser Kostenbeitrag ausgesetzt. Über einen generellen Verzicht auf die Einhebung bei Eintages-Pflege werde derzeit verhandelt. Patienten, die länger als 28 Tage pro Jahr in Spitalsbehandlung sind und für die darüber hinausgehende Zeit keinen Kostenbeitrag zu leisten haben, sollen frühere Spitalsaufenthalte nachweisen, damit keine neue Verschreibung erfolgt. Sollten sie dazu nicht in der Lage sein, werde bei der Sozialversicherung nachgefragt.

Die Bemühungen bezüglich eines Finanzierungsübereinkommens mit dem Bund für den Bau der U 6 bis zum Franz-Jonas-Platz seien noch nicht erfolgreich abgeschlossen, sagte Verkehrsstadtrat Hatzl auf die SIEBENTE ANFRAGE von LABg PRINZ (FPÖ). Für das Straßenbauprojekt der B 3 in Floridsdorf vorgesehene Mittel seien nicht für den Bau der U 6 heranzuziehen.

Auf die ACHTE ANFRAGE von LABg SEVCIK (SPÖ), welche Vorbelastungen es bei den Bundesstraßenmitteln gebe, sagte Hatzl, 1990 seien durch Vorbelastungen 646 Millionen Schilling, 1991 620 Millionen, 1992 520 Millionen und erst 1993 mit 280 Millionen deutlich weniger fixiert. Nach dem jetzigen Stand des Straßenbaubudgets des Bundes werde es 1990 und 1991 keine Neubeginne für Wiener Bundesstraßen geben können. Der Straßenbau für die EXPO 1995 müsse über Sonderfinanzierungen geschehen, deren Höhe er auf rund sechs Milliarden Schilling schätze. Er sei sicher, daß den Wiener Projekten im Hinblick auf die EXPO und deren gesamtösterreichischen Bedeutung dann Priorität eingeräumt werde.

69 Anregungen habe ein Erlaß des Magistratsdirektors gebracht, mit dem die Dienststellen zur Überprüfung von Verordnungen aus der Zeit vor 1955 auf Anwendbarkeit und Zweckmäßigkeit aufgefordert wurden, sagte StR Dr. SWOBODA (SPÖ) auf die NEUNTE ANFRAGE von LABg Mag. KARL (ÖVP). Teilweise seien diese Vorschriften bereits in Überprüfung durch die zuständigen Magistratsabteilungen. Diese Phase der Rechtsbereinigung erfordere aber einen gewissen Zeitraum. Er rechne damit, schloß Swoboda, daß ein Paket ersatzlos abzuschaffender Vorschriften im Herbst vorgelegt werden könne.

Das künftige neue Landesjugendwohlfahrtsgesetz, beantwortete Landeshauptmann-Stellvertreterin Ingrid SMEJKAL (SPÖ) die ZEHNTE ANFRAGE von LABg RUPANER (SPÖ), entspreche den Bestimmungen des Bundesjugendwohlfahrtsgesetzes und beziehe sich auch auf Erfahrungen, die das Jugendamt gemacht habe. Im Vordergrund stehen der Dienstleistungscharakter der Jugendwohlfahrt, das Angebot sozialer und ambulanter Dienste sowie Beratung, Prophylaxe und Therapie, die die Entwicklung und Förderung der Familien forcieren. Ein weiterer wichtiger Punkt sei die gewaltfreie Erziehung. Auch Verbesserungen der Ausbildungs- und Fortbildungsmöglichkeiten fänden im Landesjugendwohlfahrtsgesetz ihren Niederschlag. Erste Einrichtungen, die dessen Intentionen entsprechen, seien die Eltern-Kind-Zentren, das Kinderschutzzentrum, der Kinder- und Jugendanwalt und die Supervision von Mitarbeitern.

Forts. auf Blatt 1454

Dringlicher Antrag der FPÖ

Die FPÖ brachte einen dringlichen Antrag ein, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, sich bei der Bundesregierung für die Sicherung eines fairen Wettbewerbs bei der Verbauung des Nordbahnhofgeländes einzusetzen. Begründung und Abstimmung über die Dringlichkeit des Antrags finden am Schluß der Debatte statt.

Bericht der Volksanwaltschaft

Volksanwältin Franziska FAST legte dem Wiener Landtag den 7. und 8. Bericht der Volksanwaltschaft vor. Der Berichtszeitraum umfaßt zweieinhalb Jahre vom 1. Juli 1984 bis 31. Dezember 1986. Die Verspätung der Vorlage erklärte die Volksanwältin mit dem unerwarteten Ableben von Dr. Bauer und akutem Personalmangel. Von den 709 Beschwerden waren 19 Prozent berechtigt und konnten zumeist positiv erledigt werden. Bei den restlichen 81 Prozent habe sich die Volksanwaltschaft bemüht, den Beschwerdeführern eine ausführliche Antwort zu geben, warum die Beschwerde nicht berechtigt war, und das in einer Form, die auch Nichtjuristen verstehen können. Die Arbeit der Volksanwaltschaft sei als Beitrag zu verstehen, erläuterte Fast, um zu einem besseren Bürgerservice zu kommen.

Franziska Fast und Helmuth JOSSEK, die beide in den Ruhestand treten, haben durch ihre Arbeit die Volksanwaltschaft wesentlich geprägt und großen Anteil daran, daß diese Einrichtung fest im Bewußtsein der Bevölkerung und des Rechtssystems verankert seien, erklärte LAbg Mag. KABAS (FPÖ) in seiner Wortmeldung. Der vorliegende Bericht habe Unzulänglichkeiten und Mißstände der Wiener Verwaltung aufgezeigt. Es gebe allerdings keine Verwaltung, die frei von Fehlern sei. Mit der Volksanwaltschaft sei aber das Rechtsschutzsystem so eng geknüpft, daß Mißständen und Willkür Einhalt geboten werden können. Kabas erläuterte an Hand des Berichtes Fälle, in denen durch die Intervention der Volksanwaltschaft Bürgern geholfen werden konnte: So bei einer Beschwerde über die doppelt erfolgte Abbuchung der Strom- und Gasrechnung durch die Wiener Stadtwerke oder bei Fällen von obrigkeitlichem Denken bzw. ineffizienter Vorgangsweise der Polizei, aber auch bei Eingriffen in die verfassungsrechtlich geschützte persönliche Freiheit. Kabas wünschte der Volksanwaltschaft weiterhin eine so gute Entwicklung wie bisher, damit sie eine wertvolle Bereicherung unseres Rechtsschutzsystems bleibe.

Landtagspräsident Univ.-Prof. Dr. WELAN (ÖVP) sagte, daß man mit der Arbeit der Volksanwaltschaft zufrieden sein könne, sie habe „ihre Aufgaben gemeistert“. Österreich sei ein „Musterland der Rechts- und Verwaltungskontrolle“. Durch das starke Anwachsen von Auskunftsdiensten würden aber neue Aufgaben für die Stadtinformation und den Presse- und Informationsdienst entstehen. Wien sei das Bundesland mit den geringsten Mißstandsfeststellungen der Großteil der Beschwerden richte sich gegen das Verhalten von Beamten auf unterer Ebene. Inhaltlich seien die meisten Beschwerden im Baurecht, der örtlichen Raumplanung und im Straßenwesen zu verzeichnen. Die ÖVP werde dem Bericht zustimmen.

LAbg JANK (SPÖ) forderte, daß auch Tirol und Vorarlberg Prüfungen im Landesbereich durch die Volksanwaltschaft zulassen sollen. Daß 2.800 der rund 50.000 Beschwerden bei der Volksanwaltschaft Wien betreffen, zeige, daß die Verwaltung in Wien „ganz gut“ sei. Jank brachte einen ANTRAG ein, mit dem der Bundesminister für Inneres aufgefordert wird, eine Novelle des Staatsbürgerschaftsgesetzes 1976 vorzubereiten. Dadurch soll ein Rechtsanspruch auf Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft, weiters für in Österreich geborene Kinder ausländischer Eltern sowie für die 2. und 3. Generation verankert werden. Außerdem sollen die Kosten für die Verleihung gesenkt werden, und die Landesregierungen sollen künftig selbständig Ausschließungsgründe für eine Verleihung prüfen können. Jank beantragte die sofortige Abstimmungen des Antrages. Jank übte dann

Forts. von Blatt 1453

Forts. auf Blatt 1455

Jank übte dann Kritik am Moderator der ORF-Sendung „Ein Fall für den Volksanwalt“, der durch sein persönliches Verhalten das Verhältnis aller Beteiligten zueinander nicht verbessere. Jank lobte das Wirken von Volksanwältin Fast und dankte auch den beiden anderen Volksanwälten für ihre Tätigkeit.

Volksanwältin Franziska FAST zeigte sich erfreut, daß die Volksanwaltschaft großes Vertrauen bei der Bevölkerung habe. Es müsse auch die Frage nach dem Schutz von alten Menschen oder von Bildungsbenachteiligten in unserer Gesellschaft gestellt werden. Sie lobte die Stadt Wien, wo aufgezeigte Fehler stets sehr rasch korrigiert wurden.

Volksanwältin Fast erhielt für ihren Bericht und ihre Tätigkeit demonstrativen Applaus aller drei Parteien.

ABSTIMMUNG: Der 7. und 8. Bericht der Volksanwaltschaft sowie die Zuweisung an die zuständigen Gemeinderatsausschüsse wurde einstimmig angenommen.

Der SPÖ-Beschlußantrag wurde durch den Präsidenten nochmals verlesen.

StR NEUSSER (ÖVP) meinte, daß es unüblich sei, daß andere Fraktionen über derart wichtige Angelegenheiten bzw. die Einbringung eines entsprechenden Antrages nicht verständigt werden. Er schlage die Zuweisung an einen Gemeinderatsausschuß oder eine Vertagung vor.

LAbg Mag. KABAS (FPÖ) sprach von einem unerhörten Vorgehen in einer sehr sensiblen Frage.

Klubobmann LAbg Ing. SVOBODA (SPÖ) erklärte, daß der Antrag durch ein Mißverständnis den beiden anderen Parteien nicht zugegangen sei. Er beantragte die Zuweisung an den Gemeinderatsausschuß.

StR Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) erklärte, daß die FPÖ dieser Vorgangsweise zustimmen werde.

ABSTIMMUNG: Der Beschlußantrag wurde einstimmig dem zuständigen Gemeinderatsausschuß zugewiesen.

Neuregelung der „Verpächterhaftung“

Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR beantragte eine Änderung des Getränkesteuergesetzes 1971, des Gefrorenensteuergesetzes 1983 und des Vergnügungssteuergesetzes 1987. Da der Verfassungsgerichtshof die dort enthaltene Regelung der „Verpächterhaftung“ als verfassungswidrig bezeichnet hatte, wurden entsprechende Gesetzesänderungen nötig. Mayr berichtete, daß man bei der Ausarbeitung des Gesetzes Vorschläge der Wiener Handelskammer berücksichtigt habe.

LAbg Dr. WÖBER (ÖVP) kritisierte, daß in letzter Zeit häufig solche „Gesetzesreparaturen“ wegen Verfassungswidrigkeit nötig geworden seien. Auch bezüglich der heute vorliegenden Novelle habe er Bedenken, da der darin enthaltene Begriff des „vergleichbaren Betriebes“ seiner Ansicht nach verfassungsrechtlich problematisch sei. Er schlug vor, das Gesetz an die Fachabteilungen der Wiener Finanzverwaltung zwecks Verbesserung zurückzuweisen.

Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR erklärte, daß er durchaus bereit gewesen sei, Vorschläge in die Neufassung des Gesetzes einzuarbeiten. Leider habe die Wiener Handelskammer zu dem von Dr. Wöber erwähnten Punkt keinen positiven Vorschlag machen können. Da er ein Zurückverweisen für nicht sinnvoll halte, empfehle er die Annahme des Gesetzes.

ABSTIMMUNG: Die Gesetzesnovelle wurde in 1. und 2. Lesung mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ angenommen.

Forts. von Blatt 1454

Forts. auf Blatt 1456

Naturschutzbericht 1988

StR. Dr. HÄUPL (SPÖ) legte den Naturschutzbericht 1988 vor, der sich in einen wissenschaftlichen Bereich, die Sachverständigentätigkeit, den Managementbereich, Fachplanung, Legistik und Behördenverfahren sowie Öffentlichkeitsarbeit gliedert. Häupl stellte ergänzend fest, daß Wien einen Staatsvertrag mit Niederösterreich anstrebe, mit dem der Nationalpark Ost geregelt werden soll. Wien will dazu die geschützten Teile der Lobau einbringen.

LAbg Mag. KABAS (FPÖ) monierte eine Personalaufstockung für die städtischen Umweltaufteilung, weil diese nicht ausreichend ausgestattet sei, um ihren umfangreichen und wichtigen Aufgaben nachzukommen. Der Wienerwald sei ein Schwerpunkt des Berichtes, worin auf alarmierendes Eichensterben und Zersiedelung hingewiesen wird. Zu hoher Wildbestand gefährde den Wald zusätzlich. Auf eine Reduzierung sollte Augenmerk gelenkt werden. Kabas vermißt im Bericht eine Auflistung der Maßnahmen, die gegen das Waldsterben unternommen werden. Hinsichtlich des Nachrüstkatalysators solle Wien beim Bund zugunsten einer früheren Senkung der Luxussteuer intervenieren. Eine gesetzliche Verpflichtung für den Nachrüstkat sollte geschaffen werden. Bis dahin soll die Stadt Wien Umrüstwillige fördern. Notwendig wären auch Maßnahmen gegen die Taubenplage. Kabas will sanfter Methoden den Vorzug geben.

LAbg Dr. HAWLIK (ÖVP) sagte, daß seine Fraktion statt eines Naturschutzberichtes einen Problembereich zur Lage der Natur verlange. Statt Lobhudelei solle der Bericht Prioritäten aufzeigen und diese mit erzielten Erfolge vergleichen sowie Kontinuitäten bei den Problemlösungen aufzeigen. Auch Hawlik bemängelte einen Personalnotstand bei der Umweltschutzabteilung, der sich unter anderem auch darin manifestiere, daß bei der Verhandlung über die Schmelzverbauung kein Vertreter anwesend war, der ein Umweltveto hätte einlegen können. Hawlik verlangte auch eine Gesamtschau der Umwelthanliegen, die derzeit in verschiedenen Gremien behandelt werden. Dieser Bericht sollte problemorientiert sein.

LAbg STOCKINGER (SPÖ) würdigte die aufwendig erstellte und im Bericht enthaltene Biotopkartierung und betonte den Wert von Äckern und Wiesen für Naturschutz und Erholung in der Stadt. Den Vorwurf „von Lob und Hudel“ (Hawlik) wies Stockinger zurück. Renommiertere Institutionen hätten an dem Bericht mitgewirkt. Im Zusammenhang mit der Sachverständigentätigkeit der Umweltschutzabteilung unterstrich Stockinger, daß es notwendig sei, bei der Erfüllung von Wünschen nach Umwandlung von Kleingärten in Gartensiedlungen mit großer Vorsicht vorzugehen. Die Fachplanung der Umweltschutzabteilung habe sich mit neuen Landschaftsschutzgebieten in Döbling und Liesing befaßt. Für Döbling werde der Antrag in einer der nächsten Landtagssitzungen vorgelegt.

In seinem Schlußwort wies Stadtrat Häupl den Vorwurf zurück, es handle sich um einen Beschönigungsbericht. Die Gestaltung des Berichtes entspreche der im Naturschutzbeirat vereinbarten Form. Experten hätten ihm, Häupl, erläutert, daß weder Nationalpark noch Bannwald-Erklärung das Mittel der Wahl für den Schutz des Wienerwaldes seien. Eher sollte man den Weg wie beim Schutz des Hörndlwaldes gehen. Auch die Reduzierung des Wildbestandes bringe keine raschen, durchgreifenden Erfolge. Die Natur habe andere Zeitdimensionen als Rechnungsabschlüsse oder Finanzjahre. Maßnahmen, die heute gesetzt werden, zeitigen — beispielsweise bei den Eichen im Hörndlwald — erst in 60 bis 80 Jahren Wirkung und liegen damit außerhalb des für uns erfaßbaren Zeitraumes. Bei Maßnahmen gegen die Taubenplage müsse man die Vorschläge der Experten mit der Politikerverträglichkeit in Kongruenz bringen. Er erhalte zu diesem Thema zehnmal mehr Briefe als zur Müllverbrennung.

ABSTIMMUNG: Der Bericht wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

Forts. von Blatt 1455

Forts. auf Blatt 1457

Novelle zum Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz

StR EDLINGER (SPÖ) beantragte eine Novellierung des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes. Sie soll eine Besserstellung von Mehrkinder- und Jungfamilien bei den Eigenmittlersatzdarlehen bringen. Außerdem soll bei Wohnhaussanierungen, für die Förderungsempfehlungen vor dem 1. Juli 1988 abgegeben wurden, noch nach der alten Verordnung vorgegangen werden.

ABSTIMMUNG: In 1. und 2. Lesung einstimmig angenommen.

Dringlicher Antrag

Landtagsabgeordneter Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) stellte einen dringlichen Antrag, wonach der Wiener Landtag die Bundesregierung auffordern solle, sofortige Maßnahmen zur Sicherung eines fairen Wettbewerbes bei der Bebauung des Nordbahnhof-Areals zu setzen. Hirnschall begründete dies mit der Existenz eines Grundbenützungsbereinkommens der ÖBB mit einer Unternehmensgruppe Projekta, das der Projekta weitgehende Rechte bei der künftigen Verwertung des Geländes zusichere. Einen ähnlichen Vertrag gebe es auch für den Aspangbahnhof. Da das Gelände des Nordbahnhofes große Bedeutung für die EXPO 95 habe und unter solchen Bedingungen kein freier Wettbewerb möglich sei, verlange seine Fraktion die dringliche Behandlung des Antrags.

Der Landtag erkannte dem Antrag **EINSTIMMIG** die Dringlichkeit zu.

An der Projekta seien zu je einem Drittel die EKAZENT-Realitäten, Infra- und Konstruktiva beteiligt, leitete Hirnschall seinen Debattenbeitrag ein. Die Konstruktiva sei in den zehn Jahren des Bestehens des Vertrages nur zweimal aktiv geworden und zwar in bezug auf Vertragsabschlüsse, was die Nutzungsrechte des Nordbahnhofes und Aspangbahnhof-Geländes betreffe. Im April 1989 sei nun dieser 10-Jahres-Vertrag abgelaufen und laut Vertragspunkt 12 habe die ÖBB nun die Möglichkeit, vom Vertrag mit der Projekta zurückzutreten. Der Wiener Landtag solle aufgrund der Tragweite dieses Übereinkommens, des Spekulationsverdachtes und der einen Wettbewerb verhindernden Monopolstellung der Projekta die ÖBB dazu veranlassen. Darüber hinaus solle der Rechnungshof, schloß Hirnschall, das Zustandekommen dieses Vertrages überprüfen.

Sowohl die Vertreter des FPÖ-Klubs im Nationalrat als auch der FPÖ-Vertreter in der Wiener Holding, der die EKAZENT angehöre, hätten diesem Vertrag und dem Verkauf eines Teils des betroffenen Areals an die IBM zugestimmt, sagte LAbg Dr. Peter MAYR (ÖVP). Die drei in der Projekta zusammengefaßten Firmen hätten ausreichende fachliche Erfahrung. Die Projekta habe unentgeltliche Tätigkeiten für die ÖBB geleistet, die in Planungsarbeiten und der Absiedlung der auf dem betreffenden Areal angesiedelten Firmen bestanden haben. Darüber hinaus habe die Projekta für das Areal Interessenten gesucht und den Verkauf von 11.000 Quadratmeter an die IBM, dessen Erlös zur Gänze der ÖBB zugeflossen sei, getätigt. Im Juli 1988, sagte Mayr, hätten die Vertragspartner vereinbart, von der Rücktrittsmöglichkeit keinen Gebrauch zu machen. Darüber hinaus habe der Wiener Gemeinderat eine Bausperre über jenes Gelände verhängt, das eine allfällige Erweiterung des EXPO-Geländes betreffe. Es sei aber richtig, daß die Projekta im Ausgleich zu ihren unentgeltlichen Tätigkeiten eine Beteiligung an Bauvorhaben und Architektenleistungen verlangt habe. Die Firma IBM habe diese Bedingung akzeptiert. Mayr schlug eine Zuweisung des dringlichen Antrags an den Planungstadtrat vor.

Es sei falsch, daß die Projekta in zehn Jahren nicht tätig geworden sei, sagte StR Dr. SWOBODA (SPÖ), so habe sie z.B. Verhandlungen mit Interessenten geführt. Der Vertrag der ÖBB mit der Projekta beziehe sich auf einen weniger als 200 Meter breiten Streifen entlang der Lassallestraße. Jenes Gebiet des Nordbahnhof-Areals, für das die Stadt Wien bzw. der

Forts. von Blatt 1456

Forts. auf Blatt 1458

Forts. von Blatt 1457

Wirtschaftsförderungsfonds ein Kaufangebot gelegt hätten, sei nicht betroffen. Swoboda stellte fest, daß für jenes Gebiet, das die Stadt Wien für die EXPO 95 interessiere, keine Vorbelastungen und Bedingungen durch diesen Vertrag bestehen. Grundsätzlich sei er aber, sagte Swoboda, gegen eine Vorgangsweise, bei der, durch Abschluß eines derartigen Vertrages, mit dem Kauf eines Geländes eine Baufirma und die Architektenleistung mitgeliefert werden.

Der Stadt Wien, sagte LAbg PRINZ (FPÖ), könne nicht gleichgültig sein, was mit dem Areal geschehe, das hinter diesem 200 Meter breitem Streifen liege, zumal einer der Vertragspunkte auch die Errichtung von Ersatzbauten vorsehe. Die 125.000 Quadratmeter, die der Vertrag der ÖBB mit der Projekta betreffe, repräsentierten ein Bauvolumen von rund drei Milliarden Schilling.

Er sehe die Interessen der Privatwirtschaft nicht gefährdet, sagte StR. NEUSSER (ÖVP), zumal der Nationalrat diesen Vertrag mit den Stimmen der FPÖ gutgeheißen habe. Auch in der Holding hätte der FPÖ-Vertreter zugestimmt. Firmen der Projekta seien bereits beim Bau des Franz-Josefs-Bahnhofs tätig gewesen und verfügten deshalb über ausreichende Erfahrungen. Darüber hinaus hätte die Projekta Vorleistungen — zum Beispiel die Absiedlung einzelner Mieter des Areals — zu erbringen und dafür Kosten von rund 13 Millionen Schilling getragen. Es sei legitim, sagte Neusser, daß die Projekta dafür Gegenleistungen vereinbart habe.

LABg Ing. SVOBODA (SPÖ) sprach sich für die Zuweisung des Antrages aus, um die Frage der Koppelung von Grundstücksangeboten mit Architektenleistungen grundsätzlich zu diskutieren und möglicherweise eine gemeinsame Vorgangsweise zu finden. Zur Klarstellung betonte er, daß die Stadt Wien keine Kaufabsicht für den Streifen an der Lassallestraße habe, sondern nur für jene Flächen des Nordbahnhofes, für die es keine Vorabsprachen gebe. Es wurde daher auch eine Bausperre verhängt, um die Planung sicherstellen zu können.

StR Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) betonte, daß das Vertragswerk der FPÖ in vollem Umfang erst letzte Woche bekanntgeworden sei.

ABSTIMMUNG: Der dringliche Antrag wurde dem amtsführenden Stadtrat für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Personal zugewiesen.

Der Landtag schloß seine Sitzung um 13.35 Uhr.

Schirmer: Erfolgreiche Ernährungsberatung

Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) In der Berichterstattung über den Debattenbeitrag von Stadträtin Christine SCHIRMER in der Rechnungsabschlußdebatte des Gemeinderates am 29. Juni unterlief uns eine mißverständliche Formulierung. Stadträtin Schirmer wies tatsächlich auf den großen Erfolg der **Beratungsstelle für Lebensmittelhygiene und natürliche Ernährung, Tel. 78 74 17** hin, die im Rahmen der Dezentralisierung des Konsumententelefonats eingerichtet wurde.

Berichtigung „rk“ vom 29. Juni 1989 - Gemeinderat: Gesundheits- und Spitalswesen

Auf den „rk“-Blättern Nr. 1433/1434 vom 29. Juni muß es in der letzten Zeile auf Blatt 1433 bzw. in der ersten Zeile Blatt 1434 richtig heißen: ... Ein besonderes Problem stelle die Personalfrage in den Krankenhäusern (irrtümlich: Pflegeheimen) dar. ...

(Schluß) red/gg

Floridsdorfer Brücke erhält neuen Straßenbelag

Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Die Floridsdorfer Brücke, sie liegt übrigens bei den meistbefahrenen Straßenzügen ganz Österreichs an elfter Stelle, erhält erstmals seit der Verkehrsfreigabe im Oktober 1978 einen neuen Straßenbelag. Das Bauvorhaben umfaßt die Abtragung und Neuherstellung der Fahrbahnverschleißschicht vom Friedrich-Engels-Platz bis zur A 22/Donauufer Autobahn sowie die Herstellung eines hochstandfesten Belagsunterbaues auf der Rampe Friedrich-Engels-Platz und ist mit Kosten von 13,5 Millionen Schilling veranschlagt. Daneben erfolgen Gleisbauarbeiten der Wiener Verkehrsbetriebe. Die umfangreichen Bauarbeiten, die kommenden Montag, 3. Juli, um 6 Uhr früh beginnen werden, machen auch entsprechende Verkehrsmaßnahmen in den einzelnen Bauphasen erforderlich.

- In der Bauphase 1 von 3. Juli bis 14. Juli wird die stromabwärts liegende Brückenhälfte gesperrt; der Verkehr in Richtung 21. Bezirk wird auf die Gegenfahrbahn umgeleitet. Zugleich wird eine Gleisumschichtung durch die Wiener Verkehrsbetriebe durchgeführt.
- In der Bauphase 2 von 15. Juli bis voraussichtlich 25. Juli wird die stromaufwärts liegende Brückenhälfte gesperrt; der Verkehr in Richtung 20. Bezirk wird auf die Gegenfahrbahn umgeleitet. Während dieser Bauphase ist für den Individualverkehr eine Abfahrt zur Donauinsel nicht möglich. Es kann lediglich eine provisorische Zu- und Abfahrt für Einsatzfahrzeuge und den Lieferverkehr aufrecht erhalten werden.
- In der Bauphase 3, die voraussichtlich Mitte August beendet wird, erfolgen die Belagsarbeiten auf dem Plateau über der A 22/Donauufer Autobahn. Hier wird während eines Zeitraumes von 12. August, 3 Uhr früh, bis 14. August, 5 Uhr früh, eine komplette Verkehrssperre notwendig sein.

(Schluß) pz/rr

Wien ist anders: Literatur am Buckel

Wien, 30.6. (RK-KULTUR/LOKAL) Wien ist anders — und das kann man neuerdings auch merken, wenn man Passanten auf den Rücken schaut: Freitag nachmittag wurden in der Inneren Stadt T-Shirts vorgestellt, auf denen Literaten ihre eigenen Gedanken über Wien niedergeschrieben haben. An der Präsentation nahm auch Bürgermeister Dr. Helmut ZILK teil.

Das Produkt, das von den Brüdern Georg und Michael KHOSS sowie von „Freiraum“ entworfen worden war, wurde auf den Namen LIAB (=Literatur am Buckel) getauft. Es wurde beschlossen, sowohl Texte bekannter, bereits verstorbener Autoren (Konrad BAYER, Karl KRAUS, Ingeborg BACHMANN und Alexander LERNET-HOLENIA) sowie fünf Werke mit Gegenwartsliteratur zu berücksichtigen. Zu diesem Zweck wurde ein eigener Literatur-Wettbewerb ausgeschrieben.

Insgesamt wurden 3.500 Arbeiten eingeschickt, von denen die Jury, bestehend als Alfred TREIBER (ORF), Raoul BLAHATSCHEK (Kulturabteilung der Stadt Wien), Helmut SCHRETTTER (Werbeagentur Schretter & Comp) und Werner URBANEK (Wiener Festwochen, Neue Kronenzeitung), die Qual der Wahl hatten.

Die Auswahl fiel auf Werke von Uwe BOLIUS, Andreas FINDIG, Gerald Albin RÖDLER, Gerald JATZEK und Gerhard RUISS.

Die T-Shirts sind in den Farben weiß, schwarz, gelb und eisgrün zum Preis von 298 Schilling bei der Firma Schöps und im Buchhandel erhältlich. Die 1. Auflage beträgt 30.000 Stück. Für die Stadt Wien kostet diese Werbung nicht nur kein Geld — sie bringt ihr sogar anteilige Einnahmen. (Schluß)
ull/rr

Wiener Gemeinderat

Bildung, Jugend, Familie und Soziales

Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat setzte im Anschluß an die Landtagssitzung die Debatte über den Rechnungsabschluß fort.

Der Aufwand für die Haussuche für die Aegidi/Spalo-Leute sei enorm, sagte GR. Karin LANDAUER (FPÖ). Allerdings wurden bisher alle Angebote abgelehnt, weil sie zu klein seien. Vergangene Woche wurde die ARGE Wohnplätze für Bürger in Not gegründet, die Nichtseßhafte mit Wohnungen versorgen soll. Landauer regte an, die von den Aegidi-Leuten abgelehnten Häuser für Nichtseßhafte zu verwenden. Da viele Sozialarbeiter den Belastungen ihres Berufes nicht gewachsen seien und deshalb aussteigen wollen, ist nach Meinung von Landauer unbedingt ein zweiter Sozialarbeiter für die Meldemannstraße notwendig, wo mehr als 450 Nichtseßhafte von einem einzigen Sozialarbeiter betreut werden. Zu den „Kindern vom Karlsplatz“ sagte die Gemeinderätin, jetzt arbeiteten schon vier Streetworker dort, die aber nicht zu sehen seien. Dafür könne man jederzeit Zeuge eines Deals werden, auch lägen überall gebrauchte Injektionsnadeln herum. Landauer stellte in diesem Zusammenhang die Frage, was geschehe, wenn ein Kind sich mit einer dieser gebrauchten Nadeln verletze, die zu 80 Prozent HIV-verseucht seien. Landauer forderte daher, nicht die Süchtigen zu strafen, sondern den Dealern das Handwerk zu legen, gegen die Dealer werde nicht entschieden genug vorgegangen.

GR Maria RAUCH-KALLAT (ÖVP) bemängelte die Zusammenarbeit der Fraktionen im Sozialressort, ebenso die fehlende Planung. Jetzt sei ein rascher Ausbau der ambulanten Dienste wie etwa der Hauskrankenpflege für die älteren Menschen erforderlich. Ebenso müßten Genesungspflege, Heimhilfe und Notruftelefon ausgebaut und im Sozialbereich generell auch Privatinitiative genützt werden. Im Bereich der Behinderten sei bereits sehr viel geschehen, dennoch müßte das Bewußtsein der Öffentlichkeit für die Probleme der Behinderten gestärkt werden. Im Hinblick auf die Weltausstellung sollten vor allem Erleichterungen bei der Benützung öffentlicher Verkehrsmittel geschaffen werden. Ferner sei es notwendig, dem neuen Problem der AIDS-Kinder Beachtung zu schenken. Das Methadon-Programm zur Suchtgifttherapie sei auszubauen, den Nichtseßhaften sei neue Lebensfähigkeit beizubringen. Flüchtlinge sollten unbürokratisch eingebürgert werden. Sie brachte einen ANTRAG ein, wonach durch einen jährlichen schriftlichen Bericht ausreichende Informationen zur Frauenfrage durch die Geschäftsgruppe Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst zur Verfügung zu stellen sind.

GR Hans KÖNIG (SPÖ) bezeichnete die staatliche Garantie der sozialen Sicherheit als eine große Errungenschaft der Arbeiterbewegung, die grundsätzlich nicht in Frage gestellt werden dürfe. Er warnte vor falsch verstandener „Entstaatlichung“ im Sozialbereich und sprach sich für eine bessere Koordination der einzelnen Maßnahmen aus. Neben der Risikobegrenzung sei vor allem die Vorbeugung zu intensivieren. König begrüßte die Diskussion zum Sozialhelferbrief in der katholischen Kirche und bezeichnete sie als große Hoffnung. Weiters verwies er auf die Arbeitssituation behinderter Menschen und begrüßte die Einstellung von zusätzlich 122 behinderten Mitarbeitern in den Dienst der Stadt Wien. Außerdem seien allein im Vorjahr 174 Plätze für Beschäftigungstherapie geschaffen worden. König richtete einen Appell an die Wirtschaft, anstelle von Behindertenaktionen zur Adventzeit lieber mehr Behinderte einzustellen. Um dieses Ziel zu erreichen, werde er im kommenden Herbst bei zahlreichen Veranstaltungen vor Managern zu diesem Thema sprechen.

„Kinder sind Behinderte in der für den Erwachsenenalltag zugeschnittenen Welt“, formulierte GR Dr. Gerda WINKLBAUER (ÖVP). Kindern müsse

die Möglichkeit gegeben werden, den Lebensraum lustvoll zu durchdringen und die Welt zu erforschen. Jede Großstadt, auch Wien, sei kinderfeindlich. Der Mangel an Lebensraum führe zu Neurosen und Störungen der sozialen Entwicklung. Kritik übte Winklbauer an Zustand und Ausstattung der Kinderspielplätze, die Erlebnis und unterschiedliche Spielräume bieten sollten. Es fehle an einer geeigneten Abgrenzung zum Straßenraum und oft an Trinkwasser, vielfach gebe es auch gefährliche Spielgeräte. Spielplätze sollten in der Bauordnung verankert sein, wie dies in Nieder- und Oberösterreich der Fall sei. Bei der Planung und Gestaltung von Spielplätzen sollen Kinder, Eltern und Psychologen einbezogen werden. Derzeit erinnerten viele Spielgeräte an Laufräder für Hamster. Spielplätze könnten nach Meinung von Dr. Winklbauer auch zu Erholungsinseln für Erwachsene und alte Menschen, zu Orten der Kommunikation werden. Wichtig wäre es jedenfalls, eigene Bereiche für die Hunde zu schaffen — Hunde produzieren in Wien täglich 16 Tonnen Exkrememente. Größere Spielplätze sollten wenigstens zeitweilig durch pädagogisch geschulte Personen betreut werden. Unsere Aufgabe sollte es sein, fügte die Gemeinderätin hinzu, eine kinderfreundliche Umwelt zu schaffen. Dazu gehöre auch die Förderung der Familien und das Verständnis für die Bedürfnisse der berufstätigen Mütter sowie der Mütter mit kleinen Kindern.

Im Sinne der Kinder- und Familienfreundlichkeit, sagte GR Erika STUBENVOLL (SPÖ), sei wesentliche Erziehungsarbeit in der Bevölkerung zu leisten. Man habe zwar große Fortschritte gemacht, und auch die Philosophie habe sich geändert, wie das Beispiel der Robinsonspielplätze zeige, man müsse aber auch die natürlichen Freiräume des Kindes schützen und erweitern. Stubenvoll forderte die ÖVP auf, mehr private Hausbesitzer zur Öffnung von Innenhöfen zu motivieren, die als Spielplätze gestaltet und mit Spielmöglichkeiten ausgestattet werden könnten.

Es sei ihm bewußt, sagte GR Mag. Dr. SALCHER (ÖVP), daß Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL (SP) eingeschränkte Kompetenzen im Bildungsbereich habe, die Problematik des Hauptschulsterbens und des gesamten Pflichtschulwesens erfordere aber neue Initiativen und vehementen Einsatz zur Verbesserung der Situation. So seien von 105 Hauptschulen 37 vom Zusperrern bedroht, und manche Hauptschulen müßten ohne ihren Ausländeranteil von über 40 Prozent ebenfalls zusperrern. Die ÖVP setze sich vorbehaltlos für die Integration ausländischer Kinder ein, sagte Salcher, fordere aber einen Förderungsunterricht für Deutsch und die Kulturtechniken, um nicht österreichische Kinder in ausländische Klassen integrieren zu müssen. Die Hauptschule brauche neue klare Unterrichtsziele, eine Verbesserung ihres Images, müsse stärker praxis- und berufsorientiert arbeiten und attraktive Perspektiven vermitteln und zu mehr Selbständigkeit erziehen. Schulen sollten mehr Autonomie erhalten, Direktoren — als Schulmanager — das Profil ihrer Schule wesentlich mitgestalten. Auch eine Spezialisierung der Schulen auf bestimmte Themenbereiche, wie bei der Öko-Hauptschule im 23. Bezirk, sei sinnvoll. Salcher stellte den ANTRAG, einen Öko-Wandertag für Pflichtschulen einzuführen.

Mit Objektivierung der Postenvergabe im öffentlichen Dienst, vor allem bei den Schulleitern, beschäftigte sich GR GINTERSDORFER (FPÖ) in seiner Wortmeldung. Es seien schon eineinhalb Jahre vergangen, seit der Bürgermeister an den Stadtschulrat bezüglich der Besetzung von Leiterposten geschrieben habe. Ergebnisse lägen bis dato keine vor. Seiner Meinung nach fehle es für eine objektive Postenvergabe vor allem an klar definierten Erennungserfordernissen, um einen objektiven Vergleich zu gewährleisten. Zur Schul- und Bildungssituation konstatierte GR Gintersdorfer das neue Schlagwort von der Regionalisierung der Bildungspolitik. Die Verlagerung von Kompetenzen des Bundes auf die Länder allein löse keine Probleme, sondern schaffe auch neue, vor allem bei der Finanzierung. Er trete daher für mehr Entbürokratisierung der Schule und die Stär-

Forts. von Blatt 1462

Forts. auf Blatt 1464

Forts. von Blatt 1463

kung der Autonomie der einzelnen Schulen ein. Dies würde auch dazu motivieren, mehr Einsatz zu zeigen, und wäre somit ein Kernstück einer zukunftsorientierten Schulpolitik.

Er sei seit beinahe 30 Jahren im Schuldienst tätig und habe während der Debatte geglaubt, im falschen Saal zu sitzen, sagte GR STEINBACH (SPÖ). Was zur Hauptschule gesagt worden sei, sei in vielen Fällen unrichtig: vor allem die Behauptung der ÖVP, die SPÖ trage am Hauptschulsterben Schuld. Die ÖVP sei früher und sei auch noch heute für die elitäre Schule. In Wirklichkeit lägen die Ursachen teilweise bei beiden Parteien, aber auch am Statusdenken der Eltern sowie am hohen Anteil an Gastarbeiterkindern.

Steinbach sprach sich für ein Konzept der Berufsschulen aus, das theoretische Kenntnis, betriebliche Ausbildung und Allgemeinbildung forciert. Als Beispiel nannte er das Erlernen der englischen Sprache. Während es in anderen Ländern selbstverständlich sei, daß etwa Schaffner in öffentlichen Verkehrsmitteln der englischen Sprache kundig sind, könne man das in Wien nicht behaupten. Es gebe zwar ein Konzept „Neue Bahn“, er vermisse aber ein Konzept „Neue Bildung“.

GR Dr. PETRIK (ÖVP) lobte die sehr sachliche Bildungsdebatte. Der breite Konsens in der Schulpolitik zwischen den großen Parteien bedürfe aber neuer Anregungen. In der Wiener Hauptschulfrage müsse der Unterschied zwischen einer Stadt- und einer Landhauptschule und müßten auch unterschiedliche regionale Bedürfnisse zu einer unterschiedlichen Behandlung durch die Schulpolitik des Bundes führen. Überdies dürfe gerade diese Debatte nicht auf rein ideologischer Ebene geführt werden. Das Ziel müsse sein, ein Maximum an Begabungen zu fördern, aber auch eine Diskussion etwa über den Begriff der Allgemeinbildung einzuleiten. In der Frage der Berufsschulen müsse der qualifizierten Ausbildung großes Augenmerk geschenkt werden. Er trete für eine branchenweise Berufsschulzeiterweiterung ein, sagte Petrik. Das Problem der Objektivierung in der Personalpolitik sei noch nicht befriedigend gelöst. Zur Erstellung eines exakten Anforderungsprofils wäre eventuell auch ein Personalbüro beizuziehen. Die Auswahl von Lehrern für leitende Funktionen dürfe aber nicht dazu führen, daß die politische Zugehörigkeit ein Ausschlußgrund wird. Es dürften, so Petrik, „schlechter Qualifizierte nicht bevorzugt werden, weil sie KEIN Parteibuch haben“. Petrik stellte eine Bestellung von Schulleitern auf Zeit zur Diskussion.

GR Margarete DUMSER (SPÖ) stellte fest, daß man bei der Schulreform die Erwartungen der Eltern und der Gesellschaft stärker berücksichtigen müsse. Eine Schulreform sei nicht von einer Veränderung der Lehrerbildung zu trennen. Sie warnte davor, schulpolitische Maßnahmen an den Einzelinteressen bestimmter Interessensvertretungen zu orientieren. Zur Frage einer kinderfreundlichen Stadt meinte sie, daß Erwachsene ihre Egoismen zurückstecken müßten, um den Kindern in unserer Stadt das Leben lebenswert zu machen.

StR Christine SCHIRMER (SPÖ) ergänzte aufgrund einer Kritik der Opposition ihren Beitrag zur Rechnungsabschlußdebatte über das Ressort Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst. Sie gab bekannt, der derzeit der Entwurf einer Spielplatzverordnung im Begutachtungsverfahren sei, in dem wichtige Richtlinien über die Gestaltung von Spielplätzen enthalten sind. Spielplätze sollen auch nach pädagogischen Gesichtspunkten ausgestattet sein. Konfliktpunkte zwischen spielenden Kindern und Hunden sollen beseitigt werden. Die Frauenservicestelle in ihrem Ressort sei sehr aktiv und werde jetzt auch um eine juristisch geschulte Sozialarbeiterin erweitert. In der Wiener Stadtverwaltung gebe es kaum Bereiche, in denen Frauen benachteiligt sind. Es sei jedoch schwierig, Spitzenpositionen mit Frauen zu besetzen, weil es fast keine geeigneten Bewerberinnen gebe. Ein von ihr initiiertes Verein, der Familien oder

Forts. auf Blatt 1465

Frauen helfen soll, die durch Kredite in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind, scheitere bisher an der Weigerung der Banken, sich an einem neuzuschaffenden Garantiefonds zu beteiligen. Darüber sei sie sehr enttäuscht, sagte StR Schirmer.

Man habe im Sozialbereich, sagte Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL (SPÖ), die Basis wesentlich erweitert, denn Bildungs-, Familien- und Sozialpolitik könne nicht eingegrenzt werden. Es gehe aber nicht nur darum, Maßnahmen zu setzen und aktiv Hilfe zu leisten, sondern auch Meinungen zu bilden und ein Klima der Toleranz und der Kooperationsbereitschaft zu schaffen. So sei vor allem im Bereich der Randgruppen vieles verbessert worden, wie z. B. im Behinderten- und Nichtseßhaftenbereich, was nun andere Bundesländer — von Wien animiert — ebenfalls beginnen. Es gebe nun auch Kontaktpersonen in den Bundesländern, um das Problem der aus den Bundesländern nach Wien abgängigen Jugendlichen zu bewältigen. Zum Karlsplatz sagte Smejkal, man werde in Kürze eine Therapiewohngemeinschaft für suchtmittelabhängige Jugendliche in Betrieb nehmen und könne damit eine sachgemäße Behandlung sicherstellen. Nach Verhandlungen mit der Polizei wurden am Karlsplatz verstärkt Kontaktbeamte eingesetzt. Eine endgültige „Lösung“ des Problems könne es, da es sich um ein gesamtgesellschaftliches handle, aber nicht geben. Zur Hauskrankenpflege sagte Smejkal, daß österreichweit über diese Problematik diskutiert und vor allem die Finanzierung sichergestellt werden müsse.

Verkehr und Energie

GR ZEIHSEL (FPÖ) bemängelte fehlende Attraktivierungsmaßnahmen im öffentlichen Verkehr. Auch der Rückbau und die Verkehrsberuhigung erfolgen zu zögernd. So verlasse man sich in Wien zu sehr auf die U-Bahn, während Bus und Tram vernachlässigt werden. Park-and-Ride-Möglichkeiten wie auch innerstädtische Parkgaragen werden immer wieder angesprochen, allerdings nicht realisiert. Nur wenn ein Rad in das andere greife, könne das Verkehrsgeschehen zur Zufriedenheit aller erfolgen.

Eine Verlängerung der A 21 zur Schließung der Lücke zwischen A 2 und A 4 verlangte GR Dipl.-Ing. Dr. Herlinde ROTHAUER (ÖVP). Der Bau von Hochleistungsstraßen ermögliche nämlich die Verbesserung der Umwelt, vor allem im dichtverbauten Stadtgebiet. Zur Verbesserung des bestehenden Netzes brachte die Gemeinderätin den ANTRAG ein, im Verteilerkreis Favoriten automatische Signalanlagen aufzustellen, die Stauungen auf der Tangente anzeigen, sodaß die Autofahrer bereits im Verteilerkreis eine andere Route wählen können. Vehement wandte sich Rothauer gegen die „unverständliche“ Planung des Margaretentunnels mit Gesamtkosten von mehr als zwei Milliarden Schilling, während die wesentlich kostengünstigere Europaplatz-Untertunnelung von der Rathausmehrheit abgelehnt werde. Auch sprach sich Rothauer für die Erhaltung der Linie 8 nach Inbetriebnahme der U 6 aus. Sie brachte einen ANTRAG ein, in einer Volksbefragung die Bevölkerung der Anrainerbezirke zu befragen, ob die Linie 8 eingestellt werden solle. Eine Reihe von Infrastrukturmaßnahmen wäre zur Bewältigung und Attraktivierung der Weltausstellung notwendig. Als dringlichstes Problem nannte Rothauer die Abstellplätze für Reisebusse.

GR MENTSCHIK (SPÖ) berichtete eingangs, es habe eine Vielzahl von Verbesserungen im Verkehrsbereich gegeben, und es seien zahlreiche Maßnahmen gesetzt worden, die zu einer Reduzierung der Lärmbelastungen geführt haben.

Wie Studien deutlich zeigen, sei in der Bevölkerung ein ständig steigendes Interesse an einem städtischen Fahrradverkehr festzustellen. Daher sei es erfreulich, daß Wien bereits über 274 Radwegkilometer verfüge und sich auf dem besten Weg zu einer „Rad-Stadt“ befinde. Heuer soll das Wiener Radwegenetz um weitere 50 Kilometer ausgebaut werden.

Forts. von Blatt 1464

Forts. auf Blatt 1466

Für den U-Bahn-Bau, sagte Mentschik, sei 1988 ein äußerst erfolgreiches Jahr gewesen. Alle Termine konnten eingehalten werden, und die Kosten hielten sich im Rahmen. Mit der Eröffnung der U 6 auf der Strecke Heiligenstadt — Philadelphiabrücke am 7. Oktober wird der Bevölkerung eine wichtige Nord-Süd-Verbindung angeboten. Die neue U-Bahn-Linie sollte viele Wienerinnen und Wiener ermuntern, vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen.

StR HATZL (SPÖ) erklärte, daß der U-Bahn-Bau ein Schwerpunkt der Verkehrspolitik sei. Anfang April wurde der Startschuß für die U 3 weiter in Richtung Westen gegeben, im 3. Bezirk sei man bereits bei der Oberflächengestaltung. Die der Bevölkerung versprochenen Termine wurden eingehalten und im Bereich U 3 und U 6 Kosteneinsparungen von rund 1,5 Milliarden Schilling erreicht. Im Bereich des Oberflächenverkehrs wurde das Autobusnetz vergrößert und die Betriebszeiten vieler Linien erweitert. Im Bereich des Autoverkehrs werde in Zukunft mehr Geld für die Instandsetzung der Bundesstraßen notwendig sein als bisher. Mit der Anlage von fast 300 Kilometer Radwegen und 350 Radabstellanlagen sei Wien auf dem Weg in Richtung umweltschonender Verkehrspolitik. Die Bedeutung des öffentlichen Verkehrs müsse weiter wachsen, wengleich auch die Erfordernisse des Wirtschaftsverkehrs zu berücksichtigen sind. Es müsse rechtzeitig eine gemeinsame Lösung für eine zusätzliche Südostumfahrung gefunden werden, um eine Überlastung der Südosttangente und ein Ausweichen des Verkehrs in die Wohngebiete zu verhindern. Zur Einstellung der Linie „8“ stellte Hatzl fest, daß dadurch jährliche Betriebskosten von nahezu 100 Millionen Schilling eingespart werden. Auch im Wiental, in der Favoritner Straße und in der Kärntner Straße finde man ohne Straßenbahn das Auslangen. Hatzl stellte schließlich in Aussicht, daß ab Oktober kürzere Intervalle auf der Linie U 4 in Kraft treten werden.

Schlußwort Mayr und Abstimmung

Vizebürgermeister MAYR wies in seinem Schlußwort darauf hin, daß er den politischen Auftrag erhalten habe, der Gesundheitspolitik absoluten Vorrang einzuräumen.

Von den 23 im Verlauf der Rechnungsabschlußdebatte eingebrachten Anträgen empfahl Mayr, 22 Anträge den zuständigen Ausschüssen zuzuweisen. Bei dem von der ÖVP gegen StR Stacher eingebrachten Mißtrauensantrag empfahl Mayr die Ablehnung.

ABSTIMMUNG: Der Rechnungsabschluß 1988 wurde mit Mehrheit angenommen. Der MISSTRAUENSANTRAG gegen StR Stacher wurde mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt, die weiteren 22 Anträge den Ausschüssen zugewiesen.

Stadtwerke-Rechnungsabschluß

StR HATZL (SPÖ) legte den Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke vor. Er erinnerte daran, daß die Wiener Stadtwerke vor kurzem das 40jährige Bestehen in der gegenwärtigen Form begangen haben. In den vier Jahrzehnten ihres Bestandes haben sie sich zum größten kommunalen Betrieb Österreichs und zum sechstgrößten Unternehmen des Landes mit fast 20 Milliarden Schilling Umsatz entwickelt. Sie sind ein modernes Dienstleistungsunternehmen und ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Der Rechnungsabschluß 1988 ist, so Hatzl, geprägt durch steigende Kosten bei Personal und Betrieb, besonders durch Pensionsrückstellungen und Verteuerungen bei Investitionen und Erhaltung. Dazu komme eine erhöhte Steuerbelastung infolge der Vermögenssteuer für die E-Werke und Gaswerke. Der Abgang 1988 liegt bei 374 Millionen Schilling.

Die E-Werke verzeichnen einen Zuwachs von 3,4 Prozent bei den Energieabgaben und 16 Prozent Steigerung bei der Fernwärmelieferung. Bedeu-

Forts. von Blatt 1465

Forts. auf Blatt 1467

tende Umweltschutzinvestitionen erforderten 400 Millionen Schilling und brachten sehr hohe Reduzierungen bei den Schadstoffemissionen. Der Gewinn der E-Werke reichte jedoch nicht aus, um die Großinvestitionen zu finanzieren. Allein das Großkraftwerk Simmering erfordert insgesamt sieben Milliarden, davon allein eine Milliarde für Umweltschutzmaßnahmen. Die Gaswerke forcieren den Ausbau des Leitungsnetzes und führen heuer eine Großaktion zur Erweiterung des Kundenkreises gemeinsam mit Kreditinstituten durch. Auch die Verkehrsbetriebe haben sich in den Dienst des Umweltschutzes gestellt und den geregelten Katalysator bei den Autobusse eingeführt. Der Verlust der Verkehrsbetriebe erreicht 439 Millionen und ist damit höher als im Jahr zuvor.

Die Stadtwerke haben 1988 fast 3,2 Milliarden investiert, das sind um fast 400 Millionen mehr als 1987. Der Neubau des Lastverteilers sei eine wichtige, zukunftsweisende Investition. Das Kundendienstzentrum verzeichnete in den fünf Jahren seines Bestehens rund 800.000 Kundenkontakte, davon allein 150.000 beim Technischen Kundendienst. Auch das Fernwärmenetz wird weiter ausgebaut und versorgt derzeit fast 100.000 Wohnungen sowie zahlreiche Großabnehmer. Derzeit werde am Anschluß des Krankenhauses und Pflegeheimes Lainz sowie an der Fernwärmeleitung Penzing gearbeitet. Er hoffe, sagte Hatzl, daß sich der Bund im kommenden Jahr mehr für den Anschluß der eigenen Gebäude an die Fernwärme engagieren werde.

In Kürze werde ein neuer Stromtarif in Kraft treten. Es fehle nur mehr die formelle Entscheidung der Preisbehörde, um den modernsten Tarif wirksam werden zu lassen. Viele Energieversorgungsunternehmen aus dem Ausland haben dafür laut StR Hatzl Interesse gezeigt. Dieser Tarif sei auch für die Energiebezieher im Wiener Umland attraktiv, denn der grüne Umwelttarif sei ein Spartarif.

GR ZEIHSEL (FPÖ) erklärte, der Rechnungsabschluß stehe im Zeichen einer Verschlechterung der Erfolgsrechnung gegenüber dem Vorjahr. Das sei verwunderlich, da es eine Rohölverbilligung gegeben habe, die zu wenig an die Kunden weitergegeben wurde. Wenn der grüne Stromtarif 500 Millionen koste, die nun durch eine Straffung der Verwaltung hereingebracht werden sollen, sei zu fragen, warum dies nicht schon früher geschehen ist. Er erwarte mit Interesse die Auswirkungen kommender Einstandspreiserhöhungen auf den Stromtarif. Anerkennenswert ist laut Zeihsel die Reduzierung der Schadstoffemissionen. Es dürfe jedoch keinen Druck auf Bauherren bei der Wahl der jeweiligen Energieform, somit keinen Anschlußzwang an Fernwärmeleitungen geben. Als enttäuschend gering erachtet Zeihsel die Steigerungszahlen bei den Verkehrsbetrieben. Die Gewinne der E-Werke könnten die Verluste der anderen Teilunternehmen nicht ausgleichen.

Der Rechnungsabschluß zeige klar, wie Stadtwerke-interne Verschiebungen zum Schaden der Konsumenten vorgenommen worden seien, sagte GR STRATIL (ÖVP). Die Übernahme der Pensionskosten bei E- und Gaswerken, die in den vergangenen Jahren von der Hoheitsverwaltung geleistet worden sind, hätten die Bilanz der Stadtwerke stark belastet. Leidtragende seien dabei die Konsumenten, weil keine spürbare Entlastung bei den Tarifen eingetreten sei. Die Stadtwerke schröpften ihre Kunden aufgrund ihrer Monopolstellung, wo es nur gehe. Stratil brachte einen ANTRAG ein, die Anzahlungen, die im Rahmen der Jahresabrechnung verrechnet werden, ersatzlos zu streichen. Ein weiterer ANTRAG, den Stratil einbrachte, verlangt, daß die E-Werke die Anschaffung energiesparender bzw. -regelnder Geräte unterstützen sollen, denn, so schloß Stratil, Energiesparen habe mehr Sinn als Kraftwerke bauen.

GR DAMPIER (SPÖ) sagte einleitend, daß alle Teilunternehmungen der Wiener Stadtwerke nicht nur ihrem Auftrag nachgekommen sind, sondern auch als moderne, umweltbewußte Unternehmen bezeichnet werden kön-

Forts. von Blatt 1466

Forts. auf Blatt 1468

nen. Ein Beispiel sei der Block 3/4 in Simmering, den man als „Umweltmusterblock“ bezeichnen könne. Die Errichtungskosten betragen fünf Milliarden Schilling, davon werden 1,2 Milliarden Schilling für den Umweltschutz verwendet.

Er habe bei einer Tagung internationaler Experten feststellen können, daß das Umbauprogramm der Verkehrsbetriebe sowie das Nachrüsten von Bussen auch international als Spitzenleistung anerkannt werden. Dampier sagte, 1988 seien bei Bussen 20 Nachrüstungen erfolgt, 1989 werden 100 Nachrüstungen durchgeführt, und im kommenden Jahr werden die letzten 30 Busse nachgerüstet, womit diese umweltfreundliche Aktion abgeschlossen sein wird.

Zur Kritik an der Tarifpolitik stellte Dampier fest, daß die Rohstoffpreise schwanken, die Aufwendungen für Rohenergiekosten nur 24 Prozent der Gesamtaufwendungen ausmachen und die laufenden Kosten etwa bei Personal oder Betriebskosten, steigen.

StR HATZL (SPÖ) wies in seinem Schlußwort darauf hin, daß die Zahl der Fahrgäste von öffentlichen Verkehrsmitteln gegenüber 1950 von 575 auf 602 Millionen gestiegen ist, obwohl sich der Bestand an privaten Kraftfahrzeugen enorm vervielfacht hat. Seit er das Ressort 1982 übernommen hat, sei die Zahl der Fahrgäste um 15 Prozent gestiegen, obwohl in diesem Zeitraum keine U-Bahn-Linie fertiggestellt wurde, sagte Hatzl. Ein Termin für die Verlängerung von weiteren U-Bahn-Linien sei derzeit noch nicht fixierbar, und er wolle auch nichts versprechen, was nicht realisierbar ist. Die vorhandenen Mittel müßten in sinnvoller Weise auf alle öffentlichen Verkehrsmittel aufgeteilt werden. Bei den Verhandlungen um einen neuen Stromtarif konnte erreicht werden, daß dieser bis 1991 konstant bleibt, sofern es nicht Änderungen beim Verbundstrom gibt. Der tatsächliche Verlust der Stadtwerke liege nur um 0,2 Prozent des Gesamtvolumens der Stadtwerke von 21 Milliarden Schilling höher als prognostiziert. E- und Gaswerke würden auch in Zukunft die Pensionslasten selber tragen. Das Eigenkapital der Stadtwerke sei höher als 1982, und es wurden auch entsprechende Rücklagen für größere Investitionen gebildet.

ABSTIMMUNG: Der Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Die beiden Beschluß- und Resolutionsanträge wurden einstimmig an den zuständigen Gemeinderatsausschuß zugewiesen.

Kontrollamtsbericht

GR Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) legte als Vorsitzender des Kontrollausschusses den Kontrollamtsbericht 1988 vor. Hirnschall nahm dies zum Anlaß, dem Kontrollamt für die Qualität der Arbeit und die umfangreiche Prüftätigkeit zu danken.

StR Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) kritisierte einen im Kontrollamtsbericht aufgezeigten „Schlendrian“ im Verwaltungsbereich des Gesundheitswesens. Das komme beispielsweise in Ungenauigkeiten bei der TBC-Statistik, bei Honoraren für eine teilbeschäftigte Ärztin oder bei der Lebensmittellagerverwaltung im Allgemeinen Krankenhaus zum Ausdruck. Daneben würdige Pawkowicz die lobend erwähnte Tätigkeit der MA 36, die vorbildlich für andere städtische Dienststellen sei.

GR Mag. Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP) stellte fest, der Kontrollamtsbericht bestätige viele Kritikpunkte der ÖVP. Dazu gehöre die Nichteinhaltung des dreistufigen medizinischen Versorgungskonzeptes, wie es im Zielplan für das Gesundheitswesen festgeschrieben sei. Statt einer Verlagerung von den Spitälern zu den regionalen Versorgungseinrichtungen wurde ein Erlaß des Anstaltenamtes nicht zurückgenommen, wonach einmal in Spitalambulanzen behandelte Patienten nicht an niedergelassene Ärzte weiterverwiesen werden dürfen. Bei der Neuorganisation der Augenkliniken seien

Forts. von Blatt 1467

Forts. auf Blatt 1469

Umbaukosten von 7,5 Millionen Schilling in Kauf genommen worden, statt einfach Betten zu entfernen. Die städtischen Steinmetzbetriebe arbeiten unwirtschaftlich. Es dränge sich die Forderung nach „mehr Privat und weniger Staat“ auf. Weiters kritisierte Regler schleppende Aktenerledigung in der Straßenbauabteilung und arge Mängel bei städtischen Wohnhausneubauten mit noch immer nicht absehbaren Folgekosten. Abschließend sagte Regler, daß Stadtrat Mrkvicka nach dem Stadionskandal den Hut habe nehmen müssen, während der gleichermaßen involvierte Finanzstadtrat weiterhin im Amt sei.

GR JANK (SPÖ) betonte, daß seine Fraktion daran interessiert sei, nichts unter den Teppich zu kehren. Die Berichte des Kontrollamtes enthalten neben festgestellten Mängeln auch konstruktive Vorschläge, die Grundlage für viele Verbesserungen im Bereich der Stadt Wien seien. Er strich als besonders positiv heraus, daß die Vertraulichkeit der Berichte bis zu den Ausschusssitzungen immer gewahrt werde. Abschließend dankte er dem Vorsitzenden des Kontrollausschusses, GR Dr. HIRNSCHALL, und dem Kontrollamtsdirektor Dr. SATRAPA sowie dessen Mitarbeitern für die korrekte und effiziente Zusammenarbeit.

ABSTIMMUNG: Der Bericht des Kontrollamtes wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

Flächenwidmung Stammersdorf

GR GAAL (SPÖ) beantragte die Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes sowie die Festsetzung einer Schutzzone für ein Gebiet in Stammersdorf.

GR FÜRST (ÖVP) begründete, warum seine Fraktion im Stadtsenat und im Ausschuß diesem Geschäftsstück nicht zugestimmt habe, nun aber dazu bereit sei: Die bisherige Vorgangsweise habe zu der Befürchtung Anlaß gegeben, daß die Flächenwidmung ohne vorherige Kontaktnahme mit betroffenen Grundeigentümern durchgeführt würde. Nunmehr habe sich die Situation geändert, weshalb seine Fraktion der für die Errichtung einer dringend benötigten Aufbahrungshalle für den Stammersdorfer Ortsfriedhof benötigten Flächenwidmung zustimme. Fürst brachte einen ANTRAG ein, in dem er einen Zeit- und Finanzplan für Verkehrsberuhigung, Stadterneuerung und Revitalisierung für die alten Ortskernen verlangte.

Der vorliegende Flächenwidmungs- und Bebauungsplan sehe für Stammersdorf zukunftsweisende Ziele vor, erklärte GR REITER (SPÖ). So solle das örtliche Erscheinungsbild erhalten bleiben, im Ortskern seien gemischte Nutzung und durchgrünte Wohnzonen in den Randgebieten vorgesehen. Auch die landwirtschaftlichen Gebiete bleiben erhalten.

ABSTIMMUNG: Einstimmig; der von GR FÜRST eingebrachte Antrag wurde dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

Flächenwidmungs- und Bebauungsplan

GR KÖNIG (SPÖ) brachte einen Antrag zur Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet bei der Stadthalle im 15. Bezirk ein.

In diesem Gebiet gibt es ein Bauvorhaben, die sogenannte Lugner-City, bei der es zu Verstößen gegen die Bauordnung kam, die zulässige Gebäudehöhe wurde überschritten, sagte GR PRINZ (FPÖ). Da es immer wieder Merkwürdigkeiten bei Baugenehmigungen gebe, werde seine Fraktion nicht zustimmen.

Das Projekt sei nicht ausgereift, die Planung für die Infrastruktur fehle, und die Bürger seien wegen der befürchteten Lärmbelästigung beunruhigt, stellte GR Dkfm. WÖBER (ÖVP) fest. Während in den USA und im Westen Europas bereits Einkaufszentren wieder leerstehen, werde bei uns noch

Forts. von Blatt 1468

Forts. auf Blatt 1470

immer gebaut. Daher lehne auch seine Fraktion die Änderung des Flächenwidmungsplanes ab.

Planungsstadtrat Dr. SWOBODA (SPÖ) erklärte, daß das bisherige Verfahren zur Errichtung von Einkaufszentren nicht ausreiche. Es sollte daher mit allen Interessensvertretern ein neues Verfahren überlegt werden, das flexibler ist und die Anrainerinteressen berücksichtigt. Sofort nach Bekanntwerden der Tatsache, daß die vorgeschriebene Bauhöhe überschritten worden sei, wurde die Weisung zur Baueinstellung gegeben, betonte Swoboda. Alle Interventionen Lugners wurden zurückgewiesen und Strafanzeige beim Magistratischen Bezirksamt erstattet. Es wurde mittlerweile eine Strafe verhängt. Jene Bauteile, die dem neuen Flächenwidmungsplan nicht entsprechen, wurden bereits abgetragen, sodaß nach Beschlußfassung eine Bauverhandlung durchgeführt werden kann. Weiters sprach der Planungsstadtrat eine Warnung für all jene aus, die glauben, daß man es sich werden richten können. Vor allem auch, wenn im Wald- und Wiesengürtel gebaut wird, werde mit aller Härte vorgegangen werden.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Schulneubau in Meidling

GR STEINBACH (SPÖ) stellte den ANTRAG, für die Errichtung einer 15klassigen Schule in Meidling, Rohrwassergasse, 88 Millionen zu genehmigen.

Die Errichtung einer neuen Volksschule sei etwas Positives, es sei nur bedauerlich, daß sie in einer der letzten Oasen in Meidling entstehen soll, sagte GR Karin LANDAUER (FPÖ). Außerdem sei man bei Bohrungen in einer Tiefe von 3,5 Metern auf Grundwasser gestoßen, wodurch sich die Kosten für den Schulneubau verteuern dürften.

GR Mag. KARL (ÖVP) sagte, dieses Geschäftsstück sei der Beweis dafür, daß sich die ÖVP von guten Argumenten überzeugen lasse. Man sei ursprünglich gegen diesen Standort gewesen, den man nach wie vor nicht für optimal halte, aber es sei ein architektonisch durchdachtes Projekt geworden.

Ein rascher Bau habe sich nur an diesem Standort verwirklichen lassen, alles andere hätte sich gegen die Interessen von Eltern, Schülern und Lehrern gerichtet, meinte GR RUPANER (SPÖ): Die Ablehnung der FPÖ sei allein politische Taktik.

GR STEINBACH stellte fest, es könne keine Rede davon sein, daß der Meidlinger Bevölkerung ein Grünbereich verloren gehe.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen. Die Sitzung des Wiener Gemeinderates endete um 22.50 Uhr. (Schluß) red

Forts. von Blatt 1469



60984 81800

